

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Fünfundzwanzig Jahre.

Sin Vierteljahrhundert voller Kampf und Sorge, aber von Genugtuung und Erfolg begleitet, ist verfloßen, seit das „Berliner Volksblatt“, der Vorläufer des „Vorwärts“, seine Laufbahn begann. Die ersten 5 1/2 Jahre des Schandgesetzes waren vorüber; weder polizeiliche Schilane noch richterliche Grausamkeit, weder die durch die Polizeilique Bismarcks und Puttkamers verübte Verjagung von Haus und Hof, noch die Blutrurteile der das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie handhabenden Justiz hatten verhindern können, daß die Arbeiter Berlins trotz des Mangels öffentlicher Organisationen weiter agitierten, sich in kleineren Kreisen zusammenfanden, Verbindungen zwischen den Genossen herstellten und durch Wort und Schrift den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft sowie deren Werkzeuge, Polizei und Regierung, eifrig fortsetzten. In dem in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat“ war das Organ geschaffen worden, das auch die Berliner Parteigenossen über die Vorgänge in der sozialistischen Welt und vor allem in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Laufenden erhielt. Die Beziehungen zum „Sozialdemokrat“ waren geregelt, seine Verbreitung gesichert; das übrige wurde durch Broschüren und Flugblätter besorgt, in deren prompter und sicherer Verbreitung die Berliner Parteigenossen in erster Reihe tätig waren.

So wurde der tägliche Kleinkrieg geräuschlos unter der Oberfläche mit zäher Energie, unbeugsamer Entschlossenheit und großem Geschick betrieben; ein Kampf, dessen Organisation so prompt funktionierte, daß die politische Polizei trotz Massenaufrufen von „Nichtgenossen“, wie der Minister Puttkamer seine Spitzel und Provokateure bezeichnete, der Verfolgten nicht Herr werden konnte. Freilich an Opfern hat es nicht gefehlt; die Teilnehmer an Zusammenkünften, die Verbreiter des „Sozialdemokrat“, die Verteiler von Broschüren und Flugblättern mußten sehr häufig ihre mutige, opferbereite Arbeit mit Gefängnisstrafen und mit Ausweisung aus Berlin bezahlen.

Aber keine Gefahren, weder Gefängnis noch Verbannung vermochten Kraft und Mut der Genossen zu brechen; für jeden auscheidenden Kämpfer traten neue Streiter ein; jede Lücke wurde sofort ausgefüllt; ein förmlicher Wettstreit entspann sich um die gefährlichsten Posten. Jeder wollte in der ersten Reihe stehen.

Bismarck hatte einsehen müssen, daß seine Spekulation mit dem Ausnahmegesetz gänzlich verfehlt und erfolglos blieb. Weder war es gelungen, durch die Brutalität des Ausnahmegesetzes die Arbeiterklasse zu gewaltsamen Angriffen gegen die Staatsgewalt zu veranlassen, worauf die Machthaber wohl gerechnet hatten, um die Arbeiterbewegung dann in einem Blutbade erstickend zu können, noch hatte man es fertig bekommen, die verhasste Sozialdemokratie lahm zu legen, geschweige denn zu vernichten. Was nicht öffentlich an Agitation, Verbreitung von Literatur und Versammlungen geschehen konnte, wurde auf anderem Wege geleistet, wobei die Sozialdemokratie stetig Anhänger gewann und sich, namentlich auch in Berlin, in immer stärkerer Maße entwickelte.

In dieser Situation versielen Bismarck und seine Trabanten, die zur Zeit in Berlin einen heftigen Kampf gegen die Fortschrittspartei und die Berliner Kommunalverwaltung führten (die Bismarck, wie er meinte, eine zu hohe Mietssteuer auferlegt hatte), auf die gloriose Idee, die Sozialdemokratie könne durch eine mildere Handhabung des Sozialistengesetzes von der Propagierung ihrer Grundsätze, von der zielbewußten Agitation gegen die bestehende Gesellschaftsordnung abgebracht werden und sich als Vorspann gegen die bürgerlichen Gegner der Bismarckschen Reaktion mißbrauchen lassen.

Im Verfolg dieser absurden, durch keinerlei Handlung der Sozialdemokratie gerechtfertigten Annahme legte die Regierung der Neugründung von Arbeiterbezirkvereinen, deren Errichtung zur noch besseren Zusammenfassung der Genossen und zum Betriebe der Gemeinde- und Reichstagswahlen notwendig wurde — die anderweite Organisation blieb natürlich vollkommen intakt — keine Hindernisse in den Weg. Vielleicht glaubte man bei der Polizei dadurch besser hinter solche Absichten zu kommen, die in Rücksicht auf das Sozialistengesetz nicht öffentlich in den Arbeitervereinen verhandelt werden konnten.

Gleichzeitig wurde von der Regierung der Versuch gemacht, durch Begründung einer Zeitung in Berlin, die den schönen Namen „Volkstfreund“ erhielt, polizeilich abgestempelte Arbeiterfreundlichkeit zu verzapfen. Die Redakteure und Mitarbeiter wurden aus der Polizeitrippe gespeist, eine Agitation für die Verbreitung des Blattes in Arbeiterkreisen in Szene gesetzt und alles aufgegeben, um durch den polizeilichen „Volkstfreund“ der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben.

Um der drohenden Gefahr, daß Verwirrung in den eigenen Reihen hervorgerufen werde, vorzubeugen, entschlossen sich die Berliner Genossen, trotz der Lücken und Gefahren des Sozialistengesetzes ein täglich erscheinendes Blatt für Berlin herauszugeben.

Mit diesem Entschluß beginnt die Geschichte des „Berliner Volksblattes“, das später in den „Vorwärts“ aufging. Von den Fährlichkeiten, die damals einem der Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze und Forderungen gewidmeten Arbeiterblatt drohten, kann man sich heute kaum noch einen Begriff machen. Tag und Nacht auf dem Posten, stets in Sorge um die Weiterexistenz des Blattes, in politischer und strafrechtlicher Beziehung neben der vor keiner Gewalttat zurückschreckenden Regierung einer der Reaktion willfährigen Justiz gegenüberstehend,

galt es, die Klippen des Sozialistengesetzes klug zu umschiffen, dabei aber mutig und entschlossen die sozialdemokratischen Ideen und die Arbeiterforderungen zu vertreten, um Herzen und Köpfe des Proletariats in dem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu stählen. Diese unter den damaligen Verhältnissen doppelt schwierige Aufgabe — stets umlauert von den Verbotsbestimmungen des Sozialistengesetzes, ganz abgesehen von den persönlichen Gefahren für alle Beteiligten — hat das „Berliner Volksblatt“ treu, tatkräftig und erfolgreich geleistet. Anerkennung und Dank hierfür hat es erhalten, als die Partei im Jahre 1890 beschloß, daß es seinen mit Ehren getragenen Namen im Titel des Zentralorgans weiterführen solle.

Hier mögen einige biographische Notizen über das „Berliner Volksblatt“ Platz finden. Hergestellt wurde das unter dem Sozialistengesetz erscheinende Organ in der Druckerei der Genossen Bading und Bamberger, die in hingebungsvollem Eifer die Interessen des Blattes als Verleger vertraten. Die erste Expedition befand sich in einem kleinen unzulänglichen Laden. Ein daran grenzendes Zimmerchen beherbergte die Redaktion. Von den ersten Redakteuren zitieren wir aus dem Gedächtnis einige Genossen, deren Namen einen guten Klang in der Partei haben, so zum Beispiel Hafenclever, Bloß, Ködiger (der später infolge seiner Tätigkeit ausgewiesen wurde), Baake und Lühauer. Die Expedition wurde zuerst von dem Genossen Ewald (ebenfalls später ausgewiesen), später von den Genossen Liesländer und Glocke geleitet. Der erste Berichterstatter war, soweit ich mich erinnere, der aus Lassalles Zeiten bekannte Genosse v. Hoffstetten. Hauptmitarbeiter waren unsere unvergesslichen Vorkämpfer Auer und Liebknecht. In dankbarer Erinnerung muß hervorgehoben werden, daß eine große Anzahl Genossen das Blatt durch Arbeiten verschiedenster Art unterstützten und ihm dadurch seine Aufgabe, im Dienste der Sozialdemokratie zu wirken, erleichtert haben.

Die Verbreitung des „Berliner Volksblattes“ mögen einige Zahlen illustrieren. Es fing mit einer Auflage von 2000 Exemplaren an. Anfang 1885 war sie auf 4000 Exemplaren gestiegen; im Jahre 1888 erhöhte sich die Abonnentenziffer auf 11 000, und nach den Reichstagswahlen des Jahres 1890 konnte das Blatt in einer Auflage von 25 000 Exemplaren erscheinen. Die Zeit, in der das „Berliner Volksblatt“ als selbständiges Organ der Berliner Parteigenossen dem kämpfenden Proletariat seine Dienste geleistet hat, ist nicht gar lang — und doch werden diese sechs Jahre in der Geschichte der Berliner Sozialdemokratie unvergessen bleiben. Unter den schwierigsten Verhältnissen hat es unermüdet, unter Anspannung aller Kräfte, den Kampf gegen die Bismarcksche Reaktion geführt.

Dank der durch die Teilnahme der Genossen stark unterstützten emsigen Arbeit des Berliner Parteioorgans und vor allem durch die in immer höherem Maße betriebene Agitation und Propagierung der Parteziele wurde in jenen Jahren eine geistige Vertiefung der Parteigenossen erreicht, die, durch fleißiges Studium der Parteiliteratur gefestigt, sich auch bald äußerlich in sehr erfreulichem Umfange erwies, indem die Jahre 1884, 1887 und 1890 uns einen sehr erheblichen Stimmenzuwachs bei den Reichstagswahlen brachten. Außerdem wurde die Periode der kommunalen Tätigkeit in Berlin eingeleitet und in fortschreitender Entwicklung gefördert. Nachdem die Verhandlungen des Reichstages Jahr für Jahr Gelegenheit geboten hatten, die Handhabung des Sozialistengesetzes zu brandmarken, und die von der Regierung im In- und Auslande, namentlich von Berlin aus, betriebene Spiegelschwärze das Reich aufs Ärgste bloßgestellt hatte, während zugleich die völlige Erfolglosigkeit des Sozialistengesetzes offenkundig zutage getreten war, fand sich — da Bismarck, zu jener Zeit in Konflikt mit dem jungen Kaiser, der sich in bezug auf das zu Ende gehende Ausnahmegesetz vollkommen passiv verhielt — im Jahre 1889 im Reichstage keine Majorität mehr für die Verlängerung des Ausnahmegesetzes.

Das brutale Nachwerk junckerlicher Reaktion wurde sang- und klanglos verscharrt, während die Sozialdemokratie trotz des Ausnahmegesetzes innerlich gefestigt und nach außen machtvoll erstarkt, stolzen Mutes dem Urheber des Schandgesetzes gegenüberzutreten vermochte. Das Regiment Bismarcks war zu Ende. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes brach auch die politische Macht Bismarcks schmäblich zusammen.

Am 1. Oktober 1890 trat das Sozialistengesetz außer Kraft.

Inzwischen waren alle Vorbereitungen getroffen worden, um die Partei unmittelbar nach Erlöschen des Sozialistengesetzes wieder in öffentliche Aktion treten zu lassen. Der Entwurf eines neuen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Organisationsstatuts war von der Reichstagsfraktion ausgearbeitet worden, um als Grundlage für die auf dem Parteitage vorzunehmende Beratung zu dienen. In stiller, aber doppelt emsiger Arbeit wurden die Aufgaben erwogen, die der Partei harreten, und der Weg für den siegreichen Vormarsch des kampfbereiten sozialdemokratischen Proletariats gebnet.

Am 30. September war die Geltung und Wirksamkeit der von der Sozialdemokratie niedergelegenen schwachvollen Gewaltmaßregeln beendet, und schon nach wenigen Wochen, am 12.—18. Oktober, tagte in Halle a. S. ein von der



Reichstagsfraktion, der damaligen Parteileitung, einberufenen Parteitag, der ungemein stark — 400 Delegierte und zahlreiche Vertreter ausländischer Bruderparteien waren anwesend — besucht war. Eine der vornehmsten, wichtigsten Aufgaben dieses seit dreizehn Jahren wieder zum ersten Male auf deutschem Boden sich versammelnden Parteitages war die Schaffung einer festen, der neuen Situation angepassten Organisation. Das Statut hierfür wurde vom Parteitag am 17. Oktober 1890 nach dem Bericht der zur Vorbereitung eingesetzten Kommission mit allen

gegen eine Stimme unter jubelndem Beifall angenommen. Der dem Inhalt nach noch jetzt gültige § 17 des Organisationsstatuts lautete:

„Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt“ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.“

Später wurde eine Zusatzbestimmung in das Organisationsstatut aufgenommen, durch die den Berliner Genossen der gebührende Einfluß auf die redaktionelle und geschäftliche Leitung des zugleich als Berliner Parteiblatt fungierenden Zentralorgans eingeräumt wurde.

Der Beschluß des Parteitages in Halle a. S. vom 17. Oktober 1890 war der Geburtsakt des „Vorwärts“. Mit diesem Beschluß erhielt die Partei wieder ein Zentralorgan. Die durch das Sozialistengesetz gerissene Lücke wurde angefüllt. Ein Zentralorgan wurde von jeher in der Partei als notwendig erachtet. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein hatte den „Neuen Sozialdemokrat“ zum Zentralorgan bestimmt; die Eisenacher den „Volksstaat“. Nach Vereinigung der beiden Richtungen fungierte das schon damals „Vorwärts“ betitelte Blatt als Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Das Blatt, welches in Leipzig erschien, fiel dem Sozialistengesetz zum Opfer. An diese alte Tradition anknüpfend, verließ der Parteitag dem neuen Zentralorgan den alten Titel. Er gab damit die Parole aus: Unter dem alten Namen zu neuen Kämpfen und Siegen. Vorwärts!

Das neue Zentralorgan, dessen Leitung auf Wunsch des Parteitages unser Altmeister Liebknecht übernahm, begann seine Tätigkeit am 1. Januar 1891. In schlichter, würdiger Weise führte sich das neue Zentralorgan bei den Genossen ein. Die Neujahrsnummer brachte am Schlusse des in flammenden Worten zum Kampfe für die Befreiung des Proletariats aufzufendenden Leitartikels folgende Zeilen:

„Gestern ward die letzte Nummer des „Berliner Volksblatt“ zur Presse gegeben, heute erscheint es verjüngt als „Vorwärts“. Es ist kein Sterben, es ist eine Auferstehung.

Das „Berliner Volksblatt“ hat nach besten Kräften seine Schuldigkeit getan — der „Vorwärts“ wird das gleiche tun. Er ist sich der hehren und schweren Aufgabe wohl bewußt, welche dem Zentralorgan der größten Partei Deutschlands erwachsen ist, und mit Hilfe der Genossen wird er seine Aufgabe zu erfüllen suchen. Der Wille ist da, und wo der Wille, da findet sich auch die Erfüllung.

Neben dem aus Leipzig nach Berlin übergesiedelten Genossen Liebknecht, der dem „Vorwärts“ die letzten zwölf Jahre seines arbeitsvollen, für die Arbeiterklasse fruchtbaren Lebens widmete und dessen weitanschauendem Blick, seiner geist- und kraftvollen, für den Sozialismus werbenden Feder der „Vorwärts“ so unendlich viel verdankt, nenne ich als Mitglieder des Redaktionsstabes von den nicht mehr unter uns Weilenden die Genossen: Auer, Schoenlant, Kolosky, Jacobey, Krauß, Roland, denen sich im Laufe der Jahre eine große Zahl anderer Parteigenossen zugesellte, um der Partei die Waffen zum Kampfe zu schärfen, so die Mission des Zentralorgans nach Kräften erfüllend.

Hergestellt wurde der „Vorwärts“ in der alten Offizin bei Bading, der auch vorläufig noch den Verlag behielt. Die Expedition wurde der Leitung des Genossen Blocke anvertraut. Die finanziellen Schwierigkeiten der ersten Jahre, hervorgerufen durch die Vermehrung des Inhalts sowie den dadurch gesteigerten Umfang des Blattes, konnten nach und nach überwunden werden.

Mit der Ausbreitung der Partei in Berlin, mit der dank der energischen und zielbewußten Agitation der Genossen stetig steigenden Vermehrung der Stimmen bei den Reichstagswahlen, wuchsen die Abonnentenziffern des „Vorwärts“, der in treuer eifriger Arbeit den Genossen das Sturmbanner vorantug, durch Aufklärung, Belehrung und Anfeuerung den kämpfenden Beistand leistete und die prinzipiell gebotenen, taktisch erfolgreichen Wege absteckte.

Im Laufe der Zeit ermöglichte sich die Übernahme des „Vorwärts“ in Parteiverlag, wieder einige Jahre später konnte man auch dazu übergehen, für die Herstellung des „Vorwärts“ eine eigene Druckerei zu errichten. Seit dem Jahre 1902 befinden sich Verlag und Druckerei in Parteiregie.

Für das Wachstum und dementsprechend die gesteigerte Einwirkung des „Vorwärts“ auf das öffentliche Leben, für seinen zunehmenden Einfluß auf den sozialen und politischen Kampf des

Proletariats gegen die herrschenden Klassen und deren Werkzeuge — die staatlichen Machthaber — und schließlich für die Bedeutung unseres Zentralorgans als Vermittlers der internationalen Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu den ausländischen Bruderparteien mögen einige Zahlen sprechen, die zugleich veranschaulichen, wie sich die Einflusssphäre des „Vorwärts“ vergrößert hat. Während im Jahre 1891 das „Berliner Volksblatt“ 25 000 Abonnenten zählte, ist der „Vorwärts“ bis Juni 1902 auf 86 000, im Jahre 1906 auf 100 000 und im Laufe der weiteren Entwicklung bis auf nahezu 140 000 Abonnenten gestiegen. Bei Eintritt günstigerer wirtschaftlicher Verhältnisse ist mit Sicherheit in kurzer Zeit ein Abonnentenstand von 150 000 und darüber zu erwarten. Hierzu bedarf es natürlich eifriger, nie versagender agitatorischer Arbeit aller Parteigenossen, an deren rüstiger Betätigung es zum Glück in Berlin nicht fehlt.

Interessieren dürfte es, auch einen Blick in das Strafkonto des Jubilars zu tun. Freiheit, Gesundheit, zum Teil auch Leben nicht weniger dem „Vorwärts“ Verbundenen sind der Justiz des Klassenstaates zum Opfer gefallen. Geldstrafen und Gerichtskosten in hohen Beträgen hat man verhängen zu müssen geglaubt, um den „Vorwärts“ kampfunfähig zu machen. Vergebliches Beginnen. Wir sprechen davon nicht, um zu klagen, sondern weil ein Ton in dem Verfolgungskonzert, das unsere Feinde gegen den „Vorwärts“ ausführen, fehlen würde, wenn wir hieran vorübergingen. In den 25 Jahren des Bestehens des „Vorwärts“ sind über dessen Redakteure, ungerichtet Untersuchungshaft und Gerichtskosten, rund 10 800 M. Geldstrafen, 10 Jahre 18½ Wochen Gefängnis, sieben Wochen Gefängnishaft und drei Monate Festungshaft verhängt worden.

Es hieß die Geschichte der Partei schreiben, wollte man den Lebensgang und die Tätigkeit des „Vorwärts“ auch nur in Anrissen im einzelnen schildern. Das Zentral- und Berliner Parteiorgan verkörpert in sich selbst ein großes Stück Parteigeschichte. Die „Volksblatt“- und „Vorwärts“-Bände zeigen ein Spiegelbild der Entwicklung und Ausbreitung der Sozialdemokratie in Berlin und im Reich. Alles, was die Partei im Verlauf der letzten fünfundsiebzig Jahre an Erfolgen erreicht hat — der „Vorwärts“ und sein Vorgänger haben mit daran gearbeitet. Alle Kämpfe, die gegen die gegnerischen Parteien und die herrschenden Klassen in Reich, Staat und Gemeinde geführt wurden — das „Volksblatt“ und der „Vorwärts“ haben nie versagt, sondern immer in Reich und Glied ihre Pflichten erfüllt. Nicht historische Betrachtungen über die Tätigkeit des „Vorwärts“ im einzelnen, nicht abschließende Urteile über den Wert der von ihm geleisteten Arbeit sind der Zweck dieser Zeilen. Für unsere Partei kann der Rückblick auf die Vergangenheit nur ein Ansporn sein zu neuen, noch energischeren Kämpfen für das Ziel der Sozialdemokratie — für die politische und wirtschaftliche Befreiung der ausgebeuteten und entrechteten Arbeiterklasse.

Was in den verflorenen fünfundsiebzig Jahren begonnen ist, muß weiter geführt und vertieft werden. Frieden gibt's für die Sozialdemokratie im Kampfe mit dem Gegner nicht. Auch Waffenstillstand kennt eine Partei nicht, welche die Welt-herrschaft anstrebt, die Welt erobern will und muß. Wir kennen unsere Macht, wir kennen die Macht unserer Gegner; wir wissen, wo sie verwundbar sind und wo nicht; wir wissen, daß unsere Macht im Wachsen, die der Feinde im Schwinden ist; wir wissen, daß die Zeit für uns arbeitet und daß die Feinde und die Verhältnisse unsere besten Bundesgenossen sind, wenn wir sie klug zu benutzen verstehen. Wir gehen — des Sieges gewiß — furchtlos den neuen Kämpfen entgegen, die die kommende Zeit in ihrem Schoße birgt.

In diesem Sinne begrüßen wir den heutigen Jubeltag unseres Zentralorgans in der sicheren Gewißheit, daß es, seinem Namen getreu, energisch und rastlos weiter kämpfen wird als Bannerträger der deutschen Sozialdemokratie.

„Vorwärts“!!!

Paul Singer.

Franz Mehring: Die Vorläufer des „Vorwärts“.



Das erste Arbeiterblatt, das in Berlin erschien, war ein Kind der Märzrevolution. Wie sich damals das Zentrum in der „Augsburger Zeitung“, die Bourgeoisie in der „Nationalzeitung“ und das Kleinbürgertum in der „Volkszeitung“ ihre eigenen Organe gründeten, so die Arbeiterklasse im „Volk“, einer „sozialpolitischen Zeitschrift“, die vom 1. Juni 1848 ab dreimal wöchentlich herauskam.

Das „Volk“ ist kein berühmtes Revolutionsblatt geworden, wie die „Neue Rheinische Zeitung“, die vom gleichen Tage des gleichen Jahres ab zu erscheinen begann, aber es vertrat von vornherein die spezifischen Interessen der arbeitenden Klasse mit schärferer Betonung. Es wurde von einem Zentralkomitee für Arbeiter herausgegeben; seine belebende Seele war Stephan Born, der eigentlich Butter-milch hieß, ein jüdischer Seher aus der Provinz Posen. Er hatte in Brüssel und Paris in nahem Verkehr mit Engels und Marx gestanden und war durchdrungen vom Geiste des kommunistischen Manifestes, aus dem heraus er auch das „Volk“ redigierte. Wenn dies Blatt nicht ganz am gleichen Strange

zog, wie die „Neue Rheinische Zeitung“, so lag das an der Verschiedenheit der Zustände in Köln und Berlin, die Marx und Engels dazu bestimmt hatten, ihr Hauptquartier am Rhein aufzuschlagen, wo sie ungleich freiere Bewegung hatten und auf ein ungleich entwickeltes Proletariat rechnen konnten.

So sah das „Volk“ seine Hauptaufgabe darin, die Berliner Arbeiter zunächst über ihre Interessen aufzuklären. Es geißelte rücksichtslos den sozialpolitischen Schwindel, den Demagogen wie Geld und Karbe noch ungefragt mit den Massen der Berliner Bevölkerung treiben durften, und warnte überhaupt mit gründlicher Sachkenntnis vor dem Werte der sozialen Mittel, die in den bewegten Tagen der Revolution auf Markt und Gassen feilgeboten wurden. Dabei vernachlässigte das Blatt keineswegs den politischen Kampf, sondern hielt in tapferer Weise, was es in seinem Programm versprochen hatte, einerseits das Bürgertum zu unterstützen im Kampfe gegen die Aristokratie, gegen das Mittelalter, gegen die Mächte von Gottes Gnaden, andererseits dem kleinen Gewerbetreibenden wie dem Arbeiter beizustehen gegen die Macht des Kapitals und die freie Konkurrenz, und immer voranzuschreiten, wo es gelte, dem Volke ein irgend noch vorerhaltenes politisches Recht zu erkämpfen, damit es die Mittel erhalte, sich die soziale Freiheit, die unabhängige Existenz um so schneller zu erringen.

Am 23. August 1848 fand dann der erste deutsche Arbeiterkongress in Berlin statt, der von 35 Arbeitervereinen aus Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig, Königsberg, München und anderen großen Städten besetzt wurde und die Organisation der deutschen Arbeiterklasse in einem großen Bunde unter dem Namen der Arbeiterverbrüderung beschloß. Mittelpunkt der Organisation sollte Leipzig sein; hier sollte das Zentralkomitee des neuen Bundes sitzen und ein Bundesblatt herausgeben unter dem Namen der „Verbrüderung“. Vorn wurde in das Zentralkomitee gewählt und siedelte nach Leipzig über; das „Volk“ aber stellte Ende September sein Erscheinen ein, zugunsten des neuen Bundesblattes, das wiederum von Born in gleichem Geiste redigiert wurde. Es erschien bis in das Frühjahr 1849, bis zur Reichsverfassungskampagne, in der Born sich als Führer der Dresdener Barrikadenkämpfe rühmlich hervortat. Nach der Niederlage der Revolution floh er in die Schweiz, wo er sich im Laufe der Zeit der Arbeiterbewegung entfremdete. Er ist vor wenigen Jahren als Universitätsprofessor in Basel gestorben.

Erst fünfzehn Jahre nach dem Eingehen des „Volk“ erschien in Berlin wieder ein Arbeiterblatt, der „Sozialdemokrat“, als Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der im Mai 1863 von Lassalle gegründet worden war. Bei seinen Lebzeiten war Lassalle nicht soweit gelangt, eine eigene Zeitung zu gründen; er hatte sich mit einem sehr dürftigen Erbschaft, dem „Nordstern“ in Hamburg, begnügen müssen. Doch hatte er noch kurz vor seinem Tode mit zweien seiner Anhänger, dem Frankfurter Advokaten v. Schweiger und dem bayerischen Leutnant v. Hoffstetten den Plan eines Berliner Vereinsorgans besprochen, und diese beiden führten ihn nach Lassalles Tode aus. Die erste Probenummer des „Sozialdemokraten“ erschien am 15., die zweite am 21., die dritte am 30. Dezember 1864; vom 4. Januar 1865 ab erschien das Blatt regelmäßig dreimal in der Woche, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Sein Programm beschränkte sich auf drei große Gesichtspunkte: Solidarität der Völkerinteressen wie der Volkskräfte durch die ganze zivilisierte Welt; das ganze gewaltige Deutschland ein freier Volksstaat; Abschaffung der Kapitalherrschaft. Als Eigentümer und Redakteur zeichneten Hoffstetten und Schweiger; als Mitarbeiter wurden Bernhard Becker, J. Ph. Becker, Engels, Herwegh, Hof, Liebknecht, Marx, Müllow und Buttke genannt. Fast alle diese Mitarbeiter aber — in erster Reihe Marx, Engels und Liebknecht — traten schon nach wenigen Wochen von dem Blatte zurück, weil sie mit dessen taktischer Haltung gegenüber dem Ministerium Bismarck nicht einverstanden waren. Es ist hier nicht der Ort, auf diese Meinungsverschiedenheiten einzugehen oder in den damit zusammenhängenden Streit über den persönlichen und politischen Charakter Schweigers einzutreten; was dem „Sozialdemokraten“ jedenfalls nicht bestritten werden kann und auch wohl von keiner Seite bestritten wird, ist die sehr hervorragende Stellung, die er in der Geschichte der deutschen Arbeiterpresse beanspruchen kann.

Schweiger war kein bahnbrechender Denker, aber er verstand es in unübertrefflicher Weise, das was Männer wie Marx, Engels und Lassalle gedacht hatten, in antregender Gedankenarbeit den proletarischen Massen klar zu machen. Die eindringende Analyse, die er vom ersten Band des „Kapitals“ von Marx gab, die glänzende Polemik, die er „den lebenden Tassen gegen den toten Säulze“ führen ließ, seine Aufsätze über das Erbrecht, über die Grund- und Bodenfrage und andere Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus sind kleine Meisterstücke einer ebenso wirksamen wie wissenschaftlichen Agitation, und so wenig vom Rost der Zeit angegriffen, daß sie heute noch dem Zeughaufe der Partei einverleibt zu werden verdienen.

Trotzdem hatte sich der „Sozialdemokrat“ mühsam und schwer durchzukämpfen. In den ersten Monaten des Jahres 1865 schien es zwar, als werde er sich verhältnismäßig schnell einführen; die Kämpfe um die Koalitionsfreiheit, die sich im Frühjahr, und um die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die sich im Sommer beim Verbote des Kölner Abgeordnetenfestes entspannen, gaben ihm reichliche Gelegenheit, eine gewandte und scharfe Klinge zu führen, und er glaubte, es zum Oktober 1865 sogar mit täglichem Erscheinen wagen zu dürfen. Aber das bekam ihm sehr übel, denn im Winter von 1865 auf 1866 trat der habsburgisch-hohenzollernische Konflikt um die Oberherrschaft in Deutschland in seiner Sünden Blüte, und der Haber griff auch tief in die Arbeiterklasse ein. Bereits am 1. April 1866 mußte der „Sozialdemokrat“ zum dreimaligen Erscheinen in der Woche zurückkehren und seine Abonnentenziffer sank in diesem Jahre auf 400 herab. Das schwere Defizit des Blattes deckte Hoffstetten aus seinem Vermögen.

Erst nachdem die Entscheidung bei Königgrätz gefallen war, nahm die Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wieder eine günstige Wendung. Bis zum November 1867 stieg die Abonnentenziffer des „Sozialdemokraten“ auf 1200, von denen auf Berlin selbst noch nicht 50 entfielen; die meisten Abonnenten zählte Hamburg (375), dann Elberfeld-Barmen (175) und an dritter Stelle Frankfurt a. M. (50). Im nächsten Jahre verdreifachte sich wiederum nahezu die Abonnentenzahl; sie stieg auf 3400, von denen Hamburg noch immer die Spitze hielt (807), worauf aber schon Berlin kam (224), dann Elberfeld-Barmen (161), Hannover (154), Essen (107) usw. Endlich im Jahre 1869 erreichte der „Sozialdemokrat“ seine stärkste Verbreitung mit 5000 Abonnenten: Hamburg (1214), Berlin (785), Elberfeld-Barmen (176) und Hannover (130).

Bereits seit dem Anfange des Jahres 1868 hatte er an dem „Demokratischen Wochenblatt“ eine gewisse Konkurrenz, das, von Liebknecht redigiert, als das „Organ der deutschen Volkspartei“ mit seiner ersten Nummer am 4. Januar des genannten Jahres und dann jeden Sonnabend in der Woche erschien. Auf dem Eisenacher Kongress von 1869, der zur Gründung der sozialdemokratischen Partei führte, im Gegensatz zu dem Allgemeinen Arbeitervereine, verwandelte sich das „Demokratische Wochenblatt“ in den „Volkstaat“, der zuerst zwei-, und später (vom Jahre 1873 ab) dreimal in der Woche erschien, und bis zur Mitte des Jahres 1870 auf 3000 Abonnenten stieg. Dabei ist zu beachten, daß in den beiden sozialdemokratischen Fraktionen auch insofern eine Verschiedenheit der Meinung bestand, als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sich gemäß seiner strengen zentralistischen Organisation nur auf ein Organ beschränkte, so daß es im Herbst 1869 zur Abspaltung der bayerischen Mitglieder kam, weil sie auf ein bayerisches Parteiorgan nicht verzichten wollten, während die Eisenacher Fraktion von vornherein die Gründung von Lokalblättern freigab, deren erstes schon 1870 in Crimmitschau erschien.

Am 1. April 1870 gründete allerdings auch Schweiker neben dem „Sozialdemokraten“ den „Agitator“, aber gleichsam nur als dessen Ableger und nur zu dem Zweck, möglichst breite Massen zu packen. Der Bezugspreis dieses kleinen Wochenblattes war so niedrig bemessen, daß der „Agitator“ nach der günstigsten Berechnung erst mit 50 000 Abonnenten hätte auf seine Kosten kommen können. Doch gewann er deren nur 15 000, so daß sich diese Berechnung Schweikers schon an sich, aber auch dadurch als verfehlt erwies, daß die Verbreitung des „Sozialdemokraten“ durch den „Agitator“ geschädigt wurde.

Wiel entscheidender jedoch war, daß Schweiker durch seinen Kampf mit der gegnerischen Fraktion mehr und mehr in eine falsche Position geriet und daß der deutsch-französische Krieg wieder die Arbeiterbewegung lähmte, so daß die

Abonnentenziffer des „Sozialdemokraten“ auf 2700 herabsank. Am 24. März 1871 trat Schweiker von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurück, und am 26. April desselben Jahres erschien die letzte Nummer des „Sozialdemokraten“. Die Generalversammlung des Vereins beschloß dann am 18. Mai, daß bis zum 1. Juli der „Agitator“ das einzige Organ sein, danach aber eingehen und der „Neue Sozialdemokrat“ dreimal wöchentlich erscheinen solle.

Dies neue Organ wurde von Gasselmann redigiert, der bereits Schweikers Hilfsredakteur gewesen war. Er besaß nicht so solide und umfassende Kenntnisse wie Schweiker, aber er übertraf diesen durch eine packende Schreibweise. Durch sein selbstgefälliges Rühmen, à la Marat zu schreiben, und dann auch durch seine spätere Entwicklung ist seine Redaktionsführung in einen schlechteren Ruf gekommen, als

sich aus finanziellen Rücksichten, der „Neue Sozialdemokrat“ und der „Volkstaat“ nebeneinander bestehen. Erst auf dem Gothaer Kongresse des nächsten Jahres wurde beschlossen, den „Neuen Sozialdemokraten“ eingehen zu lassen und den „Volkstaat“ unter dem Namen „Vorwärts“ zum alleinigen Zentralorgan zu erklären, unter der Redaktion Liebknechts und Gasselmanns. Jedoch Gasselmann weigerte sich, nach Leipzig überzusiedeln, und als dann Hasenclever an seine Stelle getreten war, versuchte Gasselmann in der „Nothen Fahne“, die er in Elberfeld herausgab, eine Art Konkurrenzunternehmen gegen den „Vorwärts“ zu gründen, was ihm jedoch mißlang.

Gefährlicher wurde ein anderer Umstand für das neue Zentralorgan der Gesamtpartei. Mit der Einigung der Fraktionen war die straffe Organisation der Lassalleaner,

die nur ein Parteiorgan zugelassen hatte, hinfällig geworden, und es entstanden nun auch die Lokalblätter in Berlin und Hamburg, den bisherigen Hauptstufen der Lassalleaner: in Hamburg das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, das dreimalwöchentlich, und in Berlin die „Berliner Freie Presse“, die täglich erschien. Sie wurde von Rost und Lössau redigiert, die später beide in Amerika gestorben sind, und konnte sich an geistigem Gehalt durchaus nicht mit dem „Vorwärts“ in Leipzig messen. Aber sie erschien täglich, und sie brachte die politischen Nachrichten je nachdem einen oder ein paar Tage früher als der „Vorwärts“, dessen Abonnentenziffer zunächst auf 12 000 gestiegen war, aber nun bis auf 7000 herabsank, während die „Berliner Freie Presse“ fortwährend an Abonnenten zunahm. Obgleich der ganze Parteiapparat aufgeboten wurde, dem langsamen Absterben des „Vorwärts“ vorzubeugen, so ließ es sich dennoch nicht aufhalten, und der damalige Parteivorstand beschäftigte sich schon mit der Frage, ob der „Vorwärts“ nicht etwas einzuschränken sei, als das Sozialistengesetz herabrach und die Parteipresse überhaupt vollständig vernichtet wurde.


Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz im Reichsanzeiger veröffentlicht, und sofort begann die Niedermechelung der sozialdemokratischen Blätter. Zu den ersten, die das Verbot traf, gehörten der „Vorwärts“, die „Berliner Freie Presse“ und das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, damals die drei bedeutendsten Blätter der Partei mit zusammen ungefähr 45 000 Abonnenten.

Diese Erfahrungen waren dem Anlaß, daß nach dem Falle des Sozialistengesetzes auf jeden Versuch verzichtet wurde, ein neues Zentralorgan in der Art des „Neuen Sozialdemokraten“ oder des Leipziger „Vorwärts“ zu schaffen, vielmehr das Blatt, das sich inzwischen die Berliner Genossen geschaffen hatten, zum Zentralorgan gemacht wurde.

sie verdient; im ganzen und großen wühlte er den „Neuen Sozialdemokraten“ auf der Höhe zu halten. Auf der Gegenseite ergriffen nach wie vor der „Volkstaat“, der die Krisis der Kriegsjahre und dann die mehrjährige Festungshaft Liebknechts glücklich überstanden hatte. Ein geistiger Mittelpunkt des Parteilebens wie der „Neue Sozialdemokrat“ wurde er freilich nicht, da die Lokalblätter der Partei von Jahr zu Jahr wuchsen; es erschienen ihrer in Chemnitz, Dresden, Crimmitschau, Hof, Gera, Braunschweig, Nürnberg, München und anderen Städten. So hatte die Gesamtpresse der Eisenacher Fraktion eine entschieden höhere Gesamtziffer als die 14 000 Abonnenten, auf die es der „Neue Sozialdemokrat“ brachte, während auf den „Volkstaat“ selbst nur 7-8000 Abonnenten fielen.

Als sich dann im Jahre 1875 auf dem Gothaer Kongresse beide Fraktionen vereinigten, blieben vorläufig, wesent-

Unsere verstorbenen Redakteure



Tutzauer

Wilhelm Hasenclever
geboren am 19. April 1837 zu Arnaberg in Westfalen, gestorben am 3. Juli 1889 zu Schönberg-Berlin, Redakteur am „Berliner Volksblatt“

Franz Tugauer
geboren am 10. März 1852 in Berlin, gestorben am 3. Oktober 1908 zu Berlin, Redakteur am „Berliner Volksblatt“

Ignaz Auer
geboren am 19. April 1846 in Donnestadt bei Passau, gestorben am 16. April 1907 zu Berlin, Hauptmitarbeiter am „Volksblatt“




Schönlank



Liebknecht



Auer



Hasenclever

Wilhelm Liebknecht
geboren am 26. März 1826 in Glesien, gestorben am 7. August 1900 zu Berlin, Redakteur am „Vorwärts“


Samuel Koslosky
geboren im Jahre 1837 zu Danzig, gestorben am 22. Mai 1899 zu Berlin, Redakteur am „Vorwärts“

August Jacobey
geboren am 21. März 1854 in Frankfurt a/O., gestorben am 30. August 1899 zu Berlin, Redakteur am „Vorwärts“


Emil Dierl-Rosand
(keine Photographie erhältlich), geboren am 11. Dezember 1829 in München, gestorben am 8. Dezember 1899 in Berlin, Redakteur am „Vorwärts“

Bruno Schoenlant
geboren am 16. Mai 1859 zu Mühlhausen i/Th., gestorben am 30. Oktober 1901 zu Leipzig, Redakteur am „Vorwärts“

Hans Nicolaus Krauß
(keine Photographie erhältlich), geboren am 26. Dezember 1861 in Neuhaus, gestorben am 21. September 1908 zu Berlin, Feuilleton-Redakteur am „Vorwärts“



Koslosky



Jacobey

A. Bebel: Der Vater des „Vorwärts“.



Gegen Ende der sechziger und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts führte die deutsche Sozialdemokratie unter sich schwere Bruderkämpfe. Die Allgemeine Deutsche Arbeitervereine! Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei! Das waren die beiden Lager, in die die Partei gespalten war. Wiederholte Versuche, die streitenden Parteien zu versöhnen und zu einer einzigen Partei zu verschmelzen, hatten trotz der Gemeinsamkeit der Ziele zunächst keinen Erfolg. Und doch fühlte man haben und drüben mit jedem Tage mehr, daß diese gegenseitige Bekämpfung, in der die

besten geistigen Kräfte der Partei sich aufrieben und Arbeit, Zeit und materielle Mittel vergeudet wurden, ein Ende nehmen müsse.

Der Ausfall der Reichstagswahlen am 11. Januar 1874 half den Gedanken der Einheit mächtig fördern. Das Wahlergebnis ergab, daß an jenem Tage 351 670 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden waren, von denen auf die Kandidaten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins — kurz die Lassalleaner genannt — 180 319 Stimmen, auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei — wegen ihres Gründungsortes kurz die Eisenacher genannt — 171 351 Stimmen fielen. Die beiden Lager waren also gleich stark, nur daß bei der Eroberung der Wahlkreise die Eisenacher die glücklicheren waren, die sechs Mandate gegen drei der Lassalleaner eroberten.

Dieser Ausgang der Wahlen wies mit Flamme auf das Anstimmige und Parteischädliche des bisherigen Getrenntmarschierens hin. Dem Kurzschichtigsten leuchtete ein, daß es so nicht weiter gehen könne. Auch die Rivalität der beiden getrennten Fraktionen bei ihrem öffentlichen Wirken im Reichstag machte einen unangenehmen Eindruck inner- und außerhalb der Partei und half dem Gedanken zum Siege, daß die Spaltung ein Ende nehmen müsse. Doch noch ein dritter Faktor wirkte — freilich unfreiwillig — mit, um den Widerstand der letzten Widerspenstigen zu brechen. Das war die Verfolgungswut, die Staatsanwälte und Gerichte gegen beide Fraktionen in lässlicher Unparteilichkeit an den Tag legten. Es regnete hohe Gefängnisstrafen, denen die Auflösung der Organisation folgte.

Endlich trafen im Februar 1875 die Leiter der beiden Fraktionen in Gotha zusammen, um sich über die Bedingungen zu verständigen, unter denen eine Einigung herbeigeführt werden sollte. Diese war nur möglich, wenn beide Teile in bezug auf Organisation und Programm Konzessionen machten. Der darauf einberufene Einigungsausschuß, der vom 22. bis 27. Mai 1875 in Gotha tagte, schuf die Einigung, die seitdem die deutsche Sozialdemokratie umschließt. Beide Teile gaben ihre früheren Organisationsformen und ihre Namen auf und nannten sich von jetzt ab: Sozialistische Arbeiterpartei. Beide Zentralorgane, der „Neue Sozialdemokrat“ der Lassalleaner und der „Volkstaat“ der Eisenacher, wurden zum Untergang verurteilt, doch sollte in Rücksicht auf die finanziellen und administrativen Verhältnisse die Verschmelzung erst am 1. Oktober 1875 eintreten, von welchem Tage ab das neue Zentralorgan unter der Redaktion von Liebknecht und Hasenclever mit dem Namen

„Vorwärts“

Zentralorgan der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands,

in Leipzig erschien. Seine Lebensdauer war freilich nur kurz. Die Einigungsbestrebungen der deutschen Sozialdemokratie waren in der höchsten Region, speziell bei Bismarck, mit größtem Unbehagen verfolgt worden. Die Energie, mit der die geeinigte Partei ihre Agitation aufnahm, erschien ihm äußerst bedenklich und so brachte er bereits in der Session des Reichstages von 1875—1876 eine Resolution zum Strafgesetzbuch ein, in der im wesentlichen die Gedanken verkörpert waren, die später dem Sozialistengesetz zugrunde gelegt wurden. Einweilen war jedoch der Reichstag noch nicht geneigt den ihm vorgelegten Kautskyparagrafen seine Zustimmung zu geben; es mußte erst das Hödel- und darauf das Nobilingattentat erfolgen, um die Pläne Bismarcks gegen die von ihm gefürchtete und gehäßte Partei zur Reife zu bringen. Die Stimmung, die infolge des Nobilingattentats erzeugt wurde, benutzte er, den unbotmäßigen Reichstag, der ihm nach dem Hödelattentat ein Ausnahmengesetz verweigert hatte, aufzulösen und einen neuen Reichstag wählen zu lassen, der bewilligte, was der frühere nicht bewilligen wollte.

Damit war dem „Vorwärts“, wie der gesamten sozialistischen Presse Deutschlands, die in wenig Jahren einen respektablen Umfang angenommen hatte, das Urteil gesprochen. Am 21. Oktober 1878 war das Sozialistengesetz in Kraft getreten. Bereits am 27. Oktober wurde der „Vorwärts“ auf Grund desselben unterdrückt.

In seiner letzten Nummer richtete er, bereits von Todesurteilen erfüllt, nochmals einen Appell an die „öffentliche Meinung“, indem er zugleich voraussetzte, daß Bismarck die durch das Sozialistengesetz geschaffene Lage benutzen werde, seine reaktionären Wirtschaftsreformpläne durchzuführen:

„Das liberale Bürgertum hat sich in diesem Gesetz eine Aule aufgeschunden, die ihm gelegentlich — mögen die Absichten der Regierung sein, welche sie wollen — sobald die Bismarckschen Steuer- und Wirtschaftsreformen ernstlich auf's Tapet kommen, sehr unangenehm werden könnten.“

Das Sprachrohr, durch das der deutschen Arbeiterklasse die Ideen des Sozialismus verkündet wurden, war zerrümmert, aber der Geist, der jenes Sprachrohr belebte, war geliebt und wirkte in Hunderttausenden weiter. An Stelle der öffentlichen trat die geheime Agitation und Organisation, und was sie geleistet, dafür sprechen die Wahlergebnisse von 1881, 1884, 1887 und 1890. Die sozialistengesetzlich verfolgte Partei wurde die stärkste Partei Deutschlands. Bei den ersten Wahlen unter dem Sozialistengesetz, Oktober 1881, hatte die Partei, trotz der ungeheuerlichen Hindernisse, 312 000 Stimmen gemustert, am 20. Januar 1890, der letzten Wahl unter dem Sozialistengesetz, erhielt sie 1 427 000 Stimmen. Das Sozialistengesetz war tatsächlich gescheitert, noch ehe sein gesetzliches Ende, der 30. September 1890, herangekommen war. Und nun wurden auf dem Parteitag zu Halle — dem ersten, der seit dreizehn Jahren wieder auf deutschem Boden stattfand — die Fäden aufgenommen, die durch das Jahr 1878 zerrissen worden waren. Mit der neuen Parteiorganisation entstand in erweiterter Gestalt der alte „Vorwärts“, der neue Führer im alten Streit. Möge er die ihm gestellte Aufgabe allezeit erfüllen und die Partei weiter führen zu Kampf und Sieg!

K. Kautsky: Der „Vorwärts“ und die internationale Revolution.



Der Jubeltag des „Vorwärts“ ist ein Festtag nicht bloß für die deutsche, sondern auch für die internationale Sozialdemokratie. Das Zentralorgan unserer Partei hat in demselben Maße internationale Bedeutung gewonnen, wie diese Partei selbst.

Bildeten zuerst, in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die englischen Arbeiter, die Chartisten, die Vorkämpfer des internationalen Proletariats, traten im Laufe der vierziger Jahre die französischen Sozialisten neben die englischen, so verschob sich vom Jahre 1870 an der Schwerpunkt des internationalen Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse nach Deutschland. Nicht etwa, daß die deutsche Sozialdemokratie die Führung in diesem Kampfe angestrebt hätte. Im Gegenteil. Sollte man ihr in dieser Beziehung einen Vorwurf machen, so wäre es höchstens der, daß sie sich um die sozialistischen Bewegungen des Auslandes zu wenig kümmerte.

Aber die deutsche Arbeiterklasse machte seit 1870 rasche Fortschritte, ihre politischen und ökonomischen Organisationen wuchsen rascher als die eines anderen Landes und sie wurden Vorbild für die verschiedenen Arbeiterparteien, die die neue Internationale bildeten, deren Grundlagen ungefähr zur selben Zeit zu erstehen begannen, in der das „Berliner Volksblatt“ gegründet wurde.

Für die angelsächsische und die romanische Welt mit ihren eigenartigen Verhältnissen und tief eingewurzelten Traditionen des politischen und sozialen Kampfes konnte jedoch das deutsche Vorbild nie jene Bedeutung und Kraft erreichen, wie für die anderen Nationen Europas, vor allem für Österreich und Rußland. Die österreichische Sozialdemokratie stand stets in engster Gemeinschaft mit der deutschen, in ihren Anfängen, bis 1870, zeitweise sogar in organisatorischer Vereinigung. Das alte Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der Leipziger „Volkstaat“, spätere „Vorwärts“, der Vorkämpfer des jetzigen „Vorwärts“, war tatsächlich das Zentralorgan auch der österreichischen Sozialdemokratie, und die Verwirrung, die das Sozialistengesetz anfänglich in Deutschland anrichtete, fand ihre Fortsetzung, und zwar in verstärkter Maße, in Österreich. Die Wiedererhebung der deutschen Sozialdemokratie, die unter anderem in der Gründung des „Berliner Volksblatt“ ihren Ausdruck fand, bereitete auch die Wiedererhebung der österreichischen Sozialdemokratie vor, die dann auf dem Parteitag von Hainfeld (Jahreswende 1888—1889) in ihrer jetzigen Form neu begründet wurde.

Fast ebenso eng waren die Beziehungen zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der russischen, deren erste Grundlagen zur Zeit der Gründung des „Berliner Volksblatt“ durch die Arbeit von Genossen gelegt wurden, die der deutschen Sozialdemokratie nicht nur persönlich sehr nahe standen, sondern auch ihre Literatur und Geschichte eifrig studierten und besser begriffen, als damals die meisten deutschen Sozialdemokraten selbst.

Die russische revolutionäre Bewegung befand sich in jenen Jahren in einer Lage, deren Dürstlichkeit der heutigen in nichts nachgibt. Und doch war die damalige Situation von der heutigen grundverschieden. Damals wie heute war dem heißten Siegesjubiläum ein jäher Zusammenbruch aller Hoffnungen, war Trostlosigkeit und Verweigerung gefolgt. Aber Sieger wie Besiegte standen damals in anderen Positionen.

Damals hatte der Terrorismus der Karodnja Wolja, dank ihrer Vereinigung einer wunderbaren Nüchtheit und Todesverachtung mit staatsmännischer Klugheit und Einsicht den Zarismus immer mehr und mehr bedrängt, bis ihr das äußerste gelungen war, die Tötung Alexander II. 1881. Aber gerade dieser Höhepunkt sollte ihre Schwäche offenbaren. Sie hatte keine Klasse hinter sich, wor bloß ein kleines Häuflein entschlossener und hingebender Kämpfer. Was ihre Kraft leisten konnte, leisteten sie — aber die Tötung eines Zaren vermochten sie nicht mehr zu überbieten. Diese konnte nur dann zum Siege führen, wenn sie die Massenaktion einer starken, revolutionären Klasse zur Entfaltung brachte. Indes blieb alles still. Damit ward aller Welt offenbar, wie wenig gesellschaftliche

Kraft hinter den Aktionen des Terrorismus steckte, daß sie Ausbrüche verzweifelter Ohnmacht waren. Der Zarismus gewann wieder Mut, indes unter den Gegnern des Zarismus Selbstvertrauen und Siegeszuversicht immer mehr schwanden.

Aber nur die Schwächlinge und Illusionäre warfen die Platte ins Korn. Für die kraftvollen und selbständig denkenden Elemente wurde die Zeit der Reaktion die Zeit der Revision ihrer Anschauungen — nicht eines Revisionismus leerer Zweifel, sondern der Entwicklung einer einheitlichen theoretischen Anschauung, die zu einer wohlbegründeten und zielbewußten energischen Kampftaktik führte.

Wie schon gesagt, reichen die Anfänge der russischen Sozialdemokratie gerade in die Zeit der Begründung des „Berliner Volksblatt“ zurück. Wie die österreichische ist auch die russische Sozialdemokratie gleichzeitig und im engsten Kontakt mit der deutschen gewachsen und erstarkt.

Indes nicht dem Umstand allein verdankt die russische Sozialdemokratie ihre Erfolge, daß sie sich auf den gleichen theoretischen Boden mit der deutschen stellte. Ihr Fortschreiten wurde auch bedingt durch die gleichzeitige Umwandlung Rußlands.

Nicht nur die revolutionären Elemente, auch die staatlichen Gewalten änderten sich bedeutend in der Zeit nach 1881. Der Terrorismus ebenso wie der russisch-türkische Krieg hatten eine solche Schwäche des Zarismus enthüllt, daß dieser allen Grund hatte, sich zu reformieren und reorganisieren, nach neuen Machtmitteln zu streben. Hatte der Krimkrieg die Aufhebung der Leibeigenschaft und sonstige liberale Reformen herbeigeführt, so kam es jetzt zu einer Industrialisierung Rußlands. Mit allen Mitteln strebte die Staatsgewalt, eine ausgedehnte kapitalistische Industrie zu schaffen. Das gelang ihr in hohem Maße, aber damit schuf sie auch ein starkes industrielles Proletariat, also eine starke revolutionäre Klasse. Und sie konnte die kapitalistische Industrie nur fördern durch Aufbringung gewaltiger Geldmittel, die sie teils vom Auslande pumpte, teils der Landwirtschaft erpreßte, die sie zusehends ruinierte.

Ganz anders als nach dem revolutionären Zusammenbruch von 1881 ist die Situation unter dem Regime der jetzigen Konterrevolution. Diese bedeutet nicht eine Reformierung und Reorganisation des Staates. Die Periode der staatlichen Industrieförderung ist vorbei, die Industrie stagniert, trotz der Zuwendungen an einzelne Kapitalistenklingel; die Landwirtschaft ist jetzt lieb Kind geworden. Aber sie wird nur noch in der Weise gefördert, daß zugunsten des Adels und der großen Bauern die kleinen Bauern proletarisiert werden. Daraus könnte wohl eine starke kapitalistische Landwirtschaft entstehen, jedoch erfordert eine solche nicht bloß Proletariat, sondern auch Kapitalien, und die fehlen. Die Regierung kann sie nicht beschaffen. Wohl macht sie Anleihe auf Anleihe, aber nicht zur Hebung der Landwirtschaft, sondern bloß zur Deckung des wachsenden Defizits. Die Staatsverwaltung erschöpft mehr als je alle Kräfte des Landes, die industriellen wie die agrarischen. Die Konterrevolution bedeutet die schrankenlose Willkür nicht der Zentralregierung, sondern aller Behörden, die frecher als je das Land bestechen.

Ein konterrevolutionäres Regime kann sich auch bei stärkeren revolutionären Kräften aus eigener Kraft längere Zeit behaupten, wenn es bestimmte Forderungen der Revolution selbst erfüllt, die für die gesellschaftliche Fortentwicklung unentbehrlich geworden sind. Das gilt für Napoleon III. und Bismarck, es galt für Alexander III., es gilt nicht für die jetzige Konterrevolution in Rußland.

Wenn diese sich noch behauptet, dankt sie dies nicht ihrer eigenen Kraft, sondern der Unterstützung anderer, stärkerer Elemente, die erkannt haben, wie wichtig der Absolutismus in Rußland für den Kapitalismus in Westeuropa geworden ist, wie sehr dieser durch das Proletariat bedroht ist, wenn jener stürzt. Die Konterrevolution siegt und herrscht in Rußland dank der Intervention Westeuropas, die freilich nicht mehr im Einmarschieren von Soldaten, sondern im Freischn von Schuldbereinigungen besteht, aber nicht minder wirksam ist, als die bewaffneten Interventionen früherer Zeit.

Die Sozialisten Westeuropas haben also keinen Grund, auf das Proletariat Rußlands ob seiner Schwäche und seiner Fehler von oben herabzusehen, weil seine Revolution besiegt wurde. Denn dabei wurden die Proletarier Westeuropas mitbesiegt, die nicht vermochten, die Intervention ihrer Regierungen — namentlich der Frankreichs und Englands — zugunsten des Zarismus unmöglich zu machen.

Der Zarismus liegt zu Boden an dem Tage, an dem die Hilfe aus Europa ausbleibt.

Ähnlich steht die Situation in Preußen. Auch da haben wir eine herrschende Klasse, das Junkertum, die ökonomisch und politisch schon längst bankrott wäre ohne die feste Unterstützung des Kapitals, das ihm politisch beisteht, ihm hilft, die Klippe der Gefährdung sich dienstbar zu machen.

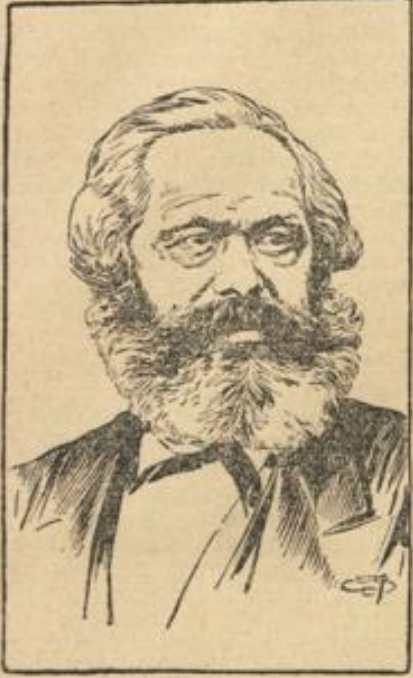
Es gibt noch immer Illusionäre, die glauben, gegen Junkertum und Zarismus die Kräfte der Kapitalistenklasse mit denen des Proletariats vereinigen zu können, weil Junkertum und Zarismus den kapitalistischen Profit verkürzen. Diese Illusionäre vergessen, wach entwickeltes Klassenbewußtsein die Bourgeoisie hat. Sie schätzt Junkertum und Zarismus als die billigsten und stärksten Wächter des ganzen kapitalistischen Systems, läßt sich die Zügel dieser Hunde gern etwas lockern und macht gute Miene zum bösen Spiel, wenn die ungeberdigen Mütter einmal auch die eigenen Herren anknurren oder ihnen einen Brocken von der Tafel wegschnappen.

Der Zarismus in Rußland, das Junkertum in Preußen, der Kapitalismus in Westeuropa, das ist ein Dreigespann, aufs engste aneinander gefesselt und unlöslich miteinander verbunden. Will man das eine Pferd im Vorwärtsdrängen hemmen, muß man versuchen, sich allen dreien entgegenzusetzen. Kommt das eine zu Falle, brechen auch die andern zusammen.

Der Wahlrechtskampf in Preußen, die Revolution in Rußland, die proletarischen Emanzipationskämpfe in Frankreich und England, sie stehen untereinander in engster Wechselwirkung; jeder Kämpfer auf dem einen Gebiet kämpft für alle anderen, auf keinem dieser Gebiete kann ein großer, dauernder Sieg erfochten werden ohne den gleichzeitigen Sieg der anderen.

Möge es unserm Zentralorgan, das schon von Anfang an ein internationales Organ gewesen, auch weiterhin gelingen, den großen Aufgaben gerecht zu werden, die aus dieser internationalen Situation entspringen.

Ein Brief von Marx.



Marx im Jahre 1871.

Auf Ersuchen unseres Londoner Korrespondenten war Professor E. S. Beesly so freundlich, uns aus seiner Marx-Korrespondenz folgenden Brief zur Verfügung zu stellen...

mit Marx bekannt. Er ist Comtist und war lange Jahre am University-College in London als Geschichtsprofessor tätig. In den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die englischen Trade Unions schwer um ihre Existenz zu kämpfen hatten...

Der uns von ihm zur Verfügung gestellte Marxsche Brief lautet:

1, Raitland Park Road, London NW., 12. Juni 1871.

Mein lieber Herr,

Lafargue, seine Familie und meine Töchter sind in den Pyrenäen an der spanischen Grenze, aber auf französischer Seite. Da Lafargue in Kuba geboren ist, so konnte er sich einen spanischen Paß verschaffen...

Trotz meiner Bewunderung für Ihre Artikel im „Bechive“ — Sie gehalten mir nebenbei die Bemerkung, daß ich als Parteimann eine durchaus feindliche Stellung gegenüber dem Comtismus einnehme und als Mann der Wissenschaft eine sehr geringe Meinung von ihm habe...

Eine Freundin von mir teilt in drei oder vier Tagen nach Paris. Ich gebe ihr regelrechte Pässe für einige Mitglieder der Kommune mit, die sich noch verborgen in Paris aufhalten...

Was mich tröstet, ist der Unfuss, der täglich in der „Reiße Presse“ über meine Schriften und meine Beziehungen zur Kommune veröffentlicht und mir täglich aus Paris zugesandt wird...

Ich sandte erstens den Mitgliedern der Kommune — durch denselben Vermittler — einen Brief als Antwort auf deren Anfrage, wie sie auf der Londoner Börse gewisse Effekten handeln könnten...

Zweitens: am 11. Mai, zehn Tage vor der Katastrophe, sandte ich auf denselben Wege alle Einzelheiten des geheimen Abkommens zwischen Bismarck und Favre in Frankfurt.

Nur ging die Information zu von Bismarcks rechter Hand — einem Manne, der früher (vor 1848 bis 1853) der geheimen Gesellschaft angehörte, deren Führer ich war. Dieser Mann weiß, daß ich noch alle Berichte besitze, die er mir aus und über Deutschland zusandte...

Hätte die Kommune auf meine Warnungen gehört! — ich riet ihren Mitgliedern, die Nordseite der Anhöhen von Mont-

martre, die preussische Seite, zu besetzen, und sie hatten noch Zeit, dies zu tun; ich sagte ihnen im voraus, daß sie sonst in eine Mausefalle geraten würden...

Hätten die Versäcker diese Dokumente gefunden, so würden sie keine gefälschten veröffentlicht haben.

Die „Adresse“ der Internationale**) wird nicht vor Mittwoch erscheinen. Ich werde Ihnen dann sofort ein Exemplar zuschicken...

Ihr treuer

Karl Marx.

Vittor Adler: Vor fünfundsanzig Jahren.



Das Jubiläum des „Vorwärts“ stellt uns die ebenso überraschende wie unleugbare Tatsache vor Augen, daß ein volles Vierteljahrhundert verflossen ist, seit wir die erste Nummer des „Berliner Volksblatt“ in Händen hielten...

war dem Tode geweiht. Es war die schlimmste Zeit, die unsere Bewegung in Oesterreich durchzumachen hatte. Um so größere Bedeutung hatten damals alle Beziehungen zur deutschen Bewegung. Der Züricher „Sozialdemokrat“ fand in Oesterreich seit seinem Bestehen geschickte Verbreiter und vor allem fleißige Leser...

Damit soll nichts gegen die Methode der heute im Kampfe stehenden Jahrgänge gesagt sein, so wenig das Feuer der Jugend ein Vorwurf ist für die befonnene Kraft des Mannes...

Als das „Berliner Volksblatt“ gegründet wurde, in dem Berlin des kleinen Belagerungszustandes, zur Zeit, da die Puttkameri eine ihrer wütendsten Organe feierte, wurde das kühne Unternehmen auch in Oesterreich mit Spannung verfolgt...

als es gegründet wurde. In Oesterreich war das anders. Von jeher sind hier die Redaktionen der Parteiblätter die eigentlichen Zentren der Organisation gewesen. Die Brutalität der Reaktion hatte Presse und Organisation niedergetrampelt...

Und noch eins fehlte uns und vielleicht das Wichtigste, was die deutschen Genossen besaßen: das allgemeine Wahlrecht. Wir mußten erst die Waffe erobern, die die deutsche Sozialdemokratie so glänzend zu gebrauchen wußte...

Genug der Erinnerungen. Seitdem ist aus dem kleinen „Berliner Volksblatt“, das vorzüglich tastend sich seinen Weg suchte, der große „Vorwärts“ geworden...

Hermann Schlüter: Der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie auf die amerikanische Arbeiterbewegung.



Die Sozialdemokratie der Vereinigten Staaten ist in gewissem Sinne eine Tochter der deutschen Sozialdemokratie. Die Auswanderung deutscher Arbeiter aus dem Reich nach Amerika übertrug schon frühzeitig ihre Bestrebungen und Anschauungen auf amerikanischen Boden...

übertragen ein Stück deutschen öffentlichen und sozialen Lebens auf die neue Heimat.

Schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts finden wir in New York und anderen amerikanischen Großstädten deutsche Arbeitervereine. Die Ideen des Weillingschen Handwerkerkommunismus, die unklaren kommunistischen Vorstellungen, wie sie in den deutschen Arbeiterorganisationen in der Schweiz, in Paris, in London herrschten...

Neben den deutschen Arbeiterorganisationen bildete sich frühzeitig eine deutsch-amerikanische Arbeiterpresse, die meistens direkt von diesen Arbeiterorganisationen ins Leben gerufen wurde. Schon im Jahre 1846 erschien in der Stadt New York ein kommunistisches Arbeiterorgan...

Mit den oben erwähnten Blättern sind nur einige der Presseorgane genannt, die die deutschen Arbeiter Amerikas zur Vertretung ihrer Interessen in jenen ersten Jahren der Bewegung

*) Samuel Morley war liberales Parlamentsmitglied und Philantrop, der die Trade Unions unterstützte und sie an die liberale Partei binden wollte.

**) Leherer Namen war nicht genau zu entziffern, **) Offenbar über den Bürgerkrieg.

gegründet haben. Bis zur Gründung unseres jetzt noch bestehenden Organs, der „New Yorker Volkszeitung“, im Jahre 1878 wurden in New York nicht weniger als zehn Arbeiterblätter ins Leben gerufen, wobei Eintagsfliegen oder nebensächliche Erscheinungen, ebenso auch die zahlreicheren gewerkschaftlichen Fachblätter nicht mitgerechnet sind. — Von diesen zehn deutschen Arbeiterblättern in New York waren zwei Tageszeitungen: „Die Reform“ im Jahre 1853/54, die „Arbeiter-Union“ 1869/70, wozu dann als wichtigstes Blatt von allen schließlich die „New Yorker Volkszeitung“ kam.

Das Auftreten Ferdinand Lassalles und die Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ wirkten auch nach Amerika hinüber. Im Jahre 1865 bildete sich in New York ein „Allgemeiner deutscher Arbeiterverein“, der mit der Lassalleschen Organisation in Deutschland in Verbindung trat und es als seine nächste Aufgabe ansah, Lassallesche Broschüren unter den deutsch-amerikanischen Arbeitern zu verbreiten. Aus diesem New Yorker „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ entwickelte sich die oft gerühmte „Internationale Sektion I“, die in der New Yorker und amerikanischen Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle gespielt hat. Dieser „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ war auch bei der Gründung der ersten sozialistischen Partei tätig, die auf amerikanischem Boden entstand und die, 1868, als „Soziale Partei“ eine kurze Zeit in New York vegetierte.

Nebenbei mag bemerkt werden, daß es ein früheres Mitglied des Lassalleschen „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ war, der als Erster in einer Konvention der amerikanischen Arbeiter diesen die Notwendigkeit unabhängiger Arbeiterpolitik vorhielt. Es geschah das im Jahre 1866 in einer Zusammenkunft in Baltimore, wo die „National Labor Union“ gegründet wurde. Wilhelm Schlegel, so hieß der Mann, fand mit seiner Anregung derartiges Beifall, daß man ihn als Anerkennung zum Vizepräsidenten der Konvention erwählte.

Eine Gewerkschaftsbewegung im modernem Sinne entwickelte sich unter den deutschen Arbeitern der Vereinigten Staaten schon sehr früh. Im Jahre 1853 bestanden, wie wir gesehen haben, in New York schon eine ganze Reihe Gewerkschaften, doch gingen die meisten bald wieder ein. Die Krise von 1857 machte auch ihren Heberreihen ein Ende. Kaum aber hatten die schlechten Zeiten sich etwas verzogen, als auch eine ganze Reihe deutsch-amerikanischer Gewerkschaften wieder ins Leben trat. Zu Anfang des Jahres 1859 organisierten sich in New York die deutschen Piano- und Zigarrenarbeiter und Tischler. Die Gewerkschaft der letzteren, die heute noch besteht, konnte dieser Tage auf eine fünfzigjährige Tätigkeit zurückblicken. Sie ist die älteste Gewerkschaft deutscher Arbeiter. Im Deutschen Reich dürfte sich keine finden, die eine fünfzigjährige Existenz aufweisen könnte. Diese älteste deutsche Gewerkschaft der Welt führt heute den Namen „Carpenter Union 300“.

Der Krieg von 1870 und seine Folgen trieb eine Masse von Arbeitern aus Deutschland übers Meer. Zu jener Zeit wurde die deutsche Arbeiterschaft Amerikas, soweit sie in Bewegung war, von der „Internationalen Arbeiterassoziation“ beherrscht, deren amerikanische Sektionen sich in der Hauptsache aus deutschen Arbeitern zusammensetzten. Die Arbeiteremigration zu Anfang der siebziger Jahre übertrug die Gegenseite, die damals in der Bewegung Deutschlands herrschten, auf amerikanischen Boden. Die „Eisenacher“ schlossen sich in der Hauptsache den internationalen Sektionen an, die Lassalleaner bildeten eigene Vereinigungen. Die Krise von 1873 vernichtete großenteils die rein gewerkschaftlichen Organisationen; das dadurch verursachte Elend zwang aber zum kräftigen Widerstand, wobei überall das deutsche Arbeiterelement die führende Rolle übernahm. In den internationalen Sektionen zeigte sich eine weitgehende Zersetzung. Das jüngere, erst kürzlich aus Deutschland eingewanderte Element derselben trennte sich von der Organisation und verband sich mit den Lassalleschen und anderen deutschen Arbeitervereinen, wobei das politische Moment der Bewegung stärker in den Vordergrund gestellt wurde, als es bei der „Internationalen“ der Fall gewesen war. Man kam zur Gründung selbständiger Arbeiterparteien, die aber, beinahe ohne Ausnahme, Parteien deutscher Arbeiter waren. In Chicago entstand, anfangs 1874, die „Arbeiterpartei von Illinois“, bei der deutsche Arbeiter Gewalter standen und in der zu Beginn besonders Karl Klings, der Generalbevollmächtigte Lassalles für das Rheinland, tätig war.

Um dieselbe Zeit kam in der Sektion V der „Internationalen“ in New York die Gründung einer sozialistischen Arbeiterpartei zur Anregung. Man trat mit anderen Arbeiterorganisationen in Verbindung; man wählte ein Komitee für die nötigen Vorarbeiten ein, und auf den 17. Mai 1874 wurde eine Delegiertenversammlung einberufen, auf der am genannten Datum die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei von Nordamerika“ gegründet wurde. Aus dieser damals gegründeten Partei hat sich die heutige „Sozialistische Partei“ der Vereinigten Staaten entwickelt. Es waren sämtlich deutsche Organisationen, die auf der damaligen Konvention vertreten waren, mit einer einzigen Ausnahme; und diese Ausnahme bildete nicht etwa eine Organisation amerikanischer Arbeiter, sondern eine solche von französischen Flüchtlingen, der damaligen französischen Sektion der „Internationalen“ in New York.

Der Fortschritt der neuen Parteiorganisation war anfänglich nur ein langsamer. Nach Jahresfrist hatten sich erst in acht verschiedenen Ortschaften lokale Zweige der Partei gebildet, sämtlich deutsche. Die Agitation wurde gelähmt durch die Zersplitterung, die in den Reihen der deutschen Arbeiter bestand. Auf die Arbeiter anderer Nationalitäten erhielt man zunächst keinerlei Einfluß. Neben der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ bestanden noch die „Nordamerikanische Föderation der internationalen Arbeiterassoziation“, die „Arbeiterpartei von Illinois“, die in Chicago ihren Sitz hatte, dann noch unabhängige Organisationen in Cincinnati und anderswo. In New York war in der Partei damals besonders der Zigarrenarbeiter Georg Winter aus Hamburg-Altona tätig, der frühere Vizepräsident des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“. In Cincinnati wirkte besonders G. Lübkert, der vorher in Berlin und in ganz Norddeutschland für die Organisierung der deutschen Zimmerleute hervorragend tätig gewesen war. In Chicago hatte neben Klings der Schweizer Konrad Conzett Einfluß gewonnen.

Die Folgen der Zersplitterung machten sich in der Agitation herab geltend, daß der Ruf nach Vereinigung allgemein wurde. Im Juli 1876 kam es auf einem Kongress in Philadelphia zur Vereinigung. Die „Internationalen“ löste sich auf und ihre Sektionen verbanden sich mit der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ und der „Arbeiterpartei von Illinois“ zu der „Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten“, wie die geeinigte Organisation genannt wurde.

Die Vereinigung führte der neuen Partei auch Arbeiter nicht deutscher Nationalität zu. Im Januar 1877 bestanden 48 Mitgliedschaften, von denen 25 deutscher, 12 englisch-amerikanischer, 7 böhmischer, 3 skandinavischer und eine französischer Sprache war. Noch bildeten die deutschen Mitgliedschaften damals wie Jahrzehnte nachher noch das Rückgrat der Partei.

Im Frühjahr 1877 zeigte sich ein lebhafter allgemeiner Aufschwung der Arbeiterbewegung im Lande. Die Zeit der Krise seit 1873 hatte furchtbare Verwüstungen in der gewerkschaftlichen Or-

ganisation herbeigeführt. Die Ertrungenschaften der Jahre 1868 bis 1872, besonders auch der schon in vielen Gewerben eingeführte Achtstundentag, waren nahezu vollständig verloren gegangen. Die Kapitalisten hatten die Löhne unglaublich heruntergedrückt, und ferner hatten sie durch Importierung billiger Arbeitskraft, besonders ungelerner Arbeiter, ganz systematisch die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterklasse herabzusetzen versucht. Als nun 1877 die Krise etwas nachließ, bemächtigte sich im Sommer dieses Jahres der ganzen Arbeiterschaft eine allgemeine Erregung, die natürlich auch der sozialistischen Agitation zugute kam. Im Juli 1877 zählte die „Arbeiterpartei“ 82 Sektionen, von denen 45 deutsche und 23 englische waren.

Im selben Monat begann im mittleren Westen des Landes ein allgemeiner Streik der Eisenbahnarbeiter, der rasch auf die Fabriken übergriff und binnen wenigen Tagen nahezu alle Großstädte des Landes in Mitleidenschaft zog. Es kam vielfach zu blutigen Zusammenstößen aller Art. In Pittsburg kam es zu regelrechten Gefechten zwischen den bewaffneten Arbeitern und der aufgebotenen Miliz, in denen die Soldaten gezwungen wurden, ihren Rückzug aus der Stadt anzutreten. Die Massen rächten sich für das vergossene Blut dadurch, daß sie die Gebäude der Eisenbahngesellschaften in Brand setzten. Der angerichtete Schaden wurde auf mehr als eine Million Dollar geschätzt.

Der Streik dehnte sich auf nicht weniger als 17 Staaten aus. Die „Arbeiterpartei“, die natürlich direkt nichts mit dem Streik zu tun hatte, benutzte die Gelegenheit zur Agitation und betrieb überall Versammlungen ein, die ungeheuren Zuspruch hatten. Bei dem Mangel jeder politischen Organisation außerhalb der sozialistischen „Arbeiterpartei“ war es erklärlich, daß die Wortführer der Sozialisten überall dort an die Spitze der allgemeinen Bewegung der Arbeiter gerückt wurden, wo sie Sektionen besaßen. In Chicago wurden bei den Zusammenstößen mit der Polizei mehrere deutsche Arbeiter erschossen. In Milwaukee und Cincinnati trat der Ausstand der Bahnarbeiter von vornherein erfolgreich, nicht zum geringsten deshalb, weil die „Arbeiterpartei“ dort stark genug war, um in den Arbeiterversammlungen ihre Sache führen und die öffentliche Meinung für sie bearbeiten zu können. In St. Louis führte der Streik zu einer eigenartigen Situation. Auch hier trat unter der Leitung der Arbeiterpartei, die in St. Louis damals ganz deutsch war, die Masse der Bevölkerung für die streikenden Eisenbahnarbeiter ein. In einer der Massenversammlungen wurde ein „Arbeitsergebniskomitee“ eingesetzt, das vollständig aus deutschen Sozialisten bestand, unter ihnen auch Dr. J. Lingemann. Dieses Komitee wandte sich in einer „Proklamation“ an die Bevölkerung der Stadt, in der es verschiedene Forderungen an die städtische Verwaltung stellte. Die Proklamation wie die Massenversammlungen der Arbeiter und die ganze Lage der Dinge jagten dem Bürgertum von St. Louis einen heillosen Schrecken ein. Die Behörden begannen sich aus Furcht vor der Arbeiterschaft und ihrem „Exekutivkomitee“ geradezu der Herrschaft. Sie übten ihre Amtstätigkeit nicht aus und hatten mehrere Tage lang tatsächlich abgedankt. Die Herrschaft der Stadt wäre an das sozialistische „Exekutivkomitee“ der Arbeiter übergegangen, hätte dieses die Herrschaft übernehmen wollen. Aber dieses Komitee wußte mit der Macht, die ihm zugefallen war, nichts anzufangen.

Als das Bürgertum sah, daß das „Arbeitsergebniskomitee“ nicht der Riese war, den es in ihm erblickt hatte, wuchs sein Mut. Die Zeitungen wütheten gegen „die Kommunisten“. Die Behörden nahmen ihre Funktionen wieder auf und verboten zunächst alle Versammlungen. Die Mitglieder des „Arbeitsergebniskomitees“ wurden verhaftet, ebenso die meisten übrigen Wortführer der Arbeiter. Das Bürgertum bewaffnete sich jetzt, als es sah, daß die Arbeiter ruhig blieben. Dr. J. Lingemann, das schon erwähnte Mitglied des „Arbeitsergebniskomitees“, harb nach einigen Tagen an den Folgen der Erregung, die er während des Streikes durchgemacht hatte.

Die Unruhen und die Arbeitseinstellungen vom Juli 1877 hatten die „Arbeiterpartei“ zum ersten Male mit den Massen der amerikanischen Arbeiterschaft in Verbindung gebracht. Die Demonstrationen und Kämpfe und der Aufmarsch der Massen hatte die Mitglieder mit Begeisterung erfüllt, und überall bereitete man sich vor, durch Beteiligung an den Wahlen die erworbenen Sympathien in Wahlstimmen für die „Arbeiterpartei“ umzusetzen. Im August 1877 fand in Louisville eine Lokalwahl statt, bei der von 14 000 abgegebenen Stimmen nahezu 9000 auf die Kandidaten der Arbeiter fielen, von denen eine ganze Anzahl erwählt wurden. Bei den bald darauf folgenden allgemeinen Wahlen wurden überall, wo die deutschen Arbeiter stark waren, große Stimmenzahlen für die Sozialisten abgegeben. Auch eine ganze Anzahl von Kandidaten wurden gewählt. Tatsächlich hatte die junge Partei Erfolge, die sie in den betreffenden Distrikten bis zum heutigen Tage noch nicht wieder erlangen hat. Und in der Hauptsache waren es deutsche Arbeiter, die diese Erfolge möglich machten.

Der Enthusiasmus, den der Streik vom Juli und alles was damit zusammenhing, in den Reihen der deutschen Sozialisten Amerikas herbeigeführt hatte, zeigte sich nicht nur bei den Wahlen, er trat besonders auch hervor in dem Bestreben, deutsch-sozialistische Zeitungen zu gründen. Die Versuche, die Ende der siebziger Jahre in den Vereinigten Staaten gemacht wurden, um sozialistische Blätter zu gründen, sind fast zahllos. In Chicago bestand die tägliche „Arbeiterzeitung“ mit dem Wochenblatt „Vorboten“. Man gründete dort noch ein sozialistisches tägliches Blatt, den „Sozialist“ und ein weiteres, die „Chicagoer Volkszeitung“. In Milwaukee wurde der tägliche „Sozialist“ in deutscher Sprache und der englische „Socialdemocrat“ wöchentlich herausgegeben. In Cincinnati, in St. Louis, Louisville, Indianapolis, San Francisco rief man tägliche deutsche sozialistische Blätter ins Leben. In Newark, Milwaukee, Grand Rapids, Buffalo und vielen anderen Orten versuchte man es mindestens mit Wochenblättern. Immer neue deutsche sozialistische Blätter schossen aus amerikanischen Boden hervor. Sie teilten das Schicksal ihrer Vorgänger, die aus Mangel an geeigneten Kräften und aus Mangel an Interesse der Massen zugrunde gegangen waren. Eine enorme Masse von Energie und Geld der deutschen Arbeiter Amerikas ist in den Jahren 1877 und 1878 in Zeitungsgründungen vergeudet worden. Gleichzeitig aber entstanden damals auch jene Zeitungen, mit denen die deutsche Arbeiterschaft der Union sich dauernde Vertreter ihrer Interessen geschaffen hat und die bis heutigen Tages einen bedeutenden Einfluß auf die sozialistische Bewegung des Landes ausüben. Von den Duzenden von Blättern, die damals gegründet wurden, bestehen heute nur noch die „Chicagoer Arbeiterzeitung“, das „Philadelphia Tageblatt“ und die „New Yorker Volkszeitung“. Das Chicagoer Blatt schwankte bald ins anarchische Lager ab. Das Philadelphia Tageblatt aber, das im September 1877 gegründet wurde, und die „New Yorker Volkszeitung“, deren erste Nummer am 28. Januar 1878 erschien, sind heute noch kräftige Säulen der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, und beide haben das sozialistisch-proletarische Banner seit ihrem Bestehen jeden einzelnen Tag hoch emporgehalten.

Die Gründung der „New Yorker Volkszeitung“ hatte natürlich weit größere Bedeutung, als die Schaffung der übrigen sozialistischen Blätter im Lande. Sie erschien in der größten und weitest ausgedehnten Stadt des Landes, die auch das höchst entwickelte Zeitungswesen hatte. Sie mußte, um konkurrenz zu

können, von vornherein ein großangelegtes Unternehmen sein. Sie mußte einen Nachrichtendienst haben, der wenigstens einigermaßen dasselbe bot, was die übrigen Zeitungen boten. Sie mußte theoretisch auf der Höhe stehen, mußte mit Bezug auf die Arbeiterbewegung das Besentlichsche bieten, kurz, mußte großen Ansprüchen gerecht werden. Und die Summen, die zur Gründung des Blattes und zur Erfüllung der großen Aufgabe, die es hatte, zur Verfügung standen, waren sehr klein. Etwa 1100 Dollar war das ganze bare Geld, das bei Herausgabe der ersten Nummer vorhanden war. Etwa 1000 Dollar standen noch in Aussicht. Das war alles. Und dabei fehlte es an einem geübten Redaktionsstab und an geeigneten Verwaltungskräften. Es ist geradezu ein Wunder, daß das Blatt sich hat erhalten können, daß es alle Schwierigkeiten der ersten Zeit überwand. Die deutschen Arbeiter New Yorks haben mit der Aufrechterhaltung der „New Yorker Volkszeitung“ außerordentlich geleistet. Außer den zahlreichen Namenlosen, die ihr alles für den Bestand des Blattes einsetzten, sind hier Alexander Jonas zu nennen, der erste Chefredakteur der „Volkszeitung“, dem das neugegründete Unternehmen viel zu danken hatte. Auch der Russe E. E. Schewitsch, der bald nach Gründung des Blattes in die Redaktion eintrat, wäre nach dieser Richtung hin zu nennen.

Die deutschen Arbeiter New Yorks sind opferwillig für ihr Blatt eingetreten, wenn immer Not am Mann war. Sie haben große Summen für dessen Erhaltung aufgebracht. Aber auch darüber hinaus haben sie Großes geleistet. Nach einer kürzlich gemachten Aufstellung hat die deutsche sozialistische Arbeiterschaft von New York und Umgegend seit dem Jahre 1878 nicht weniger als eine Viertel Million Dollar, das ist mehr als eine Million Mark, für Zwecke des internationalen Befreiungskampfes des Proletariats aufgebracht. Davon gingen große Summen nach Deutschland zur Unterstützung der Gefangenen und Ausgewiesenen sowie für die Reichstagswahlen. Auch für die Gründung einer englisch-sozialistischen Presse brachten die deutschen Arbeiter, die hinter der „Volkszeitung“ standen, mehr als 80 000 Dollar auf. Die deutschen Arbeiter New Yorks dürfen sich, was Opfermut anlangt, den Arbeitern irgendeines anderen Ortes selbstbewußt zur Seite stellen.

Das haben auch die Opfer des Sozialistengefuges erfahren, die als Gehekte oder Verbannte über das Meer gejagt wurden. Schon gleich nach Erklärung des Heinen Belagerungszustandes in Berlin trafen vereinzelte Ausgewiesene in New York ein. Ihre Zahl mehrte sich, als im Herbst 1880 auch in Hamburg-Altona das Ausweisungsrecht erklärt wurde. Schon vorher war die Auswanderung deutscher Arbeiter nach Amerika ungeheuer angeschwollen. Das Ausnahmengesetz trieb Zehntausende aus der Heimat. Sofort bei Erklärung des Belagerungszustandes in Hamburg-Altona bildete die Sektion der New Yorker Sozialistischen Arbeiterpartei ein Hilfskomitee, das Geldsammlungen veranstaltete und Unterkunftsplätze suchte für die erwarteten Opfer des Ausnahmengesetzes. Bei Ankunft des ersten Schiffes, das eine größere Anzahl Ausgewiesener an Bord hatte, waren zahlreiche Genossen am Landungsplatz, um den Verbannten in der neuen Heimat ein Willkommen zu bieten. Man brachte sie in ihre Quartiere, von wo sie zu einer Empfangsfeier geleitet wurden. Vielen konnte bald Arbeit nachgewiesen werden, während andere lange zu warten hatten. Das Hilfskomitee verschaffte dann durch die Dampfgesellschaften den Familien der Ausgewiesenen billige Heberfahrtskarten. Nach jeder Richtung hin wurde Beistand geleistet. Den ersten Abteilungen folgten bald weitere. Viele derselben siedelten sich in den damals noch bestehenden deutschen Vierteln der unteren Ostseite der Stadt an, die jetzt schon lange nicht mehr bestehen. Ein Teil der Ausgewiesenen wanderte auch westwärts, um dort eine neue Heimat zu suchen. Aber überall haben die deutschen Arbeiter Amerikas, wohin immer die Ausgewiesenen auch kamen, sie mit offener Hand und offenen Herzen empfangen.

Der größte Teil der Ausgewiesenen trat natürlich den sozialistischen Parteiorganisationen Amerikas bei. Viele widmeten ihre Kräfte auch der gewerkschaftlichen Bewegung ihres Gewerbes. Nach New York kamen, als die Verhängung des Belagerungszustandes über Hamburg drohte, eine große Anzahl Zigarrenarbeiter von dort, wie denn auch sich unter den Ausgewiesenen besonders viele Zigarrenarbeiter befanden. Diese schlossen sich der Zigarrenarbeiterorganisation an, die durch ihre Agitation erst Bedeutung erhielt. Bald entwickelten sich indes Gegenseite in der Organisation, und es kam zur Spaltung, wobei die Ausgewiesenen wie ein Mann sich der neu gegründeten „Progressiven Zigarrenarbeiter-Union“ angeschlossen, die längere Zeit in einem heftigen Kampf mit dem Nationalverband des Gewerbes verwickelt wurde, und schließlich wieder in diesem aufging.

Die große Zahl der Ausgewiesenen ist der Sache, für deren Vertretung sie die Heimat zu verlassen hatte, treu geblieben. Sie sind noch heute in der Sozialistischen Partei des Landes tätig. Ein Teil ist mit Johann Most oder Wilhelm Hasselmann in das anarchische Lager abgewandert, einige Wenige sind Spießbürger geworden, manche auch gestorben oder verstorben. — Most ist tot und seine frühere Anhängerschaft hat sich verlaufen. Wilhelm Hasselmann soll irgendwo in Brooklyn bei New York wohnen. Er ist halb verschollen und in der Partei nicht mehr bekannt.

Die Blütezeit der deutschen sozialistischen Bewegung in Amerika ist vorbei. Die Partei setzt sich in der Hauptsache aus Vertretern anderer Nationalitäten zusammen, obgleich die Deutschen mit ihrer vierzigjährigen Schulung in sozialistischer Theorie und Praxis immer noch einen wichtigen Bestandteil der Partei bilden und ihr Opfermut auch heute noch obenan steht. Aber mit dem früheren Zusammenhang ist es vorbei. Die deutschen Arbeiter wohnen nicht mehr zusammen, wie es früher der Fall war; ihre Verkehr untereinander ist deshalb erschwert. Ihre früheren Wohnstätten sind von jüdischen, italienischen und südslawischen Arbeitern eingenommen, deren Einwanderung an die Stelle der früheren deutschen Einwanderung getreten ist. In welcher Stärke, das zeigt die Tatsache, daß in New York etwa 800 000 russisch-polnische Juden wohnen und 400 bis 500 000 Italiener. Die Deutschen sind durch die Einwanderung auseinander gedrängt worden. Sie sind heute über die ganze Stadt zerstreut. Die große Ausdehnung New Yorks bringt es mit sich, daß man sich nur selten sieht, und daß sich ein reges gefelliges Leben nicht entwickeln kann, dem ohnehin die puritanischen Sonntags sitten entgegenwirken.

Auch das Vereinsleben der deutschen Arbeiterschaft ist im Rückgang begriffen. Die Zahl der deutschen Gewerkschaften hat stark abgenommen, und wo solche noch bestehen, verlieren sie immer mehr ihren eigentlich deutschen Charakter. Ein ziemlich reges Leben herrscht noch in den Arbeiter-Gesangvereinen, die einen eigenen Verband über Groß-New York bilden und in deren Zusammenkünften sich das speziell deutsche Leben noch am besten erhält. Eine große Organisation ist die „Allgemeine Arbeiter-Aranken- und Sterbefasse von Nordamerika“, in der viele Tausende deutscher Arbeiter organisiert sind. Diese Arbeiter-Arankenklasse wurde von Hamburger Ausgewiesenen im Oktober 1884 gegründet, und zwar wurde ihr Name dem der „Allgemeinen Arbeiter-Aranken- und Sterbefasse für Hamburg-Altona und Umgegend“ entlehnt. Auch in vielen nicht zentralisierten Arankenklassen finden sich in New York sozialistische deutsche Arbeiter zusammen.

Im übrigen dienen der „Labor Temple“ in New York und des „Labor House“ in Brooklyn (eine Art Gewerkschaftshäuser) nebst den Lokalen einiger Bildungsvereine als Zusammenkunftsorte für die deutschen Genossen. Freilich ist es nur für die diesen Lokalen nahe wohnenden Arbeiter möglich, dort regelmäßig zusammen zu treffen. Für die Gesamtheit der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft New Yorks sind es die Feste, die die „New Yorker Volkszeitung“ zweimal jährlich veranstaltet, auf denen alles zusammenkommt, was an „alten Genossen“ sich im Laufe der Zeit aus den Augen verloren hat. Von diesen Festen findet das eine im Winter in einem großen Lokal, gewöhnlich am 22. Februar, an Washingtons Geburtstag, statt; das andere im Sommer, im Freien, in einem der Parks der Umgegend der Stadt. Sowohl das „Bildnis“ im Sommer, wie das „Volkszeitungsfest“ im Winter, sind in der Regel von vielen Tausenden deutscher Arbeiter mit ihren Familien besucht. Hier trifft man die früheren Bekannten aus der Bewegung, hier tauscht man alte Erinnerungen aus, hier werden die vergangenen Tage wieder lebendig, und oftmals überkommt einem ein Hauch von Heimweh, wenn man an die Kämpfe in der alten Heimat erinnert wird, mit ihren Verfolgungen und ihren Polizeischikanen, mit ihren Gefängnissen und ihren Ausweisungen, mit ihrer Schmach und ihrer Niedertracht, aber auch mit ihrem Kampfesmut und ihrer Opferwilligkeit, ihrem Fortschritt und ihren Siegen.

Die deutsche sozialistische Bewegung Amerikas ist im Niedergange begriffen. Sie hat trotzdem noch große Aufgaben vor sich. Sie hat darauf zu sehen, daß in der Bewegung, die sie auf dem Boden der Vereinigten Staaten geschaffen hat, der proletarische Geist der maßgebende Geist bleibt.

Alles in allem genommen, hat sich die Sozialdemokratie des Deutschen Reiches ihrer deutsch-amerikanischen Tochter über dem Meere nicht zu schämen. Diese hat rauhen Boden zu beackern gehabt, der feinig und voller Dornen war. Sie ist bei ihrer Pionierarbeit nicht ermüdet. Und wenn sie heute, auf ihre Höhe geleitet, das bearbeitete Feld in einem Augenblick der Ruhe überschaut, so kann sie stolz das vollbrachte Werk betrachten. Die Saat, die sie gesät hat, schießt in die Höhe.

Jean Jaurès: Die Zukunft des deutsch-französischen Ausgleichs.



Das deutsch-französische Abkommen über Marokko ist in Frankreich mit allgemeiner Genugung angenommen worden. Vor allem darum, weil es einem langen, oft beunruhigenden, mitunter gefährlichen Zwist, der Europa an den Rand großer Konflikte führte, ein Ende gesetzt hat. Zweitens aber war es offenbar, daß — mag das Abkommen auch nur Marokko allein betreffen und Herr Pichon ausdrücklich erklärt haben, daß kein anderer Gegenstand in die Verhandlung einbezogen worden ist — die wohlthätigen Wirkungen sich über den unmittelbaren Gegenstand hinaus erstrecken

und namentlich zur Beruhigung und friedlichen Beilegung des Balkankonfliktes beitragen würden. Wenn Frankreich und Deutschland in dem Augenblick, da ihre beiderseitigen Alliierten, Rußland und Oesterreich, im Streit waren, selbst im Zustand des Konfliktes gewesen wären, hätten alle Kräfte im Sinne des Krieges gewirkt. Und wenn wir französischen Sozialisten in Gemeinschaft mit unseren deutschen Genossen unsere Anstrengungen verdoppelt haben, um dem marokkanischen Abenteuer eine Grenze zu setzen und eine Annäherung der beiden Länder zu ermöglichen, so geschah dies, um einen Brandherd unschädlich zu machen, der in einem durch den Balkankonflikt überreizten Europa die Katastrophe herbeigeführt hätte.

Je gespannter die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sind, desto schwerer fällt es Deutschland, Oesterreich — sei es auch in diskreter Weise — Mäßigung anzuraten, und um so schwerer ist es für Frankreich, auch den beunruhigendsten Phantasien Rußlands zu widerstehen. Durch ihren Konflikt liefern sie sich ihren Alliierten und allen ihren Launen aus. Das deutsch-französische Abkommen hat eine beide Länder verbindende Aktion der Mäßigung gestattet. Es hat den Elementen der Aggressivpolitik und des Abenteuers, die sich im Orient regen, ein Gegengewicht geboten. Es hat endlich in der westlichen und zentralen Region Europas eine weite neutrale Zone geschaffen, deren friedlicher Einfluß in mannigfacher Weise wirksam werden kann.

Dies Abkommen hat in Frankreich eine um so günstigere Aufnahme gefunden und es wird darum von Tag zu Tag höher bewertet, als die öffentliche Meinung Frankreichs über das Gebaren der russischen Diplomatie einigermaßen erstant und beunruhigt ist. Was diese im Grunde will, weiß man nicht. Sie hat die Zusammenhanglosigkeit, die Ueberraschungen, die Widersprüche gehäuft. Wenn sie auf ein Abenteuer hinaus will, so ist sie erstaunlich unentschlossen, und wenn eine Berechnung, eine Folgerichtigkeit in ihren anscheinenden Widersprüchen verborgen ist, erstaunlich niederrichtig. Sie hat 1876 Bosnien und die Herzegovina an Oesterreich ausgeliefert. Sie hat, am Vorabend des üblen Streiches des Herrn v. Kehrenthal, die vertraulichen Eröffnungen des österreichischen Ministers entgegengenommen. Sie hat Frankreich von den Kompensationen, die sich vorbereiteten und deren Konsequenzen doch für unser Land im Hinblick auf die Klauseln der russisch-französischen Allianz von schwerwiegender Bedeutung werden konnten, nicht in Kenntnis gesetzt. Hat sie die unklugen

ferbischen Forderungen „territorialer Kompensationen“ ermutigt und bremst sie nachträglich? Oder behält sie sich noch vor, für den Fall, daß die panslawistische Aktion ihr geeignet scheinen sollte, den noch vorhandenen Rest der revolutionären Strömung zu unterdrücken oder abzuleiten, die Empfindlichkeit der kleinen slawischen Völker zu Ausbrüchen zu reizen? Ebensoviele Fragen, die das französische Denken und wie ich glaube, auch die französische Diplomatie mit einiger Besorgnis erfüllen. Ebensoviele Rätsel, die unsere bestunterrichteten Staatsmänner mit Sicherheit zu erraten sich nicht schmeicheln können. In dieser Ungevißheit und Verwirrung, in diesem Unbehagen erscheint die Aufhebung der deutsch-französischen Spannung als unendlich wertvolle Friedensbürgschaft.

Nicht etwa, daß Frankreich an seiner Kraft zweifelte. Vielmehr hat es ein vielleicht übertriebenes, vielleicht auch gerechtfertigtes Vertrauen zu seiner militärischen Macht, die im Widerspruch zur Ansicht vieler Staatsregierungen durch die Dreyfus-Affäre nicht erschüttert, sondern neu belebt worden ist, da diese Krise die Offiziere gezwungen hat, um das Vertrauen der Soldaten wiederzugewinnen, ein hohes Maß von Arbeit und Eifer zu entfalten. Es vertraut auch auf die Hilfe seiner Freunde. Aber die unendliche Mehrheit des Landes will entschlossen den Frieden. Und in diesem Sinne wird das deutsch-französische Abkommen freudig begrüßt.

Nun ist freilich die französische Bourgeoisie nicht so weit, mit logischer Kühnheit diese Politik der Veröhnung Deutschlands und Frankreichs, die die unerläßliche Bedingung der Sicherheit und der freien politischen und sozialen Entwicklung Frankreichs ist, bis zu Ende zu verfolgen. Wir, die durch das große sozialistische Ideal erhoben, die von ihm erfüllt sind, wissen, daß in Zukunft die wahre Größe der Nationen nicht mehr von den Siegen und den Revanchen der Gewalt abhängt, sondern von dem Anteil, den jede von ihnen an dem gewaltigen Werk der Befreiung der Arbeit, an der Vorbereitung der neuen Ordnung nehmen wird. Wir wissen auch, daß der Sieg der sozialistischen Demokratie in Europa allen ethnischen Gruppen, die das harte Gesetz der Eroberung erdulden müßten, ein freies Spiel großherziger Bürgschaften zubilligen wird. So können wir für die notwendigen Annäherungen arbeiten, ohne die Gewaltakte, die seit Jahrhunderten gegen die Nationen verübt worden sind, zu rechtfertigen. Die Bourgeoisie dagegen, die diese hohen Gesichtspunkte verloren hat, betritt mit mehr Widerstreben die Straße des dauernden Friedens.

Aber wir haben jetzt zwei sehr gewichtige Argumente, um die Bourgeoisie zu einer dauerhaften Verständigung mit Deutschland zu drängen. Vor allem ist es gewiß, daß hinter den Kulissen ein Abkommen zwischen französischen und deutschen Kapitalisten abgeschlossen worden ist. Dieses finanzielle Abkommen hat das diplomatische über Marokko vorbereitet. Schon haben sich Kapitalisten Frankreichs mit Kapitalisten Deutschlands zur Ausbeutung der Bergwerke in Französisch-Lothringen assoziiert. Sie haben nun erkannt, daß es besser für sie sei, auch in Afrika zu einem Einverständnis zu kommen, und ein deutsch-französisches Syndikat hat nicht nur Unternehmungen in Marokko in Angriff genommen, sondern unsere Chauvinisten haben sich nicht gescheut, dem Parlament eine Kombination vorzuschlagen, die die Bergwerke der Ouzenz und eine wichtige Eisenbahnlinie einem Konzortium ausliefert, worin die Firma Krupp einen sehr bedeutenden Teil der Aktien besitzt. Auf diese Art wird es uns aber um so leichter gelingen, die Heuchelei und Scharlatanerie der „patriotischen“ Bedenken, die man der vollständigen Annäherung, dem dauernden deutsch-französischen Einvernehmen entgegenhält, ins rechte Licht zu stellen. Denn wenn die Geschäftsmacher beider Länder ihre Kräfte Geldinteressen zuliebe so enge verbinden, wenn man so weit geht, der deutschen Firma, die Kanonen und Geschosse fabriziert, einen Teil der französischen öffentlichen Domäne auszuliefern, mit welchem Recht und mit welchen Argumenten könnten sie ein allgemeines Einvernehmen beider Völker bekämpfen, das im höheren Interesse des Friedens und der Zivilisation abgeschlossen werden würde?

Die von den französischen Sozialisten betriebene Propaganda für den Frieden und das Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland wird aber in hohem Maße durch die machtvolle, immerzu wachsende politische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie gefördert, durch die leidenschaftlichen Bemühungen des deutschen Proletariats, das politische Recht zu erringen, den Junkern das allgemeine Wahlrecht abzugewinnen und die feudale Zensur des preussischen Landtags zu schleifen. Wenn wir eine Politik des Friedens und des dauernden Einvernehmens mit Deutschland verlangen und dabei auf die hochherzigen Bemühungen des deutschen Proletariats gegen jealiche antifranzösische Politik hinweisen, erwidern uns unsere Gegner — und manche unter ihnen in gutem Glauben: Nun gut, aber ist es nicht gefährlich, ein Entgegenkommen zu zeigen, das sicher keine Erwidmung findet? Und was vermögen unter der gegebenen Reichsverfassung die deutschen Sozialdemokraten? Ich habe mich davon überzeugt, daß diese Stimmung des Zweifels und des Mißtrauens in der französischen Demokratie sich mildert, je mehr die Kämpfe des deutschen Proletariats um die politische Freiheit und um seinen politischen Einfluß an Unmittelbarkeit und drängender Kraft gewinnen. Unsere deutschen Genossen leisten durch ihre energischen demokratischen Bestrebungen der Sache des Friedens in Frankreich eine mächtige Hilfe. Jeder Fortschritt der Demokratie in Deutschland trägt dazu bei, die endgültige Wiederveröhnung der deutsch-französischen und der deutschen Nation vorzubereiten.

Und wenn das Elsaß durch eine einsichtige und großzügige Politik erste Bürgschaften empfängt; wenn die französische Kultur, die dort mit der deutschen so harmonischer Verbindung gebracht werden kann, nicht systematisch und brutal unterdrückt würde; wenn die von den deutschen Sozialdemokraten so oft für die Elässer geforderte Politik der Freiheit und Gerechtigkeit im ganzen Gebiet des Reiches zum Sieg gelangte, dann würde auch bald die Stunde schlagen,

wo wir die französische Demokratie zu einer dauerhaften, endgültigen Verständigung mit Deutschland bewegen könnten.

Laßt uns, die einen wie die anderen, in diesem Sinne weiterarbeiten und Vertrauen hegen.

E. Belfort Bar: Geschichtliches aus der englischen sozialdemokratischen Partei.



Der Aufforderung der Redaktion des „Vorwärts“, einen Artikel für die Festnummer unseres deutschen Hauptorgans zu schreiben, glaube ich nicht besser nachkommen zu können, als daß ich — da der Anlaß geschichtlich ist — etwas Geschichtliches aus unserer englischen Bewegung bringe, und zwar über die Organisation, die den englischen Sozialismus ursprünglich geschaffen hat und der ich, eine kurze Zeit abgerechnet, immer angehört habe.

Der Anfang der englischen sozialistischen Bewegung datiert aus dem Jahre 1833. Im Frühjahr 1831 gründete unser Genosse Hyndman einen Verein mit dem Zweck, die radikalen Arbeiterklubs, vor allen diejenigen Londons, in Fühlung mit-

einander zu bringen und, wenn möglich, zu einem Bund zu vereinigen. Dieser Verein wurde „Democratic Federation“ (Demokratische Vereinigung) genannt. Hyndman, der damals mit Marg verkehrte, war bereits Sozialist und trachtete die gegründete Organisation allmählich ins Fahrwasser des Sozialismus zu steuern. Die eigentliche Umwandlung der Föderation in eine sozialistische Organisation erfolgte jedoch erst im Frühjahr 1833, unmittelbar nach Margens Tode. Vorläufig blieb der alte Name bestehen und wurde erst im nächsten Jahre in „Social Democratic Federation“ umgewandelt.

Bereits im Sommer und Späthjahr 1833 wurde eine energische Propaganda getrieben, vielfach in Parks und auf öffentlichen Plätzen. Die Schwierigkeiten, die den sozialistischen Rednern bei ihrem Vermögen entgegentraten, den englischen Arbeitern und dem Publikum im allgemeinen die Lehren des Sozialismus verständlich zu machen, waren sehr beträchtlich, denn die Schlagworte des Liberalismus und Radikalismus übten noch immer ihre hypnotisierende Macht auf die Massen. Unzufrieden mit der Umwandlung der Föderation in einen sozialistischen Verein, fielen die meisten radikalen Klubs wieder ab, bis zuletzt unser Bund kaum mehr als seinen Vorstand, nämlich Hyndman, den bekannten englischen Dichter William Morris, Eleanor Marx-Aveling, Andreas Scheu, Quetch, Burrows, Williams, Champion, den Schreiber dieses und einige andere als Mitglieder aufzuweisen hatte. Die Geschlossenheit und Energie dieser kleinen Gruppe, die sich für das Programm des Sozialismus begeisterte und zu tatkräftigem Eifer für die neue Bewegung angespornt wurde, wog jedoch den Abfall der lauen oder reaktionären Elemente reichlich auf. Im Januar desselben Jahres wurde die Wochenschrift „Justice“ (Gerechtigkeit) unter Hyndmans Leitung gegründet, zugleich trat eine Monatschrift „Today“ (Heute) genannt, anfänglich von mir und J. L. Jones redigiert, ins Leben. Sie ging aber nach mehreren harten Schicksalsschlägen wieder ein. Die „Justice“ hingegen, die seit vielen Jahren unter der Leitung des Genossen Quetch erscheint, rühmt sich heute eines größeren Abjages als je zuvor.

Das Jahr 1834 begann mit einer regen Agitation. Neue Kräfte schlossen sich dem Verein an, darunter John Burns, der, nebenbei bemerkt, bei einer Versammlung Gefahr lief, von der Menge wegen seiner Angriffe auf den damaligen Minister John Bright gehängt zu werden.

Jetzt, da die Bewegung zu wachsen anfing, traten bald auch Meinungsverschiedenheiten hervor, die teils politischer (Stellung zum Parlamentarismus), teils persönlicher Natur waren und schließlich zum Bruch führten. Morris, Eleanor Marx, Scheu, Aveling, ich und andere mehr traten aus und gründeten die „Socialist League“ (Sozialistische Liga). Unter Morris' Leitung (wäter in Verbindung mit mir) wurde ein neues Parteiorgan, „The Commonwealth“ (Das Gemeinwohl) geschaffen. Mit der Zeit näherten sich jedoch beide Parteien wieder einander, besonders als nach der großen Arbeitslosenemonstration, die am 6. Februar 1836 zu einem Straßenaufmarsch führte, hervorragende Mitglieder der Social Democratic Federation, nämlich Hyndman, Burns, Champion und Williams vor Gericht gestellt — jedoch freigesprochen wurden. Da in der Liga anarchisierende Elemente die Oberhand gewannen, traten viele Mitglieder, darunter auch ich, im Jahre 1837 aus. Die verkleinerte Liga bestand vorläufig unter Morris' Leitung fort bis zum Jahre 1891, als auch ihm die anarchisierenden Tendenzen zu stark wurden und er sich los sagte. Bald darauf gehörten Organisation und Blatt der Vergangenheit an. Blickt man heute auf jene Zeit zurück, dann muß man aufrichtig gestehen, daß die Trennung, die zur Gründung der Liga führte, ein Fehler unsererseits war, der persönlichen Mißverständnissen und vielleicht auch Mangel an Erfahrung im Parteileben entsprang.

Die ersten sozialistischen Kandidaturen für das englische Parlament fanden im Frühjahr 1837 statt. Burns wurde für Nottingham aufgestellt. Er erhielt 600 Stimmen. Zugleich kandidierte für Hampstead Williams, der fünf Stimmen erhielt. Nach kurzer Zeit verließ Burns die Organisation der S. D. F. und trat seine zunächst unabhängig-sozialistische, später liberal-politische Laufbahn an, in der er es bis zum Ministerstuhl brachte.

Am 14. Januar 1839 wurde in Bradford unter Reil Gordies Leitung die „Independent Labour Party“ (Unabhängige Arbeiterpartei) gegründet, und zwar auf einer sozialistischen Grundlage. Zugleich wurde die Verpflichtung aufgestellt, daß nur für Kandidaten, die völlig unabhängig von den bürgerlichen Parteien wären, eingetretet werden dürfe. Einige Jahre später trat das „Labour Representation Committee“ (Arbeitsvertretungsausschuß) ins Leben, vornehmlich auf Betreiben J. Ramsay MacDonalds, der zum Sekretär des Ausschusses gewählt wurde. Zweck dieses Ausschusses war, Delegierte aus allen Arbeiterorganisationen zusammenzubringen zu einer unabhängigen Arbeitervertretung im Unterhause. Im Gegensatz zu der „Independent

Labour Party“ steht das „Labour Representation Committee“ oder vielmehr die seit den letzten Wahlen aus diesen hervorgegangene Arbeiterfraktion (die sogenannte Parliamentary Labour Party) des Unterhauses auf seiner sozialistischen Grundlage. Ihre Mitglieder, als solche, dürfen bei den Wahlen nicht als Sozialisten auftreten. Das ist der Grund, weshalb die S. D. F., die anfänglich in dem Committee vertreten war, sich los sagte und seitdem getrennt arbeitet.

Was die Independent Labour Party, die den sozialistischen Flügel der neuen Fraktion bildet, anbelangt, so ist ihr Sozialismus etwas eigenartig. Ihre Hauptführer wenigstens verwerfen die Lehre des Klassenkampfes und andere Grundsätze des internationalen Sozialismus und unterscheiden zwischen einem revolutionären und evolutionären Sozialismus.

Neben den erwähnten Körperschaften dürfen die Anhänger der Zeitung „Clarion“ (Trompete) und ihres Leiters Robert Blatchford nicht vergessen werden. Namentlich in Nord- und Mittelengland bilden sie ein nicht unbedeutendes politisches Element. Der „Clarion“ vertritt größtenteils die Forderungen der Sozialdemokratie, bekundet jedoch zuweilen auch eine gewisse Hinneigung zum Gefährtssozialismus. Was die sozialdemokratische Partei, wie sich die S. D. F. jetzt nennt, von anderen sozialistischen Körperschaften unterscheidet, ist ihre Anerkennung der marxistischen Lehren und des Standpunktes der internationalen Sozialdemokratie. Der Wahlerfolg bedeutet ihr nicht alles, während er für die parlamentarische Arbeiterpartei das Alpha und Omega ist. Letztere hat sich im Unterhause bisher meistens mit der Unterstützung der puritanischen Gesetzgebung der liberalen Regierung begnügt und unterscheidet sich nur wenig vom linken Flügel des Radikal-Liberalismus. In einem solchen Verhalten sieht die sozialdemokratische Partei Gefahr für den Sozialismus. Ob sie im Recht ist, wird die Zukunft entscheiden. Die Grundsätze und die Politik einer Partei werden vom Bericht der Geschichte gewürdigt. Die Bewegung ist uns viel, das Endziel aber alles!

J. Keir Hardie: Die britische Arbeiterpartei und der Sozialismus.



Ich entbiete dem „Vorwärts“ meine herzlichsten Glückwünsche zu seinem 25 jährigen Jubiläum. Er ist eine der großen Kräfte, die für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die Freiheit der Menschheit und für den Frieden der Welt wirken. —

Bei Beschreibung der Entwicklung der englischen Arbeiterpartei ist es nötig, sich einige Tatsachen vor Augen zu halten. Als die moderne sozialistische Bewegung vor 25 Jahren in England begründet wurde, da waren bereits große Bewegungen der Arbeiterschaft in Großbritannien vorhanden. Die Trade Unions zum

Schutz der industriellen Interessen der Arbeiterklasse, die Genossenschaften zur Verteilung und Erzeugung von Gütern, die Unterstützungsvereine zur gegenseitigen Hilfe in Not, Krankheit und Unfällen hatten einen großen Umfang gewonnen. Jede dieser Organisationen blickte mit Mißtrauen auf die neue sozialistische Bewegung. Gleich Einzelpersonen haben auch Organisationen einen stark entwickelten Selbsterhaltungstrieb; sie nehmen es übel, wenn ein neuer Konkurrent auf einem Gebiete erscheint, das sie als das ihrige betrachten. Auch die angewandten Methoden der neuen Propaganda waren nichts weniger als geeignet, die Aufgabe, die Trade Unionisten für den Sozialismus zu gewinnen, zu erleichtern. Die Führer der Trade Unions konnten es gar nicht begreifen, wie eine sozialistische Organisation, deren hervorragendste Führer wohlhabende Geschäftsleute waren, für einen besseren Ausdruck des proletarischen Empfindens gehalten werden könnte als ihre eigenen Gewerkschaften, deren Mitgliedschaft ausschließlich aus Lohnarbeitern bestand. Und die sozialistischen Führer haben die Lage noch verschlimmert, indem sie über das Gewerkschaftswesen die Nase rümpften und mit dessen Führern in Streit gerieten. So entstand zwischen ihnen nicht nur eine Unstimmigkeit, sondern eine gegenseitige Feindschaft, die für einige Jahre die ganze sozialistische Propaganda fruchtlos machte.

Es war diese Situation, die im Jahre 1893 zur Gründung der Unabhängigen Arbeiterpartei führte. Die Gründer dieser Organisation waren sowohl Sozialisten wie Trade Unionisten, die aus Erfahrung wußten, daß die Taktik der Sozialdemokratischen Föderation und der Sozialistischen Liga es nie zustande bringen würde, die Trade Unionisten für den Sozialismus zu gewinnen. Die Konferenz, auf welcher die Unabhängige Arbeiterpartei begründet wurde, nahm Satzungen an, in denen erklärt wurde, daß das Ziel der neuen Partei der Sozialismus ist, und daß die Methode, durch welche sie das Ziel verwirklichen wollte, in der Verbreitung sozialistischer Lehren und in der Schaffung einer großen Arbeiterpartei bestehe, um die politische Macht erobern zu können. Daß die Unabhängige Arbeiterpartei erfolgreich gewirkt hat, kann man aus der Tatsache ersehen, daß im britischen Unterhause jetzt 32 Arbeitervertreter sitzen und die Partei als vollständige Section in die internationale sozialistische Bewegung aufgenommen wurde. Die Arbeiterpartei ist jedoch noch keine sozialistische Partei; sie bildet nur eine Allianz zwischen den Trade Unions, der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Fabian Society (die beiden letzteren sind sozialistische Organisationen). Die Trade Unions mit einer Mitgliedschaft von 1 500 000 sind jetzt der Arbeiterpartei angegliedert. Jeder Wahlkreis, der einen Kandidaten aufstellen will, kann ent-

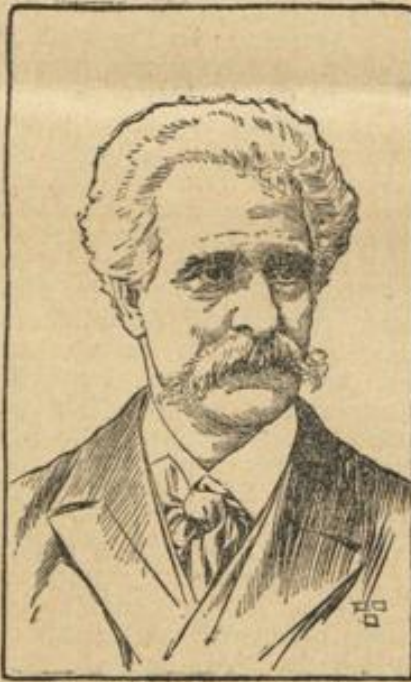
weder einen Sozialisten oder einen Gewerkschaftler ernennen. Im Unterhause arbeiten die Vertreter der Sozialisten und der Gewerkschaften Hand in Hand und üben einen erheblichen Einfluß auf die Gesetzgebung des gegenwärtigen Parlaments aus. Die Partei wird finanziell durch die ihr angeschlossenen Organisationen gespeist. Ihre Politik ist eine offene, ehrliche Feindschaft gegen beide alten großen Parteien.

Zugzwischen steht die Unabhängige Arbeiterpartei ihre sozialistische Propaganda mit wachsender Kraft und zunehmendem Erfolg fort. Drei Viertel der parlamentarischen Vertreter der Arbeiterpartei sind Sozialisten, und noch größer ist der Prozentsatz der Sozialisten unter den Kandidaten für die nächsten Wahlen. Auf dem Jahreskongresse der Arbeiterpartei werden die sozialistischen Resolutionen immer angenommen und bei jeder Wahl, sei der Kandidat ein Gewerkschaftler oder ein Sozialist, wird der Sozialismus zur Hauptfrage gemacht. Sogar dort, wo unser Kandidat diese Hauptfrage beiseite lassen möchte, wird der Sozialismus doch in den Vordergrund gerückt, da unsere Gegner in ihren Kandidaten- und Wählreden vor allem auf den Sozialismus los schlagen.

Die britische Arbeiterpartei ist deshalb im vollen Sinne des Wortes der politische Ausdruck der kämpfenden Arbeiterklasse. Nur die besonderen Umstände haben dieser Bewegung eine Form gegeben, die verschieden ist von der der deutschen Sozialdemokratie. Sie ist aber nichtsdestoweniger echt. Sie ist eine glänzende Bestätigung der Marx'schen Theorie, daß die Arbeiterklasse aus ihren eigenen Kämpfen heraus zum politischen Klassenbewußtsein gelangen muß. Die britische Arbeiterklasse hat entdeckt, daß der ökonomische Kampf allein, wie er sich im Trade Unionismus kundgibt, nicht genügt, sie von der Lohnsklaverei zu befreien. Der Trade Unionismus kann bis zu einem gewissen Grade die Grausamkeiten der unregulierten Industrie, die Profitgier der Unternehmer, der Rentenhunger der Grundherren mildern, aber die Arbeiter zu ökonomisch freien Menschen machen kann er nicht. Diese wachsende Erkenntnis hat die Arbeiter in die Politik getrieben. In dem Maße wie unsere sozialistische Propaganda fortschreitet, wird es den Arbeitern klar, in welchem Geiste diese Politik wirken und zu welchem Ziele sie streben muß. Inzwischen lernen sie in der Arbeiterpartei, wie Solidarität zu üben und wie die politische Macht zu erobern ist, die die erste Vorbedingung zur Einführung des demokratischen Sozialismus bildet. —

Ich wünsche herzlichst, daß der „Vorwärts“ auch fernerhin gedeihen und mit immer wachsendem Erfolge für die Befreiung des Proletariats der Welt wirken möge, und ich schließe mit brüderlichen Grüßen an unsere Genossen von der deutschen Sozialdemokratie.

Paul Lafargue: Die Bürgschaften des europäischen Friedens.



Seit 1871 ist der Frieden Europas — vom russisch-türkischen Krieg von 1877 und dem serbisch-bulgarischen abgesehen — nicht gestört worden, trotz des ungeheuren Wachstums der Armeen und des Kriegsmaterials, trotz der Defflamationen der Patrioten und der Intrigen der russischen Diplomatie, die sich seit jeher bemüht hat, die europäischen Nationen zu veruneinigen und zum Kampfe gegeneinander zu heizen, in der Absicht, sie um so besser beherrschen zu können, und ihnen leichter Anleihen herauszupressen.

Was diese lange Dauer des Friedens im westlichen Europa noch außerordentlicher erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß sich — vom Zwischenfall Schmaebele im Jahre 1885 bis zur Marokkoaffäre und dem österreichisch-serbischen Konflikt — Ereignisse begeben haben, die in jeder anderen Epoche den Krieg entfesselt hätten. Es hat auch Wirtschaftskrisen gegeben, die Industrie und Handel in Verwirrung brachten und zahlreiche, beunruhigende Armeen von Arbeitslosen schufen — Krisen, die vor 1870 die Regierungen veranlaßt hätten, Kriege zu unternehmen, um die Masse der Arbeitslosen zur Ader zu lassen und die Geschäfte ein wenig zu beleben.

Aber mit Ausnahme Rußlands haben sich alle Mächte im Gegenteil bemüht, den Frieden aufrechtzuerhalten und die Konflikte auf diplomatischem Wege beizulegen, statt zu den Waffen zu greifen. Man hat gesehen, wie sie, um die marokkanischen Schwierigkeiten zu beseitigen, die Konferenz von Algiciras einsetzten, die ein Schiedsgericht von ganz anderem Ernst war als das von Haag, das eben noch dazu taugt, Sinesuren für Politiker zu schaffen und über Hasen-diebstähle an den Grenzen zu prozessieren.

Man darf sich fragen, ob die europäischen Staaten, die für den Krieg bis zu den Zähnen bewaffnet sind, ihren Wais, den Frieden zu erhalten, bewahren werden, und ob es ihnen glücken wird, den Krieg zu verhüten. Es besteht auch die Frage, ob die Annexion Elsaß-Lothringens, diese Ursache der ewigen Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland, die schon das Manifest der Internationale von 1871 gekennzeichnet hat, imstande ist, einen Revanchekrieg hervorzurufen.

Gambetta, der Held des patriotischen Widerstandes, den Thiers 1871 den „wütenden Narren“ nannte, weil er die Verteidigung verlängerte, war nicht dieser Meinung. Er

empfahl denjenigen, die die Revanche forderten, „immer daran zu denken und nie davon zu sprechen“ — was soviel bedeutete, wie niemals daran zu denken, denn er dachte nur, wenn er sprach.

Aber für die Fabrikanten des französischen Nordostens bedurfte es gar nicht erst dieser seiner Reden. Sie waren über die Abtretung des Elsaß an Deutschland ebenso glücklich gewesen, wie die von Krefeld und Elberfeld wenig entzückt waren. Denn das Elsaß, die industriell am weitesten entwickelte Provinz Frankreichs vor 1870, brachte für die deutschen Fabrikanten reiche und mächtige Konkurrenten mit, während seine Annexion die französischen von ihnen befreite und eine große industrielle Leere schuf, die ausgefüllt werden mußte. Sie machten glänzende Geschäfte. Jahre hindurch konnten sie nicht genug Arbeiter finden, um die Maschinen, die sie fortwährend ankauften, im Gang zu halten, und vermochten mit der Produktion der Nachfrage nicht zu genügen. Die großen Vermögen der Textilindustrie stammen aus jener Epoche.

Die Fabrikanten lassen ohne Widerspruch, aber mit Achselzucken die Patrioten aus Leibeskräften nach dem Elsaß schreien, sie würden jedoch lieber noch die Industriestädte an der Grenze abtreten, um die fetten Jahre nach 1871 wiederkommen zu machen, als daß sie Elsaß an Frankreich zurückkommen sähen. Und wenn Kaiser Wilhelm, um den französischen Patrioten einen bösen Streich zu spielen, ihnen Elsaß zurückgäbe, würde er in Frankreich eine furchtbare industrielle Krise entfesseln, namentlich in der Textilindustrie, die den nationalen Markt für ihre Produkte zu eng findet.

Aber von der elassischen Frage abgesehen, wäre es doch möglich, daß sich wirtschaftliche und politische Ereignisse von ersterer Bedeutung als die marokkanischen und österreichisch-serbischen abspielten, die geeignet wären, einen allgemeinen europäischen Kriegsbrand zu entzünden. Würde man ihn verhüten können? Ich glaube es, weil die Gründe, die die europäischen Staaten bisher veranlaßt haben, den Krieg um jeden Preis zu vermeiden, weiter bestehen und, statt schwächer zu werden, alle Tage neue Kräfte gewinnen.

Diese Gründe sind zahlreich. Ich will hier die wichtigsten untersuchen.

Die Bourgeoisie ist nicht wie der Adel von ehemals eine kriegerische Klasse. Sie liebt nicht den Krieg um des Krieges willen, sondern der Profite halber, die er einbringt. So hat sie denn zu allen Zeiten und in allen Ländern den Krieg durch Leute in ihrem Sold, durch Soldaten führen lassen.*) Ihre soziale Rolle ist nicht, sich zu schlagen, ebensowenig, wie Reichthümer zu produzieren, sondern Löhner zu verwenden, die Krieg führen und Reichthümer produzieren.

Die Bourgeoisie der Städte des Mittelalters, die ihre Unabhängigkeit bewahrt oder erobert hatten, zahlten einem feudalen Herrn Tribut, damit er sie gegen die äußeren Feinde schütze. Die der See- und Handelsstädte mietete Soldner, um ihre Herrschaft und ihren Handel zu verteidigen und auszuwehnen. Die Bürger des Hanfabundes, der in einem gegebenen Augenblick an hundert Städte der Nordsee, des Atlantischen Ozeans und des Mitteländischen Meeres vereinigte, verwendeten Soldner für den Krieg.

Die Bourgeoisien Englands und Amerikas, denen eine freie Entwicklung gegeben war, widerstrebten jeder Art von Militärdienst und unterhalten Freiwilligen-Armeen. Die französische Bourgeoisie, die nach der Revolution das Konfiskationsystem einführen mußte, richtete es sich so ein, daß sie nicht in die Kaserne gehen mußte, die sie den kontribuierten Bauern und Arbeitern für 7 Jahre aufzwang.

Aber seit dem Krieg von 1870—71 können sich die Bourgeois dem Militärdienst nicht mehr entziehen. Sie sind Kanonensfutter geworden, ganz wie die Proletarier. Und die Zerstörungsgeschosse, weit furchtbarer als die Gewehre, Mi-trailleusen und Kanonen von ehemals, werden die Schlachtfelder in Schlachthöfe von etlichen Quadratkilometern Flächeninhalt verwandeln, wo sich hunderttausende Menschen ohne Ruhm und ohne Heldentum massakrieren. Die Bourgeois wollen um keinen Preis einen Krieg, wo sie ihr eigenes Leben einzusetzen haben.

Die deutschen Bourgeois sind aus dem gleichen Teig geknetet. Im Feldzuge von 1870—71 haben sie den Preis des Siegeslorbeers auf ihre Kosten schämen gelernt, und sie wollen jetzt, da die nationale Einheit, deren sie für ihr wirtschaftliches Gedeihen bedürften, verwirklicht ist, das Heldentum nicht wieder beginnen. Die Furcht vor dem Krieg einigt brüderlich die Bourgeoisie Frankreichs und Deutschlands, weitaus fester als Blutsverwandtschaft.

Die Regierenden Frankreichs und Deutschlands fürchten den Krieg ebenso wie ihre Regierten. Sie haben vollauf Grund dazu, denn er würde auf beiden Seiten der Grenze Millionen von Menschen auf die Beine bringen, deren Versorgung mit Lebensmitteln und Munition schwierig, wenn nicht unmöglich wäre. Alle kräftigen Männer würden unter die Fahnen gerufen, die Werkstätten verlören den männlichen Teil ihrer Arbeiterschaft, und auf dem Lande blieben nur Kinder, Frauen und Greise zurück. Die industrielle Produktion käme ins Stocken, die Ernten würden nicht eingebracht werden und auf dem Feld verfaulen, das nicht geschlugte, nicht bestellte Erdreich brächte keine Ernte. Der Schlächterei würde die Hungersnot folgen: Sieger und Besiegte wären ohne Hilfsquellen, ohne Brot. Die Arbeiter und die Sozialisten hätten Waffen in den Händen: „Wer Gewehre hat, hat auch Brot“, hat Blanqui gesagt. Der europäische Krieg würde die soziale Revolution in der kapitalistischen Welt entfesseln.

Welche europäische Regierung würde es wagen, solche Verantwortlichkeiten auf sich zu nehmen und solchen Gefahren die Stirne zu bieten?

*) In den Gesellschaften der Barbarei und der Feudalzeit gab der Krieg demjenigen, der ihn führte, seinen Namen; in den bürgerlichen Gesellschaften gibt ihn der Sold: man ist kein Krieger mehr, sondern ein Soldat, ein Mann, der Sold empfängt. (Das Wort kommt vom lateinischen solidus, das eine Geldmünze bedeutet.) Alle Sprachen des modernen Europa besitzen das Wort Soldat in mehr oder weniger veränderter Form.

E. Vandervelde: Die belgische Arbeiterpartei und ihre Presse.



Im nächsten Jahre, im selben Monat, in dem der „Vorwärts“ sein Jubiläum feiert, wird die belgische Arbeiterpartei das fünf- und zwanzigste Jahr ihres Bestehens vollenden. Am 9. April 1910 wird es gerade ein Vierteljahrhundert sein, daß sich etwa hundert Delegierte von Arbeitervereinen, die im „Schwanen“, einem der alten Vereinshäuser auf der Grande Place in Brüssel, zusammengekommen waren, entschlossen, sich zu einer politischen Partei zu organisieren, die die Interessen der Proletarierklasse vertreten sollte.

Dieses Vorkommen ging damals ganz unbeachtet vorüber. Kann, daß es von einigen Blättern erwähnt wurde. Auch diejenigen, die sich an dem Schritte selbst beteiligten, ließen es sich kaum träumen, daß sie Geschichte machten und daß ihr Vorgehen für dieses Belgien, das Marx als das Paradies der Kapitalisten bezeichnet hatte, eine förmliche politische und soziale Revolution bedeutete.

Und doch war diese die unmittelbare Folge ihres Tuns. Im Jahre 1885 besaßen die belgischen Arbeiter noch keine politischen Rechte. Die Kammern, aus einem Zensuswahlsystem hervorgegangen, das womöglich noch elender war als das preussische, verschlossen sich eifersüchtig gegen jeden proletarischen Einfluß. Keine Spur einer sozialen Gesetzgebung existierte; nicht einmal Frauen- und Kinderarbeit waren geschützt. Die Arbeiterorganisation war gleich Null; ein gänzlich unbekannter Genere Schriftsteller namens Anseele, hatte eine kleine Kooperativgesellschaft gegründet, der er stolz den Namen „Booruit“ (Vorwärts) beilegte — von den früheren Sektionen der Internationale fanden sich nur sehr armselige Trümmer vor.

Wald aber sollte sich alles ändern und die vielleicht hochmütigste, auf alle Fälle aber selbstsüchtigste Bourgeoisie Europas sollte zur Ueberzeugung kommen, daß hier neue Kräfte das Licht der Welt erblickt hatten, die ihre bisherige Allmacht bedrohten.

In wenigen Monaten entstanden sozialistische Kooperativgesellschaften in allen größeren Industriestädten des Landes. Der beispiellose Erfolg einer Broschüre von Alfred Desjussaux: „Der Kathismus des Volkes“ enthüllte auch dem Indifferentesten die unwiderstehliche Macht, durch welche die Massen erschüttert wurden. In Gent, in Brüssel, in Antwerpen organisierte sich die Arbeiterklasse, gleichzeitig aber brachen furchtbare Arbeiterrevolten in Charleroi aus. Die Bourgeoisie sah in der blutigen Beleuchtung der Feuersbrünste die soziale Frage entstehen, wie damals ein katholischer Schriftsteller schrieb. Von da datiert der Ursprung einer Arbeitergesetzgebung, die wohl im Anfang gänzlich unzureichend war, bald aber durch den sozialistischen Anstoß weiter ausgebaut werden sollte.

1893 sah sich das Zensusparlament durch den von der Arbeiterpartei organisierten Generalstreik gezwungen, eine Wahlreform zuzugestehen, die das allgemeine Stimmrecht verlieh; allerdings eingeschränkt durch die schreiende Ungerechtigkeit, daß die Armen eine Stimme bekamen, während den Reichen drei zuzielen.

Das nächste Jahr sah trotz dieses Pluralwahlrechts schon 28 sozialistische Deputierte in der Kammer. Heute sind wir 35 bei einer Gesamtzahl von 166 Mitgliedern, ohne das halbe Duzend Genossen zu rechnen, das wir trotz der Ungeheuerlichkeiten des Wahlgewehes in den Senat hineinbrachten.

Mehr aber noch als diese Resultate auf politischem Gebiet sind es die Fortschritte auf dem ökonomischen, welche diejenigen befriedigen, die von der ersten Stunde an sich der neuen Arbeiterpartei angeschlossen und ihr Leben mit deren Entwicklung verknüpft haben.

Unsere sozialistischen Kooperativgenossenschaften, die der belgischen Arbeiterorganisation ihre eigenartige Physiognomie verleihen, zählen zur Stunde mehr als 200 000 Mitglieder, die nach dem von Anseele geprägten Wort tagtäglich die kapitalistische Gesellschaft mit Kartoffeln und Zweifelhafbroten bombardieren. Unsere Gewerkschaften, die bis in die letzten Jahre hinein unser schwacher Punkt waren, scheinen jetzt die verlorene Zeit einbringen und dem leuchtenden Vorbild der deutschen Gewerkschaften folgen zu wollen; sie haben den Wert einer starken Zentralfaktion begriffen. In der „Commission syndicale“ vereinigen sie zurzeit mehr als 60 000 auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Genossen und in der sozialistischen Bergarbeitervereinigung (Fédération socialiste des Mineurs) ebenfalls 60 000 Mitglieder.

So erscheint der Stand der belgischen Arbeiterpartei unter allen Gesichtspunkten als ein befriedigender und im nächsten Jahre werden unsere sozialistischen Kämpfer mit freudigem Stolz die Bilanz eines Vierteljahrhunderts der Propaganda durch Wort und Schrift ziehen können.

In einem Lande wie dem unserigen, wo der Alerus sich der Einführung der allgemeinen Schulpflicht entgegenstemmt,

wo das Verhältnis der Analphabeten, ich erröte beim Niederschreiben, noch immer für die Mehrzahl der Bevölkerung 15 Proz. und für die Arbeiterbevölkerung 25 Proz. beträgt, ist die mündliche Propaganda noch unentbehrlicher als überall sonst; und andererseits stößt die Propaganda durch die Presse auf Hindernisse, wie sie unseren Vätern des Sozialismus in einem Lande nicht begegneten, wo alle Welt lesen kann.

Trotzdem können wir auch in dieser Hinsicht uns nicht allzusehr beklagen.

Außer den Gewerkschafts- und den Wochenblättern in den verschiedenen Landestellen zählt unsere Presse im Augenblick vier Tageszeitungen: den „Peuple“, den „Booruit“, und dessen Kopfsblatt in Antwerpen: den „Weker“, dann das „Journal de Charleroi“ und „L'Avenir du Borinage“.

Das Abonnement dieser vier Blätter beläuft sich im ganzen auf täglich 120 000 bis 140 000 Exemplare bei einer Bevölkerung von bald 7 Millionen Menschen, von denen jedoch, wie wir schon sagten, ein Fünftel weder lesen noch schreiben kann, und ein zweites Fünftel nur mangelhaft liest.

In dieser Gesamtauflage figuriert „Peuple“ und seine billige Ausgabe zu zwei Centimes, „L'Echo du Peuple“, allein mit 80 000 Exemplaren, die nicht nur in Brüssel, sondern in besonderen Ausgaben auch in den industriellen Hauptstädten der Provinz verkauft werden.

Der „Peuple“ spielt gegenüber den anderen sozialistischen Tagesblättern als offizielles Parteiorgan für das französische Sprachgebiet dieselbe Rolle, wie der „Vorwärts“ für Deutschland, wenn man kleines mit großem vergleichen darf. Ebenso wie die Partei wird der „Peuple“ nächstes Jahr sein fünf- und zwanzigjähriges Jubiläum feiern. Am 12. Dezember 1885 erschien er als bescheidenes Blättchen zu zwei Centimes zum ersten Male. Als seine von der Partei ernannten Redakteure fungierten neben solchen Genossen, deren Name nicht über Belgiens Grenzen hinausdrangen, jene drei Männer, die mit Anseele die Hauptbegründer des Sozialismus in Belgien waren: Louis Bertrand, Jean Volders und César de Paepe.

Vom ersten Tage an gaben sie mentwegt ihren unerschütterlichen Willen kund, den „Peuple“ zum Sprachrohr der Enterbten und Unterdrückten zu machen.

„Unser Name besagt es“ — hieß es im Programmartikel —, daß wir für die große Masse der Ungenannten stark und unerschütterlich kämpfen wollen. Die Masse braucht ein Blatt, das eine kräftige, männliche Sprache führt, das die Unterdrückten furchtlos angreift, das die Schändlichkeiten und Quälereien der oberen Klasse und die Leiden der unteren beleuchtet. Das unsere wird ein solches Blatt sein.

Und treu wurde dieses Versprechen gehalten. Seit nun bald 25 Jahren hat der „Peuple“ stark und unerschütterlich für die Armen, gegen die Unterdrückten gekämpft. Seine Gegner haben ihrerseits nichts verabsäumt, um von Beginn an das Blatt zu schwächen und zu schädigen. Sie haben es mit Prozessen überschüttet; sie haben seine Redakteure vor die Gerichte geschleppt, sie haben den Verkauf der Zeitung auf den Wahnhöfen untersagt. Sie haben, um ihm Konkurrenz zu machen, Blätter geschaffen, die, weil sie über noch andere Einnahmequellen als ihren Verkaufspreis verfügten, fast um ein Nichts gegeben werden konnten und für einen viel geringeren Preis einen viel größeren Umfang boten.

Trotz alledem prosperierte unser Blatt. Sein Format hat sich vergrößert. Die Hiffer seiner Abonnenten, die während der ersten Jahre 7000 nicht überstieg, hat sich 1890 beim Beginn der Stimmrechtsbewegung auf 23 780, dann 1894 beim Eintritt der Sozialisten ins Parlament, weiter 1902 anlässlich des Generalstreiks für das allgemeine Wahlrecht auf 75 440 gesteigert, und heute beträgt die Auflage 82 000. Seine Druckerei, die zum Beginn mehr als bescheiden war, ist jetzt, besonders seit 1896 auf der Höhe des modernen Fortschritts, und die jetzigen Redakteure, die auf ihrem schönen Grundstück in der rue des Sables hausen, lassen gerne Nilot, den alten Kassierer, die wahrhaft heroische Geschichte seiner ersten Heldentaten erzählen. Man schrieb Ende Dezember 1885.

In einem bescheidenen Zimmerchen oberhalb einer Arbeiterkneipe hatten sich Administration, Redaktion und Expedition des „Peuple“ eingerichtet. Der Administrator Nilot hatte seine paar letzten Groschen für einen Tisch, einige Stühle und einige notwendige Kleinigkeiten hingegeben. Nicht ein Pfennig war mehr in der Zigarrenkiste, die ihm als eiserner Geldschrank diente. Damit er sich Kohlen kaufen konnte, denn es war bitter kalt, mußte er erst bei Genossen gesammelt werden. Als dann der Abend kam, und Licht angezündet werden sollte, fehlten Lampen und Petroleum. Der Krämer von gegenüber mußte das nötige liefern, und als die Rechnung vorgelegt wurde, setzte der Herr Administrator ernsthaft seine Brille auf und sagte, ohne seine Miene zu verziehen, indem er auf seine Uhr blickte, zu dem Laufburschen: „Mein Lieber, es ist 6 Uhr 10 Minuten; die Kasse ist geschlossen, sie müssen morgen wiederkommen.“

Eine halbe Stunde später hatte die erste Nummer des „Peuple“ das Licht der Welt erblickt, und einige zwanzig Verkäufer, die sich dazu gemeldet hatten, riefen das neue Blatt in den Straßen aus. Der Verkauf einiger Tausend Nummern deckte die Speesen der folgenden Tage.

Ich erzählte diese kleine Geschichte nicht nur, weil sie amüsant ist, sondern weil sie uns auch zeigt, mit welchen großen Schwierigkeiten unsere Freunde zu kämpfen hatten, als sie die Grundlagen zu unserer jetzigen Prosperität legten. Ihnen danken wir es, wenn diese mageren Jahre heute vorüber sind. Nicht mehr nach Hunderten oder Tausenden von Franken, sondern nach Hunderttausenden zählt heute der „Peuple“ seine Ausgaben und Einnahmen. Und nicht mehr brauchen sich der wackere Administrator Louis de Brouckere und sein treuer Kassierer Nilot wegen einiger Kohlen und einiger Liter Petroleum die Köpfe zu zerbrechen.

Sind aber jetzt auch die früheren Schwierigkeiten verschwunden, so sind dafür neue aufgetaucht, die ebenso wie früher die zähesten Anstrengungen und eine niemals erlahmende Aufmerksamkeit erfordern. Heute handelt es sich darum, mit Hilfe eines zahlreicheren Personals, viel größerer Hilfsmittel und aller Erleichterungen, die aus höheren Gehältern und besserer Behandlung resultieren, die Flamme der Begeisterung der früheren Jahre wach zu halten, den Eifer und die Ergebenheit zu bewahren, die die Arbeiter der ersten Epoche uns zuführte. Es handelt sich heute in der Redaktion des Blattes wie in der Parteileitung darum, den Geist des Kampfes und der Kampfesfreudigkeit zu nähren, der dem „Peuple“ wie der Arbeiterpartei selbst jene großen Erfolge sicherte, die ihre Macht begründeten.

In dieser Beziehung gibt die deutsche Sozialdemokratie uns und der ganzen Internationale ein prächtiges Beispiel. Seit einem halben Jahrhundert beweist sie der Welt, daß das Proletariat, ohne seinem revolutionären Ideal im mindesten untreu zu werden, dennoch den täglichen Kampf um teilweise Verbesserungen geduldig und unermüdet führen kann. Darum richten wir an diesem Freudentage, wo die sozialistische Presse aller Länder das Jubiläum des einflussreichen „Vorwärts“ feiert, mit dem Ausdruck der brüderlichsten, freudigsten Sympathie unsere Grüße an die deutsche Sozialdemokratie und an ihr tapferes Kampforgan.

Pablo Iglesias: Die Internationale in Spanien.



Der moderne Sozialismus Spaniens ist aus der Internationalen Association der Arbeiter hervorgegangen. Seine ersten Schritte waren freilich ziemlich unsicher, da er durch einen Mann ins Leben gerufen wurde, der im Grunde den Sozialismus nicht liebte, und der vor allem seine Anhänger nicht kannte. Diese selber wieder standen unter dem Einfluß von Individuen, die nicht nur nichts von dem Prinzip des Klassenkampfes, von der Erinnerung der politischen Macht und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel wußten wollten, sondern vielmehr Gegner dieser Bestrebungen waren.

Es war José Fanelli, italienischer Deputierter und Mitglied der geheimen Gesellschaft, der in Madrid die Allianz gründete, die erste Gruppe der Internationale, der er Enthaltung von aller politischer Betätigung empfahl. Diese erste Gruppe bestand größtenteils aus republikanischen Arbeitern, von denen manche utopisch-sozialistischen Ideen anhängen. Wie in Madrid wirkte Fanelli auch in Barcelona und gewann auch dort der Allianz neue Anhänger. Und diese Mitglieder der Hauptstadt Kataloniens setzten sich dann wieder als erste mit Bakunin in Verbindung und begründeten in Spanien die eigentliche Allianz.

Die internationale Gruppe Madrids, die sich im Dezember 1868 provisorisch gebildet hatte, wurde im Januar 1869 definitiv begründet. Der größte Teil dieses Jahres verlief jedoch noch unter heftigen Krisen. Viele konnten den eigentlichen Zweck der Internationale nicht begreifen, während andere die neue Macht, die da entstand, als Hilfskraft für die republikanische Partei oder als sektiererische Organisation betrachteten. Die Unannehmlichkeiten wurden noch erhöht durch die Tatsache, daß einzelne Mitglieder zugleich der Allianz angehörten.

Gegen Ende jenes Jahres vollzog sich deshalb eine Spaltung. Die Republikaner traten aus, und es blieben die zurück, die mehr oder weniger die Ideen der Internationale begriffen. Provisorisch wurde diese Organisation die „Zentralsektion“ genannt. Sie wollte zunächst die Arbeiter Spaniens organisieren, und dann diese Organisation jener der anderen Länder anschließen. Zu diesem Zwecke erließ sie einen Aufruf, der in Madrid wie auch in den Provinzen starken Anklang fand. Sie forderte darin die Arbeiter auf, sich von allen Ausbeutern freizumachen und selber für ihre Interessen einzustehen. Die Organe der Republikaner nahmen aber dieses Manifest feindselig auf und eröffneten einen heftigen Kriegszug gegen die Unterzeichner, die sie mit Verleumdungen überschütteten.

In Madrid wurden sogleich mehr als 20 Gesellschaften mit über 2000 Mitgliedern gegründet, und auch in den Provinzen entstand eine beträchtliche Zahl solcher Vereine. Bald darauf gab die Madrider Sektion ein Wochenblatt „La Solidaridad“ (Die Solidarität) heraus, das erste spanische Blatt, das die Internationale verteidigte, und zugleich beschloß sie, zur Stärkung der verschiedenen Gruppen im Lande einen nationalen Kongreß einzuberufen. Die anderen Sektionen nahmen den Gedanken begeistert auf. Der Kongreß fand im Juni 1869 in Barcelona statt. Es erschienen 90 Delegierte, die 150 Organisationen und 36 Orte vertraten. Auf diesem Kongreß wurde der definitive Zusammenschluß der einzelnen Gruppen zur nationalen Organisation beschlossen, und entgegen den Elementen, die wünschten, daß die Internationale bürgerliche Parteilichkeit betreibe, bestimmt, daß man sich der politischen Aktion enthalte. Die Reden Fanellis, der Einfluß der Mitglieder der Allianz und vor allem das Richtverständnis des Begriffes Klassenpolitik bewirkten, daß dieser Kongreß und mit ihm die Internationale Spaniens während ihres ganzen Bestehens in diesem Irrtum beharrte.

Zunehmend gab die beträchtliche Anzahl von Einzelorganisationen den Arbeitern die Macht, Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage aufzustellen und teilweise auch durchzusetzen. Bald trat auch nicht nur die nationale, sondern auch die internationale

Berliner Volksblatt.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark, wöchentlich 25 Pf. Einzelne Nummern 5 Pf. Postabonnement pro Quartal 3 Mark.

Inserionsgebühr beträgt für die 3gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Inserate sind bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Zimmerstraße 44, aufzugeben. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Uebereinunft.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Das

„Berliner Volksblatt“

erscheint wöchentlich 5mal und ersuchen wir um rechtzeitige Bestellung.

Außer unseren Original-Artikeln, reichhaltigen politischen und Lokal-Nachrichten bringen wir den interessanten und spannenden Roman

„Drei Gefellen“

aus der Feder des berühmten Schriftstellers Ernst Pasqué.

Wir ersuchen, den anliegenden Bestellzettel auszufüllen und so bald als möglich an die Expedition des „Berliner Volksblatt“, Zimmerstraße 44, oder an einen Zeitungspediteur zu übersenden.

Für das Post-Abonnement bemerken wir, daß das „Berliner Volksblatt“ im VIII. Nachtrag der Zeitungspreisliste unter 719 a eingetragen ist.

Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Was wir wollen.

I.

Daß unsere sozialen und wirtschaftlichen Zustände von Nebel sind, wird heute allseitig zugegeben. Wer wollte sich noch noch darüber täuschen? Ein Rückblick auf die letzten Jahre zeigt zur Evidenz, daß unsere wirtschaftspolitische Entwicklung immer schlimmere Wendungen nimmt. Im geschäftlichen und im Erwerbsleben herrscht die alte Unsicherheit, die uns seit Jahren quält. Die Massenarmuth hat zugenommen, namentlich unter den industriellen Arbeitern, wo immer mehr die billige Arbeit von Franzen und Kindern die geschickten und kräftigen Hände der Männer verdrängt. Auf dem Lande ist's nicht besser. Die Arbeitslöhne sind niedrig und haben nicht Schritt gehalten mit der Steigerung des Preises der nothwendigsten Lebensmittel. Vermehrte Staatslasten haben dazu beigetragen, die Preise der Lebensmittel noch mehr zu erhöhen, während andererseits die Einführung billiger Arbeitskräfte die Tendenz hat, die Löhne noch mehr zu drücken. Die Schwächung der Konsumtionskraft der Massen bewirkt, daß die aufgeschapelten Waaren liegen bleiben, und so entsteht jene scheinbare „Uebersproduktion“, während in Wahrheit die vorhandenen Waarenmassen für einen behaglichen Leben der Gesamtheit gar nicht ausreichen würden.

Die Wirkungen dieser unserer wirtschaftlichen Nothlage haben alle Geister in Bewegung gesetzt, denn die damit verbundene Unbehaglichkeit reicht in alle Kreise hinein. Selbst da, wo gesicherte Lebensstellung und reichliches Einkommen vorhanden, ist man nicht mehr in der Lage, dem Gang der Dinge apathisch zuzusehen; denn man fühlt gar wohl heraus, daß die wirtschaftspolitische Entwicklung zu immer schlimmeren Resultaten gelangen muß, wenn sie nicht in andere gesündere Bahnen gelenkt wird.

In dem großen sozialpolitischen Kampfe, der sich darob entsponnen, stehen sich zwei Richtungen gegenüber, und zwar so scharf, daß die eine die andere vollständig ausschließt.

Die eine dieser beiden Richtungen behauptet, dasselbe wirtschaftliche System, welches die gegenwärtigen Kalamitäten herbeigeführt hat, sei auch berufen, sie wieder zu beseitigen. Allein die Sage vom Speer des Achilleus, der die Wunden wieder heilte, die er schlug, scheint uns sehr schlecht hierher zu passen. Es ist in der That das System der „freien Konkurrenz“, des wirtschaftlichen Krieges aller gegen Alle, das unser wirtschaftliches Elend verschuldet hat.

Es ist das Recht des Stärkeren in einer modernen Form, die aber keine Wirkungen keineswegs abschwächt. Es sind auch nur die wirtschaftlich Stärkeren, die mit allen Mitteln des Besizes Ausgerüsteten, welche behaupten, aus diesem „gesunden Durcheinander“ könne sich ein befriedigender Zustand von selbst entwickeln. Für sie, für die wirtschaftlich Stärkeren, mag dies schon zutreffen. Aber wo bleiben die Andern? Das Manchesterthum, das System vom „Gehenslassen“ (laissez aller) kümmert sich nicht darum. Diese wirtschaftliche Richtung ist der Ausdruck des trassen Egoismus und des rohen Materialismus: sie verwirft alle Reformbestrebungen aus Furcht, der Spielraum der freien Konkurrenz möchte eingeschränkt und der Kapitalprofit geshmälert oder belastet werden.

Dieses öde und wüste System, welches hauptsächlich die wirtschaftlichen Ideen des modernen Liberalismus repräsentiert, scheint man sich nicht, mit dem Namen „wirtschaftliche Freiheit“ zu belegen. Seine Anhänger gebrauchen den Kunstgriff, jedes Anknüpfen gegen dieses Durcheinander als Beschränkung der individuellen Freiheit zu bezeichnen, ein Kunstgriff, der nachgerade Niemanden mehr zu täuschen vermag, der von unseren wirtschaftlichen Zuständen auch nur eine schwache Ahnung hat.

Als Gegenstoß auf die von dem manchesterlichen Liberalismus angerichtete Verwüstung ist der Gedanke sozialer Reformen aufgetaucht. Indem man sich nach einem festen Anhaltspunkt für diese Reformen umsieht, mußte der Staat als ein solcher erscheinen. Jene, die der Staat, wenn auch nicht ein jeder Staat. Der Liberalismus klagt so fort über „Staatsdominanz“, wenn betont wird, daß der Staat berufen sei, in die wirtschaftlichen Verhältnisse ordnend einzugreifen und dem Schwächeren gegenüber dem Stärkeren einen Halt und Schutz zu bieten. Der wirtschaftliche Liberalismus läugnet diesen Beruf des Staats gänzlich. Ihm ist der Staat nur dann da, als Polizeigewalt die Interessen der herrschenden Klassen zu schützen. Insofern ist der manchesterliche Liberalismus nur der Vorläufer des Anarchismus, welsch letzterer aus der Manchestertheorie die Konsequenz zieht, daß der Staat gänzlich abzuschaffen sei. In der That reicht die moderne Kapitalwirtschaft oft sehr nahe an den Anarchismus heran. Wie weit ist man in Frankreich noch davon entfernt, wenn der französische Finanzminister keinen Kredit mehr finden kann, ohne daß Herr von Rothschild seine Einwilligung dazu giebt? Diese Art von Anarchismus ist entschieden gefährlicher als die Lehren einiger hinverbrannten Individuen in New-York, London, Paris, Wien und anderwärts, die sich selbst als Anarchisten bezeichnen.

Dem gegenüber vertreten wir mit allem Nachdruck den Gedanken, daß der Staat berufen ist, ordnend und schützend in die wirtschaftlichen Verhältnisse einzugreifen. Aber auch hier ist sorgfältig zu sichten zwischen allgemeinen und Sonder-Interessen. Wenn wir es als Aufgabe des Staates betrachten, eine große, umfassende und vollständige Sozialreform anzubahnen, so möchten wir damit keineswegs alles das als gefinnungsbornant begriffen, was heute unter der Flagge „Sozialreform“ segelt. Im Geentheil erachten wir gerade in diesem Punkte die größte Vorsicht für geboten.

In unserer halb bürgerlichen, halb noch feudalen Gesellschaft müssen die Gegensätze zwischen beweglichem und unbeweglichem Kapital stets aufs Schärfste hervortreten. Diese beiden großen Interessengruppen belämpfen sich aufs Bitterste. Sie nehmen den Schein der Freisinnigkeit und Volksfreundlichkeit an, um dem Gegner Abbruch zu thun. In England kam diese Gegnerschaft am charakteristischsten zum Ausdruck. Der Liberalismus setzte eine Wahlreform durch, um die am Grund und Boden haftenden Vorrechte der Grundeigentümer zu schwächen. Die konservativen Grundeigentümer dagegen setzten eine für den industriellen Liberalismus sehr unbecueme Fabrikgesetzgebung durch, um sich so für die Schmälerung ihrer politischen Vorrechte zu rächen. Das Land hat dabei allerdings keinen Schaden genommen.

Bei uns ist die Situation nicht viel anders. Während der manchesterliche Liberalismus jede wirksame Sozialreform in seinem narren Egoismus verwirft, haben die Conservativen Parteien die Sozialreform zu ihrem Stichwort erhoben. Die großen Grundbesitzer operiren mit scharfen Schlagworten gegen das bewegliche Kapital. Es wird, wie der leitende Staatsmann sagte, in der That um den „armen Mann“ wie um die Leiche des Patroklus gestritten. Und doch ist der wahre Gegenstand des Streites nur, wie bewegliches und unbewegliches Kapital sich am Besten gegenseitig den Boden zur Nahrung ihrer Interessen abgewinnen können.

Wenn der Liberalismus jede ernsthafte Sozialreform verwirft, so sagt andererseits das Junker- und Großgrundbesitzthum die Sozialreform als eine Reihe von Polizeimaaßregeln auf, die schließlich darin gipfeln, daß den arbeitenden Klassen keine, aber sehr kleine Concessionen, und zwar auf Kosten der arbeitenden Klassen selbst, gemacht werden, während als Aequivalent für diese kleinen Concessionen die staatliche Bevormundung über die arbeitenden Klassen demnach ausgedehnt werden soll, daß von Selbstständigkeit und freier Bewegung keine Rede mehr sein kann. Und dabei erscheinen die Concessionen gewöhnlich in einer für die Arbeiter kaum brauchbaren Form!

Man irrt sich, wenn man glaubt, mit dieser Art von Sozialreform sich die Sympathie der arbeitenden Klassen zu erwerben. Neuerdings hat ein Staatsmann darüber geäußert, daß man keine genaue Kenntniß der eigentlichen Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiter von diesen selbst erlangen könne. Sollte das in der That nicht möglich sein? Wir glauben doch.

Politische Uebersicht.

Wied die „Deutsche freisinnige Partei“ für oder gegen die Beibehaltung des Sozialistengesetzes stimmen? Es herrscht darüber unter ihren Mitgliedern offenbar ein Mangel an Einigkeit, der den neuen Bund vielleicht eben so schnell auseinanderbringt, wie er zusammengelerommen. Zwar haben sie alle die „Gleichheit vor dem Gesetz ohne Rücksicht der Person und der Partei“ in ihrem Programm aufgeführt. Aber hinterher mag einigen Sessionisten einfallen, daß sie anno 78 als Nationalliberale und anno 80 als Sessionisten (Laoter ausgenommen) für das Gesetz gestimmt haben. Die Abgeordneten Hänel, Müller und Wacker haben zwar auf ihrem Kundentreiben erklärt, ihre neue Partei werde geschlossen gegen das Gesetz stimmen; aber einer ihrer Parteigenossen, Korrespondent der „Westfälische Ztg.“, sagt, es sei keineswegs auf alle Mit-

glieder der Partei zu zählen, einige würden eher aus der Partei auscheiden, und diese wenigen könnten den Ausschlag geben. Sehr möglich erscheint es auch, daß diese Fünf bis Zwölf (deren Namen der „Hamb. Corr.“ zu wissen vermag), sich der Zustimmung enthalten. Die „Kreuz-Ztg.“ erklärt die „Toleranz“ der neuen Partei, insofern diese gegen das Gesetz stimmen möchte, durch das Bedürfnis, „das neue Bündniß zusammenzuschleimen“. Die „National-Ztg.“ wiederum bringt dagegen eine Beschrift von sessionistischer Seite aus Dürnberg, worin die Befürchtung ausgesprochen wird, daß, wenn das Sozialistengesetz aufhöre, man sich von der Regierungsdressir, die seine Beibehaltung für so nöthig erklärt, die Verantwortung für eintretende Verbrechen werde in die Schuhe schieben lassen müssen. Dagegen sagt die „Köln. Volksztg.“ treffend: „Wenn ein Gesetz an sich verwerflich ist, so läßt sich keine Aufrechterhaltung nicht dadurch rechtfertigen, daß die Befolgung eine gewisse Bewirung hervorzurufen würde“. Ob diese Bewirung jetzt in der That eintreten würde, das ist noch zu bezweifeln. Je später aber das Gesetz aufgehoben wird, desto mehr Verwirrung steht in Aussicht.

Alle rheinischen Blätter der Centrumpartei und auch die „Südt. Volksztg.“, in den Officeprovinzen, das erste Blatt dieser Richtung, sind gegen die Beibehaltung des Sozialistengesetzes. Das genannte Blatt schreibt u. A.: „Im Lande hat man die Ueberzeugung gewonnen, daß durch das Ausnahmegesetz die Verbilligung gestiegen ist, ohne daß der Umfang der Gefahr vermindert worden. Wo die Sozialisten seit 1878 unterliegen, haben schlimme Conjunctionen, Arbeitslosigkeit und Hunger, nicht das Sozialistengesetz, die Niederlage herbeigeführt. Breslau und Hamburg sind dafür vollgültige Zeugnisse und neuesten Reimingen, wo der sozialistische Candidat Biederl in die engere Wahl kommt. Des weitern aber erkennt das Volk, daß es nicht angeht, Laufende unter solche Ausnahmegesetzbestimmungen zu stellen, die überdies zu einer bleibenden Institution sich zu entwickeln scheinen. Es fordert darum gleiches Recht für Alle, Strafe für Vergehen und Verbrechen, aber keine Willkür und keine discretionäre Gewalt über deutsche Staatsbürger. Die Katholiken müssen zumal, eingedenk ihres eigenen Looses, gegen die Ausnahmegesetzgebung protestiren. . . . Diese Stimmung herrscht in allen Kreisen, auch in solchen, die aus achtungswerthen Gründen geneigt wären, der Regierung die Verlängerung zu bewilligen.“

Die Versammlung siddenscher Liberaler in Heidelberg und holländischer Fortschrittler in Frankfurt haben ergeben, nach dem „Schwäbischen Merkur“, daß man in Süddeutschland auf gemäßigter liberaler Seite von der neuen „freisinnigen“ Partei unter Richter's Führung nichts wissen will. Der siddensche Liberalismus ist noch schwächer als der norddeutsche.

Ueber die Ausweisung deutscher und österreichischer Anarchisten hat, nach Mittheilung des „Bund“, der Schweizer Bundesrath unterm 22. d. Mts. beschlossen, wie folgt: „Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft, in Betrach:

daß die öffentliche Sicherheit in den letzten Monaten in Deutschland und Oesterreich durch mehrere kurz auf einander folgende Verbrechen gefährdet worden ist;

daß gegenwärtig zwei Individuen, Hermann Stelmacher und Anton Kammerer, welche während der letzten Jahre sehr wichtig in der Schweiz sich aufgehalten hatten, in Wien in Folge der Anklage, jene Verbrechen heimlich oder zum Theil verübt zu haben, in Untersuchungshaft sich befinden;

daß die in der Schweiz ausländischen Ausländer Kennel, Schulze, Jull und Biffa mit Stelmacher und Kammerer sehr genaue persönliche Beziehungen unterhalten haben und mit denselben durch Gemeinschaft der Verbrechen enge verbunden waren, ja daß zu ihren Kosten sogar eine Reihe von Thatunsüänden festgestellt ist, welche, wenn sie auch nicht eine eigentliche strafrechtlich zu verfolgende Theilnahme an jenen verbrecherischen Handlungen darthun, doch einer solchen nahe kommen, und daß sie den Nachforschungen der Behörden zur Entdeckung der Urheber der Verbrechen nicht nur keinen Beistand geleistet, sondern vielmehr gesucht haben, die Behörden in Verzug zu führen;

in Anwendung

von Artikel 70 der Bundesverfassung, also lautend:

„Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiet wegzunweisen“,

beschließt:

1. Aus dem Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft werden wegzunweisen:

1. Friedrich Wilhelm Kennel, aus Schwegenheim (Rhein-

walden), Sprengler, derzeit in Bern;

2. Moriz Schulze, aus Rothaus (Preußen), Schriftsetzer, derzeit in Bern;

3. Karl Jull, aus Höppling (Steiermark), Schneider, derzeit in Freiburg;

4. Mathias Biffa, aus Celso (Böhmen), Schneider, derzeit in Bern.“

In Paris hörte die Enquetecommission am 24. d. Mts. die Disputerie-Arbeiter. Sie verdienen durchschnittlich 6 Fr. täglich; einige 8 Fr. Es sind 5 bis 6000 Arbeiter hier, aber die Beschäftigungslosigkeit sei nicht größer als alljährlich um diese Jahreszeit. Die Delegirten beklagten das schlechte Volksthum und die Förderung des Associationismus. Auch verlautet eine Klage über nachtheiligen Einfluß der niedrigen Löhne in Deutschland. Die Metallvergoldler, welche 40 Arbeiter und 200 Arbeiterinnen beschäftigen, erklärten, sie hätten nichts von der auswärtigen Konkurrenz zu befürchten; die auch in ihrem Geschäft eingeleitete Stodung sei wohl nicht durch auswärtige Konkurrenz, sondern durch die allgemeinen politischen Verhältnisse verursacht. Der Tagelohn ist 5 bis 7 Fr. Die immer mehr benutzte Gefängnisarbeit drücke die Löhne herab. Die Dienstmägde, welche sich der Specialität des Wascheins widmen, klagten darüber, daß die Principale vorzugsweise die billiger arbeitenden Ausländer beschäftigten; wegen die Hälfte der Arbeiter seien fremde, insbesondere Belgier.

Erscheint täglich außer Montags...
Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal...

Inserions-Gebühr beträgt für die...
Zeitung: 10 Pf. für die erste Nummer...

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 1. Januar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Zum Neuen Jahre 1891.

Freiheit.

Freiheit! Freiheit!
Du Wunderwort, du Wunderwort!
Du Inbegriff der herrlichsten der Lieber...

Nur kämpfend bringst du vor
Zu ihrem köstlichen Genuß,
Nur wenn du sagst: Ich weiß, ich muß...

Du bist nicht frei, wenn du das Schlechte willst,
Du bist nicht frei, wenn du erwählst,
Was dir bequeme Freuden schafft...

Doch du erkennst und weißt, du mußt,
Und vorwärts gehst du mit jauchzender Lust,
Bleibst deinem Ziel vollendet treu...

Die Schönheit ist des Werbens Ende,
Die Schönheit ist des Werbens Ziel,
Vollendetes Gezwungensein...

Zum Neuen Jahre!

Die Jahreswende bietet, nach allgemeiner und sehr
natürlicher Sitte, den Anlaß zu einem Rückblick in die
Vergangenheit und zu einem Vorblick in die Zukunft...

ersten Blick einen „neuen Kurs“ der Sozialreform zu ver-
heissen schienen, und die ganz geeignet waren, eine nicht
durchaus zielbewusste Partei in Verwirrung zu bringen...

hoben hatte, an dem die Arbeiter aller Länder den
internationalen Proletarierbund feiern —
wurde am 1. Oktober das Sozialistengesetz sang- und
klanglos — nicht begraben, das wäre zu viel Ehre ge-
wesen, nein verscharrt, bei Seite geschafft, wie irgend ein
Ding, das Ekel einflößt...

Feuilleton.

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Frau Holmsens Antlitz zog sich in die Länge. „Ver-
stehen Sie das, Frau Mählberg?“ sagte sie. Auch Frau
Mählberg schien etwas verdutzt...

zu Grunde liegenden Vertrages, dessen Abschrift mitfolgt,
ebenso gut wie die übrigen Kinder versorgen; allein da er
keinen Schritt gethan hat, dieser Pflicht nachzukommen, weiß
sich die Mutter, welche hier in dürftigen Umständen lebt...

„Wird dem Herrn Untervogt mit dem Bemerkten zu-
gestellt, daß der Betreffende d. B. sich in Kristiansborg
aufhält.
Christiania, 6 März 1865.
Chr. Eugh.“

Solidarität hervor; im ersten Fall zugunsten der Papiermacher von Capellades (Katalonien), im zweiten zugunsten der Bergleute in Waldenburg (Schlesien).

Die auf dem Kongress von Barcelona geschaffene Organisation unterstand einem föderal- oder Nationalvorstand, der in Madrid saß und aus Mitgliedern der Madrider Sektion bestand. Das erste Jahr, in dem dieser Vorstand sein Amt führte, gestaltete sich für die spanische Internationale weniger günstig, als das vorhergehende. Der erste Entschluß war verfliegen und viele Streiks mißglückten, da sie nicht genügend vorbereitet und unterstützt wurden. Die einzelnen Organisationen gingen zurück, und so sah sich der Vorstand genötigt, den Kongress, der 1871 hätte stattfinden sollen, zu vertagen. Der Sturz der Kommune, der in allen Ländern den Sturz der Reaktion entsetzte, veranlaßte auch das Kabinett Serrano-Sagasta, die spanische Internationale zu verfolgen und mehrere Vorstandsmitgliedern den Prozeß zu machen. Unter solchen Umständen hielt der Vorstand es für besser, nach Portugal überzusiedeln, doch fand der Vorschlag nicht allgemeinen Beifall. Da es unmöglich war, daß der ganze Vorstand sich nach Portugal begeben konnte, gingen nur drei Mann nach Lissabon: Francisco Mora, Anselmo Lorenzo und Thomas Gonzales Morago. Von dort aus unterhielten sie einige Monate hindurch eine Korrespondenz mit den Sektionen; als aber die Regierung fiel und Amnestie versprochen wurde, kehrten die beiden ersten nach Spanien zurück. Morago, der sein Amt niederlegte, kam erst später zurück und agierte von da an beständig für die Allianz, gegen die Internationale.

Der Vorstand beschloß, daß an Stelle des verschobenen Kongresses eine Konferenz stattfinden sollte, die dann auch für den 10. September 1871 festgesetzt wurde. Die dort vertretene Arbeiterzahl betrug ungefähr nur 5000. Die Hauptbeschlüsse bestimmten, daß Delegierte zum internationalen Kongress in London gewählt, die Organisation erweitert und Madrid wieder zum Sitz des Vorstandes bestimmt werden sollte.

Kaum waren diese Beschlüsse gefaßt, als das Kabinett des wieder zur Macht gelangten Sagasta dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegte, der die Internationale in Spanien außerhalb des Gesetzes stellte. Weber der Vorstand noch die Sektionen nahmen besondere Notiz von diesen Bemühungen; sie belämpften im Gegenteil die reaktionären Tendenzen der Regierung noch energischer als vorher. Als aber der Vorschlag Sagastas Annahme fand, beschloffen der Vorstand und die Sektionen, sich nunmehr als Geheimgesellschaft zu organisieren. Die Order zu dieser Taktik erging über das ganze Land. Nach Katalonien und Andalusien wurden Delegierte geschickt. Die Regierung verbot verschiedene Lokalsammlungen und löste einzelne Verbindungen auf, wagte es schließlich aber doch nicht, das Ausnahmegesetz rücksichtslos anzuwenden. Im April 1872 hielt denn auch die Internationale, wenn auch nicht öffentlich, in Saragossa ihren zweiten Kongress ab, auf dem 25 000 Arbeiter in mehr als 300 Vereinigungen vertreten waren.

Obgleich der Vorstand Bedeutendes geleistet hatte, wurde doch gegen ihn intrigiert, weil er nicht so gearbeitet hatte, wie einzelne Mitglieder der Allianz wünschten. Auch in der Madrider Sektion sollten mehrere Vorstandsmitglieder durch Intrigen lahm gelegt werden. Die Sache wurde vor den Kongress in Saragossa gebracht und geordnet. Als Sitz des Vorstandes wurde nun Valencia bestimmt. Er sollte aus dortigen Mitgliedern bestehen und ihm zur Führung der laufenden Geschäfte die beiden alten Vorstandsmitglieder Anselmo Lorenzo und Francisco Mora hinzugefügt werden. Der letztere nahm die Wahl nicht an, und der erstere wurde durch die Art und Weise, wie sich die anderen Vorstandsmitglieder zu ihm stellten, bald gezwungen, sein Amt niederzulegen. Da sie die Ziele der Allianz nicht genau kannten, traten die aus dem Vorstande ausgeschiedenen Mitglieder ihr bei; sobald sie aber einsahen, daß sie eigentlich nur den Zweck hatte, die Internationale zu unterminieren, machten sie den Vorschlag, daß die Allianz in Spanien aufgelöst werden solle. Von diesem Augenblick an war der Ausschluß der Mitglieder des früheren Vorstandes aus dem Verbände beschlossene Sache.

Die Wochenzeitung „Emanzipacion“, Eigentum der Ermittelten des Vorstandes, die tapfer den Kampf für die Internationale aufgenommen hatte, wurde dem neuen Kongress zum Beweis dafür vorgelegt, daß nicht Ehrgeiz die Herausgeber zu ihrem Vorgehen getrieben hätte. Dieser Vorwurf war ihnen nämlich von den Allianzisten und deren Freunden gemacht worden. Doch wurde diese Rechtfertigung nicht abgelehnt.

Die alten Mitglieder des Vorstandes ließen sich jedoch dadurch nicht abschrecken. Sie führten in den Spalten der „Emanzipacion“ den Kampf für die Internationale weiter. Da sie entschlossen waren, die Allianz zu sprengen, machten sie den einzelnen Sektionen direkt ihren Auflösungsbescheid. Nur die Sektion Cadix zeigte sich damit einverstanden, die anderen äußerten sich überhaupt nicht. Dafür schloß die Madrider Sektion unter dem Einfluß von Morago vier von den Unterzeichnern des Auflösungsbeschlages aus der Allianz aus. Zum Vorwand dafür nahm man einen Artikel, der in der „Emanzipacion“ erschienen war.

Die vier Ausgeschlossenen erhoben im Verein mit vier anderen Genossen, die ehemals den ersten Vorstand gebildet hatten, unterstützt von weiteren Organisationen, gegen die Ausschließung Einspruch. Die Sache wurde dem neuen Vorstand vorgelegt, doch dieser erklärte sich im Widerspruch mit den Statuten der Organisation für inkompetent. Die Abgewiesenen gründeten deshalb eine „Neue Föderation von Madrid“ und verlangten als solche Eintritt in die spanische Internationale, auch wenn der Vorstand der Allianzisten sie nicht aufnehmen wollte. Sie wandten sich an den Generalvorstand der Internationale, und dieser entschied zu ihren Gunsten.

Von diesem Moment an hörten die Streitigkeiten zwischen der neu gegründeten kleinen Organisation und den Allianzisten nicht mehr auf. Gegen „die Neuen“, wie sie von den Allianzisten verächtlich genannt wurden, wendete man nun unerbittlich alle Waffen an: Spott, Schimpf, Verleumdung, Drohung. Man warf ihnen vor, daß sie vom Generalvorstand gekauft seien, daß sie Verräter an der Organisation seien. Gegen die „Emanzipacion“ wurde ein Kreuzzug geführt, der der Inquisition würdig gewesen wäre. Obmann „der Neuen“ war Francisco Mora, der Mann, der unter den Anhängern der spanischen Internationale den größten Einfluß gehabt hat; ferner José Mesa und Leopoldo, ein Genosse von großem Charakter und hervorragender Intelligenz. Gegen sie richteten sich hauptsächlich die Angriffe, da man sie unschädlich zu machen hoffte. Auch Lafargue, der als Flüchtling von Frankreich nach Madrid gekommen war und die Genossen mit Rat und Tat führte, wurde verächtlich und verkannt.

Die winzige „Neue Föderation Madrids“ hielt allen Angriffen stand; sie deckte die Wunden der Gegner und deren Intrigen auf; sie bewies, daß der Vorstand die Statuten der Internationale nicht genügend beachtete. Sie sandte einen eigenen Delegierten an den Haager Kongress, konnte aber nicht verhindern, daß auch die Allianzisten Delegierte abschickten. Morago, einer dieser drei, wurde späterhin als Falschmünzer beurteilt. Die „Neue Föderation von Madrid“ wurde auf dem Kongress durch Lafargue repräsentiert, der auch die Interessen Portugals vertrat.

Nach der Rückkehr vom Kongress drangen die Delegierten der Allianz, die feige ihre Parteifarbe dort verlegt hatten, auf eine Beschleunigung des dritten Kongresses der spanischen Internationalisten. Auf diesem Kongress gelang es ihnen, eine Resolution durchzubringen, daß die spanische Arbeiterpartei von der Internationale abgetrennt werden solle. Sie vereinigte sich mit den belgischen, holländischen, italienischen und französischen Dissidenten.

Die „Neue Föderation von Madrid“ trat dieser Spaltung natürlich entgegen und rief die Lokalverbände, die der Internationale treu bleiben wollten, zum Anschluß auf. Dem Ruf folgten ungefähr 20 Organisationen, die einen Bundesvorstand erwählten und 1873 einen Kongress in Toledo abhielten. Diese schwachen spanischen Elemente konnten zu der letzten Versammlung der Internationale, die damals vom Generalvorstand, der in New York saß, einberufen wurde, keinen Delegierten schicken. Sie sandten nur eine Botschaft und einen Bericht über ihre Lage ein.

Die Mitglieder der Internationale in Madrid vermochten trotz ihres zähen Kampfes gegen die Allianz dieser nur einen kleinen Bruchteil ihrer Mitglieder abspenstig zu machen; die überwiegende Mehrheit blieb bei den Allianzisten. Nur schwach an Mitgliederzahl, verschwand die Internationale unter den Verfolgungen der republikanischen Regierung und dem Staatsstreich vom Januar 1874, dem Vorläufer der Restauration.

Aber die Männer der „Neuen Föderation von Madrid“ zogen aus den Lektionen, die ihnen Lafargue in bezug auf sozialistische Taktik und Theorie gab, ihren Nutzen. Sie nahmen später den Kampf gegen die Führer der Allianz wieder auf, und diesmal war das Resultat ein anderes, denn obgleich auch heute noch die Anhänger der marxistischen Richtung in der Minderheit sind, geht doch die Arbeiterbewegung die Wege, die damals „die Neuen“ und die wenigen, die sie unterstützten, ihr gewiesen haben.

Ein Brief von Jules Guesde.



Genosse Jules Guesde, der uns ebenfalls einen Artikel für diese Nummer versprochen hatte, durch seine Verschlimmerung seiner Krankheit aber leider daran verhindert worden ist, schickt uns folgenden Brief:

„Werte Genossen!

Krank und außerstande, Ihnen den versprochenen Artikel zu schicken, will ich doch die 25-jährige Jubelfeier des „Vorwärts“ nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen von neuem unsere Bewunderung der Fortschritte der deutschen Sozialdemokratie auf allen Gebieten und unsere Zuversicht auf ihren unaussprechlichen nahen Triumph auszusprechen.

Möge das sozialistische Frankreich mit ihr Schritt halten auf dem Wege zur Menschheitsbefreiung, die nur das Werk unserer zwei befreiten Proletariate sein kann und muß.

Hoch die internationale soziale Revolution!

Jules Guesde.“

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes.

Am 30. September 1890 war das Sozialistengesetz gefallen, ein halbes Jahr nach dem würdelosen Sturz seines Vaters, des ersten Reichskanzlers, und seines allzu brüchig gewordenen Systems. Alle Verfolgungen hatten die geächtete und versemte deutsche Sozialdemokratie nicht zu schwächen vermocht. Stärker, als sie vor dem Sozialistengesetz gewesen, trat sie in ihren neuen Lebensabschnitt ein. Beim Erlaß des Gesetzes hatte sie 42 politische Blätter besessen und 437 158 Wahlstimmen gezählt; jetzt mußte sie 60 politische Blätter und 1427 298 Wahlstimmen. Der Weg zu weiteren, noch größeren Erfolgen lag offen vor ihr. Festes Vertrauen auf sich selbst und die Macht seiner Lehre schwellte die Herzen des Proletariats. Aus dieser Stimmung heraus ist der nachstehende der ersten Nummer des „Berliner Volksblatt“ nach dem Fall des Sozialistengesetzes entnommene Artikel geboren, dessen Stil und Ausdruck deutlich die Feder Wilhelm Liebknechts verrät:

Der 1. Oktober.

Die Ketten, mit denen das Sozialistengesetz die deutsche Sozialdemokratie fesseln sollte, sind zerbrochen, — längst zerbrochen, und die Bruchstücke werden am heutigen Tag in die Rumpfkammer geworfen — ein Denkmal der verbrecherischen Torheit, die da wähnte, eine weltgeschichtliche Bewegung willkürlich erdrosseln zu können. Das Sozialistengesetz ist gefallen, und seine Urheber liegen am Boden. Einen Löwen bindet man nicht mit Zwirnsfäden, und die ehernen Gesetze der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung lassen sich nicht abschaffen, nicht ändern, nicht fälschen.

Die Träger der Staatsgewalt und alle auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehenden Parteien hatten sich zusammengekauert, um die Sozialdemokratie zu vernichten. Und die Sozialdemokratie, stark in dem Bewußtsein ihres Rechts und ihrer Macht, nahm heikleren Mut und voller Siegeszuversicht den anscheinend so ungleichen Kampf auf. Gegen uns der Klassenstaat und die kapitalistische Gesellschaft — für uns die Wissenschaft und die Logik der Tatsachen.

Zwölf Jahre lang dauerte der Kampf, und bald stellte sich heraus, daß er in der Tat ungleich war, jedoch nicht in dem Sinne, wie die Gegner sich eingebildet hatten. Ja, er war ungleich, denn sofort trat die Ohnmacht der mechanischen Machtmittel zu Tage. Jede Maßregel unserer Feinde richtete ihre Spitze gegen uns, gegen die Feinde selbst. Jedes Gesetz, das nach uns abgeschneit ward, prallte auf die Schützen zurück. Die Demoralisation, die man in unsere Reihen zu tragen gedachte, wurde in die Reihen unserer Feinde getragen. Die „erzieherischen Wirkungen“ des Sozialistengesetzes, von denen der beschränkte Polizeivorstand eines

Politiker geträumt, äußerten sich darin, daß einerseits das ganze öffentliche Leben des Massenstaates vergiftet und die Auflösung der alten Parteien beschleunigt, andererseits die Sozialdemokratie gereinigt und gestärkt wurde. Für die Feinde eine Schule der Korruption, ist das Sozialistengesetz für die Sozialdemokratie eine Schule der Disziplin und der Mannhaftigkeit geworden. Die Schwachen und Unselbigen wurden ausgeschieden, die Zielbewußten und Charakterfesten erfahren die Zügel und führten die Partei zum Sieg.

Zwölf Jahre hindurch haben wir gerungen. Lang ist die Reihe der Märtyrer, aber lang ist auch die Reihe der Siege. Von Sieg eilten wir zu Sieg. Ziel einer im Kampf — flugs trat ein anderer an die Stelle und tausende waren bereit in die Bresche zu springen.

Schwere Opfer hat der Kampf gekostet — welche Summe von Opfern verlor sich allein in der Schar der „Ausgewiesenen“, die wir heute, nach langen Jahren zum erstenmal wieder in der Heimat willkommen heißen! Und die Zahl derer, die nicht heimkehrten, entweder weil sie von der „trocknen Guillotine“ des Glendes hinweggerafft worden sind oder sich in fremdem Land, meist erst nach unsäglichen Entbehrungen, eine neue Heimstätte bereitet haben — sie ist wohl zehnmal so groß, als die Zahl der Heimkehrer. Ja, schwere Opfer hat der Kampf gekostet — „Menschenopfer unerhört“ — und jedes Opfer vermehrt nur den Opfermut. „Märtyrerblut ist Märtyrersamen“. Der Schrecken verlor seinen Schrecken und wurde der Sporn zu neuen, größeren Opfern.

Und so haben wir gesiegt.

Die Partei wuchs und gedieh, und der gute, harte Stahl ist durch die Hammerschläge nur härter gehämmert worden.

Jedes, wenn auch der 1. Oktober für unsere Feinde ein Tag schmählicher Niederlage, für uns ein glänzender Siegestag ist, so sind wir doch weit davon entfernt, uns lärmendem Jubel zu ergeben. Der Sieg war uns von vornherein sicher, und schon am Tage, wo das Sozialistengesetz zuerst vor den Reichstag kam, wußten wir, daß die Urheber des Sozialistengesetzes ihren Lohn finden würden. Lärmender Siegesjubel ziemt nicht dem Starken. In stolzer, ruhiger Ueberlegenheit schaut die siegreiche Sozialdemokratie auf ihre Feinde herab, die — ein Bild des Jammers — voll Zittern und Jagen dem heutigen Tage entgegengesessen haben und mit Grauen in die Zukunft blicken. Die Schreckbilder, die ihnen vor-schweben, sind das verräterische Erzeugnis des bösen Gewissens und der Unwissenheit.

Und wo ist der „geistige Kampf“, den sie uns angekündigt haben? Sie zittern nach der Polizei, nach dem Staatsanwalt, nach der Ultima ratio der Kanonen — dem „letzten Grund“ aller deren, die keine Vernunftgründe haben. Das sind ihre geistigen Waffen. Andere haben sie nicht.

Die Sozialdemokratie dagegen hat den höchsten Triumph zu verzeichnen, der einer unterdrückten Partei erwachsen kann — sie hat ihre Unterdrücker geistig erobert — sie hat ihnen die Anerkennung abgezwungen, daß ihre Forderungen berechtigt sind. Die Notwendigkeit des nationalen und internationalen Arbeiterschutzes, die Notwendigkeit, der Ausbeutung des Arbeiters zu steuern und dem Arbeiter die Gleichberechtigung zuguzugestehen, hat amtlich proklamiert werden müssen — und das alles sind Forderungen, die einzig von der Sozialdemokratie verfochten wurden, und um derenwillen sie geächtet ward.

Wer die ganze Größe des Sieges ermessen will, den wir über unsere Feinde davon getragen, der versetze sich in das Jahr 1878 zurück und lese was damals, als das unheilvolle, heute von den eigenen Vätern verleugnete Sozialistengesetz auf der Tagesordnung stand, von unseren Feinden, und was von unseren Verrätern im Reichstag und in der Presse gesagt worden ist. Dort blinde Leidenschaft, engherzigste Beschränktheit, absolute Unfähigkeit, die Sachlage klar zu überschauen — hier die kühlste Beurteilung der Menschen und Dinge, jedes Wort durch die folgenden Ereignisse bestätigt. Wir verweisen namentlich auf die Reichstagsverhandlungen aus jener Zeit und auf die Ausdrachen und Redenschaftsberichte, welche unsere Reichstagsfraktion unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes veröffentlicht hat. Eines dieser Schriftstücke legen wir heute im Auszug unseren Lesern vor: den ersten Rechenschaftsbericht der Fraktion.

Und was nun? Beginnt ein neuer Abschnitt unserer Bewegung? Werden wunderbare Ueberraschungen geplant? Wird die Partei plötzlich ein neues Gesicht zeigen, eine andere Gestalt annehmen? Kindische Fragen!

Die Feinde können beruhigt sein. Unsere Taktik wird im wesentlichen dieselbe bleiben. Sie hat uns unsere Siege gebracht, und wird uns weitere Siege bringen bis zum endgültigen Sieg. Unsere Feinde sind dieselben und das Sozialistengesetz hört nur der Form nach auf.

Der Kampf gegen uns wird im wesentlichen mit den gleichen Waffen und Mitteln fortgesetzt werden wie bisher. Wir werden nach Möglichkeit alles vermeiden, was der Feind wünscht, daß wir tun sollen. Und wir werden nach Möglichkeit alles tun, was der Feind wünscht, daß wir nicht tun sollen. Das Lob und der Tadel des Feindes sind dem erfahrenen Kämpfer eine vortreffliche Richtschnur des Handelns.

Wir sind auf alles vorbereitet. Kein Schachzug des Feindes wird uns verblüffen; für jeden Zug haben wir einen Gegenzug, und wir werden die Partie spielen, bis der Feind matt gesetzt ist.

Daß die Sozialdemokratie die alte geblieben ist, das brauchen wir nicht zu beteuern.

Wir sind was wir waren und werden sein was wir sind. Es gibt nur eine Sozialdemokratie: die eine unteilbare Sozialdemokratie, welche die Ursachen der sozialen Schäden beseitigen will, und alle übrigen Parteien, weil diese aus Sonderinteresse jene Ursachen erhalten wollen, naturgemäß zu Feinden hat.

Der 20. Februar hat gezeigt, daß unsere Partei, dank ihrer Taktik und dank ihrem Programm, die stärkste Partei in Deutschland geworden ist. Die vergrößerte Macht legt uns größere Pflichten auf; und wir sind uns dessen bewußt.

Der 1. Oktober wird also wieder die Hoffnungen noch die Verfühlungen unserer Feinde verwirklichen. Fest und sicher werden wir nach wie vor unserem Ziel zuschreiten und der Welt den Beweis liefern, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Schule des Sozialistengesetzes viel gelernt und nichts vergessen hat.

Was uns groß gemacht: der Opfermut, das Solidaritätsgefühl, die Unterordnung des Individuums unter die Sache — das gehört zum Wesen unserer Partei und bleibt ihr im ausgedehnten Maße erhalten. Jeder Sozialdemokrat, der den Ehrennamen verdient, lebt in der Partei, ist ein Stück der Partei, ist entschlossen, seine beste Kraft der Partei zu widmen.

Und so gehen wir getrost den Aufgaben und Kämpfen entgegen, die unserer harrten. Unsere Aufgaben werden wir erfüllen, und jeder Kampf wird ein Sieg sein.

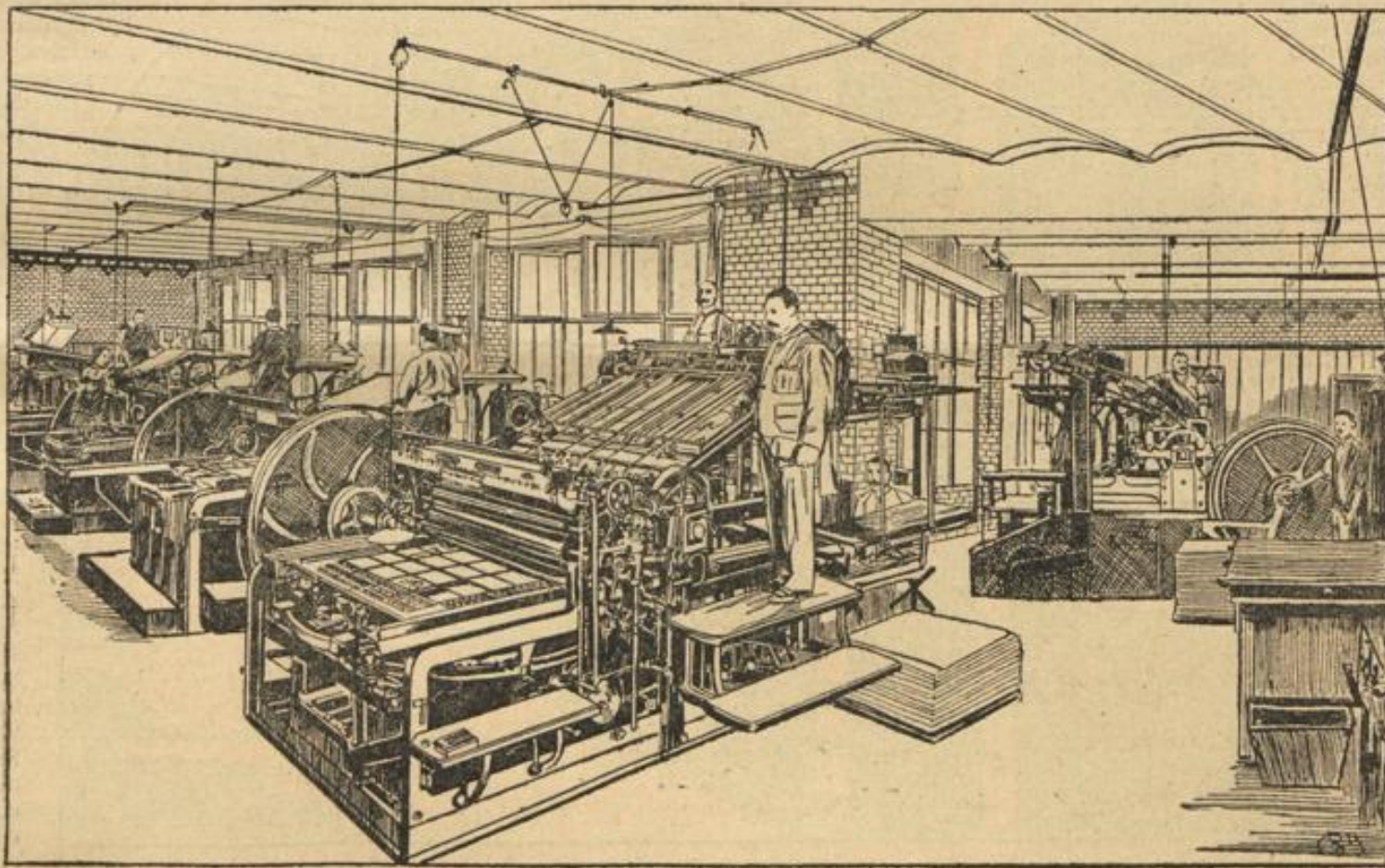
Die deutsche Sozialdemokratie erwartet, daß jeder Genosse seine Pflicht tut.

Der „Vorwärts“-Betrieb.



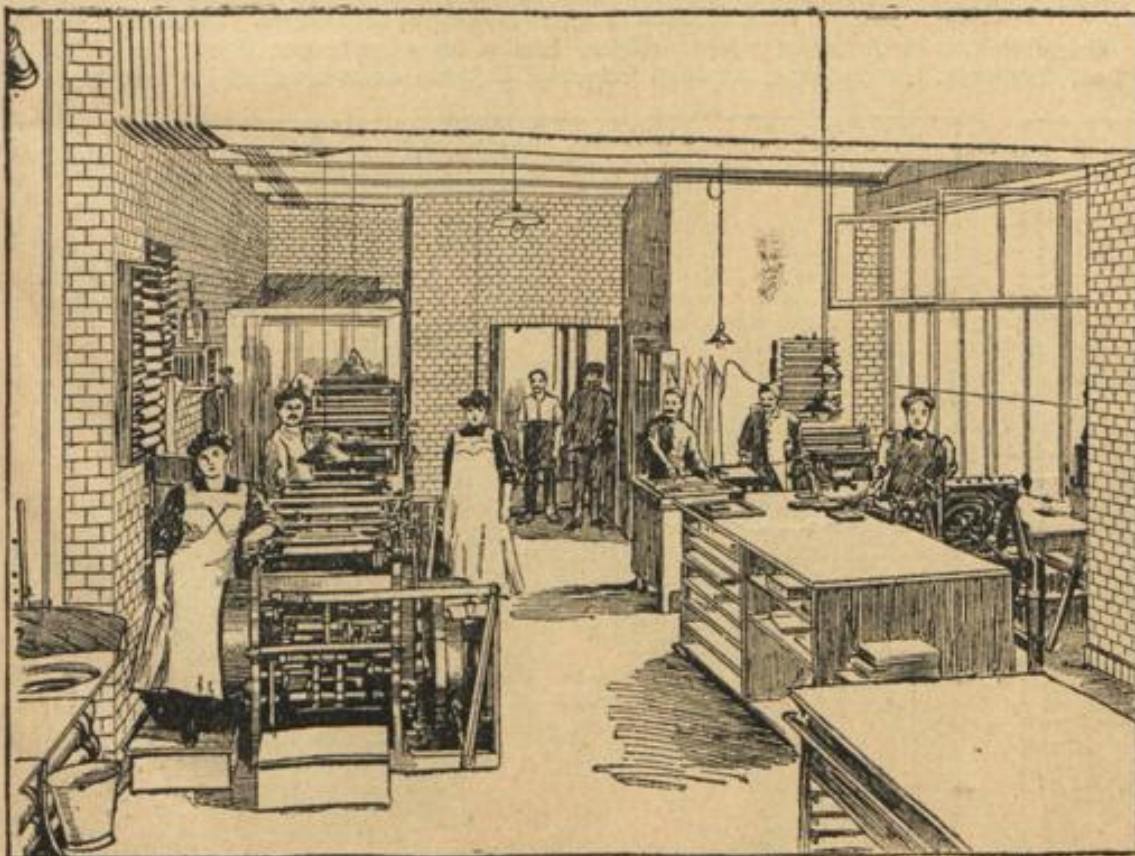
Expedition und Buchhandlung.

Im gleichen Verhältnis, wie der „Vorwärts“ in der Berliner Arbeiterschaft immer breitere Massen unter seiner Fahne sammelte, wuchs in der Berliner Parteigenossenschaft der Gedanke, die Zeitung und die gesamten für die Agitation nötigen Druckfachen in eigenem Betriebe herzustellen, um den Unternehmervogel, statt in die Tasche eines einzelnen, wieder der Agitation zufließen zu lassen. Doch stieß der Gedanke auf vielfachen Widerstand, einmal weil zahlreiche Genossen die politischen Verhältnisse nicht für so gesichert hielten, um Hunderttausende erbogter Spargroschen zu gefährden; dann auch, weil eine politische Partei, insbesondere die sozialdemokratische, nicht dazu berufen sei, industrielle Unternehmungen zu betreiben. Im Jahre 1901 wurde der Wurf gewagt,

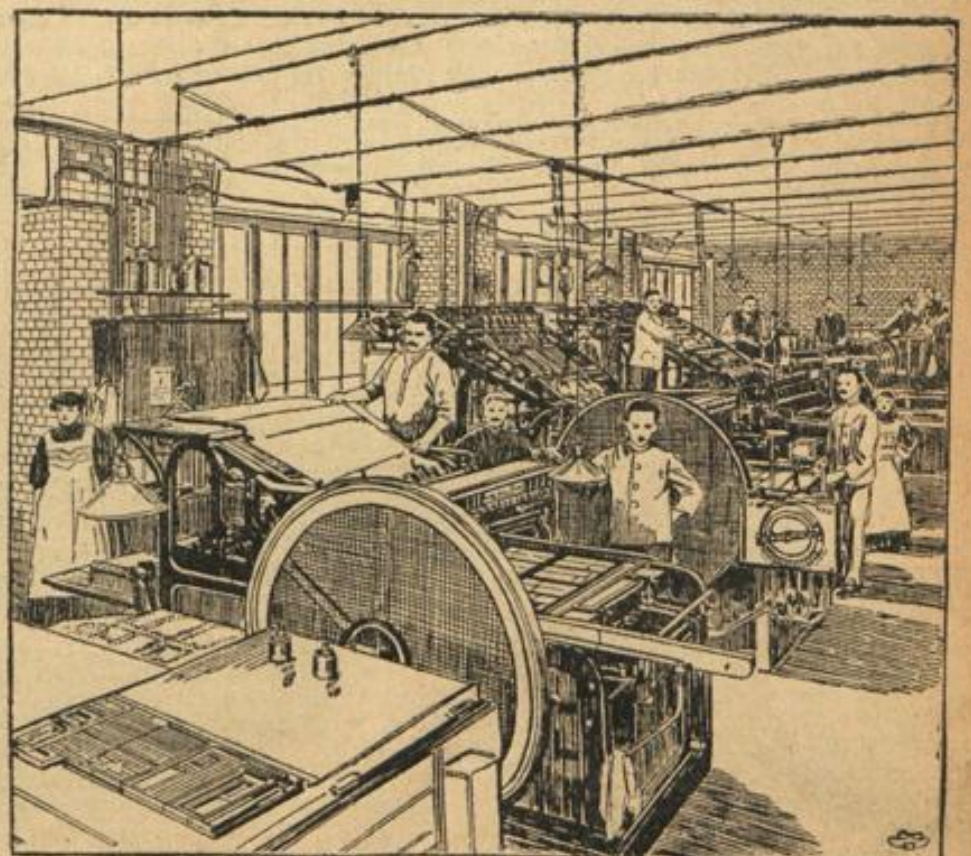


Maschinenfabrik (Teilanblick).

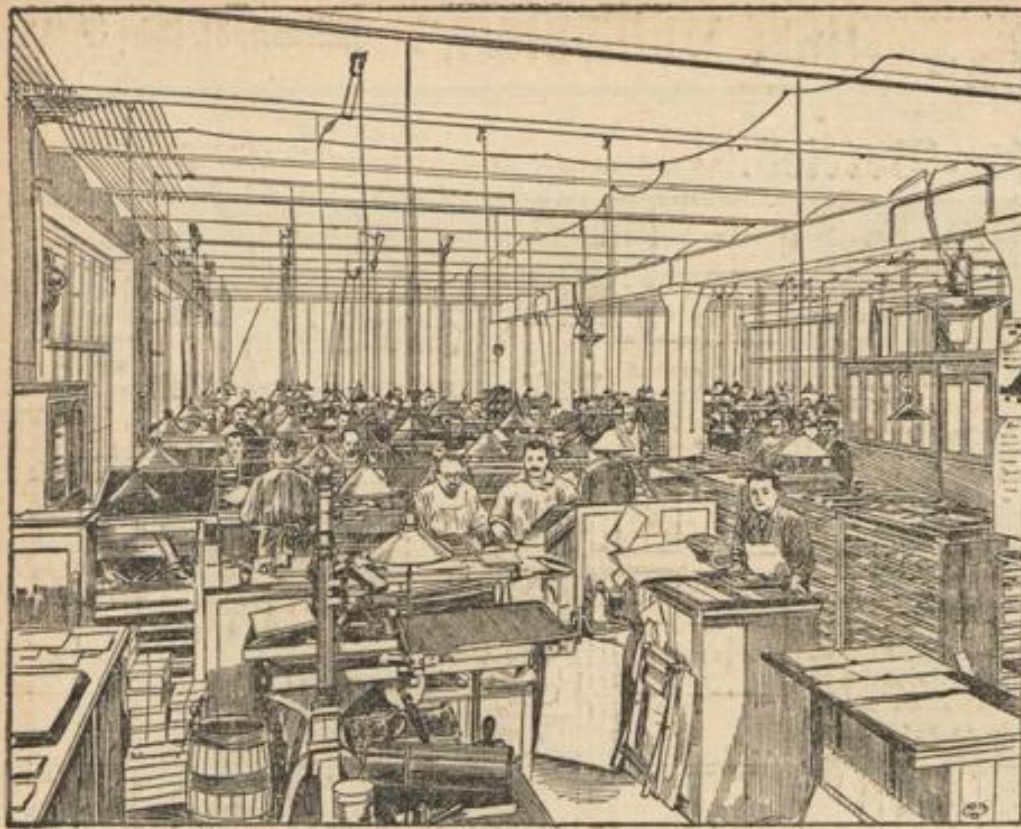
im Oktober 1902 die Druckerei eröffnet mit einem Anlagekapital von einer halben Million Mark, teils Spargroschen opfertwilliger Genossen, teils Darlehen zahlreicher Organisationen und begüterter Genossen. Von vornherein wurde das Geschäft auf größerer Grundlage angelegt, besonderes Augenmerk wurde auf Anschaffung modernster Maschinen gerichtet; für den Druck des „Vorwärts“ wurden von König & Bauer in Würzburg zwei sogenannte doppelbreite Dreibecker-Maschinen amerikanischen Systems gebaut; diese ermöglichen es, pro Stunde 20–22 000 Exemplare bis zur Stärke von 24 Seiten fix und fertig zu liefern, während bisher die größte Leistung 11 000 Exemplare bis zum Umfang von 16 Seiten pro Stunde betrug. Diese Maschinen boten den doppelten Vorteil:



Steindruckpressen.



Maschinenfabrik (Teilanblick).



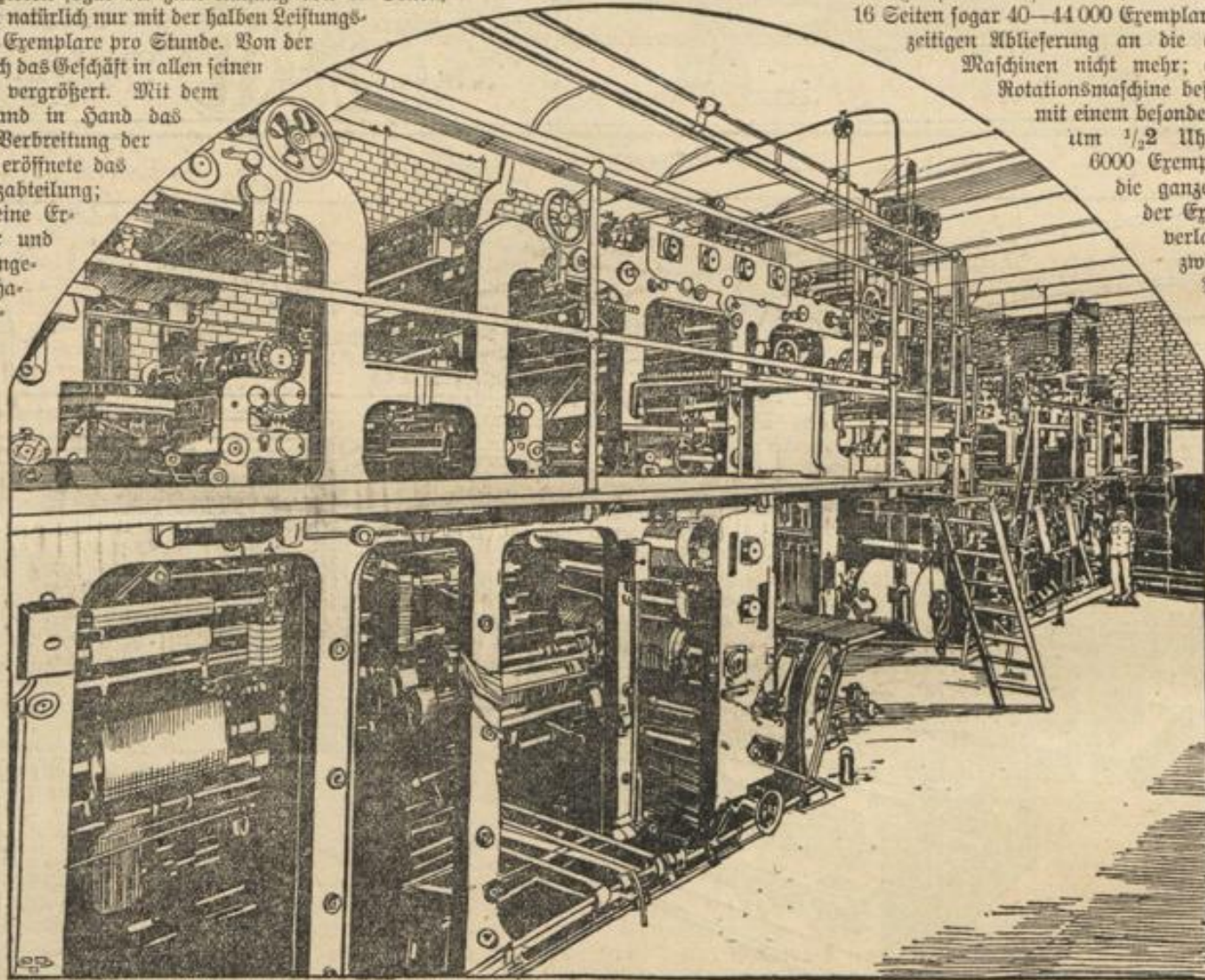
Werkzeigerel.



Zeitungsfegerel.

einmal sparten sie eine ganze Anzahl Arbeitskräfte, die früher bei einem Umfang von mehr als 16 Seiten die vorher gedruckten Bogen einzalzen mußten; sie sparten aber auch Zeit infolgedessen, als sie durch die doppelte Papierbreite die Produktion verdoppelten und außerdem den Vordruck überflüssig machten, letzteren sogar bis zum Umfang von 48 Seiten, dann aber arbeiten die Maschinen natürlich nur mit der halben Leistungsfähigkeit, d. h. 10 000 bis 11 000 Exemplare pro Stunde. Von der

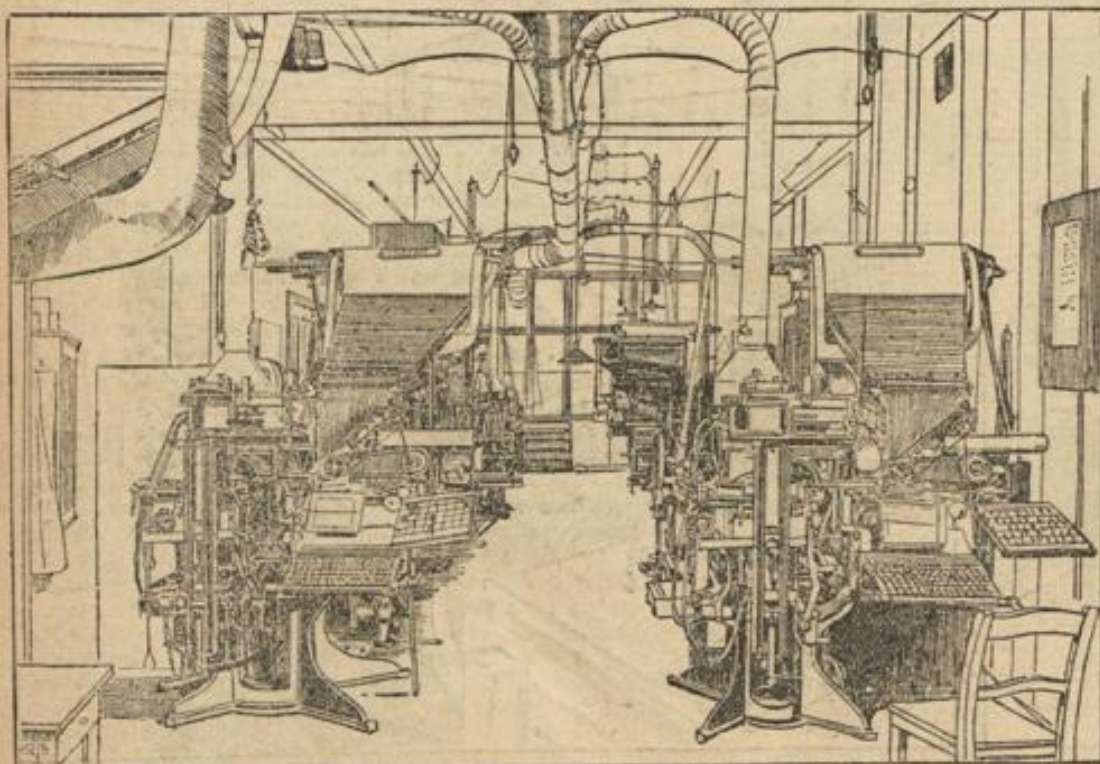
Stunde seiner Eröffnung an hat sich das Geschäft in allen seinen Abteilungen von Jahr zu Jahr vergrößert. Mit dem Wachstum der Partei ging Hand in Hand das Wachstum der Presse und die Verbreitung der Literatur. Mit 6 Schnellpressen eröffnete das Geschäft seine Vert- und Akzidenzabteilung; Jahr für Jahr machte sich eine Erweiterung nötig; immer mehr und größere Maschinen wurden angeschafft; diese selber mit mechanischen Anlege-Apparaten versehen. Neben den politischen Organisationen betrauten auch zahlreiche Gewerkschaften die Vorwärtsdruckerei mit ihren Druckaufträgen. Infolge Verlegung der Verwaltung verschiedener Gewerkschaften nach Berlin erhielt das Geschäft den Druck von deren Blättern übertragen. Das Steigen der Auflage des Unterhaltungsblattes „Neue Welt“ überlastete das Hamburger Parteigeschäft, so daß erst die Berliner Auflage, später auch die Mitteldeutschlands dem Berliner Geschäft zum Druck überwiesen wurde, für welchen Zweck ein neuer Typ der Illustrationsrotationsmaschine bei der Bogtländischen Maschinenfabrik in Blauen i. B. bestellt wurde. Die Vermehrung der Druckaufträge brachte naturgemäß eine Vergrößerung der Buchbinderei und Anschaffung von Spezialmaschinen zur raschesten Fertigstellung der für sie hauptsächlich in Frage kommenden Massenaufgaben von Broschüren und ähnlichen Arbeiten. Ebenso mußten die Räume für die Expedition erweitert und das Personal vermehrt werden. — Auch in der Zeitungsabteilung genügte bald die vorhandenen Maschinen nicht mehr. Bei Gründung des Geschäfts betrug die tägliche Auflage des „Vorwärts“ 56 000 Exemplare;



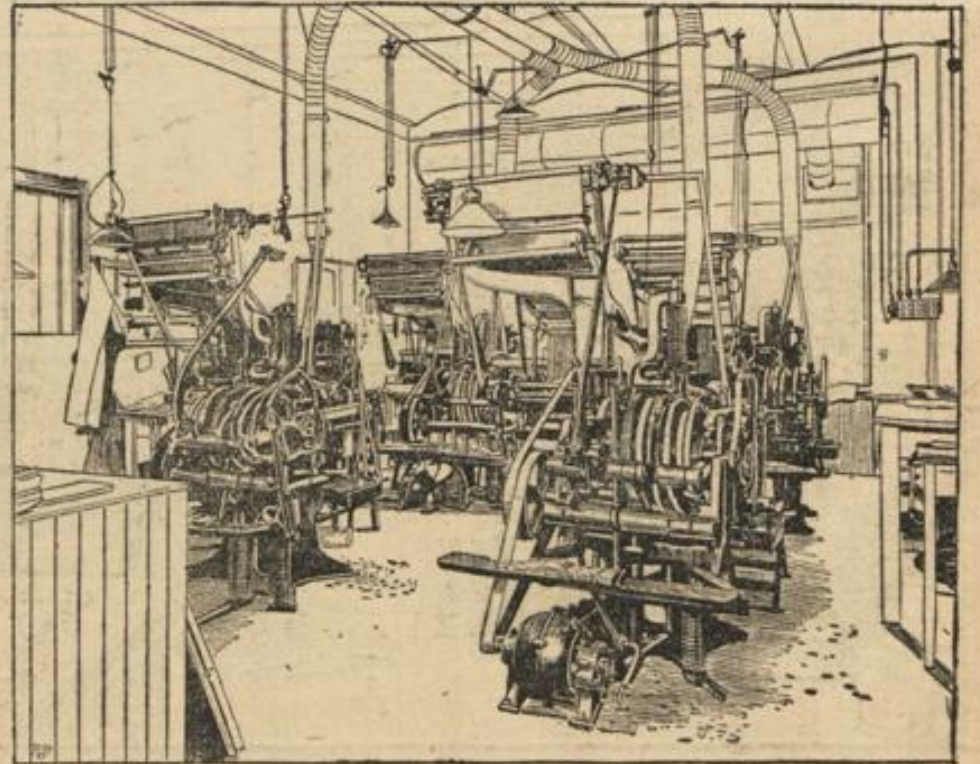
Rotationsmaschinen (Zeitung).

je mehr die Auflage stieg, um so früher mußte mit dem Druck begonnen werden, so daß im Jahre 1906 eine doppelbreite Vierrollen-Rotationsmaschine bestellt wurde, die größte bisher in Deutschland gebaute Buchdruckmaschine, welche stündlich 64 Seiten starke Nummern in 10—11 000 Exemplaren liefern kann, bei 32 Seiten Umfang 20—22 000, bei 16 Seiten sogar 40—44 000 Exemplare u. s. f. Bald genügte zur rechtzeitigen Ablieferung an die entfernteren Vororte auch diese

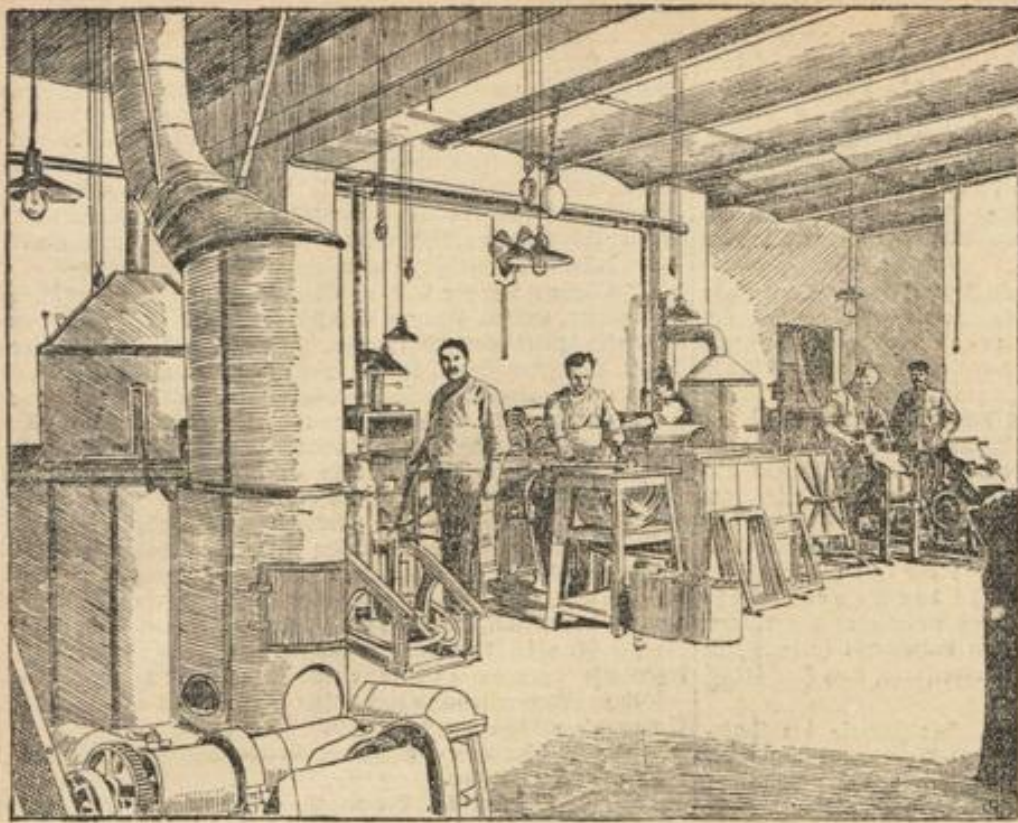
Maschinen nicht mehr; es wurde eine weitere 32seitige Rotationsmaschine bestellt, die für besseren Wertdruck mit einem besonderem Farbwerk ausgestattet wurde. um 1/2 Uhr morgens müssen die ersten 6000 Exemplare zur Post, um 4 Uhr muß die ganze Auflage ausgedruckt und von der Expedition an die Parteispeditionen verladen sein. Daher ein ewiger Krieg zwischen der Redaktion und den Parteispeditionen. Um das Blatt möglichst aktuell gestalten zu können, setzt die Redaktion alles daran, möglichst spät noch Manuskripte in die Druckerei liefern zu können. Die Parteispeditionen aber drängen mit aller Gewalt darauf, für ihre Abonnenten die Zeitungen möglichst früh geliefert zu bekommen. Zwischen beiden steht als Puffer die Druckerei. Bei der Herstellung der Zeitung muß mit Minuten gerechnet werden; das ist wie das Räderwerk einer Maschine; stockt eines, so steht die ganze Maschine. Jede Minute Verspätung in der Manuskript-Lieferung heißt verspätete Herstellung der Matrizen und Platten, heißt Stillstand der Maschine, beziehungsweise verspäteter Anfang des Drucks. Die für den Druck gegebene Zeit ist aber bis auf die Minute ausgerechnet. Ueber eine gewisse Schnelligkeit hinaus können die Maschinen nicht laufen. Kommt dann noch dazu, daß eine Papierrolle schlecht gewickelt oder auf dem Transport beschädigt worden ist, so daß Störungen und Hindernisse beim Druck eintreten, dann ist natürlich Feuer in allen Gassen. Die Aufscher, die dem Expediteur die Zeitungen zufahren müssen, brechen bei allzu langem Warten ihr geduldiges Schweigen, der Expediteur, der durch frühzeitige Lieferung etwas verwöhnt ist, wird durch die



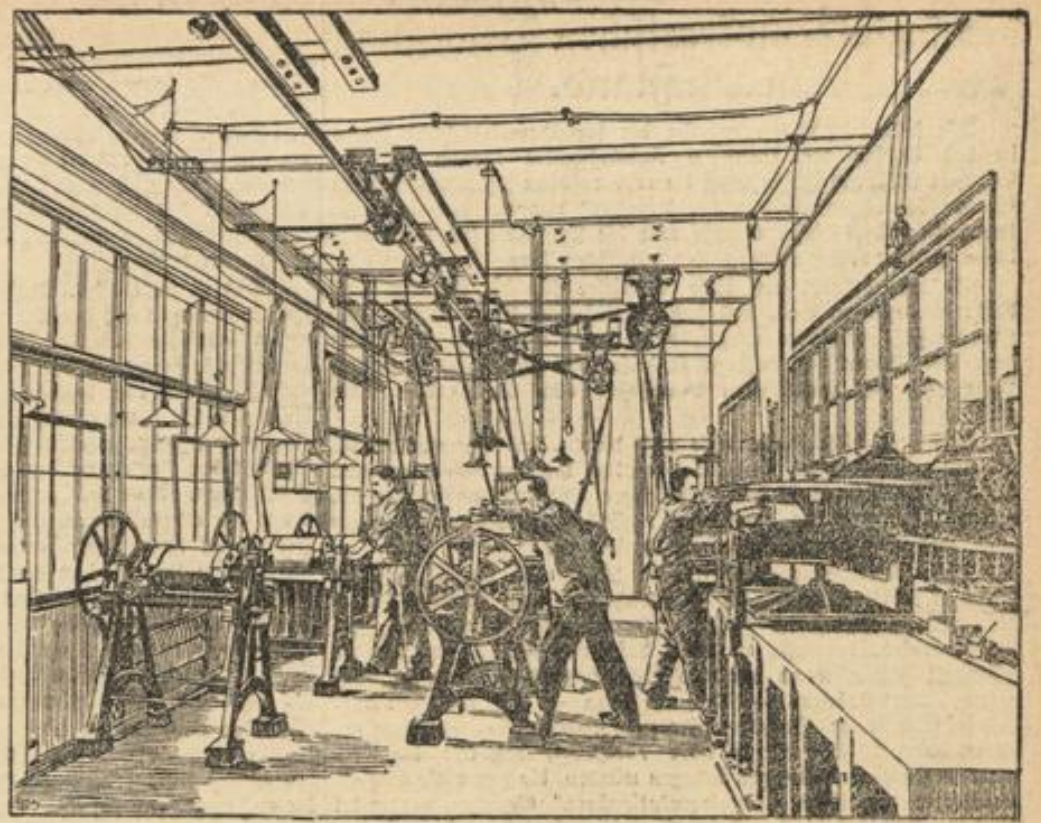
Sezmaschinen.



Sezmaschinen.



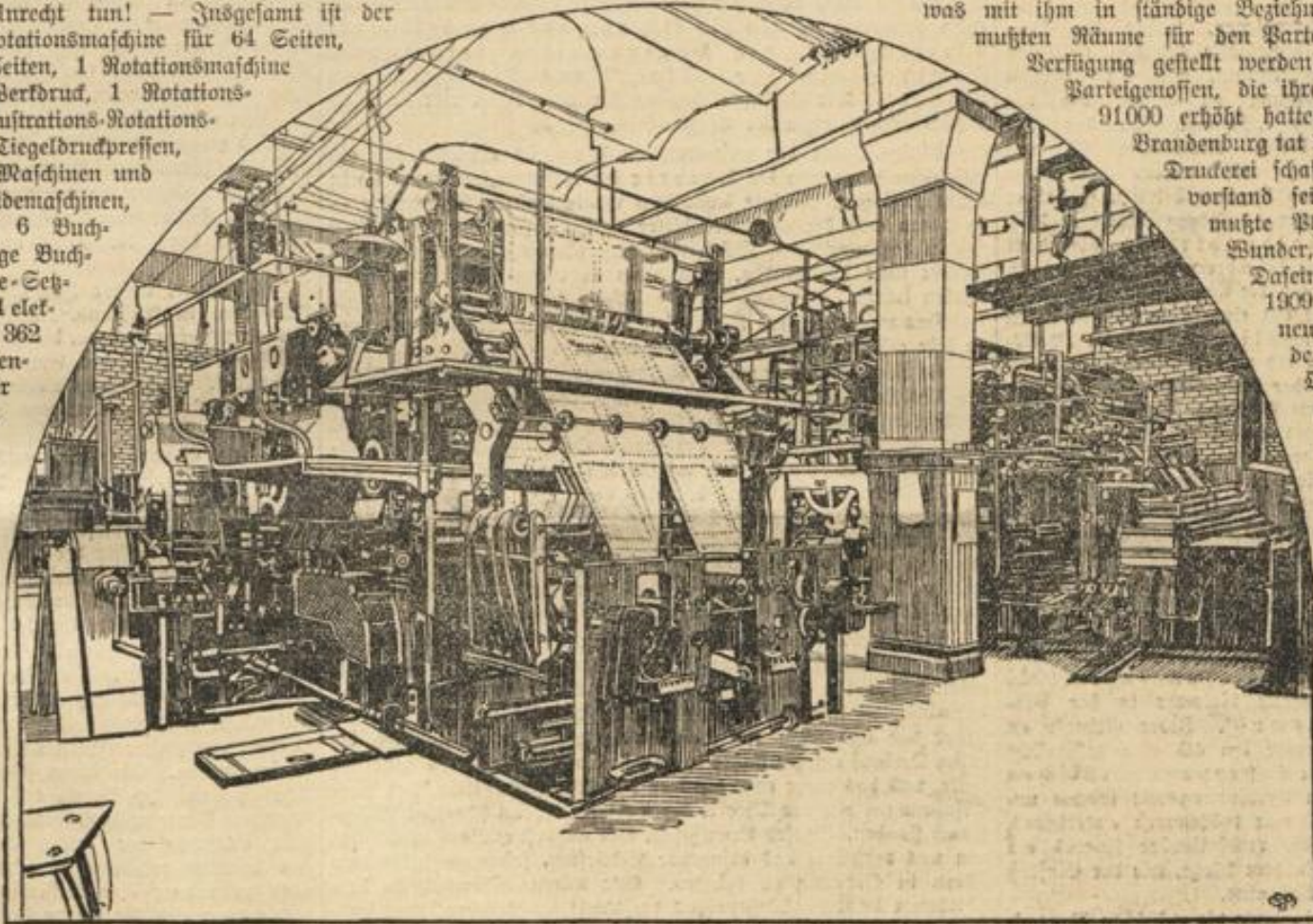
Stereotypie.



Stereotypie.

wartenden Zeitungsaussträgerinnen ebenfalls aus seiner gewohnten Ruhe gebracht, und erst die Tausende von Genossen, die gewohnt sind, den „Vorwärts“ noch vor ihrem Weggang zur Arbeitsstätte in die Wohnung gebracht zu erhalten. — sie alle schieben die Schuld für die Verspätung auf die Druckerei. Und mit einem gewissen Fatalismus trägt die Druckerei diese Verantwortung; für sie ist das Wort zur Wahrheit geworden: Es ist besser, Unrecht leiden, als Unrecht tun! — Insgesamt ist der Maschinenbestand zurzeit: 1 Rotationsmaschine für 64 Seiten, 2 Rotationsmaschinen für 48 Seiten, 1 Rotationsmaschine für 32 Seiten und besseren Werkdruck, 1 Rotationsmaschine für 16 Seiten, 1 Illustrations-Rotationsmaschine, 11 Schnellpressen, 4 Ziegeldruckpressen, 4 Handpressen, 24 Stereotypie-Maschinen und Apparate, 4 Buchbinder-Schneidemaschinen, 6 Buchbinder-Falzmaschinen, 6 Buchbinder-Hefmaschinen, 10 sonstige Buchbinder-Maschinen, 8 Linotype-Setzmaschinen, 5 elektrische Aufzüge, 54 elektrische Motoren mit insgesamt 362 Pferdekraften, eine Akkumulatorenbatterie, Umschaltstationen. Der Personalbestand besteht zurzeit, da auch unser Geschäft unter der allgemeinen Krisis leidet, aus: 88 Setzern, 16 Maschinensetzern, 24 Maschinenmeistern, 55 Hilfsarbeitern, 11 Stereotypen, 15 Buchbindern, 29 Buchbinderarbeitsfrauen, 3 Monteuren, 27 sonstigen Hilfspersonalen. In Zeiten flotteren Geschäftsganges war der Personalbestand bedeutend höher, bei Eröffnung des Geschäftes betrug er 26 Zeitungsetzer, 4 Maschinensetzer, 10 Werk- und Abzugssetzer, 3 Flachdruck- und 2 Rotations-Maschinenmeister, 5 Stereotypen, 4 Buchbinder, 2 Elektromonteur, 4 Flachdruck- und 15 Rotations-Hilfsarbeiter, 10 Buchbinderarbeitsfrauen, 5 sonstige Hilfsarbeiter und 2 Hilfsarbeiterinnen. — Gleichzeitig mit der Druckerei hatte auch die Buchhandlung Vorwärts in der Lindenstraße 69 ihre Räume bezogen, denn für beide Teile war das räumliche beisammensein bei dem regen Geschäftsverkehr von Vorteil. Auch Genosse Augustin hatte in der Lindenstraße 69 sein Erquickungsheim aufgeschlagen. Ein paar Jahre, und er wurde in aller Freundschaft „ermittelt“, in seine

Räume zog die Buchhandlung, die wiederum von der Druckerei aus ihrem Bau im letzten Hof saut hinausgedrängt worden war. Gleichzeitig wurde auch unsere juristische Sprechstunde nach der Lindenstraße 3 verlegt. Es war eben die Zeit gekommen, da die Druckerei auf der einen Seite, infolge ihrer Ausdehnung, immer neue Räume brauchte, und auf der anderen der Vorwärts-Betrieb wie ein Magnetberg alles an sich zog, was mit ihm in ständige Beziehungen trat. Im Januar 1906

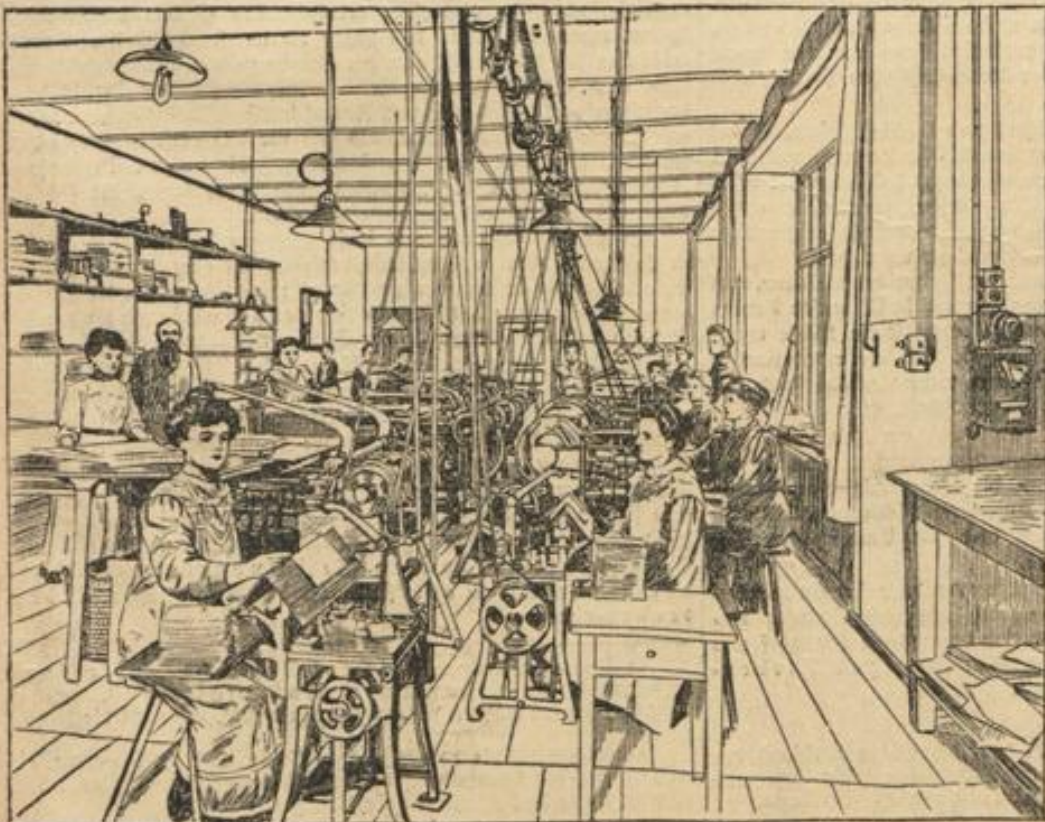


Rotationsmaschinen (Zeitung).

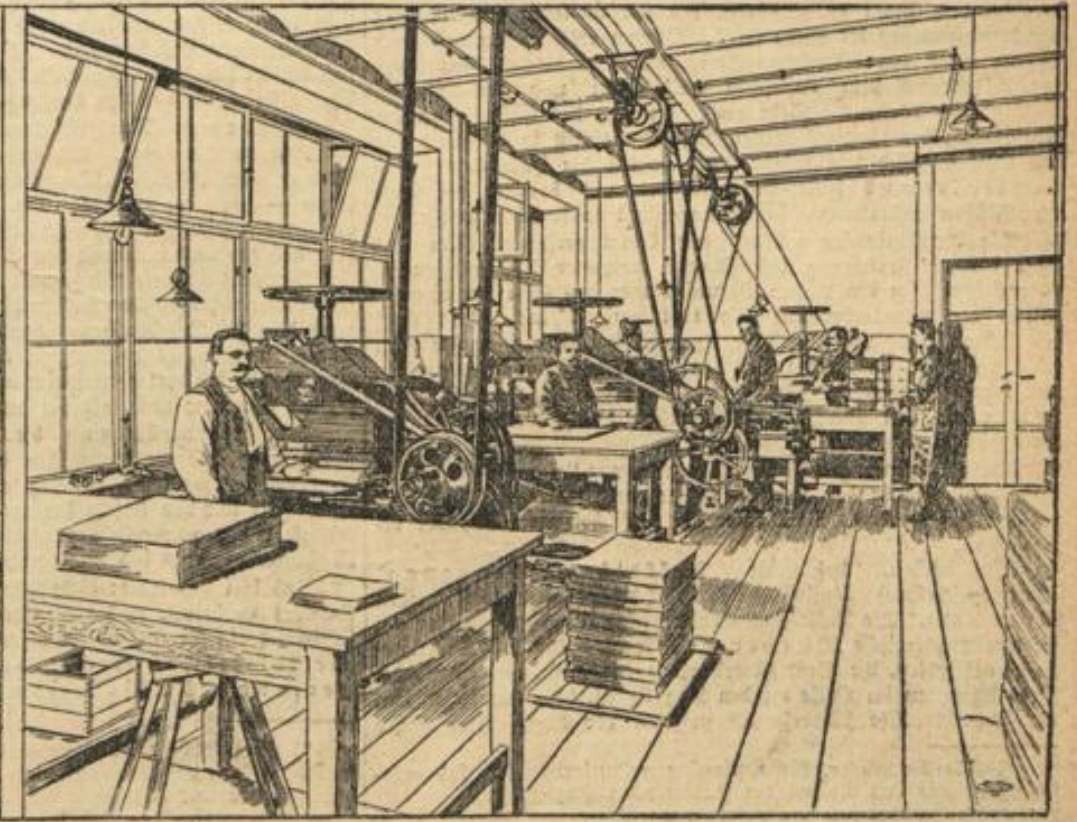
mußten Räume für den Parteivorstand und das Archiv zur Verfügung gestellt werden; dann errichteten die Berliner Parteigenossen, die ihre Mitgliederzahl von 29000 auf 91000 erhöht hatten, ihr Sekretariat; die Provinz Brandenburg tat dasselbe. Dadurch mußte wieder die Druckerei schaffen. Später richtete der Parteivorstand sein Pressebureau ein, auch dafür mußte Platz geschaffen werden — kein Wunder, daß ein ewiger Umzug die Parteigenossen erhöhte. Mit Januar 1909 bezog auch die Redaktion neue Räume, von April ab thront der Parteivorstand im Vorderhaus-Olymp, womit, da jetzt alle verfügbaren Räume besetzt sind, die Periode des Umherwanderns abgeschlossen sein dürfte — wenigstens vorläufig. — Heute können wir sagen: der 1902 gewagte Wurf ist gelungen. Natürlich hat auch unser Geschäft seine Kinderkrankheiten gehabt; da gab es Illusionen, welche die rauhe Wirklichkeit zerstörte; da gab es Mißverständnisse, welche die Leidenschaften erhitzen; aber Tag um Tag schliffen die Gegensätze sich ab, und die Befürchtungen, die vor Gründung des Geschäftes sich geltend gemacht hatten, sind durch die Praxis widerlegt worden. In den sieben Jahren steigender Entwicklung des Geschäftes hat sich

der finanzielle Stand desselben so günstig gestaltet, daß nicht nur alle laufenden Verpflichtungen stets erfüllt werden konnten, sondern auch die seinerzeit so hochherzig zur Verfügung gestellten Darlehen bis auf einen kleinen Rest bereits zurückgezahlt worden sind.

Wir können also, da nunmehr die größten Schwierigkeiten überwunden sein dürften getrost den Mutes der Zukunft entgegensehen: stellt sie größere Aufgaben, werden sie auch erfüllt werden.



Buchbinderei.



Buchbinderei.

G. Plechanow: Die Anfänge der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland.

Die systematische Propaganda der sozialdemokratischen Ideen in den Reihen der russischen Revolutionäre begann erst im Sommer 1883, als sich in Genf die erste russische sozialdemokratische Gruppe der „Emanzipation der Arbeiter“ bildete. Und das erste literarische Werk dieser Gruppe war die Broschüre des Schreibers dieser Zeilen: „Sozialismus und politischer Kampf“.

Es versteht sich, daß diese Broschüre für die Einfuhr nach Rußland bestimmt war, und daß sie auf dem Wege dorthin alle Hindernisse überwinden mußte, durch die die russische Regierung gegen die literarischen Erzeugnisse dieser Art ankämpfte (und noch heute trotz des berühmten Manifestes vom 30. Oktober 1905 ankämpft).

Wie groß diese Hindernisse auch waren, das Haupthindernis, das die neue Gruppe überwinden mußte, lag auf einem anderen Gebiet. Es bestand in der hartnäckigen Voreingenommenheit der großen Mehrzahl der damaligen russischen Revolutionäre gegen alles, was den Namen Sozialdemokratie trug.

Diese Voreingenommenheit war Marx und Engels gut bekannt. Als P. Axelrod und ich gleich nach dem Pariser Internationalen Kongreß im Jahre 1889 mit Engels in London zusammentrafen, bemerkte er uns, daß wir vielleicht vorsichtiger gehandelt hätten, wenn wir nicht Sozialdemokraten genannt hätten. „Denkt daran — fügte er hinzu —, daß auch wir uns ursprünglich nicht Sozialdemokraten, sondern Kommunisten genannt haben.“ Wir waren aber überzeugt, daß wir die Verleumdungen zum Schweigen bringen würden, die gegen die Sozialdemokratie von ihren „sozialrevolutionären“ Gegnern verbreitet wurden. Zudem hatte der Name Sozialdemokrat in unseren Augen eine nicht geringe praktische Bedeutung: wenn sich der russische Klassenbewußte Proletarier Sozialdemokrat nannte, würde er leichter begreifen, daß von seinen Gesinnungsgenossen die Rede sei, wenn er in den Zeitungen von den Erfolgen der Sozialdemokratie in dem benachbarten Deutschland las. Denn Nachrichten über diese Erfolge drangen selbst in die unter dem Druck der Zensur stehende russische Presse. Wir teilten Engels unsere Erwägungen mit, und dieser fand sie begründet.

Um dem deutschen Leser darzulegen, woher die Voreingenommenheit gegen die Sozialdemokratie bei den russischen Revolutionären stammte, bin ich gezwungen, eine Charakteristik beider Richtungen unserer Bewegung zu geben, die vor der Entstehung der Gruppe der „Emanzipation der Arbeiter“ existierte. Die eine dieser Richtungen ist mit dem Namen P. L. Lawrows, die andere mit dem N. K. Bakunins verknüpft. Was Lawrow betrifft, so hat er Marx und Engels stets große Achtung entgegengebracht und ist niemals gegen die Sozialdemokratie überhaupt und die deutsche Sozialdemokratie im besonderen aufgetreten. Er hat sie aber auch niemals gegen die anarchistischen Angriffe verteidigt. „Freund Peter“ — wie ihn Engels in seinem gegen ihn gerichteten Artikel „Küchlingliteratur“ im „Volkstaat“ nannte —, war ein Effektier bis zu den Knochen, und vermochte nicht, gegenüber dem Kampf der Bakunisten und Margisten in der Internationale eine bestimmte Stellung einzunehmen. In seiner Zeitung „Wpered“ (Vorwärts) sprach er sein naives Bedauern darüber aus, daß die Sozialdemokraten nicht Hand in Hand mit den Anarchisten vorgingen. Diese lächerlichen Lamentationen über den Kampf der Sozialdemokraten und Anarchisten waren es, die den oben erwähnten polemischen Artikel von Engels im „Volkstaat“ hervorriefen.

Lawrow stand mit beiden Füßen auf dem Boden des utopischen Sozialismus. Seine Auffassung der Geschichte war eine rein idealistische. In seinen sehr zahlreichen sozialistischen Schriften ist kein einziger Versuch enthalten, die damaligen ökonomischen Beziehungen Rußlands zu analysieren. Seine Taktik gipfelte vielmehr in der Propaganda des „reinen Sozialismus“. Jeder Gedanke an eine revolutionäre Agitation erschreckte ihn als eine gefährliche Abweichung von der friedlichen propagandistischen Tätigkeit. Dieser Umstand, in Verbindung mit seinem unveränderlichen Effektizismus, war vollkommen ausreichend, um seinem Einfluß auf die russische revolutionäre Jugend ein schnelles Ende zu bereiten^{*)}. Und in dem Maße, wie der Einfluß Lawrows sank, stieg der Einfluß Bakunins.

Wenn Lawrow es nicht für nötig fand, die russischen ökonomischen Beziehungen zu analysieren, so legte Bakunin, der sich als Anhänger des historischen Materialismus bekannte, diese Analyse seinem Programm und seiner Taktik zugrunde. Das Unglück war nur, daß seine Analyse in Wirklichkeit mit der materialistischen Geschichtsauffassung nichts gemeinsam hatte.

Er ging von den scheinbaren kommunistischen Neigungen des russischen Volkes aus, die angeblich in der großrussischen Dorfgemeinde zum Ausdruck gelangt waren. Damit diese Neigungen reiche kommunistische Früchte tragen könnten, war es nur notwendig, den Staat zu zerstören, der der weiteren Entwicklung der Landgemeinde im Wege stand. Darum erklärte Bakunin dem Staate einen unveröhnlichen Krieg, wobei er keinen Unterschied machte zwischen dem russischen Polizeistaat und den „Rechtsstaaten“ des Westens. Mehr noch. Er war der Ansicht, daß die Einführung der konstitutionellen Regierungsform in Rußland für das Volk schädlich sein würde, weil sie für die Entwicklung des Kapitalismus freie Bahn schaffen und dadurch die kommunistischen Bestrebungen der Bauernschaft abschwächen würde.

Die Revolutionäre mühten den Staat zu zerstören. Um das Volk für die Zerstörung des Staates vorzubereiten, mühten sie es zu erziehen. In den Augen Bakunins war das beste Erziehungsmittel die ununterbrochene Agitation, keine „Putsche“ mit indogreifen. Um aber eine Agitation zu führen, mußte man nicht von den Prinzipien des „reinen Sozialismus“ ausgehen, mit deren Propaganda sich die Anhänger Lawrows beschäftigten, sondern von den „nächsten Bedürfnissen und Forderungen“ der Volksmassen.

Diese Anschauungen Bakunins wurden zur Lehre der „Volkstümmler“, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Geister der russischen Revolutionäre beherrschte.

Wir sehen, daß die „Volkstümmlerbewegung“ (Narodnitschestwo) hinsichtlich ihres Ideengehaltes auf beiden Seiten hinkte. Die Volkstümmler hatten aber einen großen Vorzug: sie waren energische Männer der Tat. Und je beharrlicher sie es versuchten, ihr Werk zu vollbringen, je mehr Energie sie bei ihrer Agitation im Volke an den Tag legten, desto deutlicher trat der unveröhnliche Widerspruch zwischen der Logik ihrer Lehre

und der objektiven Logik des russischen gesellschaftlichen Lebens hervor.

Trennen die Ueberlieferungen Bakunins, wollten sie gegen den „Staat“ ankämpfen. Aber in Rußland mühten sie nicht mit dem Staat als solchen, nicht mit dem Begriffe des Staates kämpfen, sondern mit dem konkreten russischen Polizeistaat. Darum nahm ihre Agitation, trotz desselben Bakunins, der jede „Politik“ als einen Verrat der Revolution bezeichnete, unvermeidlich einen bestimmten politischen Charakter an. Die Logik des gesellschaftlichen Lebens zwang die russischen Revolutionäre das zu tun, was ihnen vom Standpunkt ihrer Theorien als Verrat erschien.

Das ist nicht alles. Unsere „Volkstümmler“ konzentrierten alle ihre Hoffnungen auf den Bauern, den sie als geborenen Kommunisten betrachteten. Das Proletariat der Industriezentren interessierte sie nur in dem Maße, als es das Band mit dem Dorfe aufrecht erhielt oder wiederherstellen konnte. Die Elemente jedoch, die dieses Band vollständig eingebüßt hatten, erschienen ihnen als eine rein negative gesellschaftliche Erscheinung — als ein trauriges Produkt der Ferkelung der alten ökonomischen „Grundlagen“ des Volkstums. Aber der „geborene Kommunist“ im Dorfe blieb taub gegen alle revolutionären Aufforderungen, während das industrielle Proletariat ihnen schon damals bereitwillig Gehör schenkte. Auf diese Weise kam es, daß die Leute, die es als ihre ausschließliche Aufgabe betrachteten, die Agitation in der Bauernschaft zu führen, mit Erstaunen bemerkten, daß sie nur in den Reihen des Proletariats erste Erfolge zu verzeichnen hatten. Die Logik der gesellschaftlichen Beziehungen widersprach auch hier scharf der Logik der Volkstümmlerlehre.

Aber auch das ist noch nicht alles. Die Doktrin der Volkstümmler verkündete, daß die Befreiung des Volkes nur das Werk des Volkes selbst sein konnte^{*)}. Aber die revolutionäre Agitation, die auf ungeheure politische Hindernisse stieß, artete bei uns immer mehr in den sogenannten Terrorismus aus, d. h. in einen Zweikampf eines Häufleins zu allem bereiter Revolutionäre mit der Regierung. Die Befreiung des Volkes wurde nicht die Sache des Volkes selbst, sondern die eines kleinen Geheimbundes. Die damaligen westeuropäischen Sozialisten, mit Marx und Engels an der Spitze, sahen im russischen Terrorismus den grellsten Ausdruck der Macht der revolutionären Bewegung in Rußland. In Wirklichkeit war der Terrorismus bei uns nur ein Zeichen ihrer Schwäche. Die russischen Revolutionäre erhoben den Terror erst dann zum System, als sie sich von der Unmöglichkeit überzeugten, die Bauernmassen sofort zum Kampf gegen den „Staat“ auf die Beine zu bringen. Die titanische Energie der Terroristen war in Wirklichkeit eine Energie der Verzweiflung.

Einige Jahre der agitatorischen Praxis erwiesen sich als ausreichend, um von der Theorie der Volkstümmler keinen Stein übrig zu lassen. Unsere damaligen revolutionären Theoretiker — zu denen auch der Schreiber dieser Zeilen gehörte — verwickelten sich in hoffnungslosen Widersprüchen. Man konnte diese Widersprüche nicht überwinden, wenn man nicht dem Bakunismus den Rücken lehnte.

Das war aber nicht leicht. Die russischen Revolutionäre waren zu sehr mit der alten Theorie verwachsen.

Es begann eine intensive Ausbesserung aller Risse und Lächer der Theorie, welcher sich P. Tichomiroff, damals einer der hervorragendsten Publizisten der Fraktion „Kardnaja Wolja“ und jetzt Chefredakteur der ergreifendsten Zeitung „Moskowskaja Bedomosti“, mit besonderem Eifer hingab. Aber nicht alle konnten sich mit der auf diese Weise „ausgebesserten“ Theorie zufriedengeben. Das war besonders für diejenigen von uns schwer, welche, gezwungen wegen ihrer „illegalen“ Lage Rußland zu verlassen, die Möglichkeit erlangt hatten, die westeuropäische Arbeiterbewegung und den westeuropäischen wissenschaftlichen Sozialismus näher kennen zu lernen.

Zu denen, die sich in einer solchen Lage befanden, gehörte Wera Sassulitsch — eine der Urheberinnen unseres Terrorismus, die ihn aber niemals als ausschließliches Kampfmittel betrachtete — ferner P. Axelrod, A. Deusch, B. Ignatow und ich. Jeder von uns hatte aus Rußland Erfahrungen mitgebracht, die er im Verlauf einiger Jahre der revolutionären Agitation erworben hatte, und das mehr oder weniger Bewußtsein, daß diese Erfahrungen mit der Theorie der Volkstümmler im schroffen Widerspruch standen. Dieses Bewußtsein war äußerst qualvoll, und jeder von uns verspürte das dringende Bedürfnis, seine revolutionären Ideen in Ordnung zu bringen. Wir waren anfänglich in verschiedenen Ländern Westeuropas verstreut; es ist aber bemerkenswert, daß, wie weit wir auch voneinander entfernt waren — so lebte z. B. Axelrod eine Zeitlang in Jassy und ich in Paris — unser geistiger Blick stets nach einer Richtung gelenkt wurde: nach der Richtung der sozialdemokratischen Theorie, d. h. des Marxismus. Wer diese Zeit nicht mit erlebt hat, kann sich nur schwer vorstellen, mit welchem Feuereifer wir uns auf die sozialdemokratische Literatur stürzten, in welcher die Werke der großen deutschen Theoretiker natürlich die erste Stelle einnahmen. Und je mehr wir die sozialdemokratische Literatur kennen lernten, desto deutlicher erkannten wir die schwachen Seiten unserer früheren Anschauungen, desto harmonischer gestalteten sich in unseren Augen unsere eigenen revolutionären Erfahrungen. Ich persönlich kann von mir sagen, daß die Lektüre des „Manifestes der kommunistischen Partei“ eine Epoche in meinem Leben darstellte.

Ich war vom „Manifest“ begeistert und beschloß sofort, es ins Russische zu übersetzen. Als ich meine Absicht Lawrow mitteilte, übte er ziemlich kühl. „Man könnte allerdings das Manifest übersetzen — sagte er — aber Sie täten besser, wenn Sie etwas Originelles schreiben würden.“ Ich beeilte mich nicht originell zu sein und zog es vor, zuerst das „Manifest“ zu übersetzen.

Marxens Theorie führte uns, wie der Faden der Ariadne, aus dem Labyrinth der Widersprüche hinaus, in welche sich unser Denken dank dem Einfluß Bakunins verwickelt hatte. Beim Lichte dieser Theorie erschien es vollkommen begreiflich, daß die revolutionäre Propaganda bei dem Proletariat auf einen unergreiflich sympathischeren Empfang stieß, als bei der Bauernschaft.

Die Entwicklung des russischen Kapitalismus selbst, die die Bakunisten beunruhigen mußte, weil sie die Dorfgemeinde zersetzte, gewann nun die Bedeutung einer neuen Bürgerschaft für den Erfolg der revolutionären Bewegung, denn sie bedeutete das numerische Wachstum und die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats.

Und last not least: diese Theorie verwandelte in ein revolutionäres Verdienst, was vom Standpunkt des rechtgläubigen Bakunismus ein Verrat an der Revolution war; den Kampf um die politischen Rechte, das Streben zur Niederwerfung des Absolutismus.

*) Eine solche Gestalt nahm in dem damaligen Rußland der berühmte Satz der Internationale an, laut welchem die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

Diese Theorie wies aber auch nach, welche Bedingungen für den Erfolg dieses Kampfes notwendig waren. Sie zeigte, daß der Absolutismus nur dann dem Untergange geweiht sein würde, wenn sich die gegen ihn gerichtete Bewegung in eine Klassenbewegung des Proletariats verwandeln würde, die von der Bewegung der anderen, vom Gange der ökonomischen Entwicklung auf die gesellschaftliche Arena hinaufgehobenen Klassen oder Schichten mehr oder weniger energisch unterstützt werden würde. Diese Schlussfolgerungen waren es, welche ich in der oben erwähnten Broschüre „Sozialismus und politischer Kampf“ darlegte, für welche ich die Worte des kommunistischen Manifestes als Epigramm gewählt hatte: „Jeder Klassenkampf aber ist ein politischer Kampf.“

Ich habe weder die Lust, noch die Möglichkeit, hier ausführlich zu erzählen, welchen heftigen Angriffen unsere sozialdemokratischen Steherzeiten damals ausgesetzt waren. Ich will bloß darauf hinweisen, daß P. L. Lawrow seinen Unmut über sie äußerte, und daß P. Tichomiroff (im Genfer Organ „Westnik Narodno Wolki“, 1884) sich gegen unsere Ideen allerlei Verdächtigungen leistete, indem er sich bemühte, sie als eine Verführung mit der bestehenden Ordnung hinzustellen. Ich beantwortete die Angriffe Lawrows und Tichomiroffs mit meinem Buche: „Kafski Rasnoglasijsa“ (Unsere Meinungsverschiedenheiten), in welchem ich die russischen ökonomischen Beziehungen an der Hand der mir damals zugänglichen statistischen Daten analysierte und nachwies, daß die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, die unsere Gegner so erschreckte, nicht die Sache einer mehr oder weniger problematischen Zukunft, sondern eine Erscheinung ist, die sich schon in der Gegenwart vollzieht und notwendigerweise immer größere Dimensionen annimmt.

Unsere Gegner konnten auf unsere ökonomischen und statistischen Argumente nichts entgegnen; dafür hätten sie aber um so eifriger urbi et orbi über unsere angebliche Bereitwilligkeit, in den Dienst des Kapitals zu treten.

Don Vassile sagt bei Beaumarchais: Verleumde, verleumde, es bleibt immer etwas Leben.“ Von der Verleumdung, die hauptsächlich von Tichomiroff gegen uns verbreitet wurde, blieb noch auf lange Zeit das Vorurteil bestehen, daß wir angeblich bereit wären, die Rolle der Helfershelfer des Kapitals zu übernehmen. Noch in der Mitte der neunziger Jahre fand diese Behauptung in der „legalen“ Literatur ihren Ausdruck in den Schriften N. Michailowskis und seiner Gesinnungsgenossen. Einer von ihnen, S. N. Arinowko, behauptete, daß für konsequente Marxisten in Rußland nichts anderes übrig bleibe, als Dorfwucherer oder Gastwirte zu werden. Ich war genötigt, diesen Herren (unter dem Pseudonym Peltow) in meiner Schrift über die monetäre Geschichtsauffassung zu antworten, die Anfang 1895 in Petersburg erschien.^{*)}

Wenn die alten Vorurteile der Revolutionäre laut und beharrlich gegen uns sprachen, so sprach die gesamte ökonomische und politische Wirklichkeit Rußlands entschieden zu unseren Gunsten. Jeder neue Schritt in der Entwicklung dieser Wirklichkeit bewies die Richtigkeit unserer Anschauungen, und wir hielten an ihnen fest, ohne uns durch die gegen uns gerichteten Angriffe beirren zu lassen.

Lebte, unsere Ideen fanden sehr bald eine sympathische Aufnahme in Rußland. Schon im Frühling 1886 entstand in Petersburg eine Gruppe, die sich die Aufgabe stellte, die sozialdemokratischen Ideen in den Reihen des Petersburger Proletariats zu verbreiten. Diese Gruppe gab sogar einige Nummern der in einer Geheimdruckerei angefertigten Zeitung „Rabotshij“ (Arbeiter) heraus.

Diese Gruppe bestand aus sogenannten Intelligenzen. Dagegen sammelten im Jahre 1887 die Odesaer Arbeiter etwa 20 Rubel zur Unterstüßung der von uns herausgegebenen Schriften. Wir waren durch diesen Beitrag auf das tiefste gerührt.

Die zweite Hälfte der 80er Jahre war jedoch eine Periode des Niederganges der revolutionären Bewegung, deren Energie dank der Anstrengungen des vorhergehenden Jahrzehntes erschöpft war. Ungeachtet vereinzelter Erfolge, mühten unsere Ideen aus diesem Grunde gewissermaßen eine Ausbrütungsperiode durchmachen, die sich bis zum Anfang der 90er Jahre erstreckte. Die Hungersnot von 1891 diente als Signal für einen neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung. Und erst hier trat es zutage, welche weite Verbreitung unsere Ideen während jener Entwicklungsperiode gefunden hatten. Sie übten selbst auf unsere Gegner einen tiefen Einfluß aus. Ich konnte auf eine ganze Reihe der damals entstandenen Gruppen der „Narodowolzi“ hinweisen, in deren Schriften zum Entsetzen der „alten Narodowolzi“ unsere Anschauungen fast wörtlich wiedergegeben wurden. Von den Arbeitern gar nicht zu reden: ihre Klassenbewußten Elemente stellten sich voll und ganz unter die Fahne der Sozialdemokratie.^{*)} Wir waren vollkommen berechtigt, mit Hamlet auszurufen: „Du gräßt gut, Raulwurfs!“

Die „Originalität“ unserer Geschichte der letzten Zeit bestand darin, daß selbst die Europäisierung der Ideen unserer Bourgeoisie sich unter der Fahne des Marxismus vollzog. Die Ideologen der vorgeschrittenen Bourgeoisie, mit Herrn v. Struve an der Spitze, kämpften einige Zeit neben uns mit den Publizisten der Volkstümmlerbewegung. Im Kampfe mit den Volkstümmlern, die zu dieser Zeit eine jämmerliche, nicht im geringsten revolutionäre Gestalt angenommen hatten, waren die Ideen von Marx die wirksamste Waffe. Darum bedienten sich ihrer nicht nur die Ideologen des Proletariats, sondern auch die der Bourgeoisie. Indessen bedurften die letzteren der Theorie Marxens nur zum Kampf mit den Volkstümmlern. Raum war dieser Kampf zu Ende, als sich die bürgerlichen Publizisten beeilten, die Marxlehre abzuschwören. Es begann in unserer „legalen“ Literatur die „Revision“ des Marxismus, die sich bei uns „gründlicher“ als irgendwo gestaltete.

Es versteht sich, daß uns diese „Revision“ nicht im geringsten in Erstaunen oder in Betrübniß versetzte. Es genügt uns, daß das sozialdemokratische Banner gegenwärtig das Banner aller Klassenbewußten Elemente des Proletariats Rußlands geworden ist, und daß die Ereignisse der Jahre 1905—1906 die Richtigkeit unserer Ueberzeugung vollumfänglich bestätigt haben, die ich schon im Jahre 1889 auf dem Pariser Internationalen Kongreß mit den Worten ausgedrückt habe, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland entweder als Arbeiterbewegung oder sonst überhaupt nicht zum Siege gelangen werde. Jetzt werden die banalen, überwindenen Dogmen der Volkstümmler die russischen Arbeiter nicht mehr führen. Jetzt begreifen diese Arbeiter im großen und ganzen die vor ihnen liegenden sozialpolitischen Aufgaben. Und diese Erkenntnis verdanken sie in ungeheurem Maße der Theorie und der Praxis der deutschen Arbeiterbewegung.

*) Unter der „monistischen“ Geschichtsauffassung verstand ich den historischen Materialismus, den ich nicht mit seinem wahren Namen nennen wollte, um nicht die Zensur zu reizen.

**) Ich betrachte es als meine Pflicht, hier zu bemerken, daß damals für die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen besonders viel von den jüdischen Arbeitern getan wurde.

Block-Agonie.

Der Block liegt in Todeszudungen. Es gibt sogar Leute, wie den Abgeordneten **Saußmann**, der heute erklärte, er sei schon tot. Aber richtiger hat wohl Genosse **David** die Diagnose gestellt, als er sagte: Der Block röchelt noch. Es gibt auch noch eine ganze Menge Leute, die da meinen, ihn noch zum Leben erwecken zu können. Eine ganze Anzahl Ärzte umstanden heute im Reichstage sein Krankenlager, um ihn durch gute Lehren wieder zu kräftiger Lebensbetätigung zu erwecken. Hat er sich doch sein schweres Leiden durch eine unerbauliche Steuervorlage zugezogen. Vor allem sucht deshalb der verantwortliche Vater dieser Steuervorlage, **Fürst Bülow**, den Block am Leben zu erhalten. Würde ihn doch ein solches lebensretterisches Kunststück die Fortdauer der eigenen Kanzlerschaft verbürgen.

Dem heutigen schwierigen Unterfangen vorzuarbeiten hatte **Bülow** ja die Erörterung der auswärtigen Angelegenheiten am Tage vorher vornehmen lassen. Die just beendete Balkankrise, die Sicherung des Friedens durch das deutsch-österreichische Bündnis, hatte ihn die erwünschte angenehme Temperatur verschafft. Alle bürgerlichen Parteien hatten ihm gehuldigt, nur die Sozialdemokratie war ihm entgegengetreten. Er durfte hoffen, daß ein Abgang des gestrigen Tages auch den heutigen verschönern würde. Tatsächlich richtete sich die Kritik der bürgerlichen Redner auch gar nicht gegen die Regierung. Das Zentrum verharzte in abwartendem Schweigen. Die Blockparteien gerieten sich wegen der Finanzreform in die Haare, und nur die Sozialdemokratie war auch heute die einzige Partei in Oppositionsstellung gegenüber der Regierung.

Als entschiedenster Blockfreund betrat Herr **Wassermann** zuerst die Tribüne. Nur über die Finanzreform gab er eine Meinung zum besten. Das Vaterland, natürlich das Vaterland im kapitalistischen Sinne, verlangt die Bewilligung von 500 Millionen neuer Steuern, meinte der Vertreter der nationalliberalen Partei. Und daß der Block noch immer fähig sei, diese hehre väterländische Pflicht zu erfüllen, war ihm Gewißheit. Zwar wollen er und seine Freunde an der Nachlasssteuer festhalten, aber er hofft doch noch die Konservativen dafür zu gewinnen. Er sprach auch von liberalen Grundsätzen. Doch ist das nicht so böse gemeint bei einem Manne, der bereit ist, mit den Konservativen in stetiger Bundesgenossenschaft die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Er hielt es für nötig, ausdrücklich zu erklären, daß die Raumannsche Phantasterei von einem Bunde von **Webel** bis **Wassermann** bei den Nationalliberalen geradezu Entsetzen erregte. Bei den Sozialdemokraten hat diese Raumannsche Illusion allerdings nur Gekränktheit ausgelöst.

Nach **Wassermann** kam die schärfere Tonart des Liberalismus in dem volksparteilichen Abgeordneten **Wiemer** zum Wort. Auch er hielt es für nötig, ausdrücklich von Raumann abzurücken, widmete dafür aber den nationalliberalen Bundesgenossen warme Worte der Anerkennung. Wenn auch der Block in Trümmern gehe, hoffe er auf einen dauernden Zusammenschluß der freisinnigen und der nationalliberalen Partei. Dann fand er aber scharfe Töne gegen die Konservativen, deren agrarischen Kerntruppen er alle Schuld an dem Zertrahen des vielgeliebten Blocks beimah. Aber auch er gab nicht die Hoffnung auf, daß der Block sich wieder zu neuem Leben erwecken lasse. Und das Verhalten seiner Fraktionsgenossen im Laufe der Sitzung zeigte, daß sie nur mit blutendem Herzen aus einer Regierungsmehrheit auscheiden würden.

War doch Herr **Eichhoff** bei allen Beifallskundgebungen für den Kanzler wieder unentwegt der Chorführer. Bezeichnend für die Freisinnigen ist es ja, daß sie auch jetzt noch bei diesem Zerwürfnis mit den Agrariern ihre Hoffnungen auf die Gunst des erzagrarischen Reichskanzlers setzen. Das Zentrum hatte nur, da es selbst nicht reden wollte, den **Elsässer Bonderscheer** vorgegeschickt, der sich darauf beschränkte, recht bescheidene Wünsche wegen Gewährung befriedigender Verfassungsstände für **Elsass-Lothringen** vorzubringen. Offenbar will das Zentrum sich in keiner Weise durch vorzeitige Erklärungen für irgend eine bestimmte Regelung der Finanzreform festlegen. Es hält sich bereit für einen konservativ-liberalen Block und stützt dadurch den Konservativen den Rücken in ihrem Kampf gegen ihre gegenwärtigen Blockgenossen.

Daß die Konservativen vorläufig noch immer auf die Wiederherstellung des Blocks nicht verzichtet haben, brachten sie dadurch zum Ausdruck, daß sie als ihren Generalredner Herrn v. **Nichtsofen** vorschickten, dessen gemäßigt gouvernementale Ansichten von denen der agrarischen Heißsporne stark abweichen. Er lehnte sich aber doch gegen die freisinnige Kritik entschieden auf, indem er die Haltung seiner Fraktion in den Steuerfragen energisch verteidigte. Noch hat sich die konservative Partei offenbar nicht entgültig dafür entschieden, mit den Liberalen zu brechen. Daß dafür aber nicht etwa blockbrüderliche Sentimentalitäten maßgebend sind, verriet der konservative Herr, als er sagte, seine Partei fühle sich verpflichtet, die Finanzreform mit den Parteien zustande zu bringen, wo sie eine Mehrheit dafür finden könne. . . Natürlich heißt das eine Mehrheit, die den Konservativen ihre wesentlichen Wünsche befriedigt. Offenbar ist das ein Wind an die Liberalen, daß sie dem konservativen Block sich wieder läßlich unterwerfen müssen, wenn sie weiter des Glückes teilhaftig bleiben wollen, dem Regierungskarren vorgespannt zu werden.

Dann erst wurde auch mit der Regierung ein ernstes Wort gesprochen. Genosse **David** beleuchtete an der Hand wirksamen Materials, wie sich **Fürst Bülow** in Schlangendwindungen zwischen Agrariern und Liberalen bisher durchzuwinden versucht hat. Auf die Dauer könne ja das aber unmöglich so weiter gehen. Bald müsse der Block ausgedöhnt haben, und dann würde naturgemäß ein neuer, der liberal-konservative Block in Funktion treten, der deshalb dem gegenwärtigen Zustande vorzuziehen sei, weil Zentrum und Konservative dann auch offen die Verantwortung für die Fortführung der Reichsgeschäfte übernehmen müssen. Beide doch das Reich an dem Krebsgeschaden, daß sein größter Bundesstaat Preußen durch sein Dreiklassenwahlrecht die Fortdauer einer starkkonservativen Regierung ermöglichen, die wiederum einen maßgebenden Einfluß auf die Reichsverwaltung ausübe. In sehr eindrucksvoller Weise verwerfete **David** dann Enthüllungen über eine Konferenz der Vergewerksbeter und Vergewerksleiter, aus denen hervorgeht,

daß neben einer agrarischen Clique auch noch eine großindustrielle Clique im Hintergrunde ihr Wesen treibt und über die Geschicke der Minister häufig das entscheidende Wort spricht.

Nachdem dann noch der freikonservative **Fürst Saxe-Weimarsche** für seine Fraktion sich für die Erbschaftsteuer erklärt und somit in der Steuerfrage gegen die Liberalen einen entgegenkommenderen Standpunkt eingenommen hatte als die Konservativen, wandte sich der süddeutsche Abgeordnete **Saußmann** so entschieden gegen die Blockgemeinschaft, daß er den zischenden Unwillen der Nationalliberalen wachrief.

Nunmehr erst trat der Reichskanzler hervor. Nur der Sozialdemokratie gegenüber befand er sich in der Defensivstellung und zog sich, wie man das bei ihm gewohnt ist, auch da wieder aus der Affäre, indem er einen möglichst hochfahrenden Ton anschlug. Mit großer Entrüstung pochte er auf seine bewährte Königstreue, bestritt abermals, daß es in Deutschland eine Kamarilla gäbe, und sang den bestehenden monarchischen Einrichtungen und dem Träger der Kaiserkrone ein derartiges Loblied, daß man den Eindruck gewann, er fühle das dringende Bedürfnis, mit allen verfügbaren Mitteln seine erschütterte Stellung zu befestigen. Dabei passierte ihm das Mißgeschick, daß er sich an einer Stelle den lebhaften Beifall der Sozialdemokraten zuzog. Das geschah, als er in der Polemik gegen die Verantwortung der welfischen Thronfolge in Braun-schweig durch den Abg. **Göb** von **Dienhusen** betonte, das Interesse der Nation gehe den dynastischen Interessen voran. Das sind sehr verdächtige Grundzüge in einem Staat, dessen Monarch sich auf den Standpunkt gestellt hat: Des Königs Wille sei das höchste Gesetz! Aber **Bülow** ist ja kein Konsequenzmacher. Und so wird er als Diplomat an anderer Stelle auch anders zu reden verstehen. Den bürgerlichen Parteien gegenüber nahm er den Ton des Gönners und Richters an. Er kanzelte sie allesamt herunter, daß sie daran schuld seien, wenn bisher noch keine Finanzreform zustande gekommen wäre. Soweit ist es nun glücklich gekommen infolge der Zughaftigkeit und Planlosigkeit der bürgerlichen Parteien, daß der nämliche Minister, der vor einem Vierteljahr noch als Sündenbock für das persönliche Regiment die schärfsten Anklagen aus dem Hause über sich ergehen lassen mußte, heute den damaligen Anklägern gegenüber sich in die Richterpose werfen kann.

Eine Bemerkung des Abgeordneten **Wiemer** über „Agrar-demagog“ hatte den Herrn v. **Dienburg-Januschau** auf die Tribüne gebracht. Er legte sich aber in der Polemik gegen die freisinnigen Blockbrüder vorläufig noch sichtlich Zurückhaltung auf. Dafür hielt er sich schadlos, indem er gegen die Sozialdemokratie vom Leder zog. Unter Anführung eines Wortes von **Webel**, daß es in Preußen beim Kampf für die sozialdemokratischen Grundzüge einmal um Kopf und Kragen gehen könne, schrie er stolz zur Linken hinüber, wenn es so weit komme, dann werde er auch dabei sein.

Genosse **Emmel** brachte wie sein Landsmann **Bonderscheer** die elsass-lothringische Verfassungsfrage zur Sprache. Er forderte aber dabei mit erfreulicher Entschiedenheit, daß **Elsass-Lothringen** gleich **Hamburg** oder **Lübeck** die Stellung eines republikanischen Bundesstaats erhalten müsse. Dann wies er noch scharf die Angriffe des Reichskanzlers auf die Sozialdemokratie zurück und erörterte eingehend die Finanzreform, indem er hervorhob, ein grundsätzlicher Gegensatz der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien präge sich auch darin aus, daß wir alle indirekten Steuern verwerfen.

Dann kam es zur Abstimmung über die sozialdemokratische Resolution betreffs die Herbeiführung eines internationalen Hebernehmens zur Einschränkung der Rüstungen. Wie nach dem Verlauf der Debatte zu erwarten war, stimmte nur die Sozialdemokratie dafür, von den bürgerlichen Parteien trat bloß der Abgeordnete **Raumann** auf ihre Seite. Und dabei sind die Freisinnigen, die diesen zeitgemäßen Antrag ablehnen halfen, Mitglieder von Friedensgesellschaften und wissen sich nicht genug zu tun in schönen Reden für den Frieden. Was sie indes für den Frieden tun wollen, hat diese Abstimmung gezeigt.

So hat der heutige Tag **Marxheit** in der Blockfrage noch immer nicht geschossen. Der Steuerschacher wird weiter gehen über die Osterferien hinaus. Es wird mittlerweile alles aufgegeben werden, um den Block wieder zum Leben zu galvanisieren. Dinge es bloß von dem Wunsche der Liberalen ab, als Regierungspartei konservative Politik machen zu dürfen, so würden wir diese politische Spottgeburt noch so lange dahin vegetieren sehen, bis endlich allgemeine Neuwahlen die heutigen Blockparteien in die Minorität zurückgedrängt haben.

Enthüllte Verschwörer.

„Wir scheint es auch — wenn ich vertraulich hier reden darf —, daß es sich bei dieser Vorlage schließlich und endlich um die Stellung des Ministers handelt. Man hat ihm von oben her die Pistole auf die Brust gesetzt. Ich bin nun der Ansicht, man muß dem Minister das Rückgrat härten und ihm, wenn nicht anders zu einem eleganten Abgang verhelfen. Wir wissen nicht, wie der nächste Minister einmal sein wird, aber wenn wir den Herren immer wieder das Rückgrat härten, indem wir tren auf unserem Standpunkt beharren, und es geht vielleicht der zweite, dritte, vierte und fünfte, dann wird sich das Blättchen schließlich doch zu unseren Günstigen wenden. Ich glaube, wir sind jetzt schon im Uebergang begriffen.“

So sprach auf einer Geheimkonferenz der Vergewerksunternehmer, die am 6. Januar dieses Jahres zu Berlin im **Palast-Hotel** tagte, der Vergewerksführer. Der Minister, von dem er sprach, ist der preussische Handelsminister **Delbrück**.

Die Geheimkonferenz tagte aus Anlaß der Vorarbeiten für die neue Vergewerksnovelle. Zum 7. Januar hatte der Handelsminister Vertreter der Vergewerksunternehmer zur Besprechung ins Ministerium geladen, mit ihnen zwei Vertreter der Vergewerksunternehmer. Die Meinung der Interessenten über die Pläne der Regierung sollte erörtert werden. Und auf der Geheimkonferenz, die Tags vorher stattfand, berieten die Unternehmer, welche Stellung ihre Vertreter in der Besprechung einnehmen sollten.

Sie berieten geheim — aber ein günstiger Zufall hat der „Vergewerks-Zeitung“ ein stenographisches Protokoll der Verhandlungen verschafft. Ein Aktenstück von höchster Wichtigkeit, ein Dokument, das uns die Herren Vergewerksunternehmer ohne jede beschönigende Verhüllung in der vollen ungeheuerlichen Größe

ihres brutalen Herrenstandpunktes, ihrer ungezügelten Herrschbegier, ihrer unbewußlichen Proffischkeit zeigt. Das wie ein Blick in ein Stück der inneren Struktur des Klassenstaates und im speziellen des Staates der preussischen Schlot- und Krantjunker erblickt — ein klassisches Zeugnis der durch nichts beengten Rücksichtslosigkeit, mit der die Großkapitalisten ihre Klasseninteressen zu verfolgen wissen. In der herrschenden Sprache, die dieses Protokoll wiedergibt, lebt das Machbewußtsein einer Klasse, die entschlossen ist, die Arbeiterschaft in Leibeigenschaft zu halten und koste es selbst Hekatomben von Menschenleben; die entschlossen ist, sich die Regierung untertan zu machen, und koste es Ministerwechsel über Ministerwechsel. Und die da weiß, daß sie die Macht hat, ihren Drohungen die Tat folgen zu lassen.

Dem Plan des Handelsministers, den Vergewerksunternehmern eine Mitwirkung an der Kontrolle der Bergwerke zuzugestehen — ein Frucht des furchtbaren Grubenunglücks von **Raddob** — galt der Jörn der Vergewerksunternehmer. Zwar war das, was der Minister geben wollte, nur eine jämmerliche Karikatur des Gedankens, den Vergewerksunternehmer durch Vesteuerung von Arbeiterkontrollen zu verbessern (und was schließlich in den Gesetzentwurf eingeleitet worden ist, ist die Karikatur einer Karikatur), aber den Vergewerksunternehmern ist schon der Gedanke, daß die Arbeiter auch zu etwas anderem als zur Ausbeutung da sind, daß sie auch — und seien es noch so winzige — Rechte im Bergbau betriebe haben sollen, unerträglich. Die Heißsporne unter ihnen forderten deshalb auf der Konferenz direkt den Sturz **Delbrücks**. Der Geheimrat **Uthemann** (Direktor der Gleise-Gesellschaft in Oberschlesien, die sich kürzlich durch die Maßregelung von elf Steigern einen Namen machte) gab dazu ein förmliches Rezept. Der Handelsminister hatte vom Vorstand des Schnappschützervereins zwei Arbeitervertreter als Sprecher der Arbeiterschaft für die Konferenz im Ministerium auswählen lassen und zwar ein Mitglied des Vergewerksverbandes und ein Mitglied des christlichen Gewerksvereins. Herr **Uthemann** empfahl den versammelten Unternehmern unter Verufung auf diesen Umstand die Teilnahme an der Konferenz im Ministerium zu verweigern. Er sagte:

„Ich meine, jetzt hätten wir auch eine taktische Handhabe gegen den Handelsminister, wie wir sie besser gar nicht haben können. Denken Sie einmal nach: Wenn heute hier die Vertreter der gesamten preussischen Vergewerksdistrikte erklären, wir gehen nicht zu den Verhandlungen im Handelsministerium. Weil uns heute abend bekannt geworden ist, daß der preussische Handelsminister offiziell einen Sozialdemokraten zu diesen Verhandlungen eingeladen hat, lehnen wir es ab, zu einer solchen Besprechung zu gehen, dann schmeißt uns die ganze Geschichte.“

Dieser radikale Standpunkt fand freilich nicht die Zustimmung der Versammlung. Der Vorsitzende, Vergewerks **Kleine**, erklärte, daß **Delbrück** noch lange nicht der schlechteste sei.

„Ist es wirklich richtig, gegen **Delbrück** persönlich so vorzugehen? Soweit mir bekannt ist, ist er ein scharfer Gegner des Staatssekretärs des Innern v. **Wethmann-Hollweg**. Außerdem muß ich sagen, meine persönliche Verhandlung mit ihm hat mir auch den Eindruck verschafft. . . Nach meiner Ansicht liegt eigentlich die Sache viel mehr bei unserer Vergewerksabteilung.“

Geheimrat **Uthemann**: „Nein, das ist noch eine Hinterlassenschaft vom verstorbenen **Singpeter**, die so langsam von oben heruntergekommen ist!“ — (Heiterkeit.)

Herr **Kleine**: „Ich meine nur, wir sollten es doch vermeiden, gegen den Handelsminister selbst vorzugehen, denn nach meiner Meinung ist er noch der Beste, den wir seit **Wismarck** gehabt haben.“ (Zuruf: Und **Möller**!)

Herr **Delbrück** hat das Lob des Herrn **Kleine** redlich verdient. Unrecht geschah aber Herrn **Wethmann-Hollweg**, in dem die Vergewerksunternehmer aufeinander einen zweiten **Padowo** wölfe setzen. Das hat der gewiß nicht verdient. Der Angriff auf ihn zeigt nur, daß die Unternehmern auf dem Stuhle des Ministers für Sozialpolitik keinen dulden wollen, der sich ihnen nicht mit Haut und Haaren verweigert.

Herr **Uthemann** ist auf der Geheimkonferenz in der Minorität geblieben. Die Versammlung stellte sich schließlich auf den Standpunkt, den der Vergewerksführer in den Sähen niederlegte, die wir an die Spitze unseres Artikels gestellt haben. Zunächst soll dem Herrn Minister **Delbrück** der Rücken gesteuert werden, und wenn das nicht in dem erwünschten Maße gelingt, dann soll ihm zum „eleganten Abgang“ verholfen werden. Und seinen Nachfolgern soll es ebenso gehen, bis der König von Preußen einen Mann nach dem Herzen der Besenherren zum Handelsminister bestellt!

So beschloffen die Herren Preußens sind!

Wie aber dem Handelsminister „das Rückgrat gesteuert“ werden sollte, das ergibt sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus dem Protokoll. Wir erhalten dabei zugleich eine Probe davon, wie es in der preussischen Bureaucratie aussieht und was der preussische Arbeiterschutz ist. Generaldirektor **Hilger**, der ehemalige **Polka** von der Saar, erzählte von den Sicherheitsmännern im Saarrevier, die ja für die Sicherheitsmänner der Vergewerksnovelle Modell gestanden haben. Herr **Hilger** sagte da u. a.:

„Wenn man nun nach den Erfahrungen fragt, kann man sagen, daß die Arbeiterkontrollen genau das gehalten haben, was wir uns von ihnen versprochen. Es sollte die ganze Sache meinem Willen nach weiße Salbe sein und es ist auch weiße Salbe geblieben.“

Dann führte der Herr aus, daß die Vergewerksdirektoren im Saarrevier mit diesen Sicherheitsmännern, die er (**Hilger**) eingeführt habe, „um Schlimmeres zu verhüten“, auskommen konnten, da sie es in der Hand hatten, jeden unbenommenen Mann sofort unschädlich zu machen durch Verlegung oder Entlassung — in Saarbrücken habe die Verwaltung den Mann „so in der Hand, daß wenn sie ihn kündigt, er nirgendwo Arbeit findet.“ (Im Saarrevier wird dasselbe bekanntlich durch die schwarzen Listen erreicht.) Herr **Hilger** empfahl dem auch seinen Kollegen, sich gegen alle Maßregeln zu wenden, die den Sicherheitsmann etwa gegen Entlassung schützten sollten. Und dann, nachdem der Herr selbst eingehend ausgeführt hatte, weshalb der saarabische Sicherheitsmann nicht wagen dürfte, irgend etwas zu bekunden, was der Besenleitung nicht pochte, hatte er die Sähen zu sagen:

„Wenn man aber glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen hätten, Unfälle zu verhüten, so ist das selbstverständlich ein Aberglaube. Es hat sich herausgestellt, daß bei allen Verletzungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verschwindenden Ausnahmen ins Jahrbuch eingeschrieben worden ist.“

„Alles in Ordnung befunden.“

Als ob den armen Teufeln etwas anderes übrig geblieben wäre! Herr **Hilger** hat dann das dreiste Johnewort von der „weißen Salbe“, — (ein Mittel, das nichts hilft und lediglich den Patienten in den Händen versehen soll, als gehehe etwas für

ihn, noch einmal wiederholt. Und daß die Vorlage der Regierung von ähnlichen Gedanken diktiert worden ist, das wurde noch mehrmals auf der Geheimkonferenz behauptet: So sagte der Oberbergat Dr. Wähler:

„Meine Herren, diese Einführung der Kontrolleure wird ja eigentlich nicht als notwendig von der Regierung hingestellt, sondern es heißt immer nur: Gott, es schadet ja gar nichts, es soll ja gewissermaßen für Euch Vergewaltiger nur ein Nutzen sein, und die Einführung solcher Kontrolleure ist ja gewissermaßen eine Auflage respektive eine Entlastung für Eure Verantwortung.“

Und Herr Hilger sagte:

Ferner wird man sich wohl morgen auf den Zweckmäßigkeitsstandpunkt stellen und wird sagen, es ist in vielen Fällen außerordentlich bequem gewesen, daß wir die Sicherheitsmänner hatten, um uns bei großen Unglücksfällen — ich denke an Reden — auf sie berufen können. Man wird Ihnen auch gerade Reden vorhalten und sagen, wir wären vielleicht in des Teufels Küche gekommen, wenn wir uns nicht auf die Sicherheitsmänner hätten berufen können. Das ist gewiß richtig, aber das sollte uns doch nicht bestimmen, nachzugeben.“

Kurz, die Regierung wird beschuldigt, daß sie die machtlosen Sicherheitsmänner, die in Wirklichkeit so gut wie nichts für die Sicherheit der Bergarbeiter tun können, lediglich deshalb befestigt, um im Falle eines Waffnungslüdes Sündenböcke zu haben!

Wie die Deputierten der Bergbauunternehmer hernach in der Sonderkonferenz mit dem Minister umgesprungen sind — sie erganzten sich eine Sonderkonferenz, weil sie in Gegenwart der Arbeitervertreter „nicht offen reden“ könnten (!) — davon können einige Stellen aus den Ratsschlüssen einen Begriff geben, die ihnen auf der Geheimkonferenz erteilt wurden. Da sagte der Geheimrat Ulfemann:

„Die Arbeiterkontrolleure werden lediglich aus politischen Gründen eingeführt, auf Grund des Drängens der Sozialdemokraten und der sozialistischen Wohlfahrtsvereine. Diese Einrichtung von Arbeiterkontrolleuren ist der erste gefährlichste Schritt in den sozialen Staat hinein. Wenn wir überhaupt noch wert sein wollen, unsere Gruben zu vertreten, dann müssen wir uns dagegen wehren, dann müssen wir hier ein schroffes Nein sagen. Sagen Sie morgen ganz offen: Wir sind Herren im Hause — brauchen Sie das Wort! — und wollen im Interesse der Erhaltung unserer Gruben und des preussischen Staates Herren bleiben.“

Und der Landtagsabgeordnete Volz, Geschäftsführer des Ober-schlesischen Berg- und Hüttenvereins, rief:

„Bei diesem prinzipiellen Widerspruch hinwiederum möchte ich bitten, morgen in erster Linie absolut nicht das Bergbauische, Technische und dergleichen in den Vordergrund zu stellen — zumal man hieran immer nicht so ganz glauben, sondern dabei annehmen wird, daß wir „pro domo“ sprächen —, sondern als das wichtigste hierbei — und das hat ja Herr Bergat Kleine ganz ausgezeichnet dargelegt — den politischen Standpunkt anzusehen.“

Also ich wiederhole: Ich bin der Ansicht, daß man in erster Linie den eminent politischen Gesichtspunkt hervorheben sollte, daß man unmöglich die Sozialdemokratie so sehr fördern und stärken darf, wie das unbedingt bei der Durchführung der zur Debatte stehenden Vorschläge der Fall sein würde.“

Aber die Herren beschließen nicht nur die Minister zu bearbeiten, sondern auch während der Beratung im Landtage werden die Interessen der Herren Unternehmer durch ein Herrn von Löwenstein, der die den Rechenherren ergebenen Abgeordneten zu informieren hat, vertreten. Und dann ist ja auch Herr Volz da! Und wenn Minister und Abgeordnetenhaus trotz alledem noch zu viel Bergarbeiterschnur machen sollten, dann soll das Herrenhaus aufgefordert werden, den Rechenherren zu helfen!

Das ist zunächst das Wesentlichste, was in dem interessanten Protokoll enthalten ist. Der reiche Inhalt läßt sich in einem Zuge nicht ausschöpfen. Noch manches ist nachzutragen, was helles Licht auf die innige Verpuppung der Unternehmerschaft mit der staatlichen Bürokratie wirft. Die heutigen Proben aber genügen, um die Verschwörung der Bergbauunternehmer gegen den Bergarbeiterschutz und gegen alle Regierungsvertreter, die sich auch nur ein Gram Selbständigkeit vor den Forderungen der Unternehmerschaft bewahren, zu enthüllen. Und die Arbeiterschaft daran zu mahnen, sich zu rüsten zu entschlossenster Wehr gegen die Versklavungsgelüste der Herren!

Eine ernste Debatte.

Im englischen Unterhause verteidigte der Minister des Aeußern gestern in einer langen Rede die liberale Regierung

Abermals aus dem Berliner Polizeilumpf.

Von dem argolischen Sumpfe im alten Griechenland geht die Sage, daß darin eine Schlange hauste, der jedesmal zwei Köpfe nachwachsen, so oft ihre abgehauenen wurde. Die Berliner politische Polizei gleicht an Gemeingefährlichkeit und Lebenskraft dieser lernäischen Schlange. So oft man einen ihrer Beamten entlarvt, die sie in die sozialdemokratischen Wahlvereine entsendet, immer wächst an Stelle des einen ruffisch oder österreichisch dekorierten „Geutleman“ ein Doppelpärchen dieser — Ordensbügel nach. Und Herr Minister Wolke mag noch so pathetisch für die „Reinheit“ seiner Beamten eintreten, der Spindel entwickelt sich zum — Kadavertel. Der Kaffube kommt als Hordere, dann demonstriert und schreit er und wird von seinen eigenen Polizeifollegen blutig gebauen, weil sie in ihm nicht Zbrodajewen, sondern einen Sozialdemokraten vermuten. Und der Kriminalbeamte Schlaf übertreibt sogar den Eifer des guten Genossen soweit, daß er die Demonstranten auffordert, den Postwagen umzukippen und ins Wasser zu werfen. Und kommt die Sache vor den Richter, so verbietet der Polizeipräsident seinen Beamten, vor Gericht zu erscheinen, um ihre — Unschuld zu beweisen.

Vor 8 Tagen sollte in Moabit in dem Landfriedensbruchprozeß die Sozialdemokratie gerichtet und zerstückelt werden. Die Berliner Polizei, sandte ihre besten Kräfte als Schwurzeugen! Ansonst — die atemwunden und zeugeneidlichen Spihelnachweise der Verteidigung und die Photographien der entpuppten Spindel in den Händen des Gerichtshofes und der Geschworenen bereiteten das unzulängliche Bemühen der Staatsanwaltschaft.

Heute können vor unseren Lesern ein neues Exemplar dieser — Lebensritter vorstellen, den

Kriminalhauptmann Rudolf Rehberg,
Gaudystr. 11, v. III

Unter dem Namen eines

Hausdieners Otto Wunike

hatte er sich im 153. Bezirk des 2. Wahlkreises zur Aufnahme gemeldet; angeblich wohnte er in Rigdorf, Weiserstr. 208, bei seinem Schwager Knuth.

Natürlich gab sich Rehberg-Wunike gerade so wie Kaffube, Kadub und Anforten als sehr eifrigen Genossen. Wurden Sammellisten ausgegeben, er war einer der ersten, der solche nahm, und gewissenhaft lieferte er die rasch gesammelten Gelder ab. Wählte ein Flugblatt verbreitet werden, der eheliche Kriminalhauptmann und falsche Hausdiener lief treppauf und -ab, um die

gegen das Ladelibotum der Konserverfabrik. Die Rede ist am selben Tage wie die Bülow's gehalten und beide beschäftigten sich mit demselben Thema. Greys Rede zeigt einen düsteren Ernst, die Bülow's seinen gewöhnlichen Optimismus. Grey sagt mit größter Schärfe eine Periode erbitterten Betrübens voraus, daß die Zivilisation untergraben werde, wenn nicht doch noch ein Uebereinkommen zustande kommt, zu dem die englische Regierung auf Grundlage der bestehenden Machtverhältnisse bereit ist. Greys Rede ist die erste, in der ein englischer Minister von der Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland sprach. Unsere bürgerlichen Parteien und ihre Presse scheinen nicht übel Lust zu haben, über den diplomatischen Fingertanz der Herren Kiefferthal und Bülow über Zwölzki, in dem so viel Verschärfung künstlicher Konflikte sich verbirgt, Triumphgefänge anzustimmen. In diesem Jubel werden die Worte Greys sehr störend empfunden werden. Zeigen sie doch an, daß die Ablehnung des Uebereinkommens uns zu England in einen Gegensatz gebracht hat, der in immer verstärkter Wechselwirkung das Verhältnis beider Länder schließlich zu einem unerträglichen machen muß.

Schrittmacher des Krieges nannten wir vor einigen Tagen die Gegner des Flottenübereinkommens in beiden Ländern. Wir fürchten, daß der „patriotische“ Enthusiasmus, den Fürst Bülow in seiner Reichstagsmajorität wieder einmal zu entfachen gemocht hat, zum mindesten einen Schritt auf der verhängnisvollen Bahn bedeutet. Es ist aber eine unerlaubte Irreführung der deutschen öffentlichen Meinung, wenn in einem offiziellen Artikel der „Köln. Zeitung“ von einem Erfolg der deutschen Regierungspolitik in der Rüstungsfrage zu reden gewagt wird, weil Grey in seiner Rede die Formen diplomatischer Höflichkeit natürlich streng innegehalten hat. Und wir empfinden es als Frivolität, wenn ein offizielles Blatt auf eine Rede, deren Inhalt für die friebliche Entwicklung Europas verhängnisvoll werden kann, höhnend mit den schalen Späßen antwortet, die Engländer können sich ja ihr Landheer so ausgestalten, wie sie wollen, wenn sie schon die Judasion fürchten, wir wollen es ihnen ebenso wenig verwehren, wie sie uns den Ausbau der Flotte verwehren dürfen. Das ist wirklich nicht die Sprache, die ein pflichtbewußter Staatsmann seine Redorgane führen läßt, sondern das erregte Gerede eines Charlatans, dem ein lang entbehrt Erfolg das Urteil trübt.

Die wichtigsten Stellen der Rede Greys sind folgende:

Die Situation ist ernst. Eine neue Lage ist geschaffen. Nach Ausführung seines Flottenprogramms wird Deutschland 33 Dreadnoughts haben, und diese Flotte wird die mächtigste sein, die die Welt je gesehen hat. Das nötigt uns, unsere ganze Flotte von neuem aufzubauen, ausgenommen, soweit wir bereits Dreadnoughts haben.

Grey gibt dann eine Darstellung der diplomatischen Beziehungen: Die diplomatische Spannung vor und nach der Konferenz von Algiciras ist durch das deutsch-französische Abkommen beseitigt worden. Für die künftigen Beziehungen gäbe es einen weiten Raum, in welchem die beiden Nationen in Frieden und Freundschaft wandeln können. Dieses Verhältnis könnte durch zwei Umstände vereitelt werden. Der eine wäre ein Versuch Englands, Deutschland zu isolieren, der andere wäre der Versuch irgendeiner kontinentalen Großmacht, zu herrschen und die Politik des Kontinents zu diktiert.

Dann bespricht Grey die Verhandlungen über die Flotte: Die Ansicht der Deutschen über ihr Flottenprogramm ist, daß es zu dem unserigen keine Beziehung habe und daß, wenn wir fünfzig oder hundert Dreadnoughts bauen, sie weiterbauen würden, und daß, falls wir den ganzen Bau einstellen würden, sie darum nicht einen weniger bauen würden. Unser Standpunkt ist, daß unsere Aufwendungen abhängig sein müssen von den deutschen Flottenausgaben. Es ist wesentlich für uns, daß wir unsere Flotte in ihrer überlegenen Position erhalten. Andererseits aber würde eine Abnahme der Flottenausgaben sofort ein Gefühl erhöhter Friedenssicherheit hervorrufen. (Weisfall.) Wenn ich ein Ding nennen sollte, das die Welt bezüglich der Friedensansichten am meisten beruhigen könnte, so glaube ich, es wäre das, wenn Deutschlands Flottenausgaben vermindert würden und wenn unsere Ausgaben dem Beispiel folgen und auch vermindert würden. (Weisfall.) Würde eine Verminderung der Flottenausgaben eintreten, so würde die öffentliche Meinung überall dies als eine Garantie der guten Absicht der beiden Nationen, sich gegenseitig Vertrauen entgegenzubringen, ansehen, und die Wirkung würde unberechenbar sein. (Weisfall.)

Grey zählt dann — hier in offenbarem Gegensatz zu Bülow —

sozialdemokratische Literatur zu verbreiten. Für schriftliche Parteiarbeiten stellte der fiebergewandte Polizist sich gerne zur Verfügung; es kam ihm auch auf ein paar Glas Bier nicht an, den Eifer der Genossen zu verdoppeln. Er wählte ja aus eigener Erfahrung, wo den Arbeitern der Schuh drückte. Durch des Lebens Bitternis — konnte er so rührend erzählen — war auch er zur Sozialdemokratie gekommen. Als königstreuer Mann war er bei den Rathenower Husaren eingetreten; dort erlebte er einen Unfall; vergebens suchte er Unterstützung zu erhalten, überall wurde er abgewiesen, bis ihm Genosse Stadnauer zur Seite stand und ihm eine monatliche Unterstützung durchsetzte; da wurde er Sozialdemokrat.

Bei den Wahlrechtsdemonstrationen war der
Kriminalhauptmann Rudolf Rehberg,
Gaudystr. 11, v. III

einer der Eifrigsten; er rühmte sich sogar, im Tiergarten von der Polizei mißhandelt worden zu sein, so daß er mit seiner kleinen Richte in ein Gefäß schlüpfen mußte. Dieser Eifer erregte aber Verdacht. An einem Jahlabend wurde in seiner Gegenwart davon geredet, daß man gegen die Polizei Revolver und Gummischläuche mitnehmen müsse; der Kriminalhauptmann fand das nicht unklug oder gefährlich, aber siehe da: die bürgerliche Presse wußte davon zu berichten, und der

Pseudo-Hausdiener Otto Wunike
sah in der Falle.

Inzwischen war er verzogen: nach der
Jossener Straße 42, Duergeb. I, bei Witwe Millid.
Diese Frau Millid war früher Reinemacherin im Polizeipräsidium gewesen und als solche daher ein Stück Vertrauensperson für die Gentlemen vom Alexanderplatz. Sie besorgte die polizeiliche Anmeldung des

Kriminalbeamten als Hausdiener Otto Wunike,
ebenso die für einen
zweiten Kriminalhauptmann, angeblich namens Krause,
der in einem Vororte tätig sein soll, obgleich keiner der beiden bei ihr wohnte. Aber nach ihrer weiteren Angabe erhielt sie monatlich für diese falsche Anmeldung 10 M. Die interessante Tatsache, daß ein Polizeibeamter einer Frau regelmäßig Geld zahlt zu dem ausgesprochenen Zweck, das Gesetz zu übertreten, nimmt im Reiche nicht wunder, wo der Kanzler und der Kriegsminister offen im Parlament Gesetzverletzungen rechtfertigen und Beamte, wie Kriminalkommissar Schöne, die falsche Pässe vermitteln, dekoriert werden. Scheint es nicht danach, als ob die Gesetze nur für die dumme breite Masse da seien? —

eine Reihe von Methoden auf, die ein Uebereinkommen ermöglichen würden und erklärt, den Argwohn, daß England Deutschland angreifen wolle für eine wilde und absurde Idee, die durch das Anwachsen der Flottenausgaben großgezogen werde. Die Flotte hat für England dieselbe Bedeutung wie für Deutschland das Heer. Keine Ueberlegenheit der englischen Flotte über die deutsche Flotte könnte uns jemals in die Lage versetzen, die Unabhängigkeit und Integrität Deutschlands anzugreifen. Wenn aber die deutsche Flotte der unseren überlegen wäre und wenn Deutschland, wie es das tut, sein Heer aufrechtzuerhalten, würde ohne Frage unsere Unabhängigkeit und Existenz auf dem Spiele stehen.

Darauf bespricht Grey das Nähere die Erklärungen zwischen den beiden Regierungen: Wir sind mündlich, aber ganz definitiv benachrichtigt worden, daß Deutschland die Ausführung seines Flottenbauprogramms nicht beschleunigen und nicht dreizehn Dreadnoughts bis Ende 1912 haben wird. Das ist uns nicht in der Form einer Verpflichtung, sondern als Erklärung einer Absicht von autoritativer Seite gesagt worden. Ich verheißte das so, daß Ende 1912 dreizehn Schiffe zur Indienststellung bereit sein werden oder können, abgesehen von den Pausenfahrten. Jetzt haben wir die deutsche Regierung nicht um Informationen ersucht. Aber Anfang Januar, einige Zeit nachdem wir erfahren haben, daß die Ausführung des deutschen Programms beschleunigt wurde, nahm ich Gelegenheit, bekannt zu geben, daß, obgleich uns von deutscher Seite stets gesagt worden sei, daß Deutschland sein gegenwärtiges Flottenprogramm nicht beschleunigen werde, uns Nachricht über eine Beschleunigung der Programmausführung zugegangen sei und daß Deutschland deshalb nicht überrascht sein dürfe, wenn unsere Pläne voranschläge eine beträchtliche Zunahme zeigten. Die Informationen wurden mir zu verschiedenen Zeiten gegeben. Diese Angaben binden die deutsche Regierung nicht, sondern lassen ihr die Freiheit, ihre Absichten zu ändern, aber sie beseitigen die Idee, daß die Deutschen sich darauf einrichten, im Jahre 1910 dreizehn Schiffe zu besitzen. Keine Regierung, die im Jahre 1910 dreizehn Schiffe zu besitzen beabsichtigt, würde freiwillig eine Erklärung über ihre Absichten gegeben haben. Ich nehme die Erklärungen der deutschen Regierung über ihr Absichten an.

Grey weist dann darauf hin, daß die Erklärungen über bestimmte Punkte nichts besagen, so namentlich nichts über den Zeitpunkt der Schiffe. Nichts wird uns auch gesagt über den Stand von 1913 und 1914. Wenn die dreizehn deutschen Schiffe am Ende des Jahres 1912 vollendet und in Dienst gestellt sein werden, werden nach ihrem Flottengesetz, wie ich es verheißte, zehn weitere Schiffe im Bau sein. Nehmen wir an, der politische Charakter wird in ein oder zwei Jahren geändert sein, dann würden natürlich die deutschen Absichten über die Beschleunigung sich ebenfalls ändern. Obwohl die dreizehn Schiffe vor Ende des Jahres 1912 nicht erscheinen können, vermöchten die zehn im Bau befindlichen Schlachtschiffe in sehr raschen Zwischenräumen in den Jahren 1913 und 1914 erscheinen. Wenn wir, sagte der Staatssekretär, vier eventuelle Dreadnoughts in der zweiten Hälfte dieses Jahres in Auftrag geben würden, und wenn wir uns genötigt sehen würden, von unserer Fähigkeit im folgenden Jahr Gebrauch zu machen, würden wir bis April 1913 10 weitere Schiffe, das macht alles in allem 26 Schiffe besitzen. Wenn wir diese vier Schiffe nicht als eine Einschränkung des nächstjährigen Programms auffassen und rasch bauen lassen, und dadurch einen Vorsprung bekämen und die Situation völlig beherrschten würden, dann könnten wir ohne Zweifel die Schiffe des nächsten Jahres ersparen. Wir sollten unsere Kräfte voll ausnützen. Die Admiralität hat das Erfordernis nicht unterschätzt.

Grey besprach dann noch das Anwachsen der Rüstungen und erklärte, wenn die Ausgaben in dem Verhältnis weiter gingen, in dem sie in der jüngsten Zeit zugenommen hätten, so würden sie früher oder später die Zivilisation untergraben. Kein Land allein könnte Europa retten. Wenn wir als die einzigen unter den Großmächten den Wettkampf aufgaben und zu einer inferioren Stellung herabsinken würden, würden wir aufhören, unter den europäischen Nationen etwas zu gelten. Wir müssen bereit sein, unsere nationale Existenz unter denjenigen Bedingungen zu verteidigen, die uns auferlegt wurden.

Das Ladelibotum wurde schließlich mit 353 gegen 135 Stimmen abgelehnt. Die Nationalisten und die Arbeiterpartei stimmten für die Regierung. Am Schluß der Debatte hielt Balfour in einer leidenschaftlichen Rede die Behauptungen der Opposition aufrecht.

Die Wirkung auf die Kolonien.

Ottawa, 30. März. Das Unterhaus verhandelte in seiner gestrigen Sitzung über den Antrag der Opposition, unbergütlich Schritte zu einer Verteidigung des Landes zur See zu ergreifen. Der Führer der Opposition, Foster, führte aus, in diesen Tagen, wo die Gefahr vor der Türe stehe, sei es wichtig, die Lehre des südafrikanischen Krieges von der Reichseinheit zu erneuern. Premier-

Amälich wurde der

Kriminalhauptmann Rudolf Rehberg,
Gaudystr. 11, v. III.

etwas unsicher; und als eines Abends, kurz vor dem Oktober-Jahlabend, Genosse Werner im Jahlabendlokal erschien, da wurde er ängstlich und suchte hinterherum heranzukriechen, was Werner eigentlich gemocht habe. Als vorstichtiger Mann fehlte er am Oktober-Jahlabend; im November erfüllte er seine Parteipflicht, aber im Dezember und Januar wählte er wieder der Tapferkeit besseren Teil.

Inzwischen hatte er sich an den Bezirksführer herangemacht und besuchte ihn wiederholt in seiner Wohnung. Von seiner Schwester und seiner Frau hatte er je einen Kopf Gänsefleisch erhalten; aber als lediger Mensch hatte er für so viel Schmalz keine Verwendung; ob nicht er (der Bezirksführer) einen Kopf haben wolle. Nun, vergiffel wird es nicht sein, dachte dieser; und in der Tat: wäre der Charakter des „Hausdieners Otto Wunike“ so rein gewesen wie das Gänsefleisch, der

Kriminalhauptmann Rudolf Rehberg

könnte heute noch die Rolle des Spihelgenossen spielen. Mittlerweise wurde ihm der Boden unter den Füßen heiß. Da indes der Bezirksführer nach wie vor freundlich mit ihm war, besuchte er ihn am 20. Januar, und als seiner Reuschgenosse mit kommunistischem Blick, der seinem Nebenmenschen die gleichen Charaktereigenschaften beimah, die er selbst besaß, offenbarte er sich ihm als — Kriminalbeamter, der ihn zum Käsegrößenjungen engagieren wolle.

Die alte Schelmen-Art, einen ehelichen Mann zu verderben, begann: Große Familie, schlechter Erwerb, leichter Nebenberuf; nichts Anständiges wird verlangt; andere, sogar solche in Amt und Würden, tun's auch; also keine Gewissensbisse. Nur ein paar Tage früher will die brave Polizei alles erfahren. Schon vor Weihnachten wollte er ihm das Angebot machen, aber damals bot sein Kommilitone, ein kleiner Filz, nur 20—40 M., jetzt kriegt er 60 M. pro Monat. Und für's ganze Leben ist gesorgt, die eheliche, hochanständige Polizei läßt niemanden fallen, wenn er in Not, Arbeitslosigkeit, Krankheit sich an sie wende. Und wenn er erst Abteilungsleiter werde, dann erhalte er monatlich 150 M.! So zog er ihm den Honigladen durch's Maul!

Zwanzig Mark lich er gleich da! Die fallen nicht gerechnet werden; auch wenn er ablehne, könne er die behalten. Wann er Antwort holen dürfe? Warum? Oder doch am Freitag! — Aber unser Genosse hielt auf eine Anstandspause. — „Vor Montag nicht!“ Bis dahin konnte er mit ein paar vertrauten Genossen einen Kriegsplan machen.

Wütlich stellte Rehberg sich ein. Die Jussage wurde gleich

minister Laurier betonte, daß die Regierung entschlossen sei, ihre Pflicht als britische Untertanen zu erfüllen, daß sie sich aber weigere, sich durch die Erregung treiben und davon abbringen zu lassen, eine festgesetzte Bahn innezuhalten. Er sah in den neuesten Ereignissen keinen Grund, von der Politik der Fürsorge für die britische Verteidigung zugunsten einer Weisheit für das Reich abzuweichen, erkenne aber an, daß die Zeit gekommen sei, zu handeln und den Grund zu einer Flotte zu legen. Deutschland bereite sich durch den Bau einer großen Flotte vielleicht vor, mit Britannien zur See das zu tun, was es mit Frankreich zu Lande tat. Kein britischer Untertan könne einem solchen Ausblick gegenüber gleichgültig bleiben. Wenn auch die Gefahr noch nicht unmittelbar bevorstehe, sei doch Wachsamkeit geboten. Der Premierminister brachte zum Schluß eine Resolution ein, welche die Ausgaben für die Organisation einer kanadischen Flotte, die mit der Reichsflotte zusammenwirken soll, billigte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. März 1900.

Die Antwort der englischen Arbeiterpartei.

Als Antwort auf die Depesche der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an die englische Arbeiterpartei ist heute von dieser folgendes Telegramm eingetroffen:

Die britische Arbeiterpartei ist von ganzem Herzen mit Euch und mit Eurem Bestreben einverstanden, ein internationales Abkommen herbeizuführen, das den Ausgaben des Britenstiens Einhalt tut und das Kaputtrecht abschafft. Mit den besten Wünschen für Euren Erfolg und brüderlichen Grüßen von der Arbeiterpartei

Sender son.

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Dienstag zunächst in rascher Reihenfolge eine große Anzahl von Petitionen, von denen jedoch nur eine einzige Anlaß zu einer Debatte gab. Es ist dies die Petition der Frau Schmidt-Bürkly in Berlin um Abänderung der Städteordnung. Die Petition wünscht, daß den grundbesitzenden, wirtschaftlich selbständigen und steuerzahlenden Frauen das kommunale Stimmrecht eingeräumt wird. In der Kommission gab der Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß die Regierung gegenwärtig nicht die Absicht habe, eine Abänderung der Städteordnung vom 30. Mai 1853 in Erwägung zu nehmen; sollte eine Abänderung künftig in Frage kommen, so würden wichtigere Reformen, insbesondere eine Modifizierung des Hausbesitzerprivilegs, vorangestellt werden müssen; alsdann werde auch Anlaß sein, die Einführung des kommunalen Wahlrechts für die Frauen in den Städten zum Gegenstand weiterer Erwägung zu machen. Nach dieser Erklärung hat die Kommission einstimmig den Uebergang zur Tagesordnung über die Petition beschlossen; sie ging dabei von der Erwägung aus, daß auch noch in einzelnen Provinzen nach der Landgemeindeordnung die grundbesitzenden Frauen ohne Stimmrecht sind und daß die Petition viel weiter geht als irgend eine Landgemeinde- oder Städteordnung.

Zur Beratung im Plenum beantragte nun Abg. Fischbeck (fr. Vp.), die Petition der Regierung als Material zu überweisen. Namens der Sozialdemokraten schloß sich Genosse Girsch diesem Antrage an, indem er zwar nachdrücklich die gegenwärtige Auffassung zwischen Sozialdemokratie und Bourgeoisie über das Wesen der Gemeinden betonte, aber doch die Petition als Etappe auf dem Wege zum Frauenstimmrecht bezeichneter, vorausgesetzt allerdings, daß die Petition nicht etwa bloß für die grundbesitzenden Frauen das Stimmrecht verlange, also ein neues Privileg einführen wolle. Daß unser Genosse auch das passive Wahlrecht forderte, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Obwohl auch der Nationalliberale Busensky für Ueberweisung als Material eintrat, war doch die „Mehrheit von Wassermann bis Bebel“ nicht ausreichend — das Haus ging über die Petition zur Tagesordnung über.

Dann begann die erste Lesung der Sekundärbahnvorlage, die — wie alljährlich — zahlreichen Rednern Ver-

anlassung gab, ihren Lokalschmerzen Ausdruck zu verleihen. Prinzipielle Fragen wurden nur ganz vereinzelt angeschnitten. Da bis jetzt nicht weniger als 85 Redner gemeldet sind, wird die Debatte kaum vor Freitag beendet sein.

Ein kleiner Wok.

Die einem Münchener Blatte aus Berlin gemeldet wird, haben am Sonntag Mitglieder der Reichspartei, der Nationalliberalen und der Freisinnigen eine gemeinsame Sitzung unter dem Vorsitz des kürzlich Hapsfeldt abgehalten, um ihre fernere Stellung zur Reichsfinanzreform festzulegen. — Eine Bestätigung dieser Nachricht von berufener Seite ist bisher nicht erfolgt; in Anbetracht des engen Verkehrs aber, den kürzlich Hapsfeldt seit einigen Tagen mit den Freisinnigen unterhält, spricht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Meldung richtig ist.

Der bayerische Finanzminister und die Finanzreform.

Im Anschluß an eine Meldung der „Kölnischen Zeitung“, die die Demission der einzelstaatlichen Finanzminister als wirksame Kundgebung gegen das Besitzsteuerkompromiß verlangt, meldete der ultramontane „Bayerische Kurier“, der bayerische Finanzminister habe sich mit der Regelung der Besitzsteuerfrage nach dem Antrag Gerold-Müller (Zulda) ausdrücklich einverstanden erklärt. Auf eine Anfrage der „Münchener Post“ teilt jedoch der bayerische Finanzminister mit, daß davon keine Rede sein könne. Die Regierung stehe noch fest auf dem Standpunkte, den der bayerische Bundesratsbevollmächtigte in der Sitzung des Stenographenkomitees vom 3. März präzisiert habe, daß die bayerische Regierung alle von dem Reichshauptsekretär gegen den Kompromißantrag vorgebrachten Einwendungen in ganzem Umfange sich zu eigen mache und daß sie aus prinzipiellen und finanziellen Gründen gegen den Antrag die allerhöchsten Bedenken hege. —

Das Zentrum und die parlamentarische Regierung.

Im Märzheft der Zeitschrift „Nord und Süd“ schreibt der Zentrumabgeordnete Erzberger: „Der Ausgang aus der heutigen verwickelten Situation liegt nur in der reinen Durchführung des konstitutionellen Systems, des wirklichen Vorläufers des parlamentarischen Systems. Der Einwand, daß ein Bundesstaat, wie das Reich, für das parlamentarische System nicht geeignet sei, wird schon durch die Art der Regierung in der Schweiz wie in der Union widerlegt. Das parlamentarische System ist keine fremde Gispflanze, die nur mit Schaden für Volk und Krone zu uns gebracht werden könnte; es ist vielmehr der beste Ausgangspunkt für die Krone und die Errichtung der politischen Verantwortlichkeit des deutschen Volkes.“

So schreibt Herr Matthias Erzberger, der sich in volkstümlicher und demokratischer Pose gefällt. Anders als der Benjamin des Zentrums denken jedoch die eigentlichen Machthaber, die Junker im Zentrum, über das parlamentarische Regiment. Am letzten Sonntag redete in Jülich Graf Händel-Donnersmard, der zur Unterzeichnung der Kandidatur seines Freundes Fürsten Salmdyde herbeigekürt war, in einer großen Zentrumswählerversammlung. Graf Händel-Donnersmard erklärte:

„Der Wok befindet sich auf dem Wege, nichts mehr und nichts weniger (!) als die parlamentarische Regierungsform einzuführen, und davor wolle uns Gott schützen. Wir wollen die gegenwärtige Regierungsform unter allen Umständen erhalten!“

Massenprotestversammlung gegen die Tabaksteuererhöhung.

Vorgestern fand eine von der sozialdemokratischen Partei, dem freisinnigen Verein Waldeck, den Christlichsozialen und den Nationalliberalen einberufene allgemeine Protestversammlung gegen die Tabaksteuer auf dem Schützenhofe in Herford statt. — Neben der verschiedenen Parteirichtungen sprachen von drei Tribünen aus zu den circa 18000 Erschienenen, die zum großen Teil mittels Extrazügen herbeigekürt waren.

Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute auf dem Schützenhofe in Herford tagende Versammlung erklärt deshalb:

Durch die geplante Mehrbelastung des Tabaks werden der blühenden Zigarrenindustrie unserer Gegend unverantwortliche Schäden geschlagen. Nach den trübten Erfahrungen der letzten Zollerhöhung von 1879 ist ein derartiger Konsumrückgang zu erwarten, daß die Hälfte der Arbeiter brotlos werden muß, in den Kreisen Herford, Minden und Lübbecke allein 9000—10000. Der Wohlstand dieser Kreise wird dadurch vernichtet werden. Auch die kleinen Fabrikanten müssen zusammenbrechen und von den mittleren Fabrikanten ein großer Teil.

— aber das weitere wollen wir zur gegebenen Zeit erzählen. Heute erscheint es uns nicht angebracht.

Kriminalpolizist Rudolf Rehberg, Gaudystraße 11 v. III.

glaubt nun in seiner Dankbarkeit für die wichtige Rufenmitteilung Vertrauen mit Vertrauen erwidern zu müssen; daher erzählte er: „Es ist von oben Anweisung gekommen, daß die Beamten sich aus den Wahlvereinen zurückziehen sollen. Die Veröffentlichungen im „Vorwärts“ sind so unangenehm; wir erfahren als Mitglieder doch nicht mehr, als was im „Mitteilungsblatt“ steht. Wenn wir Bezirksführer und Abteilungsleiter als „Verichterfasser“ gewinnen, so erfahren wir die Sachen sogar noch früher und mehr als an den Wahlenden. Die Sache mit den Rufen hätte ich am Wahlabend doch nicht erfahren. Wenn Du öfters solche Sachen mitteilst, kannst Du bald Gehaltssteigerung verlangen.“

Ruf sollte Schluß gemacht werden; bloß eine Photographie Rehbergs fehlte noch. Zum Montag wurde Rehberg daher in die Wohnung des Bezirksführers bestellt; beim Verlassen der Wohnung sollte auf der Treppe das Licht aufflammen; ein unvorhersehbarer Zufall trat dazwischen und beim Herausretren aus dem Korridor sah Rehberg sich plötzlich zwei Genossen gegenüber. Das hinderte den schlauen Kriminalisten nicht, sich nochmals an seinen Freund zu wenden, obgleich dieser den erbeuten Bericht über den Verkauf von Lichtbildern nicht gesandt hatte, weil er eben gedacht hatte, Rehberg habe Lunte gerochen. Rehberg hat abermals eine Gaskarte zur Generalversammlung erhalten und bestätigte noch am Sonntag früh den Empfang in einem interessanten Briefe, aus dem wir hervorheben:

„... Reiner von uns Kriminalbeamten soll morgen in die Generalversammlung gehen. Daher wirst Du so gut sein und mir morgen darüber einen eingehenden Bericht zukommen lassen (sollt Wunschzettel, was er melden soll)...; ob die Angelegenheit mit Ernst zur Sprache kommt und in welcher Form, weil er doch seine Bemerkungen nicht mehr bezug auf aufgefördert wird...“

Das besonders Interesse der Polizei für die Amtsniederlegung Ernst's ist bis zu einem gewissen Grade erklärlich aus dem Ueber die vielen versalzenen Suppen, die ihr Ernst schon zum Auslöffen gegeben hat, aber die Bestimmtheit, mit der sie behauptet, daß Ernst zur Amtsniederlegung aufgefordert werde, läßt verschiedene Schlussfolgerungen zu.

„... Auch wer vom Parteivorstand bezw. von Besseren Genossen anwesend war...“

Will die „bessere“ Polizei wissen und zum Schluß fragt Rehberg:

Wir bitten die Reichsbehörden und die Abgeordneten, nicht auf die Rathschläge einiger Großfabrikanten zu hören, die in verwerflichem Egoismus an die unseren Arbeitern drohende Not nicht denken. Wer will die Verantwortung übernehmen für eine Steuer, welche in Deutschland

zehntausende Arbeiterfamilien

in Not und Armut stürzen muß?

Nicht der Tabak wird bluten, sondern zahllose Existenzen müssen verbluten unter dieser, nicht die Raucher, sondern die Arbeiter treffenden Steuer.

Der Kampf gegen die Wahlrechtsdemonstrationen.

Am 31. Januar wurden in Wiesbaden wegen Beteiligung an der Wahlrechtsdemonstration zwölf Personen verhaftet. Am Montag fand die Verhandlung statt. Es konnten nur zwei von den Angeklagten verurteilt werden und zwar einer zu 60 M. Geldstrafe, weil er die polizeiliche Absperrung durchbrochen hatte und eine Rede halten wollte, und ein zweiter zu 10 M. Geldstrafe, weil er sich einem Trupp angeschlossen und dadurch den Fußgängerverkehr gehindert haben soll.

Als schuldigstes Vergehen rechnete die Polizei den Verhafteten an, daß sie Wahlrechtslieder angestimmt hätten. Auf die an einen Polizeizugehörigen gerichtete Frage, ob er einen Genossen hätte singen hören, sagte dieser kläglich: „Ja, singen hätte er zwar nicht gehört, aber er habe gesehen, wie der Betreffende mit den Lippen gewandelt hätte.“

In Breslau sind aus Anlaß der letzten Straßendemonstrationen neunzehn Genossen unter Anklage gestellt worden. Sie lautet auf tätliche Verleumdung, Körperverletzung, Widerstand und groben Unfug. Zu jedem Angeklagten ist ein Polizist als Zeuge geladen.

Eine Abänderung des württembergischen Briefmarkenvertrages wird von der Reichspostverwaltung angestrebt. Durch den am 1. April 1902 in Kraft getretenen Vertrag gab Württemberg das Vorrecht der Führung eigener Postwertzeichen auf. Als Ausgleich für den Verlust des unbedeutenden Habsburgerrechts gestand die Reichspostverwaltung einen günstigen Abrechnungsmodus zu, infolge dessen die Abfertigungen an die württembergische Staatsposthauptstelle sich von 3206 085 M. im Rechnungsjahr 1902/03 auf 6 519 915 M. im Jahre 1907/08 erhöht haben. Die Reichspostverwaltung versucht nun, den an Württemberg zu zahlenden Betrag zu kürzen; man spricht von einem Abzug in Höhe von einer Million Mark. Die so schon schwer belasteten Staatsfinanzen, die eine Erhöhung der Steuern um 12 Prozent notwendig machen, geraten durch das Vorgehen der Reichspostverwaltung aufs neue in Unordnung. Einen ungünstigeren Zeitpunkt zur Änderung des Vertrages hätte die Reichspostverwaltung gar nicht aussuchen können. Die „Reichsverdroffenheit“ im Süden wandelt sich gerade zur „Reichsbitterkeit“.

Der Wutschrei der Verlassenen.

Die antimilitärischen Reichstagsabgeordneten Gabel und Bindewald sind jüngst aus der Reformpartei ausgestiegen und zur Truppe Vierermann v. Sonnenberg, den Deutschsozialen gestoßen. Der Führer der Reforme, Zimmermann, der sich so mit nur noch drei Streuten allein gelassen sieht, bricht darüber in seinen parteiamtlichen Mitteilungen, die zur vertraulichen Zirkulation unter den Mitgliedern der Reformpartei bestimmt sind, in helle Wut aus. Jetzt plötzlich weiß er, daß Gabel (Vertreter für Meisen), dem er schon zum zweiten Male ein Reichstagsmandat verschafft hat, ein total unfähiger Politiker ist, der schon längst aus dem Reichstage hätte entfernt werden müssen. Seinem gemainen Freund Bindewald hielt er vor, daß er aus „persönlichen Mandatsrückichten“ sich derselben deutsch-sozialen Partei anreunde, deren Führer ihn vor Jahren als Maler Fritz Wiesel dem öffentlichen Spotte preisgegeben hatte und deren Unfall er aufs allerhöchste getadelt habe. — Es ist lässig, Herrn Zimmermann schimpfen zu hören, weil zwei Matten sein brüderliches Parteischicksal verlassen haben.

Auf die Zustände in den beiden antimilitärischen Fraktionen werfen der Ueberzeugungswechsel der beiden Ueberläufer und der Zimmermannsche Kommentar ein bezeichnendes Licht.

Pleite des Rheinischen Bauernvereins.

In einer Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins zu Koblenz wurde mitgeteilt, daß die Unterbilanz für 1908 130 000 Mark betrage. An den Druckerien in Koblenz und Köln — die letztere ist mittlerweile eingegangen — seien 246 000 M. ausgeföhrt worden. Der Verein stehe vor dem Bankrott, wenn es so weitergehe.

Ein Deutscher von Kosaken erschossen.

Aus Larnowik wird gemeldet: Der Bauer Wiber aus Friedrichswille fuhr am Donnerstag der vorigen Woche mit 4000 Mark nach Ruffisch-Polen, um Pferde einzukaufen. Seine Ehefrau wurde heute telegraphisch davon in Kenntnis gesetzt, daß ihr Mann von Kosaken erschossen worden sei.

... Sag' mal, lieber Paul, willst Du nicht nach Schluß der Generalversammlung zu mir kommen? Dann machen wir zusammen den Ritz und hängen uns. In einer halben Stunde sind wir fertig...“

Diese bierelrige Raibitz gab vielleicht Gelegenheit, den schlauen Wutschrei doch noch auf die Matte zu kriegen. Der „liebe Paul“ schrieb daher nach eine Notizpostkarte: „Heute kann ich mich von den Genossen nicht trennen, außerdem habe ich noch eine interne Sitzung. Aber kurz nach 4 Uhr komme ich noch auf ein halbes Stündchen zu Bod, Eichendorff- und Liedtrügen. Gde, dort erzähle ich Dir Wichtiges.“

Gegen 4 Uhr patrouillierte der

Kriminalbeamte Rudolf Rehberg

in der Chauffeestraße und der „liebe Paul“ schleppte ihn ganz gemächlich in die besagte Kneipe, wo bereits zwei Genossen postiert waren, den

„Hausdiener Otto Bunke“

zu photographieren. Vertrauensselig und voll Erwartung nahm Rudolf den Bericht seines Freundes Paul entgegen; da kamnte das Licht auf und der ahnungsvolle Engel meinte: „Paul, ich glaube, sie haben uns photographiert.“ Und „bestürzt“ entgegnete Paul: „Donnerwetter, da wäre ich aber schon Onkel bei der Beschäftigung!“ Noch immer glaubte der Alexandriner an die „Treue“ seines Paul — so sehr ist diesen Beamten der Begriff von Ehre und Reinheit bei ihrem Spießgesellschäft verloren gegangen — bis ihm schließlich unser Genosse ganz offen seine Meinung über die Zusamne ins Gesicht sagte, die er ihm zugemutet habe. Und als jetzt auch noch Genosse Schwemle auf der Wildfläche erschien, da wuhle der vor Aufregung und Angst zitternde Held vom Alexandriner seine Verlegenheit nur noch hinter dem Zynismus zu verbergen: „Prot schmedt süß, Prot schmedt süß.“

Den Judaslohn von 120 M. stellt unser Genosse dem betrübten Rehberger wieder zur Verfügung.

Unter Legitimierung seiner Person und nach Vorweis der Berechtigung seitens seiner Vorgesetzten, kann

Kriminalbeamter Rudolf Rehberg

Gaudystraße 11 v. III

120 Mark ausgelegte Judasgelber

im Kontor des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, 2. Hof II, gegen entsprechende Quittung wieder abholen.

Die Balkankrise.

Heute Vormittag hat der gemeinsame Schritt der Mächte, deren Standpunkt sich auch die Türkei angeschlossen hatte, in Belgrad stattgefunden. Die Gesandten Deutschlands, Frankreichs, Russlands und Italiens hielten zuerst auf der englischen Gesandtschaft eine Konferenz ab und begaben sich dann in das Ministerium des Aussen, wo der englische Gesandte, umgeben von den übrigen Vertretern der Großmächte, dem Minister des Aussen Milovanovic ein Memorandum über die seitens Serbiens Oesterreich-Ungarn zu überreichende Erklärung übermittelte.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die serbische Regierung die Forderungen der Großmächte erfüllen und damit den Konflikt mit Oesterreich aus der Welt schaffen wird. Leider scheint die österreichische Regierung unter dem Druck der Agrarier die versprochenen wirtschaftlichen Zugeständnisse allzu knapp bemessen zu wollen. Benignus erklärt eine offiziöse serbische Regierungsverlautbarung, daß der von Oesterreich vorgeschlagene neue Handelsvertrag auf Grund der Weisheitsbegünstigung Serbien gar keine Vorteile biete. Daher werde wahrscheinlich am 1. April doch noch ein vertragloser Zustand eintreten. Die Verfassung ausreichender wirtschaftlicher Zugeständnisse muß aber die schwere Situation der serbischen Regierung vollends verzweifelt machen. Dauert ja doch die dynastische Krise trotz des Verzichtes des Kronprinzen fort, und die Gerüchte vom Rücktritt des Königs Peter wollen nicht verstummen. Ob unter diesen Umständen schwere innere Unruhen zu vermeiden sein werden, bleibt noch immer zweifelhaft.

Die friedliche Lösung der Balkankrise wird auch den Vater der Provokation bald vom Schauplatz verschwinden lassen. Aus Petersburg kommt die Nachricht, daß Herr Iswolski die Konsequenzen seiner frivolen Unfähigkeit wird ziehen müssen. Iswolski hat seine Demission überreicht, und als sein Nachfolger wird bereits Fürst Engelitschew genannt.

Frankreich.

Ein geeinigter Sozialist Präsident des Pariser Gemeinderats.

Paris, 29. März. (Eig. Ber.)

Für die Erneuerung des Bureaus des Gemeinderats hatten die Linksparteien — Radikalkandidaten, unabhängige und geeinigte Sozialisten — ein Abkommen getroffen. Ihm gemäß wurde, wie bereits telegraphisch gemeldet, heute Genosse Chauve mit 35 gegen 34 Stimmen, die auf den nationalistischen Kandidaten entfielen, zum Präsidenten des Gemeinderats gewählt. Im Zustandekommen dieses Kompromisses kann man eine Demonstration gegen die Regierungspolitik erblicken, die ihre Spitze gegen die unifizierten Sozialisten richtet. — Bemerkenswert ist, daß der gestrige Kongress der sozialistischen Seineföderation über einen Protest gegen die Vereinbarung zur Tagesordnung übergegangen ist.

England.

Ein konservativer Wahlerfolg.

London, 30. März. Bei der Erziehung zum Unterhause im Wahlkreis Craydon wurde mit 11989 Stimmen Herr Monod (Unionist) an Stelle des verstorbenen Unionisten Foster gewählt. Die konservativen Stimmen haben seit den letzten Wahlen um circa 3200 zugenommen, ein neuer Beweis, wie sehr die Flottenpanik die Stellung der Konservativen gestärkt hat.

Persien.

Vor Täbris.

Teheran, 30. März. Nach Meldungen aus Täbris hat vorgestern in der dortigen südwestlichen Vorstadt ein heftiger Kampf stattgefunden. Schia und Daulch wechelten den Angriff der Nationalisten handhast ab. Zwölf Nationalisten fielen und dreißig wurden verwundet. Die Anhänger des Schah verloren bei einem nächtlichen Angriff auf die Ostseite der Stadt 16 Mann.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Erfolgreiche Beendigung des Kostümschneidestreiks.

Der Streik der Kostümschneider und Schneiderinnen Berlins hat bei seiner kurzen Dauer von sechs Tagen mit recht gutem Erfolg geendet. Die gestrige Streikerversammlung, die noch zahlreicher besucht war als die früheren, hat beschlossen, die Arbeit anderentags, also heute, wieder aufzunehmen. Die Arbeitgeber hatten es für zweckmäßig erachtet, nicht erst die geplanten Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abzuwarten, sondern sich, wenn auch nach einigem Zögern, bereits am Montagabend bei den von ihnen gewünschten privaten Verhandlungen mit Vorschlägen einverstanden zu erklären, die auch den Arbeitnehmervertretern annehmbar erschienen und die Beendigung des Lohnkampfes möglich machten. Wie nun in der gestrigen Versammlung berichtet, haben die Arbeitgeber zunächst dasselbe Angebot wie in der vorigen Woche gemacht, wollten jedoch die damals zum 1. April 1910 in Aussicht gestellten Erhöhungen schon am 1. Oktober dieses Jahres eintreten lassen. Das Angebot wurde aber auch in dieser Form von den Arbeitnehmervertretern für unannehmbar erklärt; ebenso eine Reihe von Arbeiterinnenlöhnen, die die Arbeitgeber vorschlugen. Die Vertreter beider Parteien einigten sich dann zunächst dahin, daß die Minimallöhne für Tailnarbeiter, Paletotarbeiter, Schorharbeiter, Wäpfer und Stepper in der ersten Tarifklasse auf 40 M., in der zweiten auf 38 M., in der dritten auf 36 M. festgesetzt werden. Diese Lohnsätze sind um 1 M. höher als die von den Arbeitgebern am Schluß der vorigen Sitzung angebotenen. Die Arbeitnehmervertreter erklärten zwar, daß sie die Notwendigkeit einer dritten Tarifklasse nicht einsehen könnten, aber die Arbeitgebervertreter erwiderten, daß, wenn auch sie eigentlich einen dritten Tarif nicht für nötig erachteten, ein solcher doch wohl für einzelne Geschäfte an der Peripherie der Stadt zweckmäßig wäre, und so gab denn die andere Partei dem Wunsche statt und erklärte sich mit der Einführung von drei, statt der zuerst vorgeschlagenen zwei Tarifklassen einverstanden. Die Minimallöhne der Arbeiter, die nach dem früheren Angebot in der ersten Klasse nur 29,10 M. erhalten sollten, wurden in den drei Tarifklassen auf 33, 32 und 30 M. festgesetzt. Für die Schneiderinnen, denen die Arbeitgeber bei den früheren Verhandlungen so niedrige Lohnsätze wie 22 und 20 M. geboten hatten, einigte man sich nun auf die folgenden Minimallöhne in den drei Tarifklassen: Tailnarbeiterinnen 26, 24 und 22 M., Paletotarbeiterinnen dieselben Lohnsätze, unselbständige Paletotarbeiterinnen 23, 21 und 19 M., Wäpferinnen 24, 22 und 20 M., Stepperinnen auf englische Arbeit 25, 24 und 22 M., auf französische Arbeit 24, 22 und 20 M., Vermelarbeiterinnen sowie auch Schorharbeiterinnen 24, 22 und 20 M., unselbständige Schorharbeiterinnen 21, 20 und 19 M., Junge Arbeiterinnen, die erst zwei Jahre im Beruf tätig sind, sollen als Minimallohn in den drei Klassen 16, 14 und 12 M. erhalten. Für Heberzeitarbeit erhalten die Tailnarbeiterinnen,

Paletotarbeiterinnen usw. 80 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit 1,20 M. die Stunde, die jungen Arbeiterinnen sollen 60 Pf. für die Leberstunde erhalten. Die Bezahlung der Leberstunden ist für die männlichen Arbeiter auf 1 M., bei Nacht- und Sonntagsarbeit auf 1,50 M. festgesetzt. Als Nacharbeit gilt die Zeit nach 10 Uhr abends. Ueber jene Minimallöhne hinaus ist eine allgemeine Lohnzulage von 2 M. vereinbart worden, die ungefähr ebenso geregelt ist wie in den Vereinbarungen mit den Firmen Spitzer und Luger. Der höchste Lohnsatz, der damit erreicht wird, ist für die männlichen Arbeiter 42 M., für die Arbeiterinnen 28 M. und für die jungen Arbeiterinnen 20 M. Ferner wurde vereinbart, daß den Arbeiterinnen, die anderthalb Stunden, die sie Sonnabends und vor Festtagen früher Feierabend machen, nicht abgezogen werden dürfen. — Wie der Referent hervorhob, sind die Arbeiterinnen, für die man zuerst so außerordentlich niedrige Angebote gemacht hatte, schließlich noch besser bei den Vereinbarungen gefahren als die männlichen Arbeiter. Wenn nun der Abschluß für diese weniger vorteilhaft sei, so müsse man bedenken, daß es zunächst darauf ankomme, die niedrigsten Löhne in der Branche zu heben und eine allgemeine Regelung durchzuführen, und unter dieser Voraussetzung könne man das Ergebnis des Lohnkampfes als durchaus gut bezeichnen. Die Einteilung der Geschäfte in Tarifklassen ist noch nicht erfolgt. Man könne jedoch als sicher annehmen, daß irgendwie bedeutende Geschäfte nicht in die zweite Klasse, und die allermeisten in die erste Klasse gesetzt werden. Die Mehrzahl der Arbeitgeber werde durch die Vereinbarungen zu Lohnzulagen von 3 bis 4 M. verpflichtet, andere müßten auch 6, 7, 8, ja bis zu 9 M. mehr zahlen. Wenn einzelnen Geschäften die hohen Lohnzulagen schwer fallen sollten, so hätten sie sich das selbst zuzuschreiben, weil sie bisher erbärmliche Löhne zahlten. Der Stützlohnstarif konnte noch nicht endgültig festgestellt werden. Der Redner bemerkte, daß dieser Umstand von großer Bedeutung nicht sei; es sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Stücklöhne so festgesetzt werden, daß man deswegen die Wiederaufnahme der Arbeit nicht hinauszuschieben brauche. Die Festlegung der Stücklöhne findet in einer auf den heutigen Mittwoch einberufenen Sitzung statt. Die endgültige Unterzeichnung des Tarifvertrages soll noch im Laufe dieser Woche vor dem Gewerbegericht erfolgen. Er tritt mit dem 1. April dieses Jahres in Kraft, so daß also von da ab keine geringeren Löhne als die vereinbarten gezahlt werden dürfen. Der Redner teilte schließlich noch mit, daß am Montag noch mit der Firma Herz ein Tarifvertrag auf derselben Basis wie bei der Firma Spitzer zustande gekommen ist. — Im Namen der Ortsverwaltung wurde folgende Resolution vorgelegt und der Versammlung empfohlen, zu beschließen, daß die Arbeit am Mittwoch, also heute morgen, wieder aufgenommen werden sollte:

„Die Versammlung der Streikenden erklärt sich mit dem bisherigen Resultat der Verhandlungen einverstanden und nimmt Kenntnis davon, daß der Tarif der Stückschneider sowie die Einteilung der Geschäfte in Klassen bisher noch nicht erfolgt ist. Die Versammlung erwartet aber, daß die Arbeitgeber das durch die Arbeitsaufnahme bewiesene Vertrauen rechtfertigen und gemäß ihren Verpflichtungen die Erledigung der Tarife und den Abschluß des Vertrages noch im Laufe dieser Woche vollziehen. Sollten die Streikenden in dieser Hinsicht getäuscht werden, so erklären sie schon heute, dem Rufe der Organisation sofort wieder Folge zu leisten.“

Gegen diesen Vorschlag trat in der Diskussion eine mehr oder minder entschiedene Gegenströmung hervor, namentlich weil die Einteilung in Tarifklassen, sowie die Regelung der Affordlöhne noch nicht erfolgt ist, und dann auch, weil für die männlichen Arbeiter nicht festgelegt ist, daß sie mit den Arbeiterinnen Sonnabends zugleich Feierabend machen und die anderthalb Stunden bezahlt erhalten sollen. Diesen Einwendungen entsprechend wurde aus der Versammlung eine Resolution vorgelegt, wonach die Arbeit erst nach endgültiger Festlegung des Tarifvertrages wieder aufgenommen werden sollte. Die Resolution der Ortsverwaltung wurde jedoch schließlich angenommen, wenn auch ein Teil der Anwesenden dagegen stimmte. Demnach ist die Wiederaufnahme der Arbeit auf heute früh festgesetzt. — Nunze wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß ein festes und treues Zusammenhalten in der Organisation auch für die Zukunft unbedingt notwendig ist, da nur dadurch eine dauernde und befriedigende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbürgt wird.

Die Durchführung des Tarifvertrages bei den Firmen, die außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehen, wird nun jedenfalls keine großen Schwierigkeiten mehr machen. Zum Teil haben ja diese Firmen schon bewilligt. — Nebenbei wurde zu Beginn der Versammlung festgestellt, daß noch aus mehreren Geschäften ungefähr 100 Arbeiterinnen, die bisher nicht zu gewinnen waren, sich den Streikenden angeschlossen hatten. Der Streik war also von Tag zu Tag umfangreicher geworden.

Spieler statt Brot!

Die bekannte Schokoladenfirma Sarotti entließ aus einer recht geringfügigen Ursache einen ihrer Arbeiter, der bereits über 18 Jahre im Geschäft tätig war. Sein schlimmstes Vergehen bestand offenbar darin, daß der Mann als einer der ältesten Arbeiter einen das Durchschnittmaß weit überschreitenden Lohn bekam. Als nun der Verband der Bäcker und Konditoren zu heute deswegen eine Protestversammlung einberief und die Sarottischen Arbeiter und Arbeiterinnen zum Besuch derselben einlud, bot die Firma ihren Angestellten plötzlich für denselben Tag Zirkusbilletts zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen an. Auf einer Liste mußten sich diejenigen Arbeiter, die von der Zirkusbilletts Gebrauch machen, einzeichnen.

Spieler statt Brot!

Deutsches Reich.

Die Arbeitgeber in der Holzindustrie bei der Arbeit. Wie der „Vorwärts“ kürzlich berichtete, hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen den Beschluß gefaßt, falls bis zum 1. April kein Tarif zustande kommt, in allen Betrieben eine Lohnreduktion stattzufinden zu lassen. Der Arbeitgeber-Schutzverband für die Holzindustrie, der dem Verband für das Baugewerbe angeschlossen ist, hat nun diesen Beschluß bereits in die Wirklichkeit umgesetzt, und zwar ist der Anfang in Solingen gemacht worden. In der dortigen Sägewerkerei Robert Kirchner ist seit einigen Tagen ein neuer Tarif angehängt, der eine Verlängerung der Arbeitszeit von 9½ auf 10 Stunden und eine fünfprozentige Lohnreduktion vorsieht. Der Tarif soll am 1. April in Kraft treten, falls bis dahin kein anderer nach dem Geschmach der Arbeitgeber abgeschlossen ist.

Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

Die königliche Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. hat wieder einmal einen Erlaß herausgegeben, in dem sie strengstens davor warnt, daß die Eisenbahnbediensteten oder Arbeiter Mitglieder des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands, des sogenannten „Hamburger Verbandes“ werden. In diesem längeren Erlaß heißt es zum Schluß:

Wer entgegen diesem Verbote dem Verbands der Eisenbahner Deutschlands oder dem Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiterverband beitrete, bekundet dadurch, daß er ordnungswidrigen Verfassungen huldigt. Er wird den Umständen nach auch die Folgen davon zu tragen haben.

Außerdem werden die Arbeiter noch heute zusammenberufen, um einen Revers zu unterschreiben, in dem sie betunden, daß sie dem genannten Verbands oder auch der Reichsfektion der Eisenbahner nicht angehören und auch nicht beitreten wollen.

Die Jähne ausgehissen.

Der Steinbruchbesitzer Köhler in Weihen, der seinerzeit aus seinem Betriebe die organisierten Steinarbeiter hinauswarf und eine gelbe Organisation gründete, die er über ganz Deutschland verbreiten wollte, ist nunmehr vollständig fertig. In dem Betriebe, in dem Köhler nichts mehr zu sagen hat, dominiert wieder der Steinarbeiterverband. Der Mann, der die moderne Organisation resp. die Sozialdemokratie vernichten wollte, hat jetzt eine sogenannte „Denkschrift“ herausgegeben, in der er schildert, wie er auf den Rat der Unternehmerorganisation und auf einen Artikel der „Dresdener Nachrichten“ hin den Kampf aufgenommen habe. Er sei auch vom Verband der sächsischen Industriellen unterstützt worden, aber diese Unterstützung hätte bei weitem nicht ausgereicht, um ihm den Schaden zu ersetzen, den er durch den Streik gehabt hätte.

Zum Schluß ersucht er die Kapitalisten, ihm 120 000 M. zur Gründung eines neuen Werkes zu pumpen, um den sozialdemokratischen Gewerkschaften den Beweis zu erbringen, daß die Macht des Verbandes der Industriellen und der vaterländischen Partei doch die härtere ist und bleibt.

Das Schicksal des Köhler, der früher ein größeres Werk mit 500 Arbeitern besaß und nun nichts mehr hat, sollte eigentlich den Unternehmern als warnendes Beispiel dienen, die da glauben, mit Hilfe der gelben Arbeiterorganisationen die moderne Arbeiterbewegung niederzuringen zu können.

Siegreicher Streik.

Ein Ausstand der Tapezierer der Firma Forst Nachf. in Leipzig ist zugunsten der Gehilfen beendet.

Gerichts-Zeitung.

Ein Giftmordversuch.

In der Anklage gegen die Rentiere Johanna Schröder geb. Köpfe und den Kaufmann Otto Teller wegen Giftmordversuchs am Montag gegen Rittermächte das Urteil gefällt. Ueber den Tatbestand haben wir am 25. d. M. berichtet. Die mehrtlägige Beweisaufnahme erstreckte sich im wesentlichen darauf, daß die Angeklagte Schröder eine Frau sei, der man den Giftmordversuch zutrauen könne. Die Geschworenen gaben nun gegen den Kaufmann Teller ihr Verdict auf Schuldig ab. Das Gericht sprach darauf die Angeklagte Frau Schröder frei und verurteilte Teller zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Der fittliche Pastor.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 176,3 mit 174,1 und Verleumdung ist am 25. Januar von der Strafkammer in Sonderhausen der Pfarrer Paul Beyer aus Großbrücher zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er hat sich an mehreren Konfirmandinnen in skandalöser Weise vergangen und bei seinen Taten große Beharrlichkeit gezeigt. Die Strafantragsteller beschuldigte er der Nachsicht, weil er einer Verwandten derselben die kirchlichen Ehrenrechte bei der Trauung versagt habe. — Wegen des Urteils hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwarf am Montag die Revision.

Reineidsanklage gegen einen Regierungsdassessor.

Am Dienstag wurde vor dem Schwurgericht in Trier eine Reineidsanklage gegen den Regierungsdassessor Rautenstrauch, Mitglied einer millionenreichen Familie, verhandelt. Rautenstrauch war vor etwa sieben Jahren in einem Prozeß verurteilt, in dem der damalige Angeklagte, der Arbeiter Dieblar beschwor, daß R., der damals noch Regierungsdassessor war, mit ihm verbotenen Verkehr gepflogen habe. R. bestritt diese Aussage unter seinem Eide, worauf Dieblar wegen Reineides usw. zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Diese Strafe hat er verbüßt und ist dann nach Amerika ausgewandert. Vor einigen Wochen zeigten sich plötzlich bei dem jetzigen Regierungsdassessor R. eigenartige Symptome; er wurde streng religiös und suchte bei einer Ordensbruderschaft um Aufnahme nach. Diese wurde ihm aber verweigert, als er angab, daß die schwere Sünde des Reineides sein Gewissen belaste, er habe vor sechs Jahren willentlich falsch geschworen, niemals mit dem Arbeiter Dieblar perverber verkehrt zu haben, während dies doch der Fall gewesen sei. Die Ordensbrüder empfahlen R., zunächst bei der Staatsanwaltschaft Trier Anzeige von seinem Verbrechen zu machen und eventuell später, nach der Sühne seines Verbrechens, erneut um Aufnahme nachzusuchen. R. erteilte eine Zeitung umher und stellte sich schließlich der Staatsanwaltschaft in Trier, vor der er sein Geständnis wiederholte. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis. Strafmildernd kam in Betracht, daß er durch wahrheitsgemäße Angaben im Prozeß Dieblars sich selbst einer strafbaren Handlung beschuldigt haben würde.

Von einer Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den unschuldig verurteilten Arbeiter ist nichts bekannt geworden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berliner Vertrauensbruch.

Bern, 30. März. (S. S.) Der Genfer Rechtsanwalt des ausgewiesenen Russen Waskilietz machte dem eidgenössischen Justizdepartement die Mitteilung, daß Waskilietz entgegen den von Russland erteilten Zusicherungen sowie den vom Bundesgericht für die Auslieferung gestellten Bedingungen, nunmehr doch dem Militärgericht überwiesen wird.

Maximalarbeitstag für die Bergarbeiter.

Brüssel, 30. März. (S. T. N.) Die Kammer beendete heute die erste Lesung des Gesetzentwurfes betreffend den Maximalarbeitstag für die Bergarbeiter und setzte dessen Inkrafttreten auf den 1. Januar 1912 fest.

Das Ende der Balkankrise.

Belgrad, 30. März. (Meldung des Wiener I. T. Tel.-Korr.-Bureaus.) Der Ministerrat beschloß heute nachmittag, den Forderungen der Großmächte vollinhaltlich zu entsprechen. Von diesem Beschlusse wurde der serbische Gesandte in Wien in Kenntnis gesetzt. Die Regierung wird morgen der Stuphagina über die Vorstellung der Großmächte Bericht erstatten. Sodann wird der serbische Gesandte in Wien beauftragt werden, die von den Großmächten empfohlene serbische Erklärung der österreich-ungarischen Regierung zu übergeben.

Nicht ausgeliefert.

New York, 30. März. (Nabelmeldung des „Vorwärts“.) Der russische Revolutionär Buren, dessen Auslieferung die russische Regierung unter dem Vorwand, er hätte nicht politische, sondern gemeine Verbrechen begangen, von den Vereinigten Staaten forderte, ist heute definitiv aus der Haft entlassen worden. Der Erfolg ist dem eifrigen Wirken eines Verteidigungskomitees zu danken, das auf Betreiben unserer Genossen begründet wurde. Im Gegenzug zur Schweiz haben die Vereinigten Staaten das Asylrecht gewährt.

Die heutige Nummer besteht aus Hauptblatt, 11 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

237. Sitzung vom Dienstag, den 30. März 1909, vormittags 11 Uhr.

Im Bundesratsstiche: v. Bethmann-Hollweg, Schöner, Dernburg, v. Schoen. Auf der Tagesordnung steht der

Etat des Reichskanzlers.

Abg. Wassermann (natl.):

Die heutige Debatte steht unter dem Zeichen der Finanzreform,

mit der ich mich ausschließlich beschäftigen werde. Ueber ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit herrscht in allen Parteien und Schichten der Bevölkerung Uebereinstimmung. Es zeigt sich in Volke eine ungewohnte Opferwilligkeit. (1) Die Finanzreform ist notwendig, um die Reichsfreudigkeit bei den Einzelstaaten zu erhalten. Die Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen ins Gleichgewicht gebracht werden, damit die Landesverteidigung nicht Not leidet. Geringe Finanzen sind weiter erforderlich, um die Witwen- und Waisenversicherung zu lösen. Ein finanziell starkes Deutschland ist ein Friedenshort in einer Zeit, in der leider angeichts der politischen Lage an eine Abwärtung nicht zu denken ist.

Der Friede der Welt beruht auf den deutschen Bajonetten!

(Bravo! bei den Natl.) Zwar keine weiche, aber eine sichere Unterlage.

Eine zweite unerlässliche Voraussetzung der Finanzreform ist die

genügende Heranziehung des Besitzes.

(Bravo! bei den Freis.) Wenn der Massenkonsum belastet wird, weil es nicht anders geht, dann darf der Besitz nicht verschont bleiben. Das ist ein Gebot der Staatsloyalität und der sozialen Gerechtigkeit. Der Staat würde sonst selbst das Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen führen. (Lebhafte Zustimmung bei den liberalen Gruppen.) Die Form der Besitzsteuer stand für uns Nationalliberale in zweiter Linie. Für uns hand nur fest, daß sie allgemeinen Charakter haben, jeden Besitz treffen und nicht den Grundbesitz freilassen müsse. Wir haben im Laufe der Zeit eingesehen, daß der Weg einer Reichseinkommensteuer, für den mancher von uns begeistert war, nicht gangbar ist. — Den Einzelstaaten darf die Einkommensteuer nicht entzogen werden. (Sehr wahr! rechts.) Für eine Reichseinkommensteuer ist zurzeit auch eine Mehrheit im Reichstage nicht zu finden, ebenso wenig im Bundesrat. So ist unser Vorschlag einer Reichsbesitzsteuer in der Finanzkommission abgelehnt worden. Um weiter zu kommen, ist dann das Campsche Kompromiß abgeschlossen worden. Es hat im Lande, in den Einzelstaaten lebhaften Widerspruch gefunden. (Sehr richtig!) Unter diesen Umständen erstrebt die große Mehrheit der nationalliberalen Fraktion den Ausbau des Erbschaftsteuergesetzes, die Heranziehung der Deszendenten zur Erbschaftsteuer, für eine Notwendigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Natl.) Wir wollen, daß bei der Heranziehung der Deszendenten den besonderen Verhältnissen der Landwirtschaft Rechnung getragen wird. Wir wollen, daß alle Vorsichtsmassregeln im Gesetz getroffen werden, um Steuerschnüffelereien hintan zu halten. Wir wollen, daß mittlere und kleinere Erbschaften freibleiben über die Grenze der Regierungsvorlage hinaus! Es ist dies

der Standpunkt des Gesamliberalismus

(Sehr richtig! links), der vielleicht auch von manchen Konservativen und sogar vom Zentrum geteilt wird.

Welche Parteien sollen nun die Finanzreform erledigen? Diese Frage steht jetzt im Vordergrund. Die nächstliegende Antwort wäre:

der Block,

der eine Reihe von Aufgaben wie das Vereins- und das Waisen-gesetz gelöst hat! Die Bedeutung der Finanzreform geht weit hinaus über diese Fragen. Auch weit hinaus über die Streitig-

keiten beim Kolonialetat, die feinerzeit zur Auflösung führten. (Sehr wahr! links.) Der Wille, die Finanzreform tunlichst durch die Blockparteien zu lösen, hat zu den Blockkonferenzen und zu der Annahme des Kompromisses Camp geführt. Kann der Block die Finanzreform nicht erledigen, so muß die Führung in der Finanzfrage auf das Zentrum übergehen, und das wäre ein Wendepunkt in unserer inneren Politik. Man spricht von einer Finanzreform, die mit wechselnden Mehrheiten gemacht würde. So hoch ich die Gutmütigkeit des Zentrums einschätze (Heiterkeit), das erwarte ich doch nicht von ihm, daß es allemal dann einspringen wird, wenn der Block nicht weiter kommt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Die Erledigung der Finanzreform mit wechselnden Mehrheiten schließt die Gefahr in sich, daß im letzten Moment das zusammengebaute Werk zusammenbricht. Sollte der Schatzsekretär wirklich seine Hoffnung auf wechselnde Mehrheiten bei den einzelnen Gehehen aufbauen, so würde das eine sehr nahe Einschätzung der politischen Realitäten sein. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Die „Augsburger Postzeitung“ sagt heute auch ausdrücklich, daß zum Abschluß einer Koalition zwei gehören. Ob man denn glaube, daß das Zentrum der Rechten gerät in die Arme links werden, wenn die Konservativen den Block kündigen. (Heiterkeit im Zentrum.) Wer das vermute, täusche sich gründlich. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das Zentrum habe nicht die geringste Lust, aus der gegenwärtigen Situation herauszutreten, es sei denn, daß ihm ernstliche Garantien geboten würden. (Sehr richtig! im Zentrum, Hörl hört! beim Block.) Es ist ganz klar, daß wenn das Zentrum Finanzreform macht, es in allen anderen Fragen der inneren Politik nicht mehr ausgeschaltet werden könnte. Gerade die Lösung der Verbindung mit dem Zentrum durch den Reichskanzler hat aber einen großen Teil der Nation auf Freude erfüllt. Wir wünschen nicht, daß nach so kurzer Zeit der Block zerstört wird. Geschieht es, so wird man im Volk die Schuldigen zu finden wissen! (Sehr richtig! bei den liberalen Gruppen.) Man fragt, ob die Finanzreform als Blockaufgabe nicht bereits gescheitert ist. Die Frage ist akut geworden durch die Stellungnahme der konservativen Partei und durch die bekannte Notiz in der „Konservativen Korrespondenz“, in der sogar von einer Vorherrschafft des Freisinnigen gesprochen wird. (Lachen v. d. Freis.) Ich sehe nicht an, die offene Erklärung der Konservativen für einen Akt der Loyalität zu erklären. Sie mußte in diesem Moment erfolgen, weil am Freitag die Abstimmung über die Liebesgaben in der Finanzkommission stattfand. Wir haben bei dieser Abstimmung eine neue Gruppierung kennen gelernt. Wäre die Erklärung nicht vorher erfolgt, so wäre die konservative Fraktion mit Recht in den Verdacht der Frelone am Block gekommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Liberalen.) An die Erledigung des Blockes haben Phantasten lähne Hoffnungen auf einen neuen Block aufgebaut.

„von Bebel bis Wassermann“.

(Allseitige Heiterkeit.) Herr Bebel wird höchst erstaunt und belustigt gewesen sein, daß er nunmehr an Stelle der Konservativen 400 Millionen neue Konsumsteuern bewilligen soll. (Allseitige Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten, die sogar Herrn Barth und Herrn v. Gerlach verladen, kann ich mir nicht Arm in Arm mit uns Nationalliberalen und mit Mitgliedern der freisinnigen Parteien wie dem geschätzten Kollegen Mugdan denken. (Erneute Heiterkeit links.) Wenn der Block einmal vergeht, muß der Nationalliberalismus auf eigenen Füßen stehen, auf beiden Füßen, und er hat ja glücklicherweise zwei: ein rechtes und ein linkes. (Bravo! bei den Liberalen.) Herr Raumann möge an die Reichstagswahlen zurückdenken und an die Tatsache, daß bei diesen Wahlen ein gewaltiger Umwälz des gesamten deutschen Bürgertums gegen die Sozialdemokratie zutage getreten ist, der in einer von uns unerwarteten Weise zu der großen Niederlage der Sozialdemokratie geführt hat. Also an ein Bündnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie, das für uns nur tabubringend sein würde, glaube ich nicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Liberalen.)

Die Grundsätze, die die „Norddeutsche Allgemeine“ am 25. März über die Finanzreform veröffentlicht hat, worin es heißt, daß der Bedarf an neuen Einnahmen nicht bloß eine Vesteruerung von Genußmitteln der breiten Masse erfordert, sondern durch eine allgemeine Belastung des Besitzes mit ausgebracht werden muß,

sind die des gesamten Liberalismus. Es wäre erfreulich, wenn der Herr Reichskanzler hier im Plenum diese Grundsätze bestätigte. (Sehr wahr! links.) Die feste Stellung der Regierung ist die Garantie des Erfolges. Sie wird dem Gedanken der Regierungsvorlage zum Siege verhelfen,

selbst wenn es nötig sein sollte, den Appell an das Volk zu richten.

(Bewegung.) Die Politik der konservativ-liberalen Paarung ist eine Politik der Konfessionen, an der der Liberalismus festhalten will. Wir fragen nunmehr die konservative Partei, wie sie sich dazu stellt. Die Abstimmung über die Liebesgaben hat eine tiefe Berührung in liberalen Kreisen hervorgerufen. (Sehr richtig! links.)

Wenn die Steuerreform durch den Block gemacht werden soll, muß dieser Beschluß über die Liebesgaben revidiert werden.

(Sehr richtig! links; große Unruhe rechts.) Der Block bedeutet manchen Verzicht am Parteiprogramm, bei den Konservativen wie bei den Liberalen. (Unruhe rechts.) Bis heute sind Konfessionen auf beiden Seiten in weitem Umfange gemacht worden. (Sehr wahr! links; Unruhe rechts.) Wir bringen gern dieses Opfer, aber wir können nicht vertragen, daß bei der Finanzreform der liberale Gedanke ausgeblendet wird. Ueber all diesen Kombinationen und Konstellationen, die naturgemäß keine ewige Dauer haben können, siehe

„unsere großen Prinzipien“

(Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten), denen die Zukunft gehört. (Bravo! links.) Die Festigkeit und Klarheit der Politik des Reichskanzlers (Fürst Hilow betritt den Saal) hat in den Vorkonferenzen und zu einem glänzenden Erfolge der deutschen Staatskunst geführt, der an die besten Zeiten der Bismarckschen Politik erinnert. (Bravo! links.) Wäge der Reichskanzler in der Finanzreform, die mit Festigkeit und stilllichem Ernste betrieben werden muß, den gleichen Erfolg haben, zum Heile der Nation! (Lebhafte Beifall bei den liberalen Gruppen.)

Abg. Sanderseer (Elf.): Elsaß-Lothringen hat nicht die Stellung eines selbständigen Bundesstaates im Reiche. Die verbündeten Regierungen würden eine edle Tat tun, wenn sie den Wünschen des elbsässigen Volkes entsprechend ihm die staatliche Selbständigkeit geben würden. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Im vorigen Jahre hat der Reichskanzler erklärt, daß dieser Frage nähergetreten werden soll. Das ist in der Zwischenzeit geschehen, aber eine Uebereinstimmung innerhalb der verbündeten Regierungen ist noch nicht erreicht. Die verbündeten Regierungen sind aber entschlossen, diese Frage baldigt zum Ziele zu führen.

Abg. Wiemer (fr. Sp.):

Auch ich halte, wie Herr Wassermann, die Reichsfinanzreform für eine Lebensfrage des Reiches. Die Regierung ist sich aber nicht früh genug klar darüber gewesen, mit welcher Mehrheit sie sie machen will. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wir haben einen bedeutenden Erhöhung der Verbrauchssteuern zugestimmt; das war ein weites Entgegenkommen unsererseits. Aber die Voraussetzung dafür war eine kräftige Heranziehung des Besitzes. Ohne diese würden wir unsere Zustimmung zu den Verbrauchssteuern nicht aufrecht erhalten. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Die Nachlag- und Erbschaftsteuer steht erneut auf der Tagesordnung, und ich freue mich, daß die Nationalliberalen auch bereit sind, für den Ausbau der Erbschaftsteuer einzutreten. Damit ist eine einseitige Frontstellung aller Liberalen gegeben. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.) Die Freude hierüber wird auch nicht beeinträchtigt durch die Ausführungen des Abgeordneten Wassermann über Herrn Raumann. Auch ich teile nicht die Anschauung Raumanns über die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Blockes von Wassermann bis Bebel. Das ist aber belanglos gegenüber der Tatsache, daß wir alle, auch Raumann, einen Zusammenhalt aller Liberalen wünschen und in der Frage der Wechselseitigkeit auch haben. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Graf Mirbach hat die konservativ-liberale Partei einen Rocher de bronze (ebernen Feld) gegen die Nachlagsteuer genannt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die heutige Mehrheit der Konservativen

Kleines feuilleton.

Die „Traumtänzerin“ Magdeleine (oder wie sie früher hieß Madeline) tritt nun auch in Berlin wieder auf. In den Kammer-spielen läßt sie sich von einem eigens dazu mitgebrachten Pariser Hypnotisierer. Im Traumzustande werden dann wunderbare künstlerische Qualitäten wach, über die sie im Wachzustande nicht verfügen soll. Also behaupten die Anhänger, vor allem ein Münchener mondäner Neurologist. Da es in Berlin ja schon lange zum guten Ton gehört, an geheimnisvolle Kräfte zu glauben und selbst von Spiritisten größter Oberbank sich Wunder vorzuführen zu lassen, so wird Magdeleine (welch seltsamer Name!) sicher Abzichten genug finden. Der geheimnisvolle Zauber würde uns nur unter gehöriger wissenschaftlicher Kontrolle interessieren, die uns aber weder der Münchener Psychiater noch etwa Herr Stumpf, der wissenschaftliche Vegetarier des Augen Hans, bieten könnten. So bleibt denn für uns nur die künstlerische Seite. Frau Magdeleine, deren Herkunft ebenso geheimnisvoll ist (das ist das weltliche) wie ihr Geisteszustand, hat ein bis zur Grimasse ausdrucksvolles Mienenpiel. Regitationen und Musikvorführungen begleitet sie mit mimischen und pantomimischen Bewegungen. Und wie immer ihr Zustand sei, sie hat eine Gebärdenprache, die mannigfaltig und kräftig ist, besonders im Affekt. Dagegen gehen ihr Grazie und was man schöne Linie nennen könnte, ab. Dafür ist sie aber, wie gesagt, ungemein interessant, weil sie all ihre Fähigkeiten — angeblich ohne Übung und Vorbildung — aus der Tiefe ihres Unterbewußtseins schöpft. Und das ist die Hauptsache.

Münchener Frühling. In der Landschaft, in der bildenden Kunst, in der Starbierzeitung und im Theater tut er sich kund, der holde Knabe Frühling. Die Nodel- und Ski- und Vossleighbahnberichte aus den Vorbergen und auch schon im bayerischen Hochgebirge selbst lauten traurig für die Wintersportler, denn sie melden das Schwinden des Schnees. Föhnwind braust von Süden her und frist gierig seinen weißen, weichen Feind weg. In Strömen rinnt er zu Tal und beginnt das Bett des wilden Karwandelstromes Hoor, des Vech, des Jans und der Donau mit grauen, gurgelnden, quirlend dahinschießenden Massen zu füllen. Auf dem Roderberg am hohen Harzer fikt im wärmenden Nachmittagschein der Märzsonne der Münchener Spiehbürger, knabbert die ersten Rabieschen und schlürft in Strömen das schwere, schwarze, süße Salvatorbier, die Berle aller Frühling-Startbiere. Ist er nebenbei etwas poetisch veranlagt, laufst er vielleicht auf das Schlagen des Finken, der über ihm im kalten Geäst fikt ober lauti seiner Gulbin die massenhaft dargebotenen treuen Blauaugen des Venzes, die duftenden Weilchen. Nur leider ist zu vermeiden, daß nach der zweiten Maß schon die schöne Frühlingstimmung zum Tausel geht und rohere Regungen in dem vom Alkohol umnebelten Hirnflösten sich geltend machen. Zum Glück dauert aber die Salvatoraktion nur acht Tage, dann ist Ruhe bis zur Eröffnung des Raibodes in der hll. bayr. Anstalt für rationelle Volkverdrummung, dem Hofbräuhaus.

In farbigen Leinwänden spiegelt sich der Frühling auch in den Sälen der Sezession. Freilich von Wertbetrieb und treibender Reimkraft, geschweige denn von revolutionärem Märzgeist ist auf den braven Bildern unserer Jahr für Jahr zahlmer werdenden Sezessionisten wenig zu spüren. Sie malen wohl, wie es ihnen der Geist eingibt, aber das ist ein schwacher Geist der Anpassung, der

Berechnung auf Verkaufschancen. Augenblicklich sind Interieurs sehr beliebt, seitdem Meier-Gräfe Menzels „Zimmerrede mit Balkontüre“ für die Werke der Nationalgalerie erklärt hat. So tun Rühl, Eugen Wolff, Josef Kühn, zum Teil auch Winterhny ein übriges und malen fleißig Interieurs a la Menzel, vertritt sich mit der obligaten Wiederholungsbildung. Sonst gibt es noch Fensterbilder von Hans Schäfer (Nebelungen), wadere Landschaften von Albert Lamm und Hartalstudien von dem zur heimischen Scholle zurückgekehrten Piegisch, Hochgebirgszener voll seltsam blühenden Reflexglänzen von Karl Reiser, Porträistudien von Schwalbach, grüne nackte Damen vom „Toiletentisch“ von Schna d e n b e r g, geistvolle „Kleinigkeiten“ von dem einst herden und lähnen Frig Hag und eine Kollektion von dem Pariser Paul Cögenne, ein Evangelium für die Snobs. Innerlich vervollkommnet von den Säulen der Sezession hat sich Schraumm-Rittau. Er ist von den natur-litischen Federbüchern auf die düstige träumerische Stimmung der Landschaft der Moore gekommen, beherrscht auch die Form jezt und verucht sich mit gutem Gelingen an der schweren Aufgabe Menschen zu charakterisieren.

Anläßlich einer „Coriolan“-Aufführung hat die Münchener Shakespeare-Wühne, die zur Vereinfachung der oft wechselnden Shakespearezitate 1890 unter Verlaß Leitung von Savits und Lautenschläger konstruiert wurde, eine Verbesserung erfahren, die ihre Wirksamkeit auch an anderen Theatern vielleicht ermöglicht. Die Erzeugnisse des Münchener Künstlertheaters sind hierbei bewertet worden. Die Zweiteilung des Raumes zeigte im Vordergrund eine Aart dieser viel beschriebenen „Reisebühne“, auf der vor einem dunklen Vorhang sich alle die Szenen abspielen, die keine bestimmte Lokalisierung verlangen. Der Hintergrund, die Hinterbühne bildet für die Szenen vorbehalten, die nach der Vordrängt des Dichters einen bestimmten dekorativen, malerischen Charakter verlangen. Vieles wies hier noch auf die Illusionsbühne hin, in der Hauptache aber ist die von Maschinendirektor Klein entworfene Shakespeare-Reformbühne als ein wesentlicher Fortschritt über den landläufigen Kulissen- und Soffitzenzauber hinaus zu begrüßen.

Der Respekt vor dem Staatsanwalt. Aus Rostock wird uns geschrieben: Eine für das Staatswohl sehr besorgte Stadtkreuder-deputation führt hier ihr Szepter. Sollte da am letzten Sonntag eine Volksvorstellung stattfinden mit dem etwas freimütigen Stück Schäfers: „Staatsanwalt Alexander“. Die Deputation bereitete sie indes und so konnte die Volksvorstellung nicht stattfinden. Einige Male war das für das mecklenburgische Volk so gefährliche Stück bereits aufgeführt worden, ohne absonderlichen Schaden anzurichten. Diesmal aber paktete die Deputation, der ein Senator, ein Kommerzienrat, ein Rentier und ein Fabrikbesitzer angehören, auf und verhinderten das Unheil. Zum Erlag schlugen sie dem Direktor vor, „Was ihr wollt“ von Shakespeare aufzuführen. Da aber „Was ihr wollt“ erst hätte einstudiert werden müssen, so wurde die billige Vorstellung für die minderbestehende Klasse überhaupt abgefragt. Die liberal verwaltete Stadt Rostock leistet 40 000 Mk. Zuschuß an das Theater, offenbar, damit einige Respekt-personen Experimente in Volksbeglückung eigener Art unternehmen können. Was dabei herauskommt, sieht man: gar nichts.

Das neue Messina. Die Freunde des alten Messina werden die neue Stadt wohl kaum wiedererkennen, wenn die Rekonstruktions-pläne des italienischen Ingenieurs Cannizzari, die jenseits der

Alpen lebhaftes Aufsehen erregen, angenommen werden. Nach einer genauen Untersuchung der Ruinen und der Einsturzursachen hat Cannizzari den Plan entworfen, in der neuen Stadt nur niedrige, höchstens zweistöckige Häuser zu errichten. Die neuen Häuser sollen villenartig gebaut werden, d. h. alle voneinander getrennt bleiben, und zwar soll der Zwischenraum von Haus zu Haus wenigstens so groß wie die doppelte Höhe des Bauwerkes sein. Nach diesem Vorschlage würde jedes Haus seinen großen, umfangreichen eigenen Garten haben, in dem unter der südlichen Sonne Siziliens in kurzer Zeit schattenspendende Zitronen- und Apfelsinenbäume erblühen würden. Messina aber würde vielleicht das Bierfache der bisherigen Stadtfläche einnehmen und stundenweit würden aus dem Grün der Gärten längs der Meerestüfte die Dächer ausleuchten.

Humor und Satire.

Atabismus.

Der Urahn war ein Menschenfreier. Er lobte sich, was jung und zart. Er sprach: „Ein Jüngling schmiedt mit bester Als einer mit ergrautem Bart.“

Wir aber sind seit lange Christen. Wir sagen: „Kindelein, liebet Euch!“ Wir führen strenge Bürgerlisten, Und fehlt mal einer, merkt man's gleich.

Der Pfarrer spricht: „Du sollst nicht töten; Sonst kommst Du vor das Schwurgericht.“ Kaum daß mit holdem Schamerrösten Der Mann den Fioh knid, der ihn sticht.

Nur alle zehn bis zwanzig Jahre Gibt's einen Rückfall comme il faut. Dann fahren wir uns in die Haare Und massacrieren uns en gros.

Der Urahn spukt auf unseren Zungen — Er nennt sich diedmal Vater Staat. Das Blut von tausend braven Jungen Schürft er wie Döhsenmaulsalat.

Das Christentum zerbrach in Scherben. Es brüllt das Tier, von But entbrannt: „Wie schön und herrlich ist's, zu sterben, Zu sterben für das Vaterland!“

(Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— O Meodorich, wie hast du dich verändert! Die väterlich wachende Polizei hat den Staat wieder einmal vor großen diplomatischen Verwicklungen bewahrt. In dem Operettenkönig Meodorich von Kongolien, der im Theater des Westens in der neuen Operette „Der Jodelhülz“ tanzt, singt und den Hof macht, witterte sie einen Monarchen, der mehr in Paris als in seiner ebenfalls französisch sprechenden Hauptstadt lebt. Zuerst verwanbelte sie daher Kongolien in Mongolien, dann drang sie darauf, daß der Name Meodorich seinen Anfangsbuchstaben wechselt, und zuletzt schnitt sie sogar dem Darsteller den langen weißen Vollbart ab, den man aus so vielen Witzblättern kennt.

gegen sie sich schließlich in eine Minderheit verwandeln wird. Die Tätigkeit der agrarischen Parteien des Bundes der Landwirte allerdings ist für die Reichsfinanzreform schädlich und unheilvoll. (Sehr richtig! links.) Die Rücksichtslosigkeit und Kurzsichtigkeit der agrarischen Demagogie... (Große Unruhe rechts, lebhaftes Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)... Run, auf der letzten Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch sind doch Versicherungen gefallen, welche die größte Enttäuschung bei und Herbeiführung mieden, (Zuruf rechts: Das ist unrichtig!) An Einseitigkeit der Forderungen, an Herausforderung der nichtagrarischen Kreise hat diese Generalversammlung noch ihre Vorgänger in den Schatten gestellt. Die vom Bunde der Landwirte beschlossene Resolution nennt im Eingang die Reichsfinanzreform eine nationale Notwendigkeit und schließt mit der Ablehnung aller direkten Reichsteuern, ausdrücklich auch der Reichsvermögens- und Nachlasssteuer! Das zeigt deutlich, daß hinter ähnelnden patriotischen Wendungen sich lediglich Verachtung der Abneigung, selbst Opfer zu bringen! (Lebhaftes Zustimmung bei den Freisinnigen, große Unruhe rechts.) Auch gegen die Forderung, die Reichsfinanzreform mit dem Ausbau konstitutioneller Garantien zu verknüpfen, hat der Bund der Landwirte in aller Entschiedenheit Stellung genommen.

Durch die letzten Vorgänge sind die Voraussetzungen für die Mitwirkung der Linken in der Politik entgegen, die Zustimmung in der Steuerkommission und die Erklärung des Herrn von Normann zeigen, daß die Konservativen die Finanzreform mit dem Zentrum machen wollen. Wenn die Konservativen Korrespondenz auf die angeblich einseitige Vorherrschaft der Liberalen im Block hinweist, so bemerke ich: Wir haben stets gesagt, daß wir bei unserer Mitwirkung im Block Fortschritte in der Richtung unserer Anschauungen durchsetzen wollen, und es erfüllt uns mit Genugtuung, daß wir in dieser Richtung einiges erreicht haben. Aber von einer einseitigen Vorherrschaft der Liberalen kann doch nicht gesprochen werden. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Am wenigsten kann die konservative Partei darüber Klage führen, die es verstanden hat, jahrzehntelang die Regierung und die Gesetzgebung unter ihre Herrschaft zu zwingen und durch ihre Vorherrschaft in Preußen auch den entscheidenden Einfluß auf die Reichsregierung zu gewinnen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wir werden ruhig weiter arbeiten und nicht fragen, was Fürst Bülow tun wird.

Wir werden die weiteste Entwicklung mit kühler Gelassenheit abwarten und sehen, ob ein Faktum sich ereignet, das es ermöglicht, aus unserer jetzigen Reserve herauszutreten. Unser Ziel bleibt: Befestigung der nationalen Einheit Deutschlands, Ausbau der politischen Freiheit, Hebung der Wohlfahrt des ganzen Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Hg. Freiherr v. Röstkyen (L.):

Es ist mir unverständlich, wie Herr Wiener in demselben Atemzuge sich für den Block einlegt und zugleich solche Vorwürfe gegen einzelne Parteien richtet, die er für den Block zu werden sucht! Von der Reserve, die er sich auferlegen wollte, habe ich nichts bemerkt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man berechtigt die Geschichte des Blocks schreiben wird, so wird sie sehr viel von Konzessionen der Rechten zu erzählen haben (Große Heiterkeit links), und aber von Konzessionen der Linken, das heißt noch dazu. Meine Partei will nach wie vor die Reichsfinanzreform fördern. Aus diesen Gründen werden wir nicht zögern, an der Reichsfinanzreform weiter mitzuarbeiten, wenn uns das auch schwer gemacht wird. Vor allem liegt uns daran, eine Verstopfung der Verhandlungen zu verhindern, vor der sie zu stehen scheinen. Die schweren Gegensätze der Parteien müssen zum Ausgleich gelangen. Das wir zu Konzessionen bereit sind, hat das sogenannte Besitzsteuerkompromiß bewiesen, von dem Herr Rüstkyen selbst anerkannt hat, daß sein Grundgedanke liberal sei. (Hört! hört! rechts.) Durch unsere Zustimmung zu jenem Kompromiß und durch unser ganzes Verhalten haben wir bewiesen, daß wir eine Besitzsteuer wollen. Das Gesetz über die Nachlasssteuer aber ist nicht nur von unserer Partei zurückgewiesen worden, sondern hat überhaupt nur sehr wenig Gegenliebe gefunden, so daß ich glaube, es ist in der Personierung verschwunden. (Hört! links.) Was an seine Stelle treten soll, darüber will ich mich heute nicht aussprechen. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Wir verlangen, daß die Regierung mit ihren Vorschlägen hervortritt; neue Steuern vorzuschlagen, ist nicht Sache der Parteien. Eine ganze Reihe von Steuern, wie die Inzinsensteuer, Elektrizitätssteuer, Weinsteuer, sind gerade von der Linken abgelehnt worden. (Sehr richtig! rechts.) Unstimmigkeiten zwischen uns und der Linken haben sich nicht ausschließlich bei der Brandsteuer gezeigt. Sie sind auch bei der Tabaksteuer vorhanden. (Hört! hört! rechts.) Es ist nicht wahr, daß wir gesagt haben, wir wollten den Block sprengen und die ganze Reichsfinanzreform mit dem Zentrum machen. Davon ist nie die Rede gewesen. Wir haben nur gesagt, wir müßten die Majorität nehmen, wo wir sie fänden! (Stürmische Gelächter links.) Das Vaterland geht und nicht nur über die Partei, es geht uns auch über die Parteikonstellation. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Hg. David (Soz.):

Aus der Reform des Finanzsystems ist nun das Elend der Finanzreform geworden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Ursache liegt wohl darin, daß diese Parteipolitiker mehr an die eigenen Finanzen denken als an die Finanzen des Reiches. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler empfahl neulich als Lösung der Finanzmiserie Rückkehr zur altgewohnten Sparsamkeit. Ueberall soll gespart werden, nur nicht an Militär- und Marineausgaben, während doch gerade von diesen Ausgaben die Finanzmiserie gekommen ist. Trotzdem will die Regierung nicht auf eine Mäßigungsbeschränkung eingehen, sondern beharrt auf dem Standpunkte, daß das endlose Wettrüsten die beste Garantie des Friedens sei. Es wird damit nicht anders werden, bis man nach unserem Vorschlage handelt, nämlich die Hauptkosten für die Bedürfnisse des Reiches, insbesondere für Militär und Marine, auf die Schultern der wirtschaftlich Starken zu legen. Man könnte etwa bei jeder Flottenverlängerung die Kosten dafür durch eine Umlage auf die großen Vermögen von 100 000 M. an progressiv steigend erheben! Diese Flottensteuer könnte man ratenweise erheben: jedesmal, wenn ein neues Schiff vom Stapel gelassen wird, ist nationaler Festtag, dann wird die Flottensteuer erhoben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dann wird zweifellos die Einsicht, daß hier der Punkt ist, wo mit der Sparsamkeit einzusetzen ist, sich sehr bald auch in den Kreisen verbreiten, wo sie heute noch nicht vorhanden ist. Statt dessen sollen nun von 500 Millionen nicht weniger als 400 Millionen aus dem Konsum der großen Klassen herausgeholt werden. Herr Vasser mann meinte, wenn man nicht 100 Millionen Besitzsteuern beschlehe, bringe man damit

Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie.

Glauben Sie denn nicht, daß auch diese Teilung bereits Wasser auf unsere Mühlen ist? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die 400 Millionen, die von neuem dem Erwerbsebenen aufgelegt und im großen und ganzen aus den breiten Massen des Volkes herausgeholt werden sollen, werden zweifellos so manchen, der bisher in der Sozialdemokratie das schlimmste Übel sah, anders über sie denken lassen. Der Eindruck kann auch dadurch nicht verwischt werden, daß man ein paar Luxussteuern mit hineinbringt. Diese Taktik der Dekoration mit kleinen Luxussteuern ist zu durchsichtig. Wir wenden uns gegen diese Steuern erstens, weil es kurzweilig durchaus wertlos ist, ein neues Beamtenheer festzusetzen auf unproduktiver Arbeit, und zweitens, weil wir nicht wollen, daß einzelne Erwerbszweige fortgesetzt in Unruhe und Schwierigkeiten gestürzt werden. Außerdem ist das, was dabei herauskommt, kaum der Rede wert gegenüber den großen Summen, die aus dem Massenkonsum gezogen werden. Wir schlagen ihnen eine Luxussteuer vor, die ist rational und erhebt alle übrigen Luxussteuern: das ist die

ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Damit treffen Sie allen Luxus. Wir nehmen von den goldenen Eiern, solange sie noch im Nest sind, während Sie die Eier ausbrüten lassen wollen und dann jeder Henne ein paar Federn nehmen! Das Argument, daß in Preußen schon der größte Teil der Steuern aus der direkten Belastung der Einkommen und Vermögen herausgeholt würde, ist nicht durchschlagend. Die Steuer in Preußen ist bis auf den heutigen Tag nicht progressiv gestaltet. Das kleinste Vermögen wird ebenso schwer belastet wie das größte. Die Herren wollen aber nicht, daß man daran täte, das hat sich bei der

Nachlasssteuer

in der schönsten Weise offenbart. Der Widerstand gegen sie hat seinen eigentlichen Grund darin, daß sie als Offenbarungsgeld zu erheben. Durch sie wird Vorsorge getroffen, daß jedesmal beim Tode eines bestehenden Mannes eine genaue Aufnahme gemacht werden muß und dadurch die Einkommen- und Vermögenssteuerleistung nachträglich kontrolliert wird. Das ist den Herren unangenehm, weil es

eine Maßnahme gegen die Steuerhinterziehungen

ist. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Man hat der Sozialdemokratie wiederholt vorgeworfen — auch der Reichskanzler hat es getan — wir könnten nur „nein“ sagen, wir seien die Repräsentanten der reinen Negation. Wer hat denn bei der Nachlasssteuer „nein“ gesagt? Etwa die Sozialdemokratie? Hat der Reichskanzler einen energischeren Kampfenossen für diese Steuer gehabt als die Sozialdemokraten? (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Die Reinsinger waren in diesem wie in vielen anderen Fällen auf der rechten Seite und in der Mitte des Hauses! Der Reichskanzler glaubt, ein feiner Psychologe zu sein. Aber die Agrarier hat er doch noch nicht richtig erkannt. Entsinnen wir uns doch der Freundschafts- und Liebeserklärungen, die er dem Bunde der Landwirte gemacht hat. Ein ganzes Bündchen könnte man damit füllen. (Heiterkeit.) Es waren Liebeserklärungen noch über den Tod hinaus. Als Lohn für sein Wirken im Interesse der Agrarier wünschte er die Grabinschrift: „Hier ruht ein agrarischer Kanzler!“ Und was hat ihm das alles geholfen?! (Große Heiterkeit bei den Soz.) Am 19. Januar hat er einen Appell gerichtet an den Patriotismus, die nationale Gesinnung, die Opferfreudigkeit der konservativen Partei. Was war die Antwort? Sie kam mit einer Schnelligkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ. An demselben Tage hielt der konservative Verband für den Osten seine Jahresversammlung in Danzig ab, und da trat ein Herr auf, den der Reichskanzler wiederholt in der Öffentlichkeit als seinen Freund bezeichnet hat: Herr v. Oldenburg. Dieser hatte seinen die Nachricht von der Rede des Reichskanzlers bekommen, und er begann mit der Mitteilung dieser Nachricht seine Rede, die lediglich darauf hinausging: „Hier gibt es kein Nachgeben, Fürst Bülow!“ und die damit schloß: „Auch die Drohung des Reichskanzlers mit seinem Rücktritt zieht nicht mehr, die Zeiten sind vorbei!“ (Hört! hört! bei den Soz.) Dann kam die Resolution im Zirkus Busch, die gerichtet war gegen die zum Nachgeben geneigten Mitglieder der konservativen Partei; denen sollte der Rücken gesteuert werden. Weiter war sie gerichtet gegen die Herren von der Reichsregierung, denen sollte die Faust gezeigt werden! (Sehr wahr! bei den Soz.) Das hatte auch seine Wirkung, nämlich die, daß der Reichskanzler etwas zurückwich. Im preussischen Landtag hatte er gesagt, in Sachen der Nachlasssteuer sei er aus einem Saulus ein Paulus geworden, und nun mocht er Miene, wieder zum Saulus zu werden. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Fürst Bülow schüttelt beneidend den Kopf. Er bekennt sich, daß er werde das beweisen. Herr Dr. Hagl hat im Zirkus Busch erklärt: die Nachlasssteuer ist so gut wie gefallen, das sei ein Erfolg des Bundes der Landwirte. Wie kam er denn zu dieser Erklärung, wenn er nicht glaube, die Auffassung der Regierung zu kennen? — Und weiter: Als der Reichskanzler bald darauf beim Festmahl des Landwirtschaftsrates wieder einmal eine schöne Rede hielt, diesmal etwas elegisch, da war das Interessante an der Rede, daß er

von der Nach- und Erbschaftsteuer kein Wort

sagte! (Hört! hört! bei den Soz.) Gerade dort, wo er die Herren vor sich hatte, schweigend! Die Aufnahme, die Professor Wagner gefunden, hatte ihn wohl etwas bedenklich gemacht. (Stürmische Heiterkeit links und im Zentrum.)

Wer den Verhandlungen in der Finanzkommission gefolgt ist, weiß, daß dort der Kampf durch den Schatzsekretär und Herrn v. Rheinbaben sehr lebhaft geführt ist. Ich berufe mich hierfür auch auf das Zeugnis der Liberalen. (Sehr richtig! links.) Die Vertreter der süddeutschen Regierungen verhielten sich anders, und wenn Herr Wiener das Beworteten der süddeutschen Regierungen als partiellultralistisch befragt, so meine ich, daß man ihnen vielmehr Dank aussprechen sollte, daß sie in dieser Frage fest geblieben sind und der Reichsregierung das wankende Rückgrat gestützt haben. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Deshalb nennt Herr v. Oldenburg auch die süddeutschen Regierungen kurzweg „die süddeutschen Demokraten“. (Große Heiterkeit links.) Und er hat ihnen ja auch schon mit den preussischen Vajonetten gedroht, wenn man dort etwa weiter mit demokratischen Wahlrechtsänderungen vorgeht. Nun, die Süddeutschen werden sich nicht fürchten. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.)

Wie steht nun die Sache jetzt? Nach der Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird die Regierung in der Frage der Erbschaftsteuer nicht nachgeben. Auf der anderen Seite erklärt die „Deutsche Tageszeitung“: „Für uns gibt es kein Nachgeben.“ Herr Oertel rief laut in die Reichstribüne. Noch schärfer rechnet die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ mit dem Reichskanzler ab; sie tut es in einer Weise, daß man, wenn menschliches Gefühl in der Politik Platz hätte, Mißbilligung mit ihm haben könnte. Anstatt der von ihm gewünschten schlägt sie

eine neue Grabinschrift

vor: „Es war dies ein Kanzler, welcher für die Sozialdemokratie die erste bahnbrechende Kerbe in den Baum des deutschen Familienlebens schlug.“ (Schallende Heiterkeit.) Also das ist der Erfolg, daß man den Fürsten Bülow als Lohnbrot für die Sozialdemokratie der Geschichte überliefert. (Große Heiterkeit.) So geht es, Herr Reichskanzler, wenn man die heiligen Inzidenzen der konservativen patriotischen Seele angreift, die Herr v. Oldenburg mit einem schönen, klaren Ausdruck bezeichnet: „Das große Portemonnaie der Reichskanzler.“ (Heiterkeit.) Da sind sie sehr empfindlich, und noch empfindlicher sind sie, wenn man ihnen droht, die Gewinne zu entziehen, die aus dem schönen patriotischen Gewerbe herrühren, das im Osten blüht: der Samapfennereier. (Große Heiterkeit links.) Dies schöne patriotische Gewerbe ist in Gefahr geraten, seinen patentierten Inhabern etwas weniger abzuwerfen.

Die Brandweinliebeshabe

kam in Gefahr, und wenn der Block bei der Nachlasssteuer noch nicht ins Krausen kam, so sicher bei der Brandweinliebeshabe. (Große Heiterkeit.) 10 Millionen Mark haben diese konservativ-liberale Ehe in Gefahr gebracht, für die so schöne Hochzeitsreden gehalten waren. (Schallende Heiterkeit.) Die Herren von der konservativen Partei haben da doch einen Sprung zurück gemacht, und sind ihrer Organe, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, unterliegen die Haltung der Konservativen einer Kritik, in der es heißt: „Die ganze Geschichte wäre zum Lachen, wenn sie nicht so furchtbar blamabel wäre, wenn sie nicht den bedenklichen Niedergang des politischen Gewissens,

die Ueberwucherung aller politischen Ideale durch egoistische Portemonnaie-Interessen

so unerschleiert zeigte. (Hört! hört! bei den Soz.) Treffender und schärfer kann ich es auch nicht sagen. Ob der Block tot ist, wer kann das in dieser Stunde sagen?

Er röchelt noch!

(Schallende Heiterkeit.) Jtztwem mag ja noch eine hülle Hoffnung bestehen, daß der Block vom Reichskanzler zu einem Scheitern erweckt werden möge. (Heiterkeit.) Wir unsererseits stehen dieser ganzen Blockfrage

gegenüber. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer auch immer in der Nachlasssteuerfrage den Sieg davontragen mag, die äußerste Rechte mit dem Bund der Landwirte oder der Reichskanzler, siegen wird der, dem es gelingt, die Person des Kaisers zu gewinnen. Der Kampf um die Nachlasssteuer ist

ein Kampf um die Person des Kaisers.

(Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So sehen wir denn seit Monaten den Kampf um die Person des Kaisers immer hitziger, mit immer mannigfaltigeren Mitteln geführt. (Sehr wahr! links.) Und dieser Kampf offenbart zugleich die innere Schwäche und Korruption des in Deutschland herrschenden Systems. (Stürmische Zustimmung links.)

Wie verlief doch der Kampf bisher? Zunächst wurde das Verhalten des Reichskanzlers bei den Novemberereignissen, bei den Debatten über die „Daily Telegraph“-Affäre und was damit zusammenhängt, von der Rechten zum Vorwand genommen. Der Kanzler — so behaupteten die Konservativen, die selbst, wie schon ein Vorredner hervorgehoben, im November Worte der Anklage gegen den Kaiser gefunden (Sehr richtig! links.) — der Kanzler habe den Kaiser nicht genügend verteidigt. Warum diese schnelle Wendung? Die Konservativen sahen ein, daß die Entscheidung über die Nachlasssteuer bei der „allerhöchsten Person“ liege. Das große Portemonnaie gab den Ausschlag für die Haltung der Konservativen.

(Sehr wahr! links.) Daher die Vorwürfe gegen Bülow, daher nun folgenden Notizen in konservativen Blättern über den Kaiser hervortragende Eigenschaften (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), diese Notizen, so tiefend von Byzantinismus, daß sie nur

aus völligem Mangel an Seelenadel ihrer Verfasser entstanden sein können. (Lebhaftes Zustimmung links.) Und dann kam Bülows Flucht in die Öffentlichkeit

und die bekannte Rede im Abgeordnetenhaus am 19. Januar d. J. Der Kanzler begann mit einer Entschuldigung über sein Verhalten in den Novembertagen, mit einer Verwahrung gegen den Vorwurf, daß er den Kaiser nicht genügend verteidigt habe. Er, der Kanzler, habe doch alle Schuld auf sich genommen —

alle Schuld:

kühner und beachtenswerter Ausdruck! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und dann sprach der Kanzler von „perfider Kampfart“, von „Klausch und Kamarillageschicht“. ... Natürlich erging er sich in Klagen über die Angriffe gegen ihn aus dem sozialdemokratischen Lager; aber er fügte hinzu: ihre vergifteten Pfeile bezieht die Sozialdemokratie aus den Äthern, aus den Verlogenheiten der bürgerlichen Parteien. Also Klausch und Hofintrigen und vergiftete Waffen werden nach des Kanzlers eigenen Ausführungen von seinen bürgerlichen Gegnern gegen ihn gebraucht! Das ist doch Kamarilla. Sollte der Reichskanzler also die Erziehung der Kamarilla etwa noch einmal bestreiten wollen?

Wie schön ist doch die Konkurrenz um das größte Quantum Royalismus. Aber da schlägt ihn sein Freund Herr v. Oldenburg um einige Pferdeklagen. (Heiterkeit.) Der erklärte: Ich bin plus royaliste du roi (royalistischer als der König). In dieser schönen französischen Sprache will er sein patriotisches deutsches Herz ausschütten. (Große Heiterkeit.)

In jener Rede hat Herr von Oldenburg auch gesprochen von den vielen Millionen, die man unnötigerweise in Kanaibaute verpulvert! (Hört! hört! links.) In der Kamalfrage waren die Herren Konservativen ja auch royalistischer als der König! (Große Heiterkeit.) Herr von Oldenburg erwähnte auch die Wahlreform in Preußen, die durch die Thronrede des Königs bekanntlich als „dringende Aufgabe“ angekündigt worden ist. Er erklärte: „Nein! das gibt es nicht, mag der König das gesagt haben, wir sind hier wieder einmal plus royaliste que le roi.“ (Große Heiterkeit und Sehr gut! links.) Ich glaube, es läßt sich kaum ein schmälicheres Spiel denken als dieser Kampf zwischen den einflussreichen Persönlichkeiten um die Person des Kaisers. Ob dieser Kampf im nationalen Interesse liegt, ob er das Ansehen Deutschlands vor dem Auslande hebt, das fragt sich sehr. Für den Reichskanzler ist dieser Kampf ja auch

ein Kampf ums Amt.

Durch eine Kamarilla sind alle seine Vorgänger gestürzt. Von Bismarck ist es bekannt; Caprivi hatte eben noch das Lob für die rettende Tat der Handelsverträge erhalten, dann setzte die Gegenmine ein, und er fiel durch die Ungnade des Kaisers. (Auf links: Liebenberg!) Ueber den Fürsten Hohenlohe unterrichten seine Denkwürdigkeiten, die ja gewiß keine wertvolle Geschichtsquelle sind. Belleidit schreibt der Herr Reichskanzler auch einmal seine Denkwürdigkeiten. (Zuruf rechts: Nie!) Man soll in der Politik nie „nie“ sagen! (Heiterkeit.) Ich weiß sehr wohl, er hat erklärt, er werde es nicht tun; er hat aber auch gesagt, man darf kein Konsequenzenmacher sein! (Heiterkeit.) Jedenfalls ist

die Stellung des Kanzlers eine unwürdige im Vergleich zu der des Ministerpräsidenten in einem modern regierten Lande, etwa in England oder Frankreich. Der deutsche Reichskanzler ist erstens

Handlanger der höchsten Person!

— Handlanger darf man ja parlamentarisch sagen. (Heiterkeit.) Die Gnade und Ungnade einer einzigen Person entscheidet über sein Geschick!

Zweitens ist der Kanzler als preussischer Ministerpräsident der Weisheit des preussischen Landtags, dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus, verantwortlich. Sie kennen diese Weisheit. Kein Kanzler kann im Reich auch nur vier Wochen im Amt bleiben, wenn er es als Ministerpräsident in Preußen mit der agrarisch-konservativen Weisheit verdoeren hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Und zum dritten ist der Reichskanzler verantwortlich der Weisheit des Reichstags. Die ist ja nicht liberal, aber so reaktionär wie die Weisheit des preussischen Landtags doch nicht; einen gewissen liberalen Einschlag hat sie immerhin dank dem Wahlsystem, aus dem sie hervorgegangen ist. Wie soll der Reichskanzler es fertig bringen, diesen drei Instanzen gleichzeitig zu dienen? Niemand kann zwei Herren dienen, und der Reichskanzler soll dreien dienen. (Große Heiterkeit.) Vor kurzem trat hier

ein Mann mit drei Weinen

auf (Heiterkeit), und ein Blatt hat sich des Stoffes bemächtigt und den Reichskanzler als den Mann mit den drei Weinen hingestellt! In der Tat, das Bild ist überaus treffend: ein Wein, das agrarische, ist stark einwirkend, schon von Natur aus. (Heiterkeit.) Das royalistische Wein ist durch Uebung auch ein sehr brauchbares Wein geworden (erneute Heiterkeit), und dann des liberale Wein, das ist nur eine Kummerform (große Heiterkeit), auf der er nicht stehen kann. Und wenn er es doch tut, so nimmt er eine sehr tiefe Position ein. (Heiterkeit.) Das liberale Wein könnte er sich ohne Schaden amputieren lassen, beim royalistischen wäre das schon bedenklicher (Heiterkeit), aber das gefährlichste ist, wenn das agrarische Wein Schaden leidet. Und da müßte es ihn nun passieren, daß er mit dem agrarischen Wein über die Nachlasssteuer stolperte. (Große Heiterkeit.) Es ist nicht ganz klar: ist es getrocknet oder hat er es sich nur veritisch? (Erneute Heiterkeit.) Im letzteren Falle läßt es sich ja wieder ernten, und ich glaube, so wird es auch gehen. Ich gestehe ganz offen, daß ich

die diplomatische Kunst des Herrn Reichskanzlers

in gewissem Grade bewundere. Bei dem bergwinkten, rückwärtigen, innerlich sich widersprechenden Verhältnis der Stellung des Reichskanzlers nach dem heutigen Stande der Reichsverfassung ist seine Leistung, auf diesen drei Weinen durch die Welt zu gehen, ganz respektabel. Der Reichskanzler versteht es, durch schöne Worte

Gegensätze zu überbrücken, zu verheilen, durch geschickte Manöver Unstimmigkeiten zwischen den drei Weinen zu beseitigen. (Weiterkeit.) Aber auf die Dauer geht es nicht, schließlich wird doch immer wieder ein Wein über das andere fließen. (Sehr richtig! links.)

Der jetzige Zustand der Reichsverfassung ist eben ein unhaltbarer.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Deutsche Reich ist ein unersetzlicher Bau, der zu eilig zurechtgerichtet ist und unmöglich so weiter bestehen kann. Das würde immer wieder zu inneren Krisen führen. Mein ernsthaft denkender Politiker kann den jetzigen verfassungsmäßigen Zustand für einen endgültigen halten. Es besteht ein unhaltbarer Widerspruch zwischen der preussischen und der Reichsverfassung. Preußen regiert das Reich, nicht von den Reichsinstanzen getrieben, wozu nicht die preussischen Instanzen ihre Zustimmung gegeben haben. Auch für die Reichsverfassung ist es ein unhaltbarer Zustand, auf die Dauer mit einer Reichsmehrheit zu rechnen, die eine andere ist als die Mehrheit des Landtags, der aus dem elendesten und erbärmlichsten Wahlrecht hervorgeht, das die große Mehrheit des Volkes zu einer ohnmächtigen Minorität verdammt, während eine kleine, aber durch das große Portemonnaie mächtige Schicht regiert. Diese Kastenherrschafft in Preußen

ist die Quelle aller Widersprüche; sie zu beseitigen wäre die erste Aufgabe des Herrn Reichskanzlers. Die Mehrheit im preussischen Landtag zwischen Agrariern und Liberalen ist die natürliche Blockbrüderchaft auch für den Reichstag. (Sehr richtig! links.)

Die agrarische Seelengemeinschaft

hat sich bei der Nachlasssteuer und der Branntweinliebesgabe gezeigt, und die geistige Seelengemeinschaft zwischen Agrariern und Zentrum wird niemand bestreiten. Sie zeigt sich in der preussischen Schulpolitik, in der Bekämpfung der Freiheit der Wissenschaft auf den Universitäten, der Freiheit der Kunst usw. Und Sozialdemokraten kann es nur recht sein, wenn der natürliche Block auch offen in die Erscheinung tritt, damit das deutsche Volk weiß, von wem es regiert wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das wird wesentlich zur Aufklärung der öffentlichen Meinung beitragen. Das Volk wird dann sehen, daß es selbst schuld ist, wenn nach dem Reichsgründungs-Bahnen von 1907 längst der Regenjammer der bitteren Enttäuschung gefolgt ist. In keinem anderen Volke zeigt sich gerade unter den sogenannten Gebildeten soviel politische Unwissenheit wie in Deutschland. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist es doch keine seltene Erscheinung, daß man Leute mit akademischer Bildung trifft, die als tägliches Leseblatt irgendein Blattblatt, einen General- oder Lokalanzeiger lesen. (Jurist rechts.) Wenn die Herren konservativ sind, muß ich ihnen nicht zu den „Vorwärts“ zu lesen, aber sie sollen dann wenigstens eine konservative politische Zeitung lesen, aber nicht ein Blattblatt, einen Lokalanzeiger, der zugleich das Reichblatt des Raubmörders Hennig und sonstiger Persönlichkeiten ist. (Stürmische Heiterkeit.) Also die Verfassungsreform muß zuerst gelöst werden. In den Novembertagen (sich ein so, als ob das deutsche Volk endlich einmal Feuer unter die Sache machen wollte —) man übergab die Verfassungsanträge der Kommission. Aber neben dem schändlichen Schauspiel, das die Finanzkommission gegeben hat, steht das vielleicht noch schlimmere der Verfassungs-Kommission. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nichts ist bei den Arbeiten herausgekommen. Der durch die Wahlen von 1907 zustande gekommene Reichstag zeigt sich vollkommen unfähig zur Lösung dieser Frage. Und wie stellt sich der Reichskanzler dazu? Wie er darüber denkt, hat er im Landtag gesagt, als er gegen das geheime Reichstagswahlrecht polemisierte und dessen Uebertragung auf Preußen als nicht den Staatsinteressen entsprechend hinstellte. Statt dessen hat er wieder einmal die bürgerlichen Parteien zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgerufen. Er sagte im Landtag: „Es ist wohl möglich, daß die Regierung im Laufe der Zeit genötigt sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten, um das, was ihr nötig erscheint, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich muß anerkennen, daß ein ihm sonst nachstehendes Blatt, die „Kölnische Zeitung“, sofort energisch abgelehnt hat, nicht aus Liebe zur Sozialdemokratie, sondern weil sie etwas aus der Geschichte gelernt hat. Der Reichskanzler hat nichts aus der Geschichte gelernt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); er glaubt, gegen die große Viermillionen-Partei das fertig bringen zu können, was sein Vorgänger Herr Bismarck nicht fertig brachte, als unsere Bewegung noch im Anfang war. Wir stehen solchen Dingen kühl bis ans Herz hinan gegenüber. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die StraßenDemonstrationen hat man als eine Mobilmachung für die blutige Revolution hingestellt. Man behauptet das trotz der Versicherungen unserer Parteigenossen im Landtag, daß kein Sozialdemokrat davon denkt, aus dem Rahmen der friedlichen Demonstration herauszugehen. (Abg. Kretz: Aber die Demonstrationen beim Besuch des Königs von England!) Diesen Einwand konnte auch nur Herr Kretz machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit allem Nachdruck haben wir erklärt, daß wir diesen Vorgängen fernstehen und sie beurteilen. So etwas kommt auch einmal in Ihren Reihen vor. Wir haben erklärt, wir denken nicht daran, eine gewaltsame Revolution zu propagieren. Aber wir verlangen so gut wie die bürgerlichen Parteien das Recht, unsere politische Meinung auch auf der Straße zum Ausdruck zu bringen. Sie haben es bei den Wahlen 1907 getan, indem sie vor das Reichstagsparlament und das Schloß zogen, daselbst Recht verlangten die Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zur Einschüchterung der höchsten Personen dienten ja auch die Verhandlungen im Circus Busch. Dort verwied man auf die Bauerbataillone als das einzige Mittel gegen die Arbeiterbataillone. Wer es fertig bringt, dem Kaiser gegen die Arbeiterbataillone zu machen, sein Mittel am besten zu empfehlen, der hat das Spiel gewonnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler warf uns in der Landtagssitzung vor, wir suchten die christlich-nationale Kultur zu erschüttern. Umgekehrt: die Sozialdemokratie will erst die Fundamente einer wirklich christlichen und nationalen Kultur schaffen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Heute haben wir eine Kultur des Mammonismus!

Der Kern des Christentums ist doch: daß jede menschliche Persönlichkeit in ihrem Persönlichkeitswert als Mitmensch anerkannt wird, daß man nicht Herren und Knechte, sondern nur gleichberechtigte Glieder und Mitmenschen kennt. Diese allgemeine Anerkennung der Gleichberechtigung der Menschen, auch derer ohne Besitz, die nur von ihrer Hände Arbeit leben, will die Sozialdemokratie erst herbeiführen. Sie ist nicht vorhanden in einem Staat, der den großen Teil seiner Bevölkerung in bezug auf das Wahlrecht — um einen Auspruch Webers zu wiederholen — zu Heiloten macht. Unter nationaler Kultur verstehen wir nicht Kriegserklärungen und Ovationen vor einzelnen Persönlichkeiten, sondern eine Kultur, die die Masse des deutschen Volkes zu menschenwürdigen Lebensverhältnissen hinaufhebt und die unsichere, materiell unwürdige Lage von Millionen aus der Welt schafft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Denken Sie daran, wie in diesem Winter bei der Krise Hunderttausende bei der schwarzen Kalle und den hohen Preisen für die notwendigsten Dinge arbeitslos auf der Straße lagen. Das ist ein Schandfleck für die nationale Ehre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) An dem Tage, als der Reichskanzler seine Rede hielt, fiel mir der folgende Auspruch eines protestantischen Pfarrers

in die Hand:

„Man wird nicht sagen können, daß wenn das sozialdemokratische Programm verwirklicht würde, die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse nicht mehr möglich wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb muß die Kirche von aller Bekämpfung der Sozialdemokratie sich fernhalten. Die Sozial-

demokratie war die erste, — das muß man ihr zugestehen, das ist ein Zeugnis der Wahrheit — die zielbewußt und kräftig für die Interessen der wirtschaftlich Schwachen eingetreten ist.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso wie der Herr Reichskanzler sich in der Psychologie der agrarischen Interessenten geirrt hat, befindet er sich auch im Irrtum über

die wahre Psychologie der großindustriellen Magnaten,

er unterschätzt die Hemmungen, die selbst guten Absichten der Regierung auf sozialpolitischen Gebieten gegenüberstehen. Ich will ihm einmal einen Blick hinter die Kulissen verschaffen, einen Einblick geben in die wahre Gemüthsart der Herren, die sich vielleicht in Konferenzen mit ihm den Anschein sozialpolitischer Gesinnung geben. Ich will zeigen, welche Kräfte auf das Zustandekommen von Gesetzen in Preußen wirken, und im Reich wird es nicht anders sein. Sie entsinnen sich, daß unter dem Eindruck des schrecklichen Unglücks von Mauthod die Reichsregierung und der Staatssekretär des Innern erklärte, daß man dem Gedanken einer Grubenkontrolle durch Arbeiter entgegenkommen wolle. In Preußen ist dann auch ein solcher Vorschlag gekommen. Es wird Ihnen interessant sein, zu erfahren, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um das Zustandekommen dieser Vorlage zu verhindern:

Der preussische Handelsminister Delbrück hatte im Frühjahr dieses Jahres

eine Konferenz mit Vertretern der Grubenbesitzerverbände nach Berlin einberufen, zu der auch zwei Bergarbeiter eingeladen waren. Am Tage vor dieser Konferenz fand eine

Vorbereitung der Vertreter sämtlicher Grubenbesitzer

Preußens im Palasthotel in Berlin statt. Sie trug einen streng vertraulichen Charakter, aber ihre Verhandlungen sind von so großer politischer Bedeutung, daß sie es verdienen, der breitesten Öffentlichkeit überliefert zu werden. Ich bin in der Lage, Ihnen aus dem stenographischen Bericht über diese Vorverhandlungen Mitteilungen zu machen.*

Im Kampf der Willkür, die sich emporkriegen wollen zur Teilnahme an höherer Kultur mag manches Unschöne mit unterlaufen. Das ist doch in der christlichen Bewegung nicht anders gewesen, ebenso bei der Reformation. Soll ich Sie etwa an den Wortschatz Luther erinnern? Den Wert der Reformation aber etwa danach beurteilen zu wollen, ist genau so geistlos, wie wenn man die Sozialdemokratie nach solchen Dingen beurteilen will. Das System des jetzigen Reichskanzlers wird von der Geschichte danach bewertet werden, in welchem Verhältnis er sich zu der sozialen Bewegung seiner Zeit zu stellen gewagt hat. Bebel hat einmal von ihm gesagt, er sei ein Diplomat, aber kein Staatsmann. Man hat ihm dem Thronfolger von Bayern gegenübergestellt, um zu zeigen, daß es auch in diesen Kreisen Männer gibt, welche große politische Notwendigkeiten einsehen — es handelte sich dabei um die Wahlreform in Bayern. — An diesen Leistungen müssen wir den Reichskanzler messen. Vielleicht ist es das letzte Mal, daß wir ihn sehen. (Heiterkeit.) Ob das, was nachkommen wird, dieselbe Nummer ist, weiß ich nicht, jedenfalls nichts Besseres.

Herr Bismarck lehnte den Block von Bismarck bis Bebel ab. Auch von unserer Seite werden Sie keine Rückversicherung hierfür bekommen, aber die Begründung Bismarcks war sehr schwach. Er meinte, das Bündnis sei todbringend. Ich erinnere ihn nur an Baden, wo die nationalliberale Partei bei den Landtagswahlen dieses todbringende Bündnis eingegangen ist! (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe und Zurufe bei den Nationalliberalen.) Ob es Ihnen leid tut... (Abg. Bismarck ruft: Das habe ich nicht gesagt, ich ziehe! leidet!) Ob es Ihnen leid tut, Herr Bismarck, darauf kommt es nicht an. Ich stelle bloß die Frage, ob das Bündnis todbringend gewesen ist. (Große Heiterkeit.) Ihre Parteifreunde in Baden sind darüber anderer Meinung. (Zurufe bei den Nationalliberalen: Nein!) Nun, damals waren sie anderer Meinung. Heute haben sie ihre Stellung gewechselt, aber das beweist nichts, das ist ja bei Ihnen nichts Neues. (Große Heiterkeit.) Herr Bismarck meinte, das kämen die ewigen, unerschütterlichen liberalen Prinzipien in Frage. Ach, du lieber Gott! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was von den liberalen Prinzipien gut ist, das haben wir mit übernommen. (Unruhe bei den Liberalen.) Die Sozialdemokratie geht ihren Weg nach ihrem eigenen Ermessen, und Ihren sogenannten „ewigen unerschütterlichen Prinzipien“ sehen wir entgegen die neuen großen Notwendigkeiten, die durchzuführen eine Lebensfrage für unser Volk ist, eine Sache der Weiterentwicklung der gesamten Kultur. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß jeder ehrlich arbeitende Mensch auch eine menschenwürdige Existenz hat, muß das Ziel einer Sozialpolitik sein, welche die Persönlichkeit achtet und schützt. Wir brauchen eine Finanz- und Steuerpolitik, die die Steuern nicht auf die Massen legt, sondern dorthin, wo die Millionen zusammengehaufen werden! Eine Verfassungsumformung verlangen wir, die die großen Massen des Volkes zum ausschlaggebenden Faktor macht, eine äußere Politik, die den Frieden als ihr Ziel ansieht und ihn nicht durch fortgesetzte Drohungen zu sichern wähnt. Herr Bismarck meinte zwar, die Weisheit seien das Lager, worauf der Frieden ruhe. Ein anderer Politiker hat einmal gemeint, mit Bajonetten könne man manches machen, aber nicht darauf sitzen! (Heiterkeit.) Das ist doch auch hier der Fall. Wir rechnen auf die öffentliche Meinung, auf die wachsende Einsicht der breiten Massen der Völker. Den Krieg wollen nur wenige, die mit ihrem großen Portemonnaie daran interessiert sind. Wir wollen den Frieden, wir wollen Vernunft und Gerechtigkeit auch in der Ordnung der Dinge unter den Völkern. Der Reichskanzler wünscht einen Block aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Auch dieser Block wird an der Sozialdemokratie scheitern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Denn wir haben auf unserer Seite alle diejenigen, welche einsehen, daß der Kampf gegen die kapitalistischen Interessen, gegen die Portemonnaieinteressen aufgenommen werden muß von allen denen, die ihre Existenz gründen auf eigene Arbeit und nicht auf Nebenmen und Dividenden. Ich schließe mit den Worten unseres Arbeiterliedes:

Der Erde Glüd, der Sonne Bracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben:
Das ist das Ziel, das wir erstreben,
Das ist der Arbeit heiliger Krieg,
Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

(Lebhafte, anhaltende Beifall bei den Sozialdemokraten. Zwischen bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Fritsch (Hörselt) (Sp.): Wir kämpfen nicht um die Person des Königs, sondern für die Person des Königs. (Wandelndes Gelächter links.) Unsere Forderung ist der Wunsch, daß eine einseitige agrarische Interessentenpolitik in Deutschland nicht getrieben werden kann und darf. (Hört! hört! links.) Die landwirtschaftliche Bevölkerung bildet nur noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung. (Hört! hört! links.) Wir wollen, daß sowohl Besitz als Konsum besteuert werden sollen. In diesem Sinne habe ich zu erklären, daß meine politischen Freunde in ihrer überwiegenden Mehrheit der Ausdehnung der Nachlasssteuer auf Ehegatten und Deszendenten zustimmen werden. (Hört! hört! und Bravo! links und vereingelt auf der Tribüne.) Allerdings müssen Garantien gegen alle hohe Belastung geschaffen werden. Die Gefahr einer solchen liegt vor bei einer aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Körperschaft. (Aha! links. Lebhaftige Zustimmung rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Bg.) verliest eine Erklärung, deren Hauptpunkt ist, daß seine Fraktion unter bestimmten Voraussetzungen (Vergünstigungen für Landwirtschaft, Kinder, Ausnahmestimmungen für den Kriegsfall usw.) der Nachlasssteuer, wenn auch schweren Herzens, zustimmen werde. (Hört! hört!)

* Das nähere über diese vom Genossen David in seiner Rede ausführlich erörterte Affäre finden unsere Leser im 4. Heftblatt unserer heutigen Ausgabe.

Abg. Hausmann (libd. Bg.): Die Rechte will eine Finanz-Minister errichten. In dem Augenblick, da die Verben vernünftig wurden und Frieden wollen, haben die Konserverativen Krieg angefangen! (Heiterkeit und sehr gut! links.) Der Aera des Blocks folgt die Aera der Blockade, der Blockierung des Kanzlers durch die Konserverativen. (Schallende Heiterkeit.) Der Besitz soll gekocht, die schwachen Schultern sollen neu belastet werden. (Lebhaftes sehr richtig! links. Festiger Widerspruch und Unruhe rechts.) Die Rechte ist auf den Speck des Antrages Speck gekochten. (Aha! Aha und Heiterkeit.) Im Namen des Familiensinnes verlassen die Konserverativen die Blockfamilie! (Große Heiterkeit.) Wir Freisinnigen scheuen den Kampf nicht, der uns von rechts aufgedrängt wird. (Zoben rechts.) Für uns steht und fällt die Reichsfinanzreform mit der Nachlasssteuer. Ohne Nachlasssteuer bewilligen wir keine indirekte Steuer. (Wandelndes Beifall bei den Freisinnigen.) Die Blockpolitik ist zu Ende. Zu ihr gehört Vertrauen, und Vertrauen können wir nicht zu den Konserverativen haben, deren Verhalten der Abg. Bismarck als „Felonie“ bezeichnet hat. (Wandelndes rechts.) Die Konserverativen sind es, die uns die Fortsetzung des Blockverhältnisses unmöglich machen. (Zoben, Heulen, Schreien rechts. Aha! Freisinnige Polenpolitik!) Die Leute, die fortgesetzt über Demagogie klagen, haben sich der aller schlimmsten Demagogie, der

Demagogie des Bundes der Landwirte

unterworfen. (Stürmische Zustimmung links, Zutgehen rechts.) Wir Freisinnigen sind dem Blockgedanken weit genug entgegen gekommen. Wir haben uns bereit erklärt, an der Reichsfinanzreform mitzuarbeiten, die durch eine Politik notwendig geworden ist, an der wir unschuldig sind. (Fortgesetztes Zoben rechts, wodurch zeitweise die Ausführungen des Redners unverständlich werden.)

Trotzdem bereuen wir nicht, daß wir die Blockpolitik mitgemacht haben. Vor dem ganzen Lande mußte der Beweis geführt werden, daß es auf die Dauer unmöglich ist, mit den Konserverativen moderne Politik zu treiben. (Sturm.)

„Der Block ist tot!“

De mortuis nil nisi bene (Über die Toten nur Gutes!) Es ist einstimmige Ansicht der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, daß die Aera der Blockpolitik vorüber ist. (Andauernde Bewegung im ganzen Hause.) Es fragt sich, wie

die neue Politik mit dem Zentrum

gemacht werden soll. Wie ich das Zentrum kenne, wird es wohl nicht tanzen, bevor ihm nicht der Kopf des Blockkäufers präsentiert worden ist. (Langanhaltende schallende Heiterkeit im ganzen Hause.)

Abg. Bismarck hat von der Eventualität einer Auflösung des Reichstages gesprochen. Ich würde mich freuen, wenn die Regierung den Mut zu einer Auflösung finden wollte; sie hat die große Mehrheit des Volkes in der Frage der Nachlasssteuer hinter sich. (Zustimmung links.)

Gesamt habe ich mich über die Erklärung der Freikonservativen zugunsten der Erbschaftsteuer. Günstlich bleiben sie auch für. Nur ein wahrhaft freibeitliches, ein wahrhaft konstitutionelles Regiment kann Deutschland aus der gegenwärtigen Krise herausbringen. (Beifall bei einem Teil der Freisinnigen, anhaltendes Zischen rechts.)

Abg. Zimmermann (Antik.): Wenn der Block solche Reden aushalten kann wie die vorausgegangene, muß er von sehr zäher Lebenskraft sein. (Anhaltende Heiterkeit.) Uns liegt nichts am Block. Uns hat er nur Opfer auferlegt, den Freisinnigen aber hat er außer schönen Orden (schallende Heiterkeit) das Reichsvereinsgesetz gebracht. Wir sind bereit, wenn Schutzmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft getroffen werden, für die Nachlasssteuer zustimmen. (Hört! hört!)

Abg. v. Dönhofen (Welfe) erklärt, daß er angesichts der Erklärung des Reichskanzlers zur braunschweigischen Thronfolgefrage gegen das Gehalt des Reichskanzlers stimmen werde.

Reichskanzler Herr Bismarck:

Herr David ist zurückgekommen auf die Vorgänge des vergangenen November. Dazu will ich folgenden sagen: Greifen Sie mich an, soviel Sie wollen, aber lassen wir endlich Se. Majestät den Kaiser aus der Debatte. (Stürmischer Bravo! rechts.)

Der Kaiser

hat dem deutschen Volke sein volles Vertrauen bewiesen, er hat durch seine Haltung gegenüber vielen Mißverständnissen, Kritiken und ungerechten Angriffen bewiesen, daß er nicht klein denkt. Seien wir auch nicht klein in seiner Beurteilung. Der Kaiser besitzt in hohem Maße die Eigenschaft, die ich bei einem Manne sehr hoch stelle: die Großherzigkeit. Daran können wir uns alle ein Beispiel nehmen. Das Land hat genug von diesen Erörterungen über die allerhöchste Person. Kehren wir zu der allbewährten Ueberlieferung zurück, die Person des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen. (Bravo! rechts.)

Der Abg. David hat weiter gemeint, ich führe einen Kampf um mein Amt. Davon ist, soweit die allerhöchste Person und der Hof in Frage kommen, nicht die Rede. Dr. David äußerte dabei — es war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens — er sehe mich vielleicht zum letzten Male auf diesem Platze. Nun, ich bleibe solange, als mir das Vertrauen Sr. Majestät des Kaisers zur Seite steht und als es mit meinem Gewissen verträglich ist. (Bravo rechts.)

Nun hat der Abg. David so gesprochen, als wenn ich neulich in meiner Rede im Abgeordnetenhaus ein neues Sozialstengesez in Aussicht gestellt hätte. Das hat mich eigentlich nicht überrascht, denn die sozialdemokratische Presse hat ja schon gleich nach meiner damaligen Rede in hohen Tönen und in großen Titeln mobil gemacht das angeblich bevorstehende neue Sozialstengesez. Im „Vorwärts“ las ich damals: „Schmach über Schmach! Der Blockkanzler, der Kanzler von Gnaden des Liberalismus, der kapitalistische Hausmeister hat den Hut geholt, neue Ausnahmestengesez gegen die Sozialdemokratie anzukündigen. Seine Rede war ein Appell an die Bajonnette, ein Aufruf zum Staatsstreich.“ Ich bin ja gewohnt, daß man im politischen Leben den Gegner — auch den Freund, das ist mir auch schon vorgekommen (Heiterkeit) — behandelt nach dem bewährten Grundsatz: Legt ihr nicht aus, so legt ihr unter! Zufolger hat mich die Auslegung meiner Worte durch die sozialdemokratische Presse nicht überrascht. Wenn man einzelne Sätze aus dem Zusammenhang reißt, so kann man ja ungefähr das Gegenteil von dem beweisen, was gemeint ist. Jeder unbesangene Leser und Hörer muß aber über meinen damaligen Gebanzenang keinen Augenblick im Zweifel gewesen sein. Ich habe mir meine Rede geben lassen; was habe ich gesagt? Ich habe gegenüber den Wünschen nach stärkerem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie hingewiesen auf die früheren fruchtlosen Versuche, neue Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung durchzuführen. Ich habe mir zu eigen gemacht die vorzüglichen Ausführungen des Grafen Botho Eulenburg im Herrenhaus, ich habe die strengere Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen vorläufig für ausreichend erklärt und schließlich gesagt: „Worüber wir uns klar sein müssen, ist, daß ein Vorgehen auf gesetzlichem Wege und nun gar mit politischen Mitteln kein Allheilmittel ist.“ (Hört! hört!) Sie werden mir zugeben, daß diese Worte sich vollkommen decken mit den Aufzeichnungen, die ich stets über die Bekämpfung der Sozialdemokratie verzeichnet habe. Aus diesem Zusammenhang hat man herausgerissen den Satz:

„Es ist möglich, daß die Regierung im Laufe der Zeit genötigt sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, wer wollte denn an der Möglichkeit zweifeln? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe hinzugefügt: „Ich halte unsere Gesetze für vollkommen ausreichend.“ (Hört! hört!) Nur müssen sie mit

Ernst und Nachdruck

durchgeführt werden.“ Wenn Sie aber fortfahren, die Leute auf die Straße zu hegen — daß Dr. David nicht dabei sein wird, daran zweifle

ich nicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe hinzugefügt: „Ich halte unsere Gesetze für vollkommen ausreichend.“ (Hört! hört!) Nur müssen sie mit

Ernst und Nachdruck durchgeführt werden.“ Wenn Sie aber fortfahren, die Leute auf die Straße zu hegen — daß Dr. David nicht dabei sein wird, daran zweifle

ich keinen Augenblick (Nurache bei den Sozialdemokraten) — wenn Sie bei jedem Anlaß die nationalen Empfindungen der großen Mehrheit des deutschen Volkes verletzen, wenn Sie die Wahrzeichen unseres Ruhmes durch Gassenjungen vor den Augen des Auslandes in den Kot schleifen lassen — der Abg. David hat gemeint, das könne man seiner Partei nicht zum Vorwurf machen; ja, welcher Partei gehörten denn diese Tumultuanten an? das waren doch keine Agrarier (Heiterkeit) — wenn Sie bei jeder Gelegenheit die Armeen, unsere Schatz und unsere Stolz angreifen, dann werden wir solche Eingriffe in die Sicherheit des Landes mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zurückweisen. (Sehr wahr! rechts!) Sollten diese Mittel nicht ausreichen, sollten Sie es schließlich wirklich zu revolutionären Erhebungen bringen, so werden sich die bürgerlichen Parteien mit der Regierung zusammenschließen und erwägen, was weiter an gesetzlichen Maßnahmen notwendig ist. (Beifall rechts.)

Und nun will ich dem Abg. David, der ja seine Rede mit einem schönen Zitat geschlossen hat, obwohl er mir vorwirft, daß ich zu viel in Zitaten mache (Heiterkeit), nachdem ich seit längerer Zeit nicht zitiert habe (Große Heiterkeit), auch ein Wort widmen, das ich gerade gestern Abend bei Goethe gelesen habe. (Heiterkeit.) Das Wort lautet: „Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, sind Phantasten oder Scharlatane“ — damit meine ich natürlich keinen Antwohnden. (Heiterkeit.) Im übrigen empfehle ich dem Abg. David: Lesen Sie Goethe! (Heiterkeit.)

Ich wende mich nun

zur Besitzsteuer.

Herr David hat sich mit vielem Bedagen über die Gegenfrage verbreitet, die in dieser Beziehung zwischen mir und der Rechten bestehen sollen. Herr David hat offenbar noch meinen geistigen Bemerkungen beweisen wollen, daß er diplomatisches Talent hat. Vielleicht kann auf ihn zurückgegriffen werden bei dem oft beklagten Mangel, der in unserer Diplomatie herrscht. (Heiterkeit.) Herr David treibt die Politik der Schadenfreude, des tertius gaudens (des lachenden Dritten). Darauf falle ich nicht hinein, und ich denke die Agrarier auch nicht. Es ist mir vorgeworfen worden — ich weiß wirklich nicht einmal, was es Herr David oder Herr Hausmann (Große Heiterkeit), daß ich in der Frage der Besitzsteuer umgefallen bin. Ich denke ja gar nicht daran, mich in dieser Frage aus einem Paulus wieder in einen Saulus zu verwandeln. (Heiterkeit.) In der Theorie ist es natürlich möglich, die ganze Finanzreform nur auf indirekte Steuern zu basieren. Aber wie die Verhältnisse bei uns liegen, ist dieser Weg nach meiner Ueberzeugung für eine pflichtbewußte Regierung politisch nicht möglich. (Sehr wahr! links.) Ein solche Politik würde im Lande nicht verstanden werden. Ich würde ein wahrer Schrittmacher der Sozialdemokratie sein, wenn ich sie einschläge. (Sehr richtig! links.) Deshalb bleiben die verbandeten Regierungen bei der Ueberzeugung, daß bei einem Gesamtbedarf von einer halben Milliarde ein erheblicher Teil von dem Besitz erhoben werden muß. (Bravo! links.) Da uns ein anderer praktisch verwertbarer Vorschlag, um alle Arten des Besitzes zu treffen, nicht gemacht worden ist, so bleibt nur der vorgeschlagene Weg der

Erbchaftsteuer

Übrig. (Bravo! links.) Ich kenne und würdige durchaus die gegen diese Steuer vorgebrachten Bedenken, aber ich bestreite, daß nicht die Möglichkeit vorhanden sein soll, diese Bedenken zu mildern und fast vollständig zu beseitigen. Alle Vorschläge, die gemacht werden, werden sorgfältig geprüft werden, wie das bisher geschehen ist.

Der Block.

Nun ist auch verschiedentlich Kritik an dem Block geübt worden. Herr David glaubte schon, das Höchste des Blocks zu vernehmen. (Heiterkeit.) Herr Hausmann, der mit einer Schärfe sprach, die ich lebhaft beklage (Zustimmung rechts), betrachtete ihn schon als Leiche. Der Gedanke, der dem Block zugrunde liegt, durch Wiedereingliederung der besten Kräfte der Konservativen und Liberalen, die sich seit langem in unfruchtbarer Kampfe gegenseitig aufzehrten, zu verbinden und dadurch fruchtbar zu machen, war ein sehr gesunder. (Lachen b. d. Soz.) und hat nach meiner Ueberzeugung im Lande zu festen Boden gefaßt, als daß er durch vorübergehende Schwierigkeiten ersticht werden könnte. Darum glaube ich, daß der Gedanke des Blocks nicht tot ist, sondern in dieser oder jener Form wieder auferstehen und uns alle überleben wird.

Nun noch ein kurzes Wort über

die Finanzreform

selbst: Ueberall macht sich in steigendem Maße die Sorge um ihr Zustandekommen geltend. (Zustimmung.) Die Sache verdrängt aber keinen Aufschub. Das Land empfindet es als eine nationale Katastrophe, daß die Entscheidung über die Finanzreform so lange hinausgezögert wird. Das Land würde es als ein nationales Unglück auffassen, wenn dieses hohe Haus sich außerlande zeigte, die Finanzreform zu lösen. Die Regierung verlangt von diesem Hause eine feste und unzweideutige endgültige Entscheidung über die Reichsfinanzreform, und noch in dieser Session. (Lebhaftes Bravo! links.) Die Schuld an den gegenwärtigen unbedingenden Verhältnissen tragen alle Parteien. Nach den Äußerungen der Redner jeder Partei stehen natürlich alle Parteien da weiß und flecklos, wie ein Lamm. (Heiterkeit.) In Wirklichkeit sind sie allzumal Sünder. (Große Heiterkeit.) Zur: Die Regierung auch! Auch die Regierung hat Fehler gemacht, aber lange nicht so viele wie Sie. Die Rechte ist gegen eine angemessene Erbschaftsbesteuerung, und die Linke wehrt sich gegen die Form, unter der allein nach Ansicht aller Sachverständigen eine höhere Belastung des Spiritus möglich ist. So kann es nicht weiter gehen. Wir müssen Front machen gegen diese Verschleppungspolitik, gegen dieses Hemmnis des Willens zur Tat. Es müssen die großen Gesichtspunkte in den Vordergrund gehoben werden, die der großen Aufgabe entsprechen. Alle Rücksichten auf Mandatverluste müssen gegenüber dem Allgemeininteresse ebenso zur Ruhe verwiesen werden wie die egoistische Interessenvertretung gewisser Erwerbsgruppen, die sich wider den Willen der Öffentlichkeit mit einer einzig dastehenden Nützlichkeit in den Vordergrund gedrängt haben. (Hört! hört! links.) Die Finanzreform ist die wichtigste Aufgabe, die je diesem hohen Hause unterbreitet worden ist; sie muß schnell gelöst werden, wenn nicht unser Ansehen nach außen, unsere Kraft nach innen leiden soll. Beweisen Sie dem Lande und dem Auslande, daß Sie instande sind, diese Aufgabe zu lösen im Interesse unseres Vaterlandes und im Interesse des Ansehens und der Stellung des Reichstages. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen und Nationalliberalen. Schwacher Beifall rechts.)

Abg. v. Oldenburg-Januschan (l.): Der Abg. Wiemer hat unter Rennung meines Namens von Agrardemagogen gesprochen. Ich könnte mir das in sehr grober Form verbiten, es fänden auch mir solche Töne zur Verfügung. (Heiterkeit.) Aber meine Erklärung (!) gestattet mir nicht (Große Heiterkeit), im politischen Kampf den Ton der guten Gesellschaft zu verletzen! (Große Heiterkeit.) Auch finde ich es

unelegant,

wenn Parteien, die lange zusammengegangen sind, bei der Trennung sich in dieser Weise in die Haare geraten.

Nun noch einiges den Freisinnigen ins Stammbuch: Wenn der Block krank, so krank er an Ihrer gewohnheitsmäßigen Unfähigkeit, eine politische Situation richtig zu erkennen. (Große Heiterkeit und Lachen bei den Freisinnigen.) Sie haben das Spiritusmonopol abgelehnt, die Inkeratensteuer, die Elektrizitätssteuer, die Weinsteuer wollen Sie ablehnen, und mit der Branntweinsteuer sind Sie noch mehr als schwankend. Sie beanstanden die Liebesgabe und zeigen dadurch, daß Sie

keine Ahnung

davon haben (lautes Lachen links), denn ohne die Liebesgabe würde die Brennererei nicht bestehen können.

Herrn David bemerke ich, daß er über das monarchische Empfinden anderer Parteien nicht urteilen kann. Weibel sagte

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, Für den

einmal, in Preußen würde es um Kopf und Kragen gehen. Wenn es so weit ist, werde ich auch plusroyalistes que le roi (Königlicher als der König) sein. (Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wommsen (fr. Bg.): Die Branntweinrede des Herrn v. Oldenburg sprach nicht gerade für Verheerung der schönen Manzerworte über die Notwendigkeit, daß die Interessen der einzelnen Verufe und Stände vor dem Staatswohl zurückstehen haben. Es ist bezeichnend, daß von der größten Partei des Hauses bisher nur ein Essäfer — aber eifässige — und ein Welse — aber welfische Fragen gesprochen hat. Das Zentrum will augenscheinlich seine ausgezeichnete günstige Lage nicht durch unvorsichtige Aeußerungen gefährden. Die Konserwativen müssen sich überlegen, ob sie wieder zur Mehrheitbildung mit dem Zentrum zurückkehren wollen. Wir Freisinnigen warten ruhig die Entwidlung der Dinge ab. (Beifall links.)

Abg. Gamel (Soz.):

Bezeichnend ist, daß der Reichskanzler kein Wort gesagt hat über das, was David über die Befprechung der Vergandereine angeführt hat. Ebenso bezeichnend ist, daß er nur deshalb nicht alle Steuern auf indirektem Wege aufbringen will, weil dadurch die sozialdemokratische Agitation befehrt würde!

Es war viel von sogenannten Besitzsteuern die Rede. Abgesehen davon, daß man sich über ihre Form nicht einigen kann, sind nach den Ausführungen des Abg. v. Oldenburg diese Steuern nicht der Art, daß sie wirklich den Besitz treffen. Die direkten Steuern beginnen in verschiedenen Bundesstaaten schon bei einem sehr niedrigen Satze, bei 700, ja bei 500 oder gar 300 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und von der Steuerpolitik des preußischen Landtages haben wir neulich erst wieder Proben erhalten. Die platonischen Vertretungen der Einzelstaaten würden schon dafür sorgen, die oberen Steuerklassen nach Möglichkeit zu entlasten und die Last der Besitzsteuer wesentlich auf die Nichtbesitzenden zu wälzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens handelt es sich ja bei der ganzen Frage nur um ein Fünftel des Bedarfs, denn vier Fünftel wieder auf den Konsum d. h. auf die breiten Massen zu wälzen, dazu haben sich sogar die sogenannten liberalen Parteien bereit erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn sich Herr v. Oldenburg für das Prinzip ereifert, direkte Steuern den Einzelstaaten, indirekte dem Reiche zuzuwenden, so ist das Prinzip doch schon vor drei Jahren durch die Erbschaftsteuer durchbrochen worden! (Sehr richtig! links.) Daß Herr Wasser sich jetzt für die Erbschaftsteuer ausgesprochen hat, ist ja recht anerkennenswert. Das war einmal ein erfreulicher Wandel bei den wandlungsreichen Nationalliberalen. (Sehr gut! und Heiterkeit links.)

Bestreut haben wir uns heute auch über eine Aeußerung des Reichskanzlers. (Heiterkeit.) Ich meine eine Stelle seiner Erwiderung auf den Herrn Abg. Göb von Oldenburg. Der Reichskanzler meinte: Ueber dem dynastischen Fürstentum steht das Wohl des deutschen Volkes. Das unterzeichnen wir Wort für Wort. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler kam auf Vorgänge bei dem Empfange des Königs Eduard zu sprechen. Er sprach von „Janhagel“ und fragte höhnisch, ob die Ergebenten Agrarier gewesen seien. Das nicht, aber sie sind in ihrer Art

Opfer der Agrarier, Produkte der jämmerlichen Volksschule, in dem von Agrariern beherrschten Staate Preußen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten können also mit gutem Recht die Verantwortung für jene Ergesse ablehnen; wohl aber möge der Reichskanzler, wenn er solche Ausschreitungen nicht wiederholt wünscht, in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident für die Verbesserung der elenden Volksschulzustände Preußens sorgen. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dringend notwendig ist der Ausbau der Verfassung des Reiches sowie der Geschäftsordnung des Reichstages im freiheitlichen Sinne. Leider ist das Reformwerk durch die Laubzeit begun, die Abneigung der bürgerlichen Parteien gegenüber demokratischen Reformen ins Stadium geraten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kollege Bunderdöcker hat hier die Elsaß-lothringische Frage angefnitten. Die Antwort des Staatssekretärs konnte in keiner Weise als befriedigend bezeichnet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Elsaß-Lothringen hat gerade so guten Anspruch wie andere Glieder des Reiches darauf, seine Verhältnisse selbständig zu regeln. (Sehr wahr!) Dagegen möchte ich mich entschieden gegen etwaige Pläne auf Ausmerzung des Reichstags wenden, wenn nicht gleichzeitig auch dem Bundesrat jeder spezielle Einfluß auf Elsaß-Lothringen genommen wird. Wir verlangen für Elsaß-Lothringen autonome Landesregierung und eine auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht basierte Volksvertretung! (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der Presse ist auch die Rede davon, die Schaffung der Selbständigkeit Elsaß-Lothringens zu benutzen, um einen Hohenzollernprinzip als Herzog dorthin zu bringen! Die Elsaß-Lothringer haben gar kein monarchisches Gefühl, man sollte Elsaß-Lothringen zur Republik machen, wie es z. B. Hamburg ist.

Jedenfalls ist daran festzuhalten, daß eine Ordnung der Dinge in Elsaß-Lothringen, die den Reichstag ausschaltet und den Einfluß des Bundesrats bebehält, nicht nach dem Herzen der Elsaß-Lothringer ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiemer (fr. Bg.): Ich habe nicht Herrn von Oldenburg einen Agrardemagogen genannt, sondern eine Aeußerung von ihm zitiert, und das ist doch keine Beleidigung! (Heiterkeit links.) Seine gute Erziehung möge er bei seinen Freunden vom Bund der Landwirte betätigen. Herr von Oldenburg meinte dann — mit dem guten Ton des Kavalliers, der ihn auszeichnet (Heiterkeit), — von der Branntweinsteuer verstanden wir nicht, wohl aber er, weil er eine Brennererei habe! Ich erinnere ihn daran, daß sowohl ein Vertreter der Regierung als auch Herr Müller-Rudba die Liebesgabe als ein direktes Geschenk an die Brenner bezeichnet haben! Die Erklärung der Wirtschaftlichen Vereinigung und der freikonservativen Partei betrachten wir als einen Erfolg der Liberalen im Block! Wir hoffen, daß wir uns auch weiterhin einigen werden, es wird das von der Haltung der Konserwativen abhängen! (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Wetterlé (Eif.) verlangt die legislative Unabhängigkeit Elsaß-Lothringens. In dieser Frage sind alle Parteien der Reichslande einig. Ob dann ein Landesfürst nach dem Elsaß kommen soll oder eine Republik errichtet wird, hat natürlich der Bundesrat und Reichstag zu entscheiden. (Abg. Singer (Soz.): Vielleicht nehmen Sie den serbischen Kronprinzen; er ist gerade heilungsfähig! Große Heiterkeit.) Den wollen wir lieber doch nicht! (Erneute Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Der Titel „Behalt des Reichskanzlers“ wird bewilligt.

Die Resolution Albrecht u. Gen. (Soz.), die eine internationale Verständigung über die Abdrungen zur See und den Verzicht auf das Preisrecht verlangt, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Raumann (fr. Bg.) abgelehnt. — Der Rest des Etats des Reichskanzlers und der Reichskanzlei wird debattelos bewilligt.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. (Etat für das auswärtige Amt, der Reichseisenbahnen, des Reichsschatz-amts, der Reichsschule.)

Schluß 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

(48. Sitzung, 30. März.)

Die Budgetkommission ist am Montag mit den Etatsberatungen zu Ende gekommen; nur einige Resolutionen (nicht Positionen), wie es infolge eines Druckfehlers im letzten Bericht heißt) waren

Inseratenteilverantw.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Bornhörs

noch übrig geblieben, die auch heute nochmals und zwar bis nach den Ferien, zurückgestellt wurden.

Auf der Tagesordnung stand ein Antrag Oriola auf Schaffung eines Gesetzes über die

Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Demnach sollen die Beihilfen jährlich 120 M. betragen und allen Mannschaften und Unteroffizieren des Heeres und der Marine gewährt werden, die an den Feldzügen von 1870/71 oder an den von den deutschen Staaten vor diesem Zeitpunkte geführten Kriegen oder an überseeischen Expeditionen „ehrenvollen Anteil“ genommen haben. Des Nachweises der Hilfsbedürftigkeit soll es nicht bedürfen, wenn der Kriegsteilnehmer das sechzigste Lebensjahr überschritten und ein Gesamtverdienst von weniger als 900 Mark hat. Ausgeschlossen von dem Bezuge sollen sein: die Reichsinvalidenrentner, Personen, welche nach ihrer Lebensführung als der beachtlichste Färförge unwürdig anzusehen sind“ (!). Die politische Bestimmung eines Kriegsteilnehmers soll bei der Prüfung seiner Würdigkeit nicht in Betracht gezogen werden. In besonderen Notfällen soll die Beihilfe über den Satz von 120 Mark erhöht werden können. Nach dem Tode eines Unterstützungsempfängers soll die Beihilfe auf drei Monate an die Witwe oder an die ehelichen (!) Abkömmlinge weiter bezahlt werden.

Staatssekretär S y d o w wandte sich gegen den Antrag; er verweist auf die schlechte Finanzlage des Reiches, die es nicht gestatte, daß Ausgaben gemacht werden, für die keine Deckung vorhanden sei.

Abg. Erzberger schlägt vor, für die Bemessung der Unterstützungshöhe den Ortsklassentarif der Militärverwaltung zugrunde zu legen.

Genosse Singer erklärte: Die Bewilligung der Beihilfen sei notwendig, daher würde seine Partei dem Gesetzentwurf zustimmen. Er glaube aber, daß es sich empfehle, die Wendung „ehrenvollen Anteil“ zu streichen, weil das zu Schifanen Anlaß geben könnte. Das gleiche sei erst recht der Fall bei der Bestimmung, daß „Unwürdigkeit der Lebensführung“ einen Zurückweisungsgund bilden solle.

Eine längere Debatte entspann sich über die festzusetzende Höhe des Einkommens, nach der die Beihilfe auch ohne den Nachweis einer Bedürftigkeit zu gewähren ist. Staatssekretär v. S y d o w erklärte, die vorgeschlagene Grenze von 900 M. für unannehmbar, da der jährliche Aufwand schon bei der niedrigsten Grenze von 600 M. etwa 11 Millionen Mark betragen würde. Abgeordneter Erzberger schlägt 600 M. vor, während der Abg. Raden 750 M. beantragte. Bei der Abstimmung wurde der weitgehendste Antrag von 900 M. mit großer Mehrheit, der von 750 M. mit Stimmengleichheit abgelehnt und der niedrigste Satz von 600 M. angenommen.

Die Anträge Singer, die Bestimmungen, daß Beihilfen nur erhalten soll, wer „ehrenvollen Anteil am Kriege genommen und wer nach seiner Lebensführung nicht unwürdig“ sei, zu streichen, wurden abgelehnt und darauf der Gesetzentwurf einer aus drei Mitgliedern bestehenden Redaktionskommission überwiesen.

Nächste Sitzung am 31. April. Tagesordnung: Beamtenbesoldungsvorlage.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages

befandelte in zahlreichen Sitzungen die Wahl des Abgeordneten Sievers im 16. Hannoverschen Wahlkreis (Hüneburg). Sievers wurde in der Stichwahl mit 14112 gegen 13362 Stimmen, die auf den Welsen v. Wangenheim entfielen, also mit einer Majorität von 750 Stimmen gewählt. Gegen die Wahl ging ein umfangreicher Protest ein, der ein typisches Bild der Wahlbeeinflussung durch die Kriegervereine entwarf, die sich als Leibgarde des nationalliberalen Wahlterrorismus aufspielten. In Versammlungen, bei Kaisergeburtstagsfeiern und dergleichen sowie in öffentlichen Aufrufen in den Kreisblättern wurden die Mitglieder von den Vorsitzenden in Form militärischer Befehle zur Wahl des Abg. Sievers aufgefordert! Für den Fall des Zuwiderhandelns wurde ihnen der Ausschuß unter Verlust aller ihrer erworbenen Rechte angedroht, da für sie immer noch der Fahneid gelte! Aber auch die amtliche Wahlbeeinflussung für den nationalliberalen Kandidaten arbeitete in gewohnter Weise. In dem Soltauer Kreisblatt forderten 13 Gemeindevorsteher, ein Bürgermeister, Oberförster, Förster, Bahnhofsvorsteher usw. unter Beifügung ihres Amtsdarakters zur Wahl des Sievers auf; und damit der Aufruf nicht mißverstanden werden könne, wurde im Leitartikel den Beamten das Eintreten für den Welsen oder gar für den Sozialdemokraten als Bruch ihres Treueides hingestellt!

Konserwatibe, Reichspartei und Nationalliberale sehen natürlich weder die zahlreichen amtlichen Wahlbeeinflussungen noch die wüste Agitation der Kriegervereine als unstatthaft an und kämpfen bei jedem Punkte wie die Löwen für ihren Blockkandidaten, und so dürfte vor den Osterferien kaum eine Entscheidung fallen, so skandalös auch diese Vorfälle sind.

Aus dem Königreich Saarabien, im Wahlkreis St. Wendel-Ottweiler, wo an Stelle Stunms sein Schwiegersohn v. Schuberz gewählt ist, ging der Wahlprüfungscommission wieder ein ausführlicher Protest zu, der das alte Bild rücksichtsloser Bedrückung und Kontrolle der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten sowie alle Zeichen amtlicher Wahlbeeinflussung enthalte. Der Protest war im Umfange ungemein reichhaltig, in der Form aber sehr mangelhaft, so daß nur ein kleiner Teil der vorgebrachten Beschwerden als genügend substantiiert angesehen wurde. Immerhin reichen die für erheblich erachteten Punkte aus, das Stimmverhältnis eventuell zu beeinflussen; es wurde daher beschlossen, die Wahl zu beanstanden und über die vorgebrachten Beschwerden zu befinden. — In der Hauptwahl hatte v. Schuberz 18329, der Zentrumskandidat Marx 18416 und der Sozialdemokrat 571 Stimmen erhalten, in der Stichwahl siegte Schuberz mit 19625 gegen 18654 Stimmen.

Im dreizehnten elsfässischen Wahlkreis (Diedenhofen) wurde gegen 9674 Zentrums- und 4477 sozialdemokratische Stimmen der Großindustrielle v. Wendel mit 18374 Stimmen gewählt. Nach den Behauptungen des eingereichten Protestes betrieben die Wendelschen Agenten die Agitation ganz in der Art ungarischer und galizischer Wahlmache: Wochenlang wurden die Ortskasten durchzogen und die Wähler mit Zigaretten, Bier, Wein und Schnaps traktiert! Stile wurden abgetrieben, Wahlvorsteher trieben im Wahllokale Stimmengang, Eisenbahnvorsteher beeinflussten ihre Untergebenen usw. Aber da der Protest nur für einzelne Ortskasten Beweis anbietet, reichen diese nicht aus gegenüber der großen Majorität, und so wird Herr Dr. Wendel während der ganzen Session eine Zierde des Reichstages bilden.

Vermischtes.

Bergmanns Tod. Auf Jette Freier Vogel fanden, einer Meldung aus Hörde (Westfalen) zufolge, gestern nachmittag zwei Bergleute, welche die Straße von Schlagweitem reinigen sollten, und ein zur Rettung der Ausbleibenden nachgehender Steiger durch giftige Gase ihren Tod.

Feuer im Hafen von Havana. Nach einem Telegramm aus Havana hat im dortigen Hafen ein heftiges Schiffsfeuer gewüthet, bei dem mehrere Schiffe und Fahrzeuge beschädigt wurden. Auch der Hamburger Dampfer „Altenburg“ erlitt schwere Beschädigungen. Nach dreistündiger Arbeit gelang es, das Feuer Herr zu werden. Der Kreuzer „Bremen“ leistete wertvolle Hilfe.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

Freipruch für die Erschießung des Landarbeiters August Arbeit.

Vor dem Schwurgericht in Jüterburg fand am 26. und 27. März die Verhandlung gegen den Gutsherrn Walter Lehrenz aus Grünblum, Kreis Darlehmen, wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge statt. Der, der Anklage zugrunde liegende Sachverhalt ist unseren Lesern bekannt. Er ist kurz folgender: Am 3. Juni vorigen Jahres hatte sich der im Dienst des Angeklagten stehende unverheiratete Schweizer August Arbeit nach dem Dorfe Godehnen zur Landtagswahl begeben. Als er gegen vier Uhr nachmittags nach dem Gut zurückkehrte, bat er sich sein Mittagessen aus. Der Besitzer Lehrenz hatte aber angeordnet, daß er kein Mittag, sondern nur Kaffee und Brot erhalten solle. Hierüber entstand Streit. In dessen Verlauf verlangte der Schweizer seinen rückständigen Lohn und seine Entlassung. Als sich dann der Schweizer in der Nähe seiner gegenüber dem Gutshause gelegenen etwa sieben Schritte von diesem entfernten Wohnstube befand, brachte vom Gutshause her ein Schuß, der den Schweizer auf der Stelle niederstreckte. 27 Schrotkörner waren ihm in Kopf, Hals und Brust gedrungen. Ohne die Besinnung wieder zu erlangen, starb er an den Folgen der Schußwunden.

Der Gutsherr behauptete erst, er habe in Notwehr gehandelt, denn er habe nur einen Schreckschuß abgegeben. Es wurde deshalb nur Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung erhoben. Im ersten Termin behauptete dann der Verteidiger, es habe kein Schreckschuß, sondern Notwehr vorgelegen. Der Angeklagte habe die Grenzen der Verteidigung überschritten, sei aber, weil er dies in Bestürzung, Furcht oder Schrecken getan habe, nach § 53 des Strafgesetzbuches straflos. Das Gericht beschloß, wie wir seinerzeit berichteten, den Angeklagten sechs Wochen von einem Psychiater (Nerven- und Irrenarzt) untersuchen zu lassen.

Das Gutachten der medizinischen Sachverständigen wurde in der Verhandlung vor dem Schwurgericht am 26. und 27. März unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgegeben! Der Staatsanwalt beantragte die Schuldfrage auf vorsätzliche Körperverletzung zu verneinen, die auf fahrlässige zu beziehen.

Die Geschworenen verneinten nach kaum zehn Minuten Beratung beide Schuldfragen. Das Gericht sprach darauf den Gutsherrn frei.

Unter den zwölf Geschworenen befanden sich neun Großgrundbesitzer. Unsere Landarbeiter sollten aus dem Ausgange des Prozesses entnehmen, wie dringend notwendig es für sie ist, sich politisch und gewerkschaftlich zusammenzuschließen, um ihrer völligen Rechtlosigkeit ein Ende zu bereiten.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenwucher.

Folgender Zuschrift, die uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangen ist, geben wir mit dem Bemerkten Raum, daß wir auf einige Bemerkungen, die sich gegen den „Vorwärts“ richten, noch zurückkommen werden. Zunächst wollen wir erst mal abwarten, ob die angegriffenen anderen Korporationen Veranlassung nehmen, sich zu der Angelegenheit zu äußern:

In der 4. Beilage Ihrer Nummer 65 vom 18. März d. J. bringen Sie unter der Überschrift: „Die Bewucherung der Berliner Bevölkerung durch die Kohlenverläufer“, einen Artikel, dessen Tendenz sich fast ausschließlich gegen den Kohlenhändler richtet. Sie stützen sich dabei auf die vom Reichsamt des Innern in den bekannten „Nachrichten für Handel und Industrie“ für den Monat Januar 1908 und 1909 veröffentlichten Zahlen über die angeblichen Kohlenpreise in Berlin. Gestatten Sie uns, Ihnen zu sagen, daß wir die dort angegebenen Zahlen nicht nur nicht als richtig anerkennen, sondern auch den Beweis dafür antreten können, daß sie mit den wirklich gezahlten Preisen absolut nicht im Einklang stehen. Eine Nachfrage im nächsten Kohlenladen Ihrer Nachbarschaft hätte genügt, um festzustellen, daß für Steinkohlen und Weisbleits im Januar 1909 die gleichen Preise gefordert worden sind, wie im Januar 1908. Der Kohlenpreis ist allerdings auch im Kleinverkauf gestiegen, jedoch durchaus nicht im gleichen Maße, wie die Einkaufspreise für den Kleinhandl. Wenn die „Nachrichten für Handel und Industrie“ den Preis für 100 Stück Weisbleits im Januar 1908 mit 1,12 M. und im Januar 1909 mit 1,42 M. angeben, so beruht diese Angabe für das Jahr 1909 lediglich auf einem Druckfehler. Es sollte richtig heißen: 1,12 M. Die Zahlen über die Kohlenpreise werden im Sachausschuß für Kohlen und Weisbleits der Handelskammer festgesetzt und an das Reichsamt des Innern weitergegeben. Eine Nachfrage bei der Berliner Handelskammer wird Ihnen bestätigen, daß ein Druckfehler vorliegt. Die vom Reichsamt des Innern veröffentlichten Zahlen über

die Preise für Steinkohlen sind weder für den Januar vorigen Jahres, noch für den Januar dieses Jahres richtig wiedergegeben. Die Steinkohlen kosteten im Kleinverkauf in den Jahren 1908 und 1909 im Höchstfalle ab Lager 1,55 M. und, frei in die Küche gebracht, 1,75 M. pro Zentner. Wie der Sachausschuß für Kohlen und Weisbleits der Berliner Handelskammer zu anderen Zahlen kommen konnte, ist uns unerfindlich. Wir haben auch schon öfter gegen die Richtigkeit der vom Reichsamt des Innern bekanntgegebenen Zahlen über die Kohlenpreise Stellung genommen, und überreichen Ihnen zum Beweise hierfür die Nummer 24 unserer Verbandszeitung „Der Kohlenhändler“. In dieser Nummer haben wir uns scharf dagegen geäußert, daß die Erhöhung der Verkaufspreise durch amtliche Zahlen einzig und allein dem Kleinhandel zugeschrieben wird.

Wir protestieren auch gegen die Behauptung, die Verkaufspreise im Kohlenhandel seien seit Januar v. J. für Steinkohlen um 14 Pf. pro Zentner und für Braunkohlenweisbleits um 30 Pf. pro 100 Stück gestiegen. Auch gegen die Behauptung protestieren wir, die da lautet: „Die Preise im Großhandel sind nämlich auch in Berlin in den meisten Sorten vom Januar 1908 bis 1909 gleichgeblieben, oder etwas gefallen.“ Einzig für Steinkohlen sind, wie auch bei den amtlichen Zahlen ersichtlich, die Einkaufspreise in diesem Jahre etwas mäßiger als sie im vergangenen Jahre waren. Dagegen sind die Einkaufspreise für Gasfoks pro Wagon um 65 M. gestiegen; auch für Braunkohlenweisbleits sind die Einkaufspreise für Januar d. J. gegen Januar v. J. je nach der Marke um 3-10 M. pro Wagon höher. Ihre Behauptung findet auch in den „Nachrichten für Handel und Industrie“ keine Stütze. Die Angaben in diesem Blatte zeigen eine Steigerung der Großhandelspreise bei Gasfoks um 1 M. pro Tonne und bei Weisbleits um 20 Pf. pro Tonne, bei Steinkohlen Ruh II eine Ermäßigung um 20 Pf. pro Tonne.

Hochachtungsvoll Vorstand und Delegierte des Verbandes der Vereine selbständiger Kohlenhändler Berlins und Umgegend. (Eingetragener Verein.)

Passage-Kaufhaus. Herr Wolf Wertheim teilt der „Voss. Ztg.“ mit, daß er bei der Umwandlung des Passage-Kaufhauses in ein Warenhaus vollständig unbeteiligt sei.

Salpetermineral aufgelöst. Aus Santiago de Chile wird gemeldet: Der Salpetermineral ist mit 46 gegen 41 Stimmen aufgelöst worden. Die Ausbeutung der Salpetermineral ist vom 1. April an freigegeben. — Die Auflösung kann von Einfluß sein auf die Preispolitik des Kalisyndikats.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — soweit Vorrat

Damen-Konfektion

Ca. 1000 Jacket-Kostüme

aus Pr. Stoffen engl. gemustert, Tuch, Kammgarn etc., neueste Fassons, la Verarbeitung

Table with 5 columns: SERIE I (25.00), SERIE II (35.00), SERIE III (45.00), SERIE IV (58.50), SERIE V (78.50)

- Staubmäntel nur vorzüglich. Qualitäten, beste Verarbeitung ... 9.50 14.50 17.50 22.50 28.50
Kimonos in vielen Farben ... 8.75 13.50 19.50
Frauenmäntel hochelegant ... 32.50 45.00
Weisse Wollbatist-Blusen reich garn., gef. ... 2.65 4.50
Farbige Woll-Blusen in eleganter Ausführung .. 5.75 8.75

- Engl. gem. Paletots aus den besten Stoffen ... 9.75 12.50 16.50 25.00 32.50
Kostümröcke fussfrel, engl. gemustert ... 2.90 3.90
Kostümröcke fussfrel, aus ganz vorz. gem. Stoffen ... 6.50 12.50
Miederröcke blau und schwarz ... 13.50 17.50
Prinzessröcke div. Ausführungen ... 17.50 22.50

Handschuhe

- Damen-Glacés aus gutem Lammlleder, 2 Druckknöpfe ... 1.25
Damen-Suèdes aus Ziegen- u. Lammlleder, franz. Erzeugnis ... 1.45
Herren-Suèdes aus starkem Lammlleder, 1 Druckknopf ... 1.45

- Damen-Handschuhe aus la Zwirn, 2 Druckknöpfe ... 38, 48 Pf.
Damen-Handschuhe la Leinen-Imitation, 2 Druckknöpfe ... 65, 95 Pf.
Damen-Handschuhe Rein Leinen Flor-Milaneso, feinste Qualität ... 1.35

Ein Posten Lange Halbhandschuhe u. Handschuhe aus Zwirn, Flor und Seide, durchbrochene Gewebe und Zwirn, Leinen-Imitation, glatt 48, 75 Pf. 1.25

Möbel

Fabrik Rudolf Bartsch Oranien-Str. 73. Gegr. 1889.

Bräutleute, achtet auf meine Firma!

Möbelkauf ist Vertrauenssache. Tausende meiner Kunden bestätigen gern, daß sie nicht nur billig, sondern auch reelle Möbel bekommen haben. Verzäumen Sie also nicht, mein Lager zu besichtigen. Fachmännische Bedienung. Kaufzwang ausgeschlossen. Jede Einrichtung ist fertig aufgestellt im Preise von Mark 167-10 000.

- mahag. Salon, eich. Speisezimmer dto. Schlafzimmer, Küche; modern Mk. 1500.—
Wohn- und Speisezimmer engl. Schlafzimmer, Küche modern Mk. 930.—
Gutes Wohnzimmer Schlafzimmer und Küche Mk. 653.—
2 Zimmer und Küche Mk. 394.—

Teilzahlung eventuell gestattet. Große Posten gebrauchter Möbel billig. Geöffnet Wochentags von 8-5 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr, Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 31. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde. (Anf. 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Julius Caesar.
Neues königliches Opernhaus. Ralfsch. (Anf. 8 Uhr.)
Deutsches. Faust.
Kammerspiele. Rju. (Anf. 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Wefen. Der Hochfink.
Leistung. Die Wildente. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Berliner. Einer von unsere Leut.
Neues. Die fremde Frau.
Neues Schauspielhaus. Besch. Schulte.

Thalia. Wo wohnt sie denn?
Komische Oper. Kessand.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Am Klubsessel.
Reichens. Kämmerer dich um Amelle.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Das Erbe.
Schiller Charlottenburg. Rechts herum.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Julianscheier.
Kaisers. Marie, die Tochter des Regiments.
Lilianas. Liebesgewitter.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.

Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Rose. Reiterattache.
Bürgerliches Schauspielhaus. Die Jungfrau.
Waldhalla. Die beiden Bindebände.
Apollo. Der junge Papa. Spezialitäten.

Metropol. Donnerwetter - tadellos.
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Perry, Holden, Bender, Giampietro, Kettner, Pfann, Thielcher.

Apollo Theater
Abends 10 Uhr:
Letztes Auftreten von **Alice Norton**
Vorher ab 8 Uhr:
Das grandiose Programm.
Dazu:
Der junge Papa.
Wojen: Gaispiel der drei Schwestern Wiesenthal.

Wintergarten
Abends 8 Uhr:
Leben und Legenden der Schwarzfuß-Indianer in den Rocky-Mountains.
Eternwarte. Jubiläumstr. 67/68.

Lessing-Theater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Aben-Byland
echte Vorstellung: Die Wildente.
Donnerstag 8 Uhr: Griselda.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsere Leut.
Morgen: Einer von unsere Leut.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die fremde Frau.
(La femme X...)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der Jockeyklub.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Mittwoch, 31. März, Anfang 8 Uhr:
Husarenfieber.
Donnerstag 8. erstmalig: Othello.
Freitag: Dithello.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelle.“
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.
Hebbel-Theater

Königsberger Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Mittwoch, den 31. März:
Revolutionshochzeit.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Gastspiel-Theater.
8. Köpenickerstr. 68, 8.
Zum 548. Male:
Sherlock Holmes
von Ferdinand Bonn.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Leben, Bräuche und Legenden der Schwarzfuß-Indianer in den Rocky-Mountains.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Marie, die Tochter des Regiments.
Donnerstag Benefiz für Kränlein & Wohltätigkeit: Der Leischlöger.
Freitag: Marie, die Tochter des Regiments.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz 8 Uhr: Marie, die Tochter des Regiments.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf dem Wege. 8 Uhr: Der Leischlöger.
Montag: Marie, die Tochter des Regiments.

Bernhard Rose Theater
Dr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr
Reiterattache.
Lustspiel in 3 Akten von Stobitzer und Friedman.
Wochentagspreise.
Donnerstag: Die Entgeißelten.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Perry, Holden, Bender, Giampietro, Kettner, Pfann, Thielcher.

Apollo Theater
Abends 10 Uhr:
Letztes Auftreten von **Alice Norton**
Vorher ab 8 Uhr:
Das grandiose Programm.
Dazu:
Der junge Papa.
Wojen: Gaispiel der drei Schwestern Wiesenthal.

Wintergarten
Abends 8 Uhr:
Leben und Legenden der Schwarzfuß-Indianer in den Rocky-Mountains.
Eternwarte. Jubiläumstr. 67/68.

Letzter Tag
des
März-Programms!
u. a.: Robert Steidl
Liane de Vriès
Novität! Novität!
Eine epochale Erfindung!
Kinemacolor
(Urban-Smith-Patent).
Lebende Photographien
in natürlichen Farben.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tacianu.
Piloty von Kaulbach
in ihrer indisch. Tempelzone.
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige
Variété-Programm!
14 erstklassige Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
Zum erstenmal in Berlin!
Prinzeß Fassie
die Amazonen-Königin
m. ihr wilden Leibgarde.
Das blaue Weib,
das Opfer unbarbarer Tötation.
Das gr. Schauspielprogramm
Alles ohne Extra-Entree.

Theater des Südens
Drebbenerstr. 97 a. d. Brinzenstr.
Zu weißen Köpfl.
Vor u. nach, erstklass. Spezialität u. humor. Kom. Kinematogr. Kabarett.
R. d. Fort. Tanzrevue ohne Nachzahlung Anf. d. Konz. 7. d. Fort. 8 1/2 U.
Entrée 20 Pf.

Sanssouci, Kolthuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Koller.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
und Tanz.
Ausgewähl. Programm.
Beg. Sonntag 5. wochent. 8 U.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.

Herrnfeld-Theater.
Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Nur noch bis Dienstag, 6. April
Die beiden Bindebände
und „Endlich allein“!
Mittwoch, 7. April:
Premiere!

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Ab 10. März:
Das gänzlich neue Elite-Programm.
10 Kunstkräfte
allerersten Ranges.
Zigeunerfriedel.
Schauspiel in 1 Akt.
Vorzugslasten, wochentags
gültig zu halben Preisen, überall
gratis.

„Flora“
Spandau, Pichelsdorfer Str. 39.
Sonntags **Gr. Ball.**
Anfang 8 Uhr:
Familien können Kaffee kochen.
Tel.: Spandau 53. E. Koepnick.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Felix Philippi.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Nur noch bis Dienstag, 6. April
Die beiden Bindebände
und „Endlich allein“!
Mittwoch, 7. April:
Premiere!

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer
Stralsunderstr. 1.
Für jeden, der daran Interesse,
Dien' ich als ständige Adresse.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Ab 10. März:
Das gänzlich neue Elite-Programm.
10 Kunstkräfte
allerersten Ranges.
Zigeunerfriedel.
Schauspiel in 1 Akt.
Vorzugslasten, wochentags
gültig zu halben Preisen, überall
gratis.

„Sophiensäle“ Inhaber: Paul Baatz
— Bahnhof Börse — Sophienstr. 17/18 — Hackescher Markt —
Telephon III 2783.
Vorzügliche Säle, 60—2000 Personen fassend;
sehr geeignet zu Versammlungen, Vereinsfest-
lichkeiten, Konzert- und Kunstabenden :::
Anerkannt tadellose Akustik.

Achtung! Gewerkschaften! Vereine! Gesellschaften!
Rauchfangswerder
Restaurant Waldhaus
Bahnhof Zeuthen. Fernsprecher: Amt Zeuthen Nr. 18.
Empfehle den geehrten Vereinen, Gewerkschaften usw. mein idyllisch am Zeuthener See und Dahme gelegenes, von schönen Waldungen umgrenztes und bedeutend vergrößertes Etablissement zu **Dampferpartien** und **Ausflügen**. Mehrere Säle, Hallen und Veranden sowie ein großer Parksaal stehen den vereinten Vereinen zur Verfügung.
Für gute Bewirtung sowie Bedienung bürge mein langjähriges Kenntnis.
Hochachtungsvoll
Eduard Rutkowsky.

„Zum Sportshaus“, Ziegenhals bei Zeuthen.
Dampfer- und Bahnstation.
Telephon: Amt Königs-Busterhausen 175; Post Niederlehme.
Empfehle mein herrlich am Grossinssee und Hochwald gelegenes Lokal den vereinten Vereinen, Gewerkschaften, Arbeiter- und Gesellschaften zu **Fahrtpartien** und **Dampferausflügen**.
Zwei große Säle, Kegelbahnen, Kaffeeküche, Volksbelustigungen.
In der Lokalität verzeichnet unter **Niederlehme (Abbau)**.
Desgleichen empfehle mein Restaurant mit Desifikation und Saal-
geschäft in **Berlin S. 53, Fontane-Promenade 18, Ecke Wühlerstraße**
Tel.: Amt IV, 173 **„Zum Leuchtturm“** Tel.: Amt IV, 173
Vereinszimmer und Saal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
Anmeldungen für Partien nach Ziegenhals nehme auch hier entgegen.
Achtungsvoll **M. Mörschel.**

== Rixdorf. ==
Fritz Hoppe Festsäle
Hermannstraße 48-49. — Telephon 1015.
Säle von 250 bis 2000 Personen.
Große und kleine Vereinszimmer (45-100 Personen) mit Pianino.
Schöne große Theaterbühne.
Die Säle stehen den geehrten Vereinen sowie zu Privatfest-
lichkeiten und Hochzeiten **auch Sonntags** zur Verfügung.
Einige Sonnabende sind noch zu vergeben.

„Flora“
Spandau, Pichelsdorfer Str. 39.
Sonntags **Gr. Ball.**
Anfang 8 Uhr:
Familien können Kaffee kochen.
Tel.: Spandau 53. E. Koepnick.

Zirkus Schumann
Mittwoch, den 31. März 1909,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Rechtes Auftreten
Ettero Tiberio
Kämpfer u. Elefantentöter.
Paet,
das Weltwunder als vierbeiniger
Bicycle-Künstler.
Theron-Truppe
8 Personen.
Phänomenaler Radfahrer
Armando mit seinen dreiflügelten
Tieren, u. a.: boxendes Känguruh,
Sig. Ricardo, Saltomortaleiterin,
und die übrigen Spezialitäten.
Um 9 1/2 Uhr:
Golo, der Seeräuber.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7-9.
Letzte Vorstellung dieser Saison.
Schauspiel: Edwin Fischer.
Sofgunst.
Lustspiel in 4 Akten von Th. v. Trotha.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Schluß der Saison!

Steidl
Brückenstr. 2, an der
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Die
altheilbsten **Fritz Steidl-Sänger.**
Parterre-Rest. Entree frei.
Urteile Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Spatzen.
Entree frei.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Sum 142. Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Poligartstr. 72.
Täglich: **Franz Sobanski,**
Senor und Verab. Brotschl. Duo,
Jon Rudolphi, Drahtseilkünstler,
The 3 Söhne, Balance-Künstler,
Cristi Gras, Eisa-Räuber, Bernhard
Ratt, Lola Gray.
Huckebeln & Co.
Schwanz in 1 Akt.
Nach der Vorstellung: Mittwoch,
Samabend, Sonntag **Tanz.**

Café Aisen
Schles. Brücke.
Die Berlin-Valterdorfer Dampfschiffahrts-Gesellschaft empfiehlt
den geehrten Vereinen, Fabriken, Gewerkschaften usw. ihre Personen-Dampfer
zu Dampferausflügen zu den günstigsten Bedingungen. 5593g
Fr. Saewert, 50. 16, Köpenicker Straße 39a. Fernspr.: Amt IV 13749.

Pichelswerder.
Zum Korffest und den Osterfesttagen ladet alle Bekannten und
Gerechtheiten herzlich ein
Der Alte Freund.
Für gute Bewirtung wird bestens gesorgt werden.

Amt 7, 6401. **Volkspark** Amt 7, 6401.
Landsberger Allee am Ringbahnhof (früher Platz),
größter Volksbelustigungsplatz nebst Tanzsaal Berlins.
Hermann Damm.

Max Kliems
Festsäle und Sommer-Theater
Hasenheide 13/15 Hasenheide 13/15
Den verehrlichen Gewerkschaften, Vereinen,
Freunden und Bekannten gestatte mir hierdurch
die ergebene Mitteilung, daß das allbekannte
Etablissement
Max Kliems Festsäle und Sommer-Theater
mit dem 1. April er.
Herr Rudolf Krüger
übernimmt und bitten höflichst, das uns bisher
entgegengebrachte Vertrauen auch auf diesen Herrn
gütigst übertragen zu wollen.
Achtungsvoll
Fr. Max Kliem.
Auf Obiges bezugnehmend, gestatte mir zu be-
merken, daß es mein eifrigstes Bestreben sein wird,
die Zufriedenheit der verehrlichen Vereine und
werten Gäste in jeder Weise zu erwerben.
Ergebenst
Rudolf Krüger,
fr. Besitzer v. Bietfelds „Neuen Spreewald“, Hasenheide 12

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Mittwoch, 31. März, abds. 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung!
Um 7 1/2 Uhr: Der weltber. Orig.
Konsul Peter!
Um ca. 10 Uhr:
Herrn **Karl Hagenbecks**
größte und schönste
Löwen- und Eisbärengruppe.
Eingig dastehender Dreifurk.
Germer: Herr **Burkhardt-Footitt,**
Schulzeiter.
Herr **Ernst Schumann, Reudress.**
Die **Erlos.** Die **Briatore.**
Um 7 1/2 Uhr:
Auswanderer!

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.
Auf vielfachen Wunsch:
's Yorle
oder: **Dorf und Stadt.**
Schauspiel in 4 Akten von Charlotte
Dorch-Pfeiffer.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: **Lolermann** und sein
Pflögekind.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große März-Programm.
17 schottische Hochländer 17
militärische Übungen und die
übrigen Spezialitäten.
Im Tunnel: Jap. Blumenfest. Regi-
mentstanz. Theaterfest. bas. fr. Eintr.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Donnerstag:
Rußland.
Freitag, den 2. April:
Zum erstenmal:
Ackermann.
Sonntag 4 Uhr: Die Dianabilder.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Insolent.
Koffe von L. Taubstein.
In lauschiger Nacht.
Variete von B. Gerde.

Puhlmanns Theater u. Festsäle

Inhaber: Leschkowski.

148, Schönhauser Allee 148.

Neu renoviert!

Neu renoviert!

Drei neu renovierte Prachtsäle (150, 250, 1000 Personen fassend) sowie meinen großen Naturgarten halte ich den verehrten Vereinen unter insonderlichen Bedingungen bestens empfohlen. Einige Sonnabende noch frei.

Neue Armin-Hallen

Amt IV 10155, Kommandantenstr. 58/59, Amt IV 10155.

Festsäle (auch mit Bühne) von 50 bis 1000 Personen fassend, 1492b*

Sonnabende u. Sonntage in diesem u. nächsten Jahre noch frei.

Grünau

Bringe mein Lokal allen Freunden und Bekannten in empfehlende Erinnerung. Angenehmer Familien-Aufenthalt — herrlicher Garten und Vereinszimmer — vorzügliche Speisen u. Getränke zu billigen Preisen.

Gustav Lindenhayn, Friedrichstr. 2.

Wilhelm Erbe

Baumschulenweg, Baumschulenstraße 14.

Empfehle den Bartelgenossen mein Restaurant und Garten.

Großes und kleines Vereinszimmer. Bei Jungpartien als Frühstättung zu empfehlen.

Neue günstige Bahnverbindung: Oberbaumbrücke-Baumschulenweg, Fahrpreis 10 Pf.

Wernsdorfer Schleuse

Wernsdorf, Kreis Beeskow-Storkow, Station Scharwalde.

Paul Schwedlers Restaurant „Zum Oder-Spree-Kanal“

Empfehle den geehrten Vereinen mein herrlich am Oder-Spree-Kanal gelegenes Restaurant.

Gute Küche, solide Preise, herrliche Sommerwohnungen.

Herrnbesitzer: Amt Erlner Nr. 18. Paul Schwedler.

Carl Eisermanns „Elysium“ Landsberger Allee 40/41 Petersburger Str. 50-54.

Empfehle den geehrten Vereinen meine bis zu 1200 Personen fassenden Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten, sowie meinen herrlichen Naturgarten (2000 Personen) mit Säulergeländebühnen zu Sommerfesten gratis zur Verfügung. Einige Sonnabende sind noch zu vergeben.

Achtung! Da sich das Gerücht verbreitet hat, daß ich mein Grundstück an ein Warenhaus verkauft habe, erkläre ich hierdurch, daß ich nie in Unterhandlung betreffs Verkaufes getreten habe.

Hochachtungsvoll Carl Eisermann.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Beste Bezugsquelle für Wiedervorkäufer in Rauch-, Kau-, Schnupftabaken, Zigarren und Zigaretten.

Amt 4, 3014.

Partei-Expeditionen:

Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.

2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Postpartie.

Süden und Südwesten: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.

3. Wahlkreis: St. Friz, Weissenstr. 31, Hof rechts part.

4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Rüdersdorferstr. 3, am Rüdersdorferplatz.

5. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kauslerplatz 14/15 (Laden).

6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.

Wedding: Carl Weise, Rognerstr. 49.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rajts, Uckerstr. 36, Eingang Kallamerstraße.

Gesundbrunnen: S. Trapp, Stettinerstr. 10.

Schönhäuser Vorstadt: Carl Marx, Lohsestr. 123.

Adlershof: Carl Schwarze, Hoffmannstr. 9.

Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Andowerstr. 88 II.

Baumschulenweg: S. Hornig, Varienbalerstr. 13, I.

Bernau-Röntgenal: Heinrich Drose, Hohenstr. 74, part.

Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeiffer, Bohnsdorf, Gewerkschaftshaus.

Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenhellerstraße 1, Ecke Gorkelstraße, Laden.

Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Fritz Didenburg, Eichwalde, Kronprinzenstr. 61.

Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.

Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernise, Schlossstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Weber, Döppelstr. 32, und Fr. Schellhale, Alhornstr. 15a.

Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Friedrichstr. 67.

Grünau: Franz Klein, Bahnhofsstr. 6 III.

Hohen-Neuendorf: Wilhelm Teufel, Stolperstr. 50 I.

Johannisthal: Bieltze, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.

Karlshorst: Richard Käter, Rößelstr. 9, II.

Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Niederlehme, Wilmersstr. 12.

Köpenick: Emil Wähler, Riekerstr. 6, Laden.

Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.

Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf, Waldenstr. 14.

Mariendorf: August Reip, Thausstr. 206, Hof.

Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Ebanstr. 105, parterie.

Nieder-Schöneweide: Paul Bengsch, Grünauerstr. 8.

Nowawes: Wilhelm Jappe, Weiserstr. 46.

Ober-Schöneweide: August Henjes, Kaufmännstr. 2, I.

Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Röhrenstraße 30.

Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gursch, Kamekestr. 12, I.

Rixdorf: R. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.

Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, VII-Vogelheide 56.

Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gurostraße 2.

Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martha-Lutherstr. 51, im Laden.

Spandau: Rapp, Jagowstr. 9.

Tegel, Hirsigwalde, Wittmann, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riech, Vorjägerstraße 10.

Teltow: Wilhelm Rehrer, Hohersteinweg 7.

Tempelhof: Albert Tiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.

Treptow: Rob. Gramenz, Niehofsstraße 412, Laden.

Wilmsdorf-Halensee: Wittmabel, Randhandstr. 27.

Gesamte Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden. 245/1*

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Donnerstag, den 1. April 1909, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal, Engländer 15:

Allgemeine Versammlung der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

114/10

1. Unsere zukünftige Stellungnahme gegenüber den Arbeitgebern. 2. Diskussion. Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden, so muß ein jeder von Ihnen für einen guten Versammlungsbesuch agitieren. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation ist es notwendig, daß den Arbeitgebern die geschlossene Einigkeit der Kollegen bewiesen wird; deshalb muß jeder Bauanschläger zur Stelle sein.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verein der Bauanschläger.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Bureau: Amt III, 1474.

Berlin N. 24, Gr. Hamburger Str. 18/19.

Arbeitsnachweis: Amt III, 1613.

Ortsverwaltung I

für

Kellner, Köche,

Köchinnen,

Büfettiers usw.

Ortsverwaltung II

Abteilung für das

Hilfspersonal:

Zapfer, Hausdiener,

Kupferputzer usw.

Ortsverwaltung III

Abteilung

für

Bierabzieher.

Die Mitglieder des Verbandes sind mit einer Mitgliedskarte zur Legitimation versehen, die jedes Quartal erneuert wird und die Farbe wechselt.

Die für das laufende Quartal gültige Karte ist von roter Farbe mit schwarzem Aufdruck und liegt dieselbe am nächsten Jahrsende zur Ansicht auf.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß der „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen“ und der „Gastronomische Gehilfenverband“ nicht identisch sind.

Der Vorstand.

Naturfreunde! Touristen! Amateurphotographen! Versammlung.

Freitag, den 2. April, abends 8 Uhr, Grand-Hotel, am Alexanderplatz:

Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent: Herr Engelbert Graf. 2. Diskussion über den Zusammenschluß sämtlicher Arbeiterwandervereine.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind eingeladen. Zahlreichen Besuch erwarten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Arbeiter-Amateurphotographenverein „Fris“.



göbe ich Vorzeigern dieses Inserats in dieser Woche auf alle Einkäufe, um an den letzten Tagen vor dem Feste den nicht zu bewältigenden Andrang des Vorjahres zu verhindern. Viele Kunden konnten nicht bedient werden. Ich will aber lieber weniger verdienen, als einen Kunden verlieren! Wer also bis einschließlich Sonntag, den 4. April bei mir kauft, erhält auf meine bekannten billigen Preise noch

5% Rabat.

Machen Sie sich diese Gelegenheit runtzte und kommen Sie bald, je früher, je größer die Auswahl.

Schuhwarenhaus Hermann Kuntze, Große Frankfurter Straße 83, Ecke Marsilius-Straße, Dresdener Straße 15, an der Oranien-Brücke.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 31. März 1909, abends 6 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Perlmutter-, Horn-, Steinmaß-Knopf- u. Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engländer 15.

Tages-Ordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Bericht der Kommission. 4. Beschließendes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, der Wichtigkeit halber in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Branchenleitung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Freitag, den 2. April, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engländer 15 (Saal 1):

Bauvertrauensmänner - Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Welche Bedingungen sind bei gewerblichen Klagen notwendig? Referent: F. Segawe. 2. Die Situation im Gewerbe und Berichts der Vertrauensmänner. 3. Beschließendes.

Vertretung sämtlicher Bauten unbedingt notwendig. — Anfang präzise. Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Waldorfstraße 23, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4757.

Sektions-Versammlung der Lackierer

im „Gewerkschaftshaus“, Engländer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung in Köln. 2. Diskussion. 3. Beschließendes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III, Amt 3, 1987.

Achtung! Arbeitsnachweis. Achtung!

Mittwoch, den 31. März, bleibt die Kasse, Schalter D sowie Schalter B wegen des Quartalschlusses den ganzen Tag geschlossen.

Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenmeldungen finden statt.

Die Ortsverwaltung.

W. Zapel Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen.



A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Diese Woche. Soweit Vorrat.

Emaillé

- Schmortöpfe ohne Ring 38, 48, 55, 70 Pf.
- Schmortöpfe mit Ring ... 48, 60, 70, 85 Pf.
- Schmortöpfe mit Ring und Deckel, ca. 20 cm 95 Pf.
- Kasserollen ohne Ring ... 25, 30, 38, 42 Pf.
- Kasserollen mit Ring ... 48, 60, 70, 85 Pf.
- Kasserollen mit Ring und Deckel, ca. 20 cm.. 95 Pf.
- Kasserollen Satz 4 Stück 95 Pf.
- Maschinentöpfe mit oder ohne Ausguss 10, 15, 18, 25 Pf.
- Topfdeckel..... 10, 15, 20, 25 Pf.
- Wasserkessel mit Sack 1.25, 1.50
- Kaffeekannen 48, 65, 85 Pf.
- Vorratsbüchsen mit Aufschrift, dekoriert .. 48 Pf.
- Tassensiebe neublau od. weiss 13, Blattform 18 Pf.
- Teesiebe mit Stiel, neublau oder weiss..... 22 Pf.
- Tassen mit Untertassen..... Paar 8, 10, 12, 15 Pf.
- Konsole mit Mass, dekoriert 75 Pf.
- Garnituren Sand-Soda-Seife, ff. dekoriert 1.55
- Seifnäpfe gestanz, für die Leitung..... 13 Pf.
- Leitungsschoner mit Schrift 95, dekoriert 1.75
- Waschschüsseln mit Seifnapf 48, 60, 75 Pf.
- Waschschüsseln Porzell.-Form weiss 1.25, dekor. 1.75
- Kehrichteimer mit Deckel u. Aufschrift.... 1.95, Delft-muster. 2.95
- Toiletteimer gestanz, mit Korbbügel 2.75

- | | |
|--|----------------------|
| Waschgarnituren
5 teilig, Porzellan-Form, ff. dekoriert | 9.75 |
| Wannen oval | 95, 1.35, 1.65, 1.95 |
| Eimer ca. 28 cm | 62 Pf. |
| Eimer ff. dekoriert, mit Deckel | 1.45, 1.95, 2.25 |
| Eimer ff. dekoriert, mit Deckel, Messingbügel und Knopf | 1.95, 2.45 |

Holz-Waren

- Küchentische gestrichen 5.95
- mit Muschelaufsatz 6.95
- Küchenrahmen gestrichen,
mit Haken und Knöpfen 2.95, 3.95, 4.95
- Küchenstühle 1.25, gestrichen 1.95
- mit Sprossen.. 2.75, mit Trillen.... 3.25
- Handtuchhalter 95, 1.25, 1.75
- Küchenkonsolen 35, 48, 55 Pf.
- Kohlenkasten mit Deckel..... 95, 1.75, 2.35
- Presskohlen-Schränke mit Tür und Schubkasten ... 4.95
- Plättbretter mit Querleisten 95 Pf., bezogen 1.95, 2.45
- Aermelbretter bezogen 38 Pf.
- Leitern Stufe 35 Pf.
- Gardinenspanner mit Fuss 11.50
- Balkonkasten 65, 85, 1.10
- Blumenbretter 1.25, mit Gaze 3.95
- Küchenbänke gestrichen 1.65, 1.85
- Putzkomoden 3 teilig 2.45, 2.95

Borsten-Waren

- Haarbesen 48, 75, 90 Pf.
- Handfeger 32, 42, 48 Pf.
- Rosshaarbesen 95, 1.35, 1.65
- Rosshaarhandfeger 55, 75, 95 Pf.
- Teppichhandfeger 38, 48, 55 Pf.
- Teppichhandfeger Ia Qualität 65, 75, 85 Pf.
- Teppichklopper 28, 38, 48 Pf.
- Teppichkehrmaschinen 7.75
- Bohnerschrubber 3.75, 4.95
- Schrubber 18, 25, 30 Pf.
- Scheuerbürsten 10, 15, 20 Pf.
- Klosettbürsten 35, 38, 48 Pf.
- Abstäuber 25, 38, 48 Pf.
- Abstäuber (Straussfedern) 95, 1.25, 1.50
- Stahlspäne Paket 15 Pf.
- Bohnermasse gelb oder weiss..... Dose 48 Pf.

Wirtschafts-Artikel

- Zinkwannen 7.50, 8.75, 9.75
- starke Qualität.....
- Waschzober 8.00, 9.75, 11.75
- starke Qualität.....
- Wringmaschinen..... 8.75, 9.75
- Wäscheleinen Ia Qualität .. 1.75, 2.50, 3.50
- Waschbretter 48, 65, 85 Pf.
- Wäscherollen 17.50, 22.50
- Waschständer 48, 75, 95, 1.25
- Waschtische..... 1.95, 2.45, 2.95
- Waschtische geschlossen, komplett mit Waschgarnitur 16.50
- Fleischhackmaschinen..... 2.75, 3.75
- Küchenwagen 1.25, 1.65, 1.95
- Plätteisen 1.95, 2.25
- Gaskocher 1 Loch 65, 85 Pf., 2 Kochlöcher 5.85
- Gaskocher 2 Kochlöcher, 2 Wärmestellen..... 8.00

Zum Umzug

- Eiserne Gardinenstangen
- ca. 100 120 140 160 180 cm
- 10 14 18 20 25 Pf.
- Zuggardinenstangen
- ausziehbar bis ca. 160 150 cm
- komplett mit Ringen, Schnur, Quasten 48 65 Pf.
- und Haken 8 Pf.
- Stangen für Scheibengardinen, ausziehbar, komplett mit Ringen und Oesen 8 Pf.
- Verzinnete Ringe Dutzend 2, 3 Pf.
- Porzellan-Ringe ... 1 Loch 1, ... 3 Loch 2 Pf.
- Konsolhaken Dutzend 8, 10, 12, 15 Pf.
- Bildernägel Dutzend 4, 5, 6, 8 Pf.
- Reissnägel 3 Dutzend 5, ... 12 Dutzend 18 Pf.
- Hammer 25, 35, 48 Pf.
- Zangen 40, 48, 55 Pf.
- Küchenbeile 75, 95, 1.10
- 2 Gasplätten mit Klappe und Erhitzer, Garnitur 4.50

Komplette Kücheneinrichtungen

bestehend aus: Schrank, Rahmen, Tisch, 2 Stühlen, Handtuchhalter u. Kohlen-Kasten, mod. Ausführung 62.50, 74.75

Glas

- Zitronenpressen 7, 10 Pf.
- Käseglocken gross 28 Pf.
- Sturzflaschen 15, 22 Pf.
- Wasserflaschen 30, 42, schiffen 48, 55 Pf.
- Wassergläser 5, 7 Pf.
- Bierkannen 38, 48, ... geschliffen 85 Pf.
- Salz- und Pfeffer-Menagen 7 Pf.
- Gambrinusbecher 10 Pf.

Steingut

- Gemüse-Tonnen 55 Pf.
- Gewürz-Tönnchen Delftmuster, 23 Pf.
- Essig- od. Oel-Flaschen elfenbein mit Gold, 55 Pf.
- Salz- od. Mehl-Mesten blau Karo 1.45
- Milchtöpfe Satz 6 Stück..... 2.55
- Salatieren Satz 7 Stück 98, blau Zwiebelmst. oder mit Fond.... 1.45
- 4000 Dtz. Teller in verschiedenen Formen
- Speiseteller 6, Dessertteller 5, Kompotteller 4 Pf.

Ein Waggon Press-Glas „Diamant“ beste Steinschliff-Imitation

- Kompotteller 7, 10 Pf.
- Salat- od. Kompottschüsseln
- rund.... 10, 23, 38, 58 Pf.
- vierckig 12, 23, 42, 65 Pf.

- Zuckerschalen auf hohem Fuss..... 22 Pf.
- Butterdosen neue Form 48 Pf.
- Käseglocken grosse Formen 58 Pf.
- Kuchenteller gross 68 Pf.

Waschgarnituren dekoriert

- | | | | |
|----------|----------|------------------------|-----------------------|
| 3 teilig | 4 teilig | 5 teilig | 5 teilig, extra gross |
| 95 Pf. | 1.65 | 2.90, 3.45, 4.85, 5.50 | 6.90, 8.50 |

Porzellan

weiss

- Speiseteller flach 15, tief 18 Pf.
- Dessertteller 8 Pf.
- Kompotteller 6 Pf.
- Bratenplatten oval ... 18, 25, 30 bis 95 Pf.
- Suppenterrinen in verschiedenen Formen 85, 98 Pf.
- Kartoffelschüsseln 48, 65 Pf.

- Saucieren 42 Pf.
- Salatschüsseln 18 Pf.
- Kaffeekannen 15 Pf.
- Zuckerdosen mit Deckel 8 Pf.
- Milchgiesser 10 Pf.
- Kaffeetassen mit Untertassen Paar 8, 10 Pf.

dekoriert

- Dejeuners 5 teilig, in verschiedenen Formen und Dekoren 1.65
- Kaffeetassen mit Untertassen, reich dekor. Paar 22, 25, 28, 33 Pf.
- Teetassen mit Untertassen, reich dekoriert 28 Pf.

- Eierbecher 7 Pf.
- Salatschüsseln grosse Form 25 Pf.
- Dessertteller Frucht- oder Diamendekore.... 18 Pf.

- Kaffeesevice für 6 Pers. 1.95, 2.45, 2.90, 3.75, für 12 Pers. 5.75
- Tafelservice 23 Teile, für 6 Personen, aparte Formen und Dekore 11.75, 16.50

Tafel- und Kaffeegeschirre mit Goldrand und Linie

- Speiseteller flach oder tief..... 28 Pf.
- Dessertteller 23 Pf.
- Kompotteller 18 Pf.
- Suppen-Terrinen 2.25, 2.65, 3.25
- Kartoffelschüsseln mit Deckel..... 1.85
- Saucieren 95, 1.35
- Bratenplatten oval 38, 55, 68, 95, 1.85

- Salatieren 38, 55, 68 Pf.
- Kaffeekannen 48, 68, 85, 98 Pf.
- Teekannen..... 95, 1.10, 1.35
- Zuckerdosen 48, 95 Pf.
- Milchgiesser 15, 22, 28 bis 95 Pf.
- Kaffee- oder Teetassen mit Untertassen Paar 23 Pf.

Grosse Oster-Ausstellung in sämtlichen Abteilungen.

Aus der Partei.

Zur Raifeier.

In Zürich wurde der Vorschlag des Gewerkschaftslokals angenommen, überall, wo es nur irgend möglich ist, die Feier durch Arbeitsruhe zu begehen. Die Genossen, die den Tag bezahlt erhalten, sind gehalten, den Tagesverdienst an den Raifeierfonds abzuliefern. Vormittags ist eine große Versammlung, nachmittags ein Spaziergang vorgesehen.

In Hof wurde ebenfalls beschlossen, die Feier am 1. Mai selbst abzuhalten. Vormittags ist Versammlung, nachmittags Konzert auf dem Theresienstein, abends die Hauptfeier im „Koloosseum“. Ferner wurde in Aschaffenburg der Besuch gefahrt, daß als Tag der Feier nur der 1. Mai selbst in Betracht zu kommen habe. Arbeitsruhe soll, soweit sie durchführbar ist, eingehalten werden.

Unsere Taten.

In Gaisberg (Württemberg) starb der Genosse Johannes Rippert. Er hat schon vor dem Sozialistengesetz eifrig für die Partei gewirkt. Als dann unter dem Schandgesetz die Verfolgungen einsetzten und der Sturm manches weisse Blatt abriß, hat Rippert die Fahne gehalten. Bei der Gründung des „Schwäb. Wochenblattes“, dem Vorläufer der „Schwäb. Tagwacht“,

war er dabei. Später übernahm Rippert die Filialredaktion der „Tagwacht“ in Gaisberg.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein skandalöser Gefangenentransport.

Dem Schöffengericht in Mülheim a. Rhein wurden vor einiger Zeit teils als Angeklagte, teils als Zeugen vier Strafgefangene vorgeführt. Obwohl sich ein berühmter schwäbischer Verbrecher unter den vier befand, beauftragte man mit dem Transport zwei junge Gefängnisbeamte; einer war kaum achtzehn (!) Jahre alt. Die vier wurden von ihren Transporteuren zuerst mit Schnaps traktiert, und bei der Rückkehr ins Gefängnis besuchten die sechs noch mehrere Kneipen, so daß die ganze Gesellschaft total betrunken war. Schließlich gingen die vier Gefangenen ihres Weges, nachdem sie in den Straßen einen unbeschreiblichen Spektakel veranstaltet hatten. Mehrere Stunden nachher fanden einige Polizeibeamte einen der Ausreißer, und sie schleiften ihn, da er sehr widerpenstig war, ins Gefängnis. Dort wurde er im Hofe von den Beamten mit Schlägen und Säbelhieben schwer mißhandelt. Ueber diesen Vorgang hatte die „Rheinische Zeitung“ einen Bericht gebracht, durch den sich die Polizeibeamten beleidigt fühlen. Infolgedessen stand Genosse Kempfens jetzt vor der Kölner Strafkammer. Die Schilderung bis zur Flucht der Gefangenen wurde als richtig zugegeben. (Die Transporteure sind bestraft worden.) Die „beleidigten“ Polizeibeamten stritten die Säbelhiebe

eidlich ab, wobei sie von zwei Gefängnisaufsehern unterstützt wurden. Dennoch glaubte die Strafkammer den bestimmten Aussagen zweier Zeugen und sprach Genossen K. entgegen dem Willen des Staatsanwalts, der 200 M. Geldstrafe beantragte, frei. — Sovas kommt nicht oft vor!

Die feinfähige Post. Am 3. August 1908 mußten auf dem Postamt zu Lugau bei Chemnitz fünf Personen, darunter der Genosse Kalkbrenner, der gekommen war, um „Rente“ zu erheben, längere Zeit warten, weil der diensttuende Beamte „ausgetreten“ war. Den Wartenden schien's an dreiviertel Stunde. Der Schalterbeamte meinte, es seien höchstens achtzehn Minuten gewesen. Die Chemnitzer „Volksstimme“ brachte zwei Notizen über den Vorfall, und prompt erhob die Behörde Verleumdungsklagen. Der Richter fand der Termin statt, der zweimal vertagt war, darunter einmal, weil die Angeklagten den Amtsdirektor Grünert als befangen ablehnten. (Das Landgericht erklärte ihn dann für nicht befangen.) Vor den Schranken standen: Genosse Redakteur Bartels als Verantwortlicher der „Volksstimme“, Genosse Kalkbrenner, der den Postassistenten mündlich beleidigt, und Genosse Krause aus Lugau, der die inkriminierten Notizen nach Annahme des Gerichts (!) an die „Volksstimme“ gesandt haben soll. Die Haupt- und Staatsaktion endete damit, daß alle drei zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden: Bartels zu vierzehn Tagen Gefängnis, Krause und Kalkbrenner zu je sieben Tagen, letzterer außerdem noch zu fünf Tagen Haft!

Bouillon-Würfel



„Krone“

Ein
wahrer Schatz
für
jede Hausfrau

ist und bleibt der

Nährmittel-Gesellschaft „Krone“

Kronen-Würfel sind einzig in ihrer Art!

Man bereitet daraus nicht nur schnell und bequem eine vorzügliche Bouillon, sondern verwendet sie zur Verbesserung von Speisen, Saucen und Suppen. Gemüse wird bei Verwendung der Kronen-Würfel anstatt des Fleisches besonders kräftig und schmackhaft.

Ein Würfel **5** Pfennig

Überall zu haben!

Michaels & Co., G. m. b. H.

Manufakturwaren-
Sortiments-Geschäft

R. & S. Moses

Gegründet
1895 :: ::

nur Reinickendorfer Straße 9-10, Ecke Dalldorfer Straße, an der Markthalle Wedding
gehören zu den größten und ältesten Lieferanten des „Rabatt-Sparvereins Norden“

Wegen Neu-Einrichtung bleiben unsere Verkaufsräume Freitag, den 2. April, geschlossen!
Wieder-Eröffnung nach vollendetem Umbau unserer gesamten Räume **Sonnabend, 3. April, vormittags 10 Uhr.**

Einen eleganten Schlüsselhalter mit Kristallspiegel
erhält jeder Käufer beim Einkauf von 2.- M. als Andenken.

Gratis!

Gratis!

Die Neu-Ordnung der bedeutend vergrößerten Abteilungen gestattet jedem eine schnelle Orientierung, und kann es bei der enormen Auswahl nur angenehm sein, die Einkäufe bei uns zu besorgen. Alle unsere Artikel sind auf das wohlfeilste ausgezeichnet und verkaufen wir auch ferner bei guter Bedienung, unserem alten Grundsatzes getreu:

Beste Qualitäten zu billigen aber festen Preisen!

In unseren vielen Schaufenstern und Schaukästen finden Sie fast alle von uns geführten Waren ausgestellt, und bitten wir um genaue Beachtung unserer **hervorragenden Eröffnungs-Dekorationen!**

Unser Spezial-Geschäft umfaßt folgende Abteilungen:

Im Parterre:

- | | |
|---------------------------|----------------------------|
| 1. Samt und Seidenwaren | 13. Bijouterie |
| 2. Schwarze Kleiderstoffe | 14. Haarschmuck |
| 3. Farbige Kleiderstoffe | 15. Handtaschen |
| 4. Blusenstoffe | 16. Handarbeiten |
| 5. Futterstoffe | 17. Strümpfe |
| 6. Waschstoffe | 18. Handschuhe |
| 7. Kurzwaren | 19. Strickwolle |
| 8. Besätze | 20. Trikotagen |
| 9. Spitzen | 21. Strickwesten, Sweaters |
| 10. Weißwaren | 22. Berufskleidung |
| 11. Schleier | 23. Arbeiter-Garderobe |
| 12. Schirme | 24. Knabenhosen |

I. Etage:

- | | |
|--------------------------------|------------------------------|
| 25. Wäsche | 37. Kindermäntel |
| 26. Herren-Artikel | 38. Kindermützen |
| 27. Baumwollwaren | 39. Hüte, englische Fassung |
| 28. Tischzeuge | 40. Tücher jeder Art |
| 29. Taschentücher | 41. Pelzwaren |
| 30. Bettfedern, Betten | 42. Blumen |
| 31. Blusen | 43. Teppiche |
| 32. Kostüme, Kostümröcke | 44. Gardinen |
| 33. Atelier für Maßanfertigung | 45. Möbelstoffe |
| 34. Unterröcke, Morgenröcke | 46. Steppdecken |
| 35. Mäntel, Jacketts | 47. Tischdecken |
| 36. Kinderkleider | 48. Läuferstoffe, Portieren. |

Ohne jeden Kaufzwang bitten wir um Besichtigung :: unserer neuen Räume ::

Eröffnungstag, Sonnabend, den 3. April, vorm. 10 Uhr.

R. & S. Moses, nur Reinickendorfer Straße 9-10.

M. Schulmeister

Herren- und Knaben-Konfektions-Haus

4 Dresdener Straße BERLIN SO., Dresdener Straße 4
Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Fertig am Lager:

Frühjahrs-Paletots

Neueste Dessins in haltbaren Qualitäten, elegante Paßformen, M. 40.50, 36.50, 32.—, 29.50, 25.50 bis

M. 21.50

Frühjahrs-Ulster

moderne Glockenform zum Durchknöpfen, praktische graue Streifenmuster, M. 45.—, 42.50, 38.50, 35.—, 30.50, 27.50

M. 25.50

Sommer-Paletots

Ersatz für Maß in reinwollenen Qualitäten mit feinsten Zutaten, in Verarbeitung, auch ganz auf Seide, M. 58.—, 52.—, 48.50, 42.50, 36.—

M. 32.50

- Jackett-Anzüge 24.50 bis 60 M.
- Rock-Anzüge 29.50 bis 70 M.
- Gehrock-Anzüge 36.50 bis 75 M.

Anfertigung nach Maß

in eigenen Werkstätten unter meiner persönl. Leitung
Prima Sitz und Verarbeitung



18 Jahre Inserent des „Vorwärts“.

Wunderschöne, solide u. preiswerte

Oster-Neuheiten

Max Busse

BERLIN N.

175 Brunnenstraße 175

an der Invalidenstraße, in der Nähe des Stettiner Bahnhofes und Gesundbrunnen.

Spezialität:

Goldene Ringe * Brillanten * Schmucksachen * Ketten

Broschen, Ohrringe, Armbänder, Herren- und Damen-Uhrketten in Gold, Silber und Doublé, silberne Stock- und Schirmgriffe, kleine Geschenkartikel in Silber von 50 Pf. bis 3 Mk., Alfenidewaren.

Schweizer, Deutsche u. Amerikaner Taschenuhren von 3 Mk. an.

Stand- u. Wanduhren

Wecker * Elektrische Uhren

Optische Artikel * Operngläser

Es führen zu
Max Busse
Straßenbahnlinien:
2, 3, 10, 11, 22, 31, 35, 36, 37,
38, 39, 41, 42, 44, 50, 51, 57, 68, Q

Inserent der Zeitung: „Berliner Freie Presse“ 1878

Inserent der Zeitung: „Berliner Volksblatt“ 1884-1890

Inserent der Zeitung: „Vorwärts“ 1890-1899

Wichtig für Brautleute!

Möbel auf Kredit!

Wegen Umzug von Brunnenstr. 192 nach Brunnenstr. 7, Laden u. I. Etage
bedeutend ermäßigte Preise!

- 1 Einrichtung Mk. 200.— Anzahlung von Mk. 10.— an.
- 1 Einrichtung „ 350.— „ „ 20.—
- 1 Einrichtung „ 450.— „ „ 35.—
- 1 Einrichtung „ 700.— „ „ 60.—

Einrichtungen bis Mk. 3000.— bei geringer Anzahlung.

Einzelne Möbelstücke von Mk. 5.— Anzahlung an.

Farbige Küchen in großer Auswahl schon von Mk. 5.— Anzahlung an.

Salons □ Speisezimmer □ Herrenzimmer □ Schlafzimmer vom einfachsten bis zum elegantesten.

Teppiche, Portieren, Stepp- und Tischdecken usw.

Extra-Abteilung für Herren- und Damen-Garderoben.

Liefere auch nach auswärts. Besichtigung ohne Kaufzwang.

D. Lechner, Brunnenstr. 192, am Rosenthaler Tor.

Vom 1. April ab gegenüber: Brunnenstr. 7.

H. GRAFF, Beuthstraße 5 I. — I. 1964. —

Leihhaus, Lombard, Bank-Kommissionsgeschäft
Größtes u. solidestes Privatinstitut

Juwelen-, Uhren- u. Goldwaren-Handlung

25-50 % unter Ladenpreis.
Schnellste Abfertigung.
Coulanz. Diskretion. Reellität.
Höchste Beleihung.
Aufbewahrung 12 Monate.
Portofreie briefliche Mitteilung vor dem Verkauf.
Kabinen für diskreteste Einzelbedienung.



L. Selbiger *Tischwarenhandlung*
Landsbergerstr. 40 Ecke Lehmannstr.

Herren-Stiefel in Ross, Kalb, Box-Calf, Chevreau in schwarz, braun, wie sämtliche modernen Farben von . 4.90, 5.80, 6.30, 7.40 u. s. w.

Damen-Stiefel wie Promenaden-Schuhe zu staunend billigen Preisen.

Knaben- u. Mädchen-Stiefel in kolossaler Auswahl zu sehr soliden Preisen.

Heinrich Franck

Tel.: Amt III 4332. Brunnenstraße 185. 8-7 Uhr geöffnet.

Sumatra-Umblatt:

Vollblatt, 4te Länge leicht, fest, fein 180 Pfg. verz.

Cuba leicht, blattig hochfein 150 Pfg. verz.

Vorst.-Decke:

Vollblatt, 2te Länge hell und fahl 250 Pfg. verz.

!!! Schneeweiß Brand, riesige Ergiebigkeit. !!!

Zusendung in Berlin kostenfrei und schnellstens.

Arkona-Bad

Neu! Elektrisch. Lichtbad. Neu! 34. Anklamerstr. 34. schrägüber Zionskirchstraße Alle Arten Bäder täglich für Herren und Damen. Annahme sämtl. Krankenkassen.



Jubiläums-Reißzeuge

in bekannt präziser Ausführung zu billigsten Preisen sowie meine durch 1000fachen Gebrauch seitens meiner geehrten Kundschaft

Preisgekrönten Augengläser

bei kostenloser Augenuntersuchung nur bei

Optiker Michaelis,

173, Brunnen-Straße 173,
direkt gegenüber Jandorf!

Lieferant sämtl. Krankenkassen (auch A. E.-G., Siemens-Werke, Neue Maschinenbauer-K.-K.).



Prachvolles Haar
erhält jede Dame mit
Haarblondin
MARKE FEUERKRANZ
1 Karton (6 Pakete) Mk. 1.40
1 Probe 25 Pfg. Porto extra.

Haarblondin

entwickelt beim Kochen Sauerstoff, d. i. die Lebenskraft aller Organismen, also auch der Haare.
Haarblondin entfernt jede Spur von Schwefelabsonderung, Schuppen und Schindeln, öffnet die Poren, erreicht die Kopfhaut und befördert das Wachstum der Haare. Soll Haarblondin die Haare reinigen, die Farbe aber nicht verändern, so wäscht man nur 5 bis 10 Minuten. Wünscht man dagegen feinen Haaren einen besseren Farbton zu geben, so wäscht man dieselben ununterbrochen 1/2 Stunde lang und wiederholt dies ebenfalls, bis der gewünschte Farbton erreicht ist.
Haarblondin macht die Haare glänzend und lockend; es verhindert das Splitten und Brechen der Haare und ist garantiert unschädlich.
Zu haben in Parfüm- u. Drogerien falls dort nicht zu haben, wenden Sie sich an den Fabrikanten:
Fritz Kratz, Drogenhaus,
Berlin N. — Bernstr. 11, 2081.
Helmstedterstr. Straße 119.

Central-Möbel-Halle

Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinerstr.

Möbel-Fabrik-Lager

Anerkannt billige Preise
Fachmännische Bedienung
Strengste Reellität.

Anzahlung von 45 M.

und monatlicher Abzahlung von Mk. 12 bis Mk. 15.

Die solide bürgerliche Einrichtung, bestehend aus Schlaf- und Wohnzimmer mit kompletter Küche, Farbe nach Wunsch, liefern wir schon bei einer

Gegründet
1872.

Kaufhaus F. Nahrstedt

Gegründet
1872.

Wrangelstr. 40-41

Preiswerte Umzugs-Offerte.

Lübener Str. 15

Gardinen, weiß oder creme.

Tüll-Gardinen	Mtr.	27 Pl.	45 Pl.	60 Pl.	75 Pl.
Tüll-Gardinen	Fenster	150	250	400	600
Tüll-Stores		175	250	350	500
Tüll-Bettdecken	für 1 Bett	225	350	500	800
	für 2 Betten	400	600	900	1100
Tüll-Scheiben-Schleier	St.	28 Pl.	40 Pl.	60 Pl.	100
Körper-Rouleaux, 1- oder 2-teilig,	Fenster	180	250	350	400
Uebergardinen in Filztuch, Tuch und Plüsch, elegant bekurbelt, Garnitur: 2 Schals, 1 Querbehang		450	600	750-1500	
Portierenstoffe, gestreift und mit Bordüre, Mtr.		30 Pl.	40 Pl.	60 Pl.	90 Pl.
Rouleauxstoffe, glatt u. gemustert, weiß, creme, altgold, rot, Mtr.		75 Pl.	90 Pl.	100	

Extra-Angebot

Außergewöhnlich billig.

Filztuch-Tischdecke

ca. 140/140 groß,
mit Applikation, elegant bekurbelt,

275

Tisch- und Steppdecken.

Fantasie-Tischdecken in wunderbaren Mustern	175	250	350	500	750
Tischdecken in Filztuch, Tuch und Plüsch, reich bekurbelt und mit Gobelin-Bordüre,	225	275	375	500	750-2800
Steppdecken, Royal-Satin	425	550	750		
Steppdecken, Seiden-Satin, Handarbeit	725	950	1250		
Steppdecken, doppelseitig, Handarbeit	950	1250	1500	1800	
Steppdecken, Woll-Satin, Handarbeit	1100	1350	1500	1800	
Chaiselonguedecken	550	750	900		
Waffel-Bettdecken, weiß, bordeaux, grün und bunt	175	225	300		

Teppiche und Bettvorleger

in vorzüglichen Qualitäten und modernen Mustern.

Axminster	Gr.	135/200	750	900	1050
Axminster	"	170/225	1100	1650	2250
Axminster	"	200/300	1750	2000	2600
Prima Velour	"	135/200	1050	1250	1650
Prima Velour	"	170/225	1500	1800	2250
Prima Velour	"	200/300	3200	3800	4500
Bettvorleger, Axminster, Tapestry und Velour	St.	75 Pl.	90 Pl.	150	250 350 500

Läuferstoffe und Wachstuche.

Jute-Läuferstoffe	Mtr.	45 Pl.	60 Pl.	75 Pl.	100
Tapestry-Läuferstoffe	Mtr.	250			
Kokos-Läuferstoffe für Treppenbelag					Mtr. 135
Linoleum-Läuferstoffe					Mtr. 90 Pl. 105 135
Wachstuche in herrlichen Mustern	Decke	65 Pl.	80 Pl.	90 Pl.	
Abgepaßte Gummi-Tischdecken					90 Pl. 125 150
Wandschoner		30 Pl.	45 Pl.	75 Pl.	
Leitungsschoner		10 Pl.	25 Pl.	35 Pl.	

Bettstellen.

Polsterbetten, Persisbezug	550
Polsterbetten, Spiralboden	750
Polsterbetten, Drellbezug, verstellb. Kopfstütze	950
Polsterbetten, Drellbezug, Sprungfedern und Zahnstange	1250
Kinderbettstellen, lackiert und bronziert,	550 750 1000 1500

Ein großer Posten Matratzen und Keilkissen

auch für Kinder-Bettstellen,
rot- oder rosagestreift, Drellbezug

Matratze mit Seegrassfüllung	425	495	725
Matratze mit Indiefaserfüllung	615	875	
Keilkissen	165	195	260

Bettfedern.

Bettfedern	Pfund	40 Pl.	85 Pl.	110	225	275
Halbdaunen	Pfund	175	250	375		
Daunen	Pfund	250	500	700		
Pflanzendaunen	Pfund	105				

Fertige Betten.

Stand 1450 2000 2700 2950 4000

Möbel!

Berliner Möbel-Halle „Norden“

I. Geschäft:
120 Ackerstraße 120
(am Gartenplatz).

Inh. Rich. Thiele

II. Geschäft:
118 Invalidenstraße 118

::: Langjährige Garantie :::

■ ■ ■ Katalog gratis. ■ ■ ■

::: (Stettiner Bahnhof) :::

□ □ □ Gut renommiertes Kaufhaus. □ □ □

Großes Lager in Bürgerlichen Wohnungs-Einrichtungen von 300-5000 Mk.

Gelegenheitskäufe in gebrauchten wie neuen Möbeln. Lieferung frei, durch eigene Gespanne.

H. Joseph & Co., Rixdorf

Berliner Str. 54-55
Ecke Jägerstraße.

Portieren, Decken

Filztuch-Dekoration	Garnitur	6,75	5,25	2,75
Plüsch-Dekoration	Garnitur	12,00	9,75	6,95
Plüsch- u. Tuch-Dekoration	Garnitur	36,00	27,50	22,50
Steppdecken einfarbig	Stück	5,50	4,50	2,85
Steppdecken Handarbeit	Stück	9,75	7,95	6,90
Steppdecken zweiseitig	Stück	12,50	9,25	7,95
Tischdecken mit Stickerei	Stück	2,50	1,75	0,95
Tischdecken mit Applikation	Stück	6,75	5,50	3,75
Tischdecken Plüsch bestickt	Stück	6,25	5,95	3,65
Tischdecken Plüsch m. Applik.	Stück	18,50	15,00	12,00
Diwandecken Perser-Muster	Stück	8,25	6,35	4,65
Diwandecken zweiseitig, schwere Qualität	Stück	19,50	13,75	10,25
Diwandecken Moquette-Plüsch	Stück	42,00	36,50	18,75

Nur soweit Vorrat:

Gardinen und Stores

Engl. Tüll-Gardinen Fenster = 2 Flügel	4,50	3,75	1,95
Engl. Tüll-Gardinen Fenster = 2 Flügel	11,75	8,50	6,95
Erbstüll-Band-Gardinen Fenster = 2 Flügel	11,75	9,50	7,50
Engl. Tüll-Stores Neues Muster	3,95	2,75	1,65
Erbstüll-Stores mit u. ohne Volant	7,00	4,90	3,65
Engl. Tüll-Scheibenschleier weiß und crème St.	0,45	0,30	0,25
Erbstüll-Scheibenschleier	1,35	0,95	0,75

Teppiche

Perser, Imitationen doppelseitig	18,25	11,00	7,45	5,25
Axminster Qual. A	29,00	18,75	12,75	7,75
Teppiche mit kleinen Fehlern in großer Anzahl am Lager				

Besonders günstige Gelegenheit!

1 Posten Prima-Velour- Teppiche	ca. 160/220 Wert 26,50	200/300 44,50	250/350 69,50
1 Posten Prima Axminster- Teppiche bestes Fabrikat	ca. 200/300 Wert 64,00	230/315 80,00	250/350 96,00
1 Posten Echt Brüssel-Tapestry-Teppiche	ca. 200/300 Wert 36,50		23,50
1 Posten Linoleum-Reste	ca. 67 Motor 68 Pl.	110	133 cm 1,25 1,75

Gardinen- u. Mull-Reste zum Ausschuchen	Jeder Rest	10 Pl.	25 Pl.	50 Pl.	75 Pl.	1,00	1,50
--	---------------	--------	--------	--------	--------	------	------

Rabatt- und Prämien-Marken

Doppelte Vorteile

Heute und morgen: Verkauf von

150 000 Meter, in Worten:

Einmalhundertfünfzig Tausend Meter

Musseline, Organdy, Seidenimitation, Seiden-Foulé, Batist, Chemise, Seiden-Satin

In 7 Serien:

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI	Serie VII
Meter 22 Pf.	Meter 28 Pf.	Meter 33 Pf.	Meter 38 Pf.	Meter 45 Pf.	Meter 52 Pf.	Meter 58 Pf.

Nordenmarken!

Die enorme Billigkeit dieser Preise übertrifft jedes Angebot, ganz gleich, von welcher Seite es kommen mag.

Nordenmarken!

Gratis! Eine elegante Zeitungsmappe bei einem Einkauf von 1 M. an. **Gratis!**

Modewarenhaus Jacques Cohn (Inh. D. Franzus) Müllerstraße 182/183 am Wedding.

Engelhardt Malzbier

alkoholarms, diätisches Specialbräu
 Ärztlich empfohlen. Flasche 10 Pfg. Ueberall käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Akt. Ges.
 Berlin-Pankow. Grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Gaskronen

Petroleumkronen **Ohne Anzahlung**
Woche 1 Mark
 Riesenlager, Louis Böttcher (selbst), Bozhagener Straße 32 (Stadtbahn, Hochbahn Warschauer Straße), Potsdamer Straße 81, Schönhauser Allee 79, Rixdorf, Kaiser-Friedrich-Straße 247.

BF BLEIBT BF

Centrale: **Brunnensstr. 1.**
 Filiale: **Frankfurter Allee 89**

Möbel und Polsterwaren

mit kleinster Anzahlung und geringster Abzahlung
Compl. Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage
 Toppleche, Bettvorleger, Gardinen, Stores, Divandeecken, Betten usw.
 Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang erbeten

Herren-Damen-Kinder-Garderobe

in grösster Anzahl zu soliden Preisen; sämtliche Frühjahrsneuheiten sind bereits eingetroffen
Alles auf Credit bei **B. FEDER**

Eigene große Betriebs-Werkstätten.

Frühjahrs-Neuheiten!

Frühjahrs-Anzüge, enorme Auswahl, vornehme Moden und aparte Ausmusterungen. Elegante, tadellose Paßformen, gute Maßarbeit ersetzend.

Nur eigene Erzeugnisse!

50,—	48,—	45,—	42,—	16⁰⁰ M.
40,—	38,—	36,—	33,—	
30,—	28,—	24,—	22,—	

Paletots und Ulster!

Nur eigene Erzeugnisse!
 Ueberraschende Auswahl in entzückenden Stoffneuheiten. Abarbeitung und Fassons, Paßformen unübertroffen.

50,—	48,—	45,—	42,—	15⁰⁰ M.
40,—	38,—	36,—	33,—	
30,—	28,—	24,—	22,—	

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten.
:: Vorzüglichste Maßarbeit, sehr preiswert! ::

Unerreichte große Auswahl in Stoffneuheiten zur Anfertigung **feiner Herren-Bekleidung nach Maß.** Sämtliche bei uns bestellten Kleidungsstücke werden unter Leitung erster Zusneider in eigenen großen Betriebswerkstätten hergestellt. Wir richten die ergebene Bitte an unsere geschätzten Freunde und Gönner, uns Bestellungen zum Feste recht bald zu übergeben, damit wir in der Lage sind, die uns bestellten Kleidungsstücke aufs sorgfältigste ausführen zu können. Für tadellosen Sitz, beste Verarbeitung und nur gute Stoffe und Zutaten übernehmen wir die weitgehendste Garantie.

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78
::: Spezialhaus guter Herren- und Knaben-Bekleidung :::
 fertig und nach Maß
 Spezial-Abteilung:
Bekleidungen für jeden Beruf.

Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer!

Unsere Grundsätze:
 Wir verarbeiten nur gute reelle, ausgeprobte Fabrikate
 Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl
 Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz
 Wir verkaufen stets das Neueste zum Verkauf bringen
 Wir verkaufen nur zu billigen, aber streng festen Preisen
 Wir haben auf jedem Gegenstand den besten Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Lieferanten an Vereine und Einkäufer-Genossenschaften.

Anfertigung und Reparaturen der bei uns gekauften Gegenstände gratis.



SCHUTZ-MARKE

BÖHMISCHES

BRAUHAUS

BERLIN, N.O. 18

Wir empfehlen unsere allseitig beliebten Biere

Hell: **Nepomuk * Pilsener** Dunkel: **Gambrinus * Münchener**



SCHUTZ-MARKE



Occasionen.

Belmonte & Co.,

Fabrikation
En gros
Export

Detail-
Verkauf
Leipziger Str. 35,
und Königstr. 46,

Ecke
Charlottenstraße,
Ecke
Hoher Steinweg.

Wir liefern folgende Gegenstände

in echt Gold,
gesetzlich gestempelt:

- Ringe von M. 1.— an
- Krawattennadeln von M. 4.— an
- Manaschettknöpfe von M. 2.— an
- Broschen von M. 4.— an
- Ohringe von M. 2.50 an
- Kettenarmbänder von M. 12.— an
- Gliederarmbänder von M. 25.— an
- Colliers mit Anhänger von M. 17.— an

Kaufen Sie
nur noch
fauglose
Trauringe

Wir haben die technisch vollkom-
menste, mechanische Einrichtung
für Fabrikation von fauglosen
Trauringen.

**Gelegenheits-
kauf.**

Zirka 100 Krawattennadeln mit echten
Perlen und Diamanten
von M. 15 bis M. 75.

Ein Meisterwerk vollendeter Uhrenfabrikation!

Patent-Anker-Remontoir-
Kavalier-Stahl-Uhr

Modell 1909 mit
versilbertem
Zifferblatt
Mark
12



Eine gleiche
Uhr kostet im
Silbergehäuse,
Bassinform,
800—1000 Reichs-
stempel . . . M. 20
desgl. mit
Sprungdeckel . . M. 28
in Tula-Silber . . M. 38
in Gold M. 45

3 jährige schriftliche Garantie.

Gold. u. silb. Damen- u. Herren-Uhren
in allen Preislagen und grösster Auswahl.

Wir liefern folgende Gegenstände
in echt Silber

- 600/1000 gesetzlich gestempelt
- Uhrketten von M. 3.— an
- Kettenarmbänder von M. 1.50 an
- Colliers m. Anhänger v. M. 3.— an
- Fingerhüte von M. 0.75 an
- Crayons von M. 1.— an
- Stöcke von M. 3.— an
- Manaschettknöpfe von M. 1.50 an
- Taschenmesser von M. 1.50 an
- Barböräten von M. 1.50 an
- Zigarettenaschen von M. 10.— an
- Streichholzgehäuse von M. 2.75 an
- Jupiterhülsen von M. 7.50 an
- Zahntöcher von M. 0.75 an
- Zigarettenspitzen von M. 3.— an
- Zigarrenspitzen von M. 4.— an



Leipziger Strasse 35
In 5 großen Schaufenstern,
in 7 Schaukästen sowie in
14 Fenstern erster Etage finden
Sie Tausende Schmuckgegen-
stände mit deutlicher Preis-
notierung ausgestellt.
Lagebesuch ohne Kaufzwang
gern gestattet.

In der Mitte
1 echter Saphir
oder Rubin, an d.
Seite je 1 echter
Diamant M. 12.
Mattgoldener
Ring, gesetzl.
gestempelt.

Der Herr Lehrer,

der Bürger, der Arbeiter,
der Beamte, kurzum
Jedermann ohne Unter-
schied des Standes kann
die Vorteile geniessen,
welche ihm die 3 neben-
stehenden Firmen bieten.

**Überall die
gleich grosse
Auswahl,
die gleich
billigen
Preise
und die
allergrösste
Kulanz**



In allen Klassen

der Bevölkerung erfreut
sich „der neue Dreieck“,
welcher aus den neben-
stehenden 3 grössten
Kredithäusern Deutsch-
lands besteht, nicht um-
sonst so grosser Belieb-
theit. Denn es ist überall
bekannt, wie leicht man
dieselbst die schönsten
und billigsten Einrichtun-
gen, sowie auch einzelne

**Möbel
auf
Kredit**
erhält.

M. Glogau
Alte Jacobstr. 73
Ecke Dresdenstrasse
und Neue Floss-Strasse

C. Warsmann & Co.
Reinickendorferstrasse 15
Ecke Ravenstrasse
am Weddingplatz

P. Neugebauer Mebl.
Charlottenburg
Wilmerdorferstrasse 31

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung,
dass ich im Hause
Schönleinstr. 34 ein **Zigarrengeschäft**
eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bittet
Fritz Schwemke.

Jeder wahre seinen Vorteil!

Die Selbstbereitung von Cognac, Rum und Likören etc. Original-Reichel-Essenzen „Marke Lichtherz“

und reine Naturprodukte und enthalten die echten natürlichen
Grundstoffe konzentriert und in höchster Vollkommenheit. Ueber
250 Sorten für jedermann vollständig gebrauchsfertig zur sofortigen
Herstellung eines jeden Getränks wie:

- | | | | |
|------------------|-------------------|-----------------|------------|
| Allasch | à la Benedictiner | Getroide-Kümmel | Aromatique |
| Boonkamp | à la Chartreuse | Eiskümmel | Steinhäger |
| Churfürst. Magen | Danzig Goldwasser | à la Eccaou 00 | Hobro |
| Cherry Brandy | Curaçao trip. sec | Stonsdorfer | Cacao |
| Pomeranzen 00 | Pepermint | Halb und Halb | Vanille |

Vollendetste Feinheit. — Volles edles Aroma.

Tadelloses Gelingen garantiert bei ungeahnten
Ersparnissen

Nur in Originalfl. mit Gebrauchsanweisung für ca. 2 1/2 Ltr. 25, 40, 50,
60, 75 Pf. etc. — Je nach Sorte. Bei 6 Fl. eine 7^{te} gratis.

Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4
Fernsprechanhänge Amt IV, 4751, 4752, 4753.

Niederlagen in den durch meine Schilder kenntlichen Drogerien etc.

Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.

Vor Nachahmungen sei dringend gewarnt.

Die welt-
bekanntesten
Reichel-Essenzen
sind
echt
mit
„Lichtherz“
haben
man
alles
andere
ohne
weiteres
zurück.

Reichel-Spiritus

Reiner Weingeist 96 Vol. % von
höchster Reinheit, kann man garantiert
nur in Original-Flaschen mit un-
verfälschtem Reichel-Schilder.

Ein wertvolles Buch:
„Die Destillierung
im Haushalte“
kostenfrei!



Gold-, Silber-
und
Altenidewaren,
Stand-, Wand-
und
Taschenuhren

(dreijährige Garantie)
in grösster Auswahl und moderner
Ausführung.

Spezialität:

**Goldene Ringe
und Ketten.**

Ausgedehntes, reichhaltiges Lager in

**Hochzeits-, Paten-
und Jubiläums-Geschenken.**

Streng reelle Bedienung! Feste Preise!

Reinhold Wanke, Berlin N., Brunnenstraße 163
(zwischen Invaliden- u. Anklamer Straße.)

Vorzeiger dieser Annonce erhält auf alle Gegenstände (aus-
genommen Dukatenringe) 5 % Rabatt.

MANOLI Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Weltbekannt sind Rathenower Augengläser.

- Echt Rathenower Brillen 1,00
- Pincenez (echt Nickel) M. 1,50
- „ Double 5,00
- „ Gold 12,00
- „ Schildpatt 4,50

Opern- u. Reise gläser

von 6 M. an.
garant. gute
Barometer, Werke, von 6,00 an



A. Grün,
Optiker,
Brunnen-Strasse 4

am Rosenthaler Tor.



Hutfabrik

Alfred Krug Brunnenstraße 54,
Schönhaus. Allee 115

Herrenhüte Mt. 1,00, 2,40, 3.—, ff. 4,50.
Wägen Mt. 6, 8, 10, 12 inkl. Reifelfarben.
Wägen in allen Preislagen von 35 Pf. an.
Grösste Spezialgeschäfte im Norden!

Leser dieser Zeitung 5 Prozent Rabatt!

Möbel Stube und Küche

Anz. von **15 M.** an.

Sinzelne Möbelstücke

Anz. von **3 M.** an, wöchentlich **1 M.**

M. Beiser, Lothringer Str. 67.

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Während der Umzugstage bis Freitag den 2. April cr. inkl. verabfolgen wir

doppelte Anzahl Sparmarken*

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken

Zur Einschulung

Federkasten Stück 8, 15, 25, 45 Pf.
 Federkasten Pappmaché, Stück 25, 48, 75, 90 Pf.
 Bleistifte „Rubens“, in allen Härten Dtz. 40 Pf.
 Bleistifte „Faber“, in allen Härten Dtz. 70 Pf.
 Bleistift-Spitzer „Kosmos“ 20 Pf., „Granate“ 45 Pf.
 Federhalter Stück 2, 5, 8, 10 Pf.
 Zeichenkohle Karton 4 und 8 Pf.
 Kohlenhalter zweiseitig Stück 5 und 8 Pf.

Radiergummi Stück 4, 8, 10, 20 Pf.
 Buntstifte Karton 9, 18, 25, 40 Pf.
 Reißzeuge Stück 98 Pf., 1.45, 2.25 bis 25.00
 Reißbretter von 98 Pf. bis 3.75
 Reißnägeln 3 Dtz. 6 Pf., 12 Dtz. 20 Pf.
 Ordnungsmappen Stück 23, 48, 90 Pf., 1.25
 Tuschkasten 7 Grundfarben Stück 28, 48 Pf.
 Kaisertinte Flasche 4 Pf.

Deutsche Reichstinte mit Federträger Flasche 9 Pf.
 Schiefertafeln Stück 15, 20, 25 Pf.
 Schiefergriffel Dtz. 7 Pf., Holzgriffel 3 Stück 5 Pf.
 Aufgabenhefte, Oktavhefte Stück 4 und 6 Pf.
 Lack-Diarien 48 Blatt 23 Pf., 86 Blatt 38 Pf.
 Blau Umschlagpapier 25 Bogen 15 Pf.
 Löschblätter 25 Blatt 5 Pf., in Heften perforiert 7 Pf.
 Butterbrotpapier fett dicht, 100 Blatt 22 Pf., 3 Pack 65 Pf.

Vorschriftsmäßige Schulbücher

Schreibhefte alle Liniaturen Dutzend 70 Pf.

Für Knaben

Schulmappen

Für Mädchen

Schuhwaren

Tornister schwarz Ledertuch 95 Pf.
 Tornister Ledertuch, mit u. ohne imit. Fellkl. 1.45 u. 1.95
 Tornister schwarz u. braun mit Ledereinfassung 2.25
 Tornister schwarz u. braun mit Hefttasche 2.85
 Tornister schwarz Leder mit Hefttasche 3.95
 Tornister Rindleder, aus einem Stück schwarz und braun, mit Hefttasche 5.50

Arm- u. Rückenmappen schwarz Ledertuch 1.35
 Arm- u. Rückenmappen schwarz m. Ledereinf. 1.95
 Arm- u. Rückenmappen schwarz u. braun, imit. Leder 2.45
 Arm- u. Rückenmappen mit Ledereinf., Hefttasche 2.85 u. 3.25
 Arm- u. Rückenmappen schwarz u. braun Leder, schwarz mit Hefttasche 3.95
 Arm- u. Rückenmappen Rindleder, a. ein. Stück schw. u. br., m. Hefttasche 5.50

Roßleder - Schnürstiefel
 derber Strapazierstiefel
 Größe 27-30 31-35
 4.20 4.55

Boxcalf - Schnürstiefel
 breite Form
 Größe 27-30 31-35
 4.50 5.25

Frühstückstaschen braun und schwarz Ledertuch mit Lederriemen 48 Pf.
 Frühstückstaschen braun und schwarz Rindleder mit Lederriemen 98 Pf. 1.25

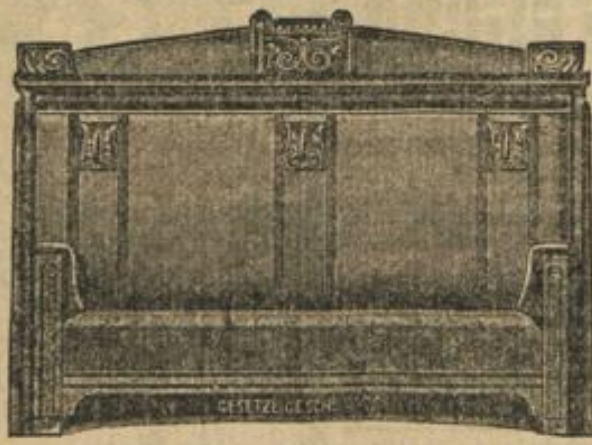
* Ausgenommen sind einige Artikel.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

Verenigte Tischler- und Tapezierer-Meister
 Berlin, An der Jannowitzbrücke 3-4
 Eingang dicht neben dem Stadtbahnhof Jannowitzbrücke.

Wir bitten um Besichtigung unserer großen Musterläger, welche durch viele neue Muster ergänzt sind und ohne Kaufverpflichtung bereitwilligst gezeigt werden. Vor jedem Einkauf empfehlen wir, Preise und Güte der Möbel zu vergleichen.

Spezialität: Wohnungs-Einrichtungen von 250 M. bis 5000 M.



Unser Musterbuch versenden wir auf Wunsch gratis und franko.

Besonders vorteilhafte Umzugs-Offerte!

Gardinenstangen mit Klappacken von 38 Pf. an	Waschkörbe von 1,75 an	Emaillie-Eimer 65 und 75 Pf.
Portierenstangen komplett 1,95	Reisekörbe prima gewürfelt in allen Größen	2 Gasplatten mit Klappe und Erhitzer 4,50
Küchenrahmen mit Aufsatz 2,95	Handtuchhalter und Konsolen	Gaskronen, Tisch- und Küchenlampen
Kohlenkasten, 3/4 Scheffel 1,95	Paneele und Kleiderriegel	Bilder und Wandteller in großer Auswahl
Putzschranke 2,95	Kaffeemöhlen mit prima Mahlwerk von 95 Pf. an	Polsterbetten, Kinderbettstellen
Besen- und Bürstenwaren in allen Preislagen	Briefkästen 48, 65, 95 Pf.	Sport- und Kinderwagen
Emaillie-Einholekorb 75 Pf.	Verzinnete Waschtöpfe 2,40, 2,60, 2,90	Leitern, extra stark, mit Mutterschrauben, Stufe 40 Pf.

Danziger Straße 98

Heyn & Goldschmidt

Pappel-Allee 1 und 2

Wegen Neu-Einrichtung des Geschäftes sowie Uebernahme der uns verkauften Abteilungen und Neu-Organisation des Betriebes zum einheitlichen Kaufhause bleibt unser Geschäft

einige Tage geschlossen.

Passage-Kaufhaus

Betriebsgesellschaft m. b. H.



Zentralhaus moderner Herrenkleidung
Neue Friedrichstr. 35,
 neben der Central-Markthalle,
 liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
 fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an. Aufschneiderei u. Bekleidungs-Gesellschaft. Auf Wunsch Besuch des Kleidenden mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.
 Kaab- u. Burschengarderobe vorrätig.

Sommer-Preise
 bei 10 Zentner ab Platz vom 1. April bis auf weiteres.
 Ferdinand Salen . . . p. Str. 0.85 BR.
 Marie 0.92
 Elisabethglück 0.94
 Pfännerschaft 0.94
 Anhalt, Kohlenwerke 1.00
 Hoo 1.00
 Halbsteine 0.83
Koks, Steinkohlen usw.
 zu billigsten Preisen.
 Bei Anfuhr frei Haus 10 bis 15 Pf. pro Zentner mehr.
 Landwagen stehen gratis zur Verfügung.
Gersberger & Müller
 Kohlen- und Holzhandlung
 I. Lagerplatz:
 Am Schief, Güterbbl., Röhrenstr. 18.
 II. Lagerplatz: Wallstr. 96.
 Fernsprecher Amt 7, 10 290.

A. Plonsk & Co.
 Berlin N., Brunnenstr. 25.
Sumatras Hellfarbig. Voll-, Stück- u. Sandblätt. v. 250—525 Pf.
 Umblatt No. 118 140 Pf., sehr viel Decke enthaltend.
Java-Umblatt 120—140 Pf.
 leicht und kolossal ergiebig.
Java-Einlagen 80—105 Pf.
 Decke u. Verkehrrollen 200—250 Pf.
Carman 85—125 Pf.
Brasilis echter St. Felix 130—150 Pf.
 Loosgut, gar. rein amerik. 85 Pf.
 Sämtl. Preise vorsteh. sich verzollt.

Beste Bezugsquelle!
Auf Teilzahlung
 wöchentlich nur 1 Mark
 Uhren jeder Art und Goldwaren sowie Zithern, Sprechmaschinen und Musikinstrumente.
Bilder, Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Plüschdecken, Laufferstoffe usw.
Jahre & König,
 Warschauer Str. 65, Reinickendorfer Str. 101. Göbenstr. 19.

Wir verkaufen
 jetzt noch billig!
 R 4 Mk. an in Beterdögen, Ostbahn.
 R 10 Mk. an Zeegfeld, am Bahnhof.
 R 12 Mk. an Kaulsdorf, am Bahnhof.
 R 10 Mk. an Bahnhof Sadowa, Biesdorf, Kaulsdorf-Züd.
 R 30 Mk. an Biesdorf, Stadtbahn, am Bahnhof.
 Verkaufsstellen an den Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
 Berlin, Neue Königstr. 16

Steppdecken
 Falls man nur am besten und billigsten bereit in der Fabrik Bernhard Strohmund.
 Grotz. 72 Wallstr. 72,
 Jorloochs Drahmsfelder Str. 25-26.
 Die Steppdecken werden auftragsgemäß in jeder Größe gefertigt.

Spezial-Geschäft f. Uhren
 1 neue Uhr-Reparatur 75 Pf.
 1 neue Uhr-Reparatur 10 Pf.
 1 neue Uhr-Reparatur 10 Pf.
 1 neue Uhr-Reparatur 10 Pf.
 1 neue Uhr-Reparatur 10 Pf.
 1 neue Uhr-Reparatur 10 Pf.
Neue Uhren
 in gelbter Lack, genau reguliert.
E. Möbis,
 14 Beuthstrasse 14.

Paul Töbs, Schneidermeister.
 in u. ausländ. blicker Stoffe.
 Zillitser Str. 24. 1. Stock.



Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Drahg.
 1. Or. Eleg. Brad, Gehrod 1.50, Hofe 1.00, Seite 50 Pf.

Optiker Läckemäcker
 I. Schönhauser Allee 136
 II. Kommandantenstr. 32.
 Empfiehlt Brillen u. Pincenes 1 M. an. Thermometer 30 Pf. an. Reisegläser, sehr schön, 8.50 BR., Barometer, bestes Wert, 5.50 BR. Gegr. 1895. — — — Sieferant für Krankenassen. — — — Gegr. 1895.

Gegen Einbruch und Diebstahl. Neu „Tyra“
 Beste Türschloßsicherung, absolut sicher, in gewöhnl. Türschloß eingesetzt, verwandelt dasselbe in bestes Kunstschloß. Bei Wohnungswechsel mitzunehmen.
Berliner Türschloß-Fabrik Schubert & Werth, Prenzlauer Str. 41.
 Preis m. 2 Schlüsseln 5 M. — Prosp. gratis u. fr.



CREDIT AN ALLE
Wilhelm Wipf
 Frühlingsöffnung gepachtet. Gr. Brandenburgerstr. 76
NUR MÖBEL

Mühlhauser Kautabak
 von Hugo Karl Hagenbruch, Mühlhausen (Thüringen).
 Vertreter: August Kleinert, Berlin SW.
 Amt 6, 10 560. Großbeerstraße 39.

Arbeiter-Bekleidung — Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
 Filialen: Landsberger Allee 148.
 Neu eröffnet! Rixdorf: Bergstraße 66 am Ringbahnhof.

Reste
 Damenmode, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster, Trikot-Stoffe, Geldtaschen, Sammete, Seide etc.
Confection
 Paletots, Jacketts, Stummäntel, Coctumes und Costumes in grosser Auswahl.
C. Pelz,
 Kottbuserstr. 5.

ß. Strahlendorffs Handelschule
 Berlin SW 19, Beuthstr. 11, am Spittelmarkt, I. II. III. Etage
 Die neuen Schulkurse zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf beginnen am 5. April. Herren und Damen getrennt.
 Man verlange ausführlichen, illustrierten Lehrplan unentgeltlich.

Seefische
 Süßwasserfische
 auch lebende!
 Täglich frische Zufuhr!
 Billigste Tagespreise.
 Verkauf-Filiale A.: Schönhauser Allee 144.



35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
Möbel
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden. Tel.: A. III, 5157.
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Begründet 1873 Hut-Salinger Begründet 1873
 Engros Spezialhaus für Neuheiten Export in Filzhüten, Zylinderhüten, Chapeaux claque, Strohhüten.
Einzelverkauf
 zu sehr billigen u. streng festen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
 Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.




Möbel auf Kredit Stube u. Küche von 15 M. Anzahlung an. Einige Möbel von 3 M. Anzahlung. **Wochenrate 1 M.**
 Gardinen, Teppiche, Portieren, Stepp- und Tischdecken, fertige Betten, Wand- und Taschenuhren, Gas- u. Petroleumkronen, Sport- u. Kinderwagen, Herren-, Damen- und Kindergarderoben.
 — Wochenrate 50 Pf. —
Waren-Kredithaus Wedding
 Reinickendorfer Str. 113, I, am Stadtbahnhof Wedding.
 2. Geschäft: Charlottenburg, Wallstr. 40, Ecke Schloßstr.

Phänomen Cigaretten!
 Rauchen Sie
 Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Zucker

1 Pf. ? Pf.

Wir liefern nur in unserer nächst. geschlossenen Zusammenstellung Nr. 53*) für **M. 4.65**

- a) 2 Pfd. Ia Kochzucker a 9 Pf. M. 0.18 oder nach Katalog
- b) 1 Pfd. Ia Tafelsalz „ 0.05 oder nach Katalog
- c) 3 Pfd. Ia Kristall-Soda „ 0.06 oder nach Katalog
- d) 10 Sch. Ia Schwed. mit Rotkopf „ 0.05 oder nach Katalog
- e) 1 Pfd. Ia Ti.-Rang.-Reis „ 0.14 o. 1 Pfd. Ia Graup., f. m. st.
- f) 2 Pfd. Ia K.-Auszugmehl „ 0.35 od. 2 Pfd. Ia Linsen, od. 2 Pfd. Ia weiße Bohnen.
- g) 1 Pfd. Ia Ringkugeln „ 0.54 od. 1 Pfd. Ia Sultan, od. 6 St. Marzipan-Ostereier à 10 Pf. oder 1-Pfund-Glas Ia Zuckerhonig, od. 1 Pfd. Ia Konsum-Cakes.
- h) 1/2 Pfd. Ia Tafelbutter „ 0.65 o. 1 Pfd. Ia Tafelschmalz, od. 1/2 Tafel Pflanzenfett (Herbalin), oder 1 Pfd. Ia Aprikosen.
- i) 1 großes Brot (ca. 4 Pfd.) „ 0.45 oder nach Katalog
- k) 1 Pfd. Ia Eierschnittnudeln „ 0.30 od. 1 Pfd. Ia Makkaroni, od. 8 St. Marzipan-Ostereier à 5 Pf. od. 1/2 Pfd. Ia Prünellen.
- l) 1 Pfd. gebr. Ia Kaffee D.W. E.M. „ 1.20 od. 1 Pfd. Ia Kakao (gar. rein), oder 1 Pfd. chinesis. Tee, oder 1/2 Pfd.-Dose Ia Stangenspargel, oder 1 Pfd. Ia Backobst und 1/2 Lit. Himbeermutter-saft, od. 1/2 Pfd. = 400 Gr. Ia Fettarm-Dauer-Cer-velatwurst.
- m) 1-Pfd.-Dose Ia Marmelade „ 0.60 oder 2 Pfd. lose Marmelade, oder 3 Ia Scheuertücher, oder 1 Pfd. Ju-lienne, oder 1 D. Gänse-leber-, Hasen-etc. Pains.

im Summa **M. 4.65**

6 Rabattmarken à 25 Pf. gratis.

Deutscher Waren-Einkaufs-Verein Berlin 47, G. m. b. H.

Kreuzbergstr. 30 (Viktoriahof) VI. 1629.
Chausseestraße 2 (Oranienburger Tor),
Leipziger Str. 101/102 (Ecke Friedrichstr., Equitable),
Oranienstr. 60 (am Moritzplatz),
Schöneberg, Hauptstraße 139 (am Kaiser-Wilhelm-Platz) u. Feurigstraße 16, VI. 6656.

*) Formulare zur Selbstzusammenstellung ähnlicher Kommissionen zu Vorzugspreisen gratis u. franko.

Billige Rohabake.

Max Jacoby, Strelitzerstr. 52

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik. Kein Laden.

Nach beendeteter Engros-Saison auch Einzelverkauf enorm billig!

Damen-Paletots
Kostüme
Kostümröcke
Blusen
Staubmäntel
Mädchen-Paletots
Robert Baumgarten
Hausvogteiplatz II, I. Etg. schrägüber Untergrund-Bahnhof.



Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.

Palmsontag bis 6 Uhr geöffnet!

Persil

Das Idealste und vollkommenste selbsttätige Waschmittel

von bisher unerreichter, geradezu wunderbarer Wasch- und Bleichkraft. Wäscht die Wäsche von selbst in einviertel bis einhalbstündigem Kochen, macht sie rein und blendend weiß, frisch und duftig wie von der Sonne gebleicht! Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und Soda sind entbehrlich, daher ganz enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld! Garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung. Pakete à 33 und 65 Pfg.

Dixin

Verbessertes, im Gebrauch billigstes, unerreichtes Seifenpulver. Garantiert unschädlich. Kein Zusatz von Seife und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen, da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die Wäsche wird schneeweiß und erhält den frischen Geruch des Rasenblüchs. Paket 25 Pfg.

Henkel's Bleich-Soda

In Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bester Ersatz für Soda, vorzüglich zum Einsetzen oder Einweichen der Wäsche, zum Reinigen von schmutzigen Küchengeräten und Holzgeräten etc.

Oben genannte 3 Artikel in allen einschlägigen Geschäften zu erhalten.
Kleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Selbstgeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor**, Berlin N., Tieckstraße 11.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 5946L*
gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen monatliche Teilzahlung unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei langjähriger Garantie für gute Haltbarkeit. Billigste Preise. Ueberteuerung ausgeschlossen, da an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.
Kein Abzahlungs-Geschäft.

Juwelenhaus Zimmermann & Co.

::: Berlin SO. ::: **Oranienstraße** Nähe Hochbahnhof

Empfehlen zu streng reellen, anerkannt billigen Preisen ihr großes Lager

in **Juwelen, Uhren** und **Goldwaren**, Oranienstr. 206
in **Wand- und Stand-Uhren**, Oranienstr. 204
in **Silber- und Alfenidewaren**, Oranienstr. 207

Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur im Hause.

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung,

so geben Sie rechtzeitig in unser Spezial-Haus. Dort finden Sie gr. Partie-Posten:
Teppiche v. M. 4.50, 8, 11.50, 24, 36, 45 usw.
Gardinen v. M. 2.10, 3.50, 5.00, 7.50, 9.00, 12 usw.
Portieren v. M. 6.00, 6.75, 9.00, 11.50 usw.
sowie Steppdecken, Tisch- u. Diwandecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.

bis **40%**

im Preise herabgesetzt.

Teppichhaus Adler

Königstraße 20-21, a. d. Jüdenstraße.

Für **Cine Mark**
wöchentlich Abzahlung erhalten Sie
Möbel, Spiegel, Polsterwaren etc.
S. Gottlieb
Rosenthalerstr. 88
Beamt. evtl. ohne Anzahlung.

Möbel-Fabrik und Lager Robert Balau

Brunnenstraße 22 nahe Invalidenstraße. Gegr. 1880 — Tel. III. 5256.



Ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in jeder Preislage. Teilzahlung gestattet. Jeder Käufer einer Einrichtung erhält als Hochzeits-Geschenk 2 elegante Bilder u. 2 Bettvorleger.
Da sechs Etagen Fabrikabäude, billige Preise.

Badet nur im **Reform-Bad** Inh. C. Heimann, Wiener Str. 65, nahe Hochbahn.
Alle Arten Bäder.

Lieferantsämtl. Krankenkassen

Gegen Hautausschlag, Mitesser, Pickel, Furunkel



verordnet

Der Arzt Zucker's Patent-Medicinal-Seife.

Seit mehreren Jahren wende ich Ihre Präparate in meiner Praxis an und bin mit der **außerordentlich guten Wirkung** sehr zufrieden. In einigen Fällen war der Erfolg geradezu **verblüffend**. Die betreffenden Damen schienen **um Jahre verjüngt**. Dr. med. F. in K.

Mit Ihrer Zucker's Patent-Medicinal-Seife und Ihrer **Zuckooch-Crème** habe ich **sehr gute Erfolge** erzielt und erfreuen sich dieselben bei meiner Klientel sehr großer Beliebtheit.

Dr. med. H., Spezialarzt für Hautkrankheiten in B.
Teile Ihnen gern mit, daß ich mit Zucker's Patent-Medicinal-Seife bei Acne sehr zufrieden bin und sie dementsprechend oft verordne.

Dr. med. S., Spezialarzt für Hautkrankheiten in C.
Nach meinen Erfahrungen ist Zucker's Patent-Medicinal-Seife äußerst brauchbar bei der Behandlung kosmetischer Leiden der Haut.

Dr. med. W., Spezialarzt für Kosmetik in D.
Ihre Zucker's Patent-Medicinal-Seife ist als Hilfsmittel in der Behandlung von Affektionen der Haut, des Gesichts und der Hände sehr willkommen.

Dr. med. P. in D.

Preis pro Stück **50 Pfg.** (10%ig) und **M. 1.50** (35%ig, stärkste Form), dazugehörige **Zuckooch-Crème** (nicht fettend), die Perle aller Haut-Crèmes, a Tube **M. 2.-**, kleine **75 Pfg.**

In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien zu haben, wo nicht, direkt durch **L. Zucker & Co., Berlin W., Potsdamer Str. 73.**

Kaufen Sie auf Credit Möbel

für **250 Mk** für **350 Mk**
1 Einrichtung für **250 Mk** 1 Einrichtung für **350 Mk**
Stube & Küche Anz. **25 Mk.** Stube & Küche Anz. **35 Mk.**

Ausstellung Kompletter Wohnungs-Einrichtungen von 250 - 10000 Mk

Riesen-Auswahl!

Kredit-Kaufhaus Max Rosenheimer

Colonnenstrasse 9.

am Ringbahnhof **Schöneberg**

I., II., III. Etage

Augen auf!

Jedem Herrn, der sich elegant und billig kleiden will, empfehle ich elegante Monstergarderobe, in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht (für jede Figur passend)

Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Herren-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2.50, 3.00 M.

Große Abteilung neuer Garderobe

Hauptgesch.: **Gr. Frankfurter Str. 116** an der **Andreasstraße**
2. Geschäft: **Chausseestraße 89** gegenüber der **Liesanstraße**.
3. Geschäft: **Brunnenstraße 179** an der **Invalidenstraße**.

J. Wand

Garderoben jeder Art werden **billigst** verliehen.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen **SINGER** Nähmaschinen verkauft werden.



Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Möbel auf Credit

Ausstellung

von ca. 70 Musterzimmern einfacher und eleganter **Wohnungs-Einrichtungen** von **250—15000 Mk.**

Bilgerichte Salons
Bilgerichte Herzimmer
Bilgerichte Speisezimmer
Bilgerichte Wohnzimmer
Bilgerichte Schlafzimmer
Bilgerichte Küchen

Illustrierter Katalog gratis und franko

Bequemste Teilzahlung

Complete Einrichtung von Villen, Hotels, Pensionaten, Cafés, Restaurants etc.

Einzelne Möbelstücke in riesiger Auswahl, **Sofortige Lieferung frei Haus.**

Central-Credit-haus

Nicolaus Pindo

hackescher Markt 1

Reinigt Euer Blut im Frühjahr!

Die meisten Krankheiten haben ihren Ursprung im unreinen Blut, deshalb reinige man sein Blut mit **Reichel's Wachholder-Extrakt „Medico“** das vollkommenste und wirksamste Blutreinigungsmittel zur Auffrischung des Blutes und der Gäfte. Er wirkt, die Natur unterstützend und den Stoffwechsel mächtig anregend, nach allen Richtungen hin und auf alle Teile des Körpers in milder, nur wohltätiger Weise ein und ist gleichsam ein **Filter für den ganzen inneren Menschen.**

Niemals löse, garantiert echt und unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico“ **0.75, 1.50 u. 2.50** zu beziehen durch **Otto Reichel, Berlin SO. 43.** F-Rathöhle Eisenbahnstr. 4. IV 4751, 4752, 4753.

Wo in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus. **Warnung:** Man verlange auf **Medico** und nehme keinesfalls andere Fälschungen.

Man verlange Preisliste und Proben.

Nur Bettfedern

zu **0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 5,00 Mk.** per Pfund.

Daunen

zu **2,85, 3,50, 4,50, 5,00, 5,50, 6,50 bis 8,00 Mk.**

Fertige Betten

bestehend aus **Oberbett, Unterbett, 2 Kissen** zu **12, 15, 20, 23, 28, 31, 38, 45, 54, 61, 75, 90 bis 105 Mk.** und namentlich **Echt chinesische**

Monopoldaunen (gesetzl. geschützt) **Pfund M. 2,85.** (3 bis 4 Pfund zum Oberbett genügend) und andere Bettartikel führt **die erste Bettfedern-Fabrik** mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S., **Prinzenstrasse 46 u. 47.**

Jährlicher Umsatz über **2400 Ztr. Bettfedern und Daunen**

Von keinem anderen Betten- und Bettfedern-Geschäft auch nur annähernd erreicht.

Ausnahmepreise für Metall-Bettstellen

Nr. 350. Mit Zugfedermaträtze und Messingverzierungen — schwarz lackiert —



190x80 cm **M. 16.50**

Ohne Messingverzierungen 190x80 cm **M. 13.50**

Nr. 355 **Metall-Bettstelle**



mit Zugfedermaträtze, ebers Stangen u. Knöpfe von Messing, schwarz lackiert, 190x90 cm **M. 28.00**

Diese Ausnahmepreise gelten nur gegen Vorzeigung des Inserats.

Bettwäsche

ausserordentlich preiswert:

Dimitibezüge 4.10
1 Oberbett 130x200 cm M. 4.10
1 Kissen 82x84 cm M. 0.93
zum Schnüren oder Knöpfen.

Damastbezüge 4.50
1 Oberbett 130x200 cm M. 4.50
1 Kissen 82x84 cm M. 1.00
zum Schnüren oder Knöpfen.

Grosse Dowlaslaken von M. **1.25** an
Grosse Halbleinenlaken von M. **1.45** an

Inlette

fertig und vom Stück zu gleichen Preisen.

Gegründet 1825



Fr. Hahn

BERLIN C.
Alexanderplatz.

Registrierte Schutzmarke

Ein großer Posten
Prima Plüsch-Teppiche

bestes Fabrikat, fehlerfreie Exemplare.
Größe 150 x 300 165 x 270 200 x 300
sonst M. 22.50 35.00 48.50
jetzt M. 12.85 19.25 30.25
Größe 265 335 300 x 400
sonst M. 70.00 100.00
jetzt M. 49.50 72.00

Ferner ein gr. Posten einzelner zurückgesetzter
Teppiche

welche im Sortiment nicht weiter geführt werden sollen: Mechanisch Smyrna, Prima Axminster, Mechanisch Perser zu äußerst zurückgesetzten Preisen.

Ein grosser Posten
Erbstüll-Stores

wie Abbildung mit reicher Handarbeit und vollem krausen Volant. Größe 150 x 325.
sonst M. 14.60 jetzt M. 9.20

Steppdecken Auf meine eigene Anfertigung der Steppdecken mache besonders aufmerksam.

aus bestem Seiden-Satin und sauberster Handarbeit. In Farben wie herbeaux, grünoliv, fraise und hellblau.
Gr. 150x200 sonst M. 9.75
jetzt M. 7.40

Echt chinesische
Ziegenfelle

mit Füller, ganz besond. günstiges Extra-Angebot
Größe 60 x 105 65 x 125 70 x 170
sonst M. 5.75 7.50 9.80
jetzt M. 4.10 5.85 7.45
in weiss, naturgrau, wolf- und zobelartig vorrätig.

Gestickte Fenster-Dekoration

wie Abbildung, aus gutem Velvet-Plüsch, mit reicher Stickerei und Applikation. Querbehang mit reicher Durchbruch-Arbeit. Vorzügliche Farben; bordeaux, grünoliv, bisagrau.
Plüschgröße 42 x 300
Querbehang 42 x 180
Preis für die Dekoration: sonst M. 14.00
jetzt M. 9.30

Diwan-Rückwand-Dekoration

wie Abbildung, in gleicher Qualität und gleichen Farben.
Gr. 100 200
sonst M. 7.00
jetzt M. 4.95

Plüsch-Tischdecke

wie Abbildung, aus gutem Mohair-Plüsch, passend zur Dekoration und Rückwand. Gr. 130x160,
sonst M. 11.50
jetzt M. 8.40

Diwandecke

wie Abbildung aus schwerem Cobelin-Gewebe, zweiseitig persisch gemustert.
Gr. 150 300,
sonst M. 11.50
jetzt M. 7.70

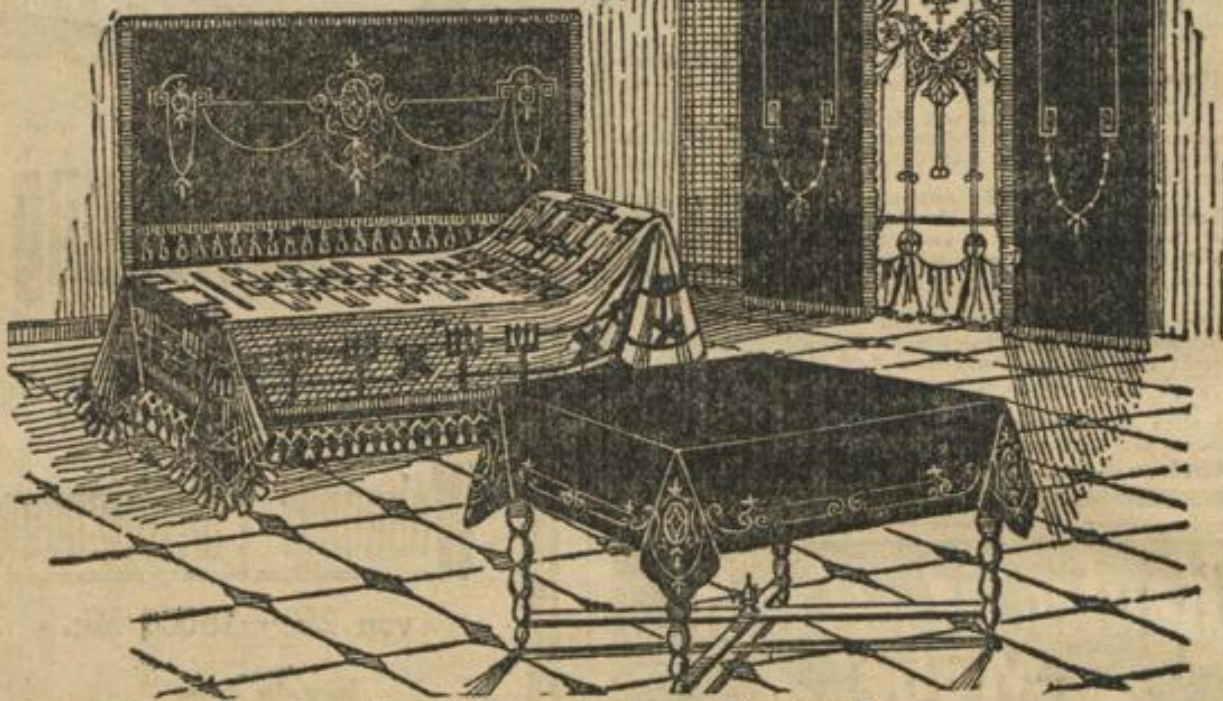
Tischdecken

zur Diwandecke passend
Gr. 150x150, sonst M. 6.00/jetzt M. 4.45
Gr. 150x180, sonst M. 7.00/jetzt M. 4.95

Das besonders billige
Extra-Angebot

meiner
Gardinen- und Teppichabteilung

währt
bis **Sonnabend, den 10. April**



Der neue Frühjahrskatalog ist erschienen und wird auf Wunsch gratis übersandt.

Dem Fortschritt eine Gasse!

Schnürstiefel - ohne zu schnüren!



offen

D. R. P. 174209

Diesem
Condor-Patent-Stiefel
gehört die Zukunft!



geschlossen

Seine Vorzüge:

- Angenehmes Tragen,**
da jeder Druck vermieden wird!
- Fortfall des lästigen Schnürens,**
dennoch bleibt das elegante Aussehen als Schnürstiefel beibehalten!
- Augenblickliches An- und Ausziehen**
ohne zeitraubende Hantierungen!
- Größte Bequemlichkeit**
namentlich auf der Reise u. für Bureautätigkeit durch einfaches Lösen des Verschlusses

- Pa. Boxhorse, mit Zierkappen . . . 10.50 M.
- Pa. Boxkalf, mit Zierkappen . . . 13.50 M.
- Pa. braun Chevreau 13.50 M.
- Feinstes Boxkalf } Luxus- 16.50 M.
- Feinstes Chevreau, braun u. } Aus- 16.50 M.
- schwarz führung

Verkauf
nur in unseren
Filialen!

Conrad Tack & Cie.

Schuhwaren-Fabrik . Burg bei Magdeburg

Fordern Sie gefl. stets
„Condor-Patent“, da
Angebote unter anderer
Marke wertlos sind!

- C., Spittelmarkt 15 (Leihhaus)
- C., Rosenthaler Straße 14
- W., Potsdamer Straße 50
Fernsprecher: VI 16831
- W., Schillstraße 16, Fernsprecher: VI 16831
- NW., Lurmiestraße 41, Ecke Oldenburger Straße
Fernsprecher: II 7820
- NW., Wilsnacker Straße 22

- NW., Beusselstraße 29
- N., Friedrichstraße 127, (Brdg gegenüber der
Oranienburger Straße)
- N., Müllerstraße 3
- N., Reinickendorfer Straße 23
gegenüber der Plantagenstraße
- N., Brunnenstraße 37
- N., Danziger Straße 1

- O., Andreasstraße 50
- O., Frankfurter Allee 125
- SO., Oranienstraße 32, zwischen dem Oranien-
platz und Adalbertstraße
- SO., Oranienstraße 2a, unmittelbar an der
Hochbahnstation Oranienstraße
- SO., Wrangelstraße 49
- SW., Friedrichstr. 240-241, am Hal. Tor

- Charlottenburg:**
Wilmerdorfer Straße 122-123.
- Rixdorf:**
Bergstraße 30-31.
- Potsdam:**
Brandenburger Straße 54.

Partei-Angelegenheiten.

Die Protestbogen gegen die drohende Erhöhung der Tabaksteuer, soweit solche noch in Partei- und Gewerkschaftskreisen zirkulieren, sind nunmehr schleunigst an das Berliner Verbandsbureau, Adresse Leopold Liepmann, Berlin SW 68, Lindenstraße 69, vorn 4 Treppen, abzuliefern resp. einzusenden.

Der Aktionsausschuß.

In dem Berichte über die Generalversammlung des Verbandes unserer Wahlvereine wird mitgeteilt, daß sich nur 15 000 organisierte Genossen an der Arbeitslosenzählung beteiligen hätten.

In der Tat betrug aber die Zahl der politisch und gewerkschaftlich organisierten Helfer zirka 40-50 000, was wir hiermit klarstellen wollen.

Genosse Bohl schickt uns folgende Erklärung:

„Laut Bericht soll in der Generalversammlung von Groß-Berlin Genosse Schulz-Rixdorf gesagt haben: „Der dritte Kreis habe jetzt hinter dem Rücken des Zentralvorstandes den Vertrag mit dem Oekonom der „Neuen Welt“ bis zum Jahre 1913 verlängert.“

Dazu habe ich zu bemerken, daß seit Bestehen des Zentralvorstandes sich derselbe das erste Mal mit der Frage der „Neuen Welt“ am 12. Juli 1907 beschäftigt hat (Bericht in Nr. 8 des „Mitteilungsblattes“), die Verlängerung des Kontraktes aber schon am 9. April 1907 stattgefunden hat, welches durch die beiden vorhandenen Kontrakte bewiesen werden kann.

Letztere Erklärung ist aber schon mehrere Male sowohl im Zentralvorstand als auch im Aktionsausschuß abgegeben worden, das müßte Genossen Schulz und auch dem Zentralvorstandsmitglied Genossen Büchner bekannt sein, welcher ebenfalls dieselbe Behauptung aufstellte. Leider bekam ich keine Gelegenheit, dies dem Genossen Büchner zu widerlegen, die diesbezüglichen Ausführungen des Genossen Schulz muß ich überhört haben, sonst hätte ich sofort dagegen gesprochen.

Diese fortwährende falsche Behauptung kann nur den einen Zweck haben, die Genossen von Groß-Berlin gegen den dritten Kreis in dieser Angelegenheit zu beeinflussen.

Aug. Bohl.

Adlershof. Das Amt des erkrankten Kassierers, Genossen G. Hise, wird provisorisch durch den Genossen Emil Neumann, hier, Reher Straße 6, II, verwaltet.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im „Volkspark“.

Am letzten Sonntag wurde der „Kun“ auf den Grunewald eröffnet. Wohl zum ersten Male in diesem Jahre wurden die Freunde des Berliner Waldes von den Stadtbahnzügen zu Hunderten auf einmal an die frische Luft gesetzt. In aufgelösten Kolonnen zogen die Massen die wohlbelakten Straßen nach der Saubucht, nach Wicksmerder und Schildhorn. Wer aber am längsten landschaftliche Schönheiten entbehrt hatte, den zog es die Seenkette entlang. Nicht nur naturästhetische, sondern auch leibliche Bedürfnisse werden hier am schnellsten gestillt. Denn in nicht allzuweiten Abständen reicht sich etappenweise Wirtshaus an Wirtshaus, wie die Depots auf der Spackelonschen Südpolepedition. Ein erheblicher Teil der Ausflügler verschwindet vergnügt schon im ersten dieser Waldbierkeller, auf daß die gewaltige Anstrengung schleunigst durch einen Trunk belohnt werde. Andere, die es ernster nahmen, hielten länger aus, und manchem sah man es am beflügelten Schritte an, daß er nicht gefunden war, vor der Erreichung des Schlächten- oder Wannsees den Mann des Waldes zu verlassen.

Morisches Eis lag und liegt noch auf den Seen. Sträßen stolzieren gravitätisch darauf herum. Von den Bäumen schallt von Zeit zu Zeit das laute Trommeln, das die sich lodenden, verliebten Spechte hervorbringen, indem sie mit dem kräftigen Schnabel gegen einen kurzen Ast hämmern, der vibrierend den Schall verstärkt und den Spaziergänger aufhorchen läßt. Dazwischen ergibt das Treiben im Walde manch ergötlich Bild. Ein Ledel scheucht einen Waldhasen auf, der entsetzt Herzgeld gibt. So blutigierig Männer ihm auch nachsetzt, seine kurzen Weindchen erlauben ihm nicht, den Gefahren zu brechen. Aber sie bringen ihn doch weit genug, um ihn fast aus dem Gesichtsfelde seiner Herrin zu bringen, die ihm laut rufend nachsetzt. Schließlich muß Männer resigniert auf den Hasenbraten verzichten und in sein geregelltes Hundedasein zurückkehren.

Noch winkt kein Blümchen im Gras und Moor. Nur die Kronen der schlanken Erlen hängen voll von Hunderten der braunen Käthen, die die bisher fest geschlossenen Schuppen geöffnet haben. Den meisten sind sie nicht auffällig genug. Sie halten sich lieber an die recht vereinzelt Haselsträucher am Rande der Seen und Moore, von denen der Frühlingsgierat mit hellem Gelb weithin leuchtet. Ein paar Kiefernzweige vervollständigen den ersten Frühlingsstrauch aus dem Grunewald.

Unsere heutige Jubiläumsausgabe

umfaßt 12 Bogen und ist die umfangreichste Nummer, die seit Bestehen unseres Blattes aus der Druckerei gegangen ist. Der Inhalt ist vorzugsweise dem Jubiläum gewidmet, ohne daß die Aufgaben des Tages zurückgesetzt worden sind. Mit freudigem Stolz werden die Berliner Arbeiter ihre Blätter heute in die Hand nehmen und sich geloben, ihre Waffe im Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung scharfen zu halten durch weitgehende Verbreitung, um ihrem Blatt die Bedeutung und den Einfluß zu verschaffen, der ihm entsprechend der großen sozialdemokratischen Wählerkraft in Groß-Berlin gebührt.

Tierqualitäten für Schulleute sind durch Vermittlung des Deutschen Tierärztes auch in diesem Jahre wieder vergeben worden. Zur Verfügung standen 803 M. aus einem Legat. Hier- von erhielten bestimmungsgemäß 5 Berliner Schulleute je 150 M., und zwar nach Auswahl durch das Polizeipräsidium. In früheren Jahren war es aufgefallen, daß fast immer dieselben Schulleute prämiert wurden. Daraus entstand der Verdacht, daß diese Schulleute Tierqualitäten zur Anzeige brachten, die in Wirklichkeit gar nicht unter diesen Begriff zu rechnen waren. Es ist also möglich, daß mancher Kutscher und Tierbesitzer aus solcher Anzeige völlig zu Unrecht bestraft wurde, während der Beamte für seinen Hebereifer eine Belohnung erhielt! Der Verein ersuchte daher das Polizeipräsidium, die Verteilung der Prämien von insgesamt 750 M. nicht nach der Zahl der Anzeigen, sondern nach ihrem Werte vorzunehmen. Das ist zugesagt worden. Trotzdem befinden sich unter den bedachten Schulleuten wieder drei, die schon früher, nämlich

im Jahre 1906, prämiert worden sind. In den Prämienrest von 52 M. teilten sich einige Gendarmen und Vorortbeamte. Ein paar Kutscher und andere Privatpersonen, die sich um den Tierzucht verdient gemacht haben, erhielten keine Geldprämien, sondern billige Ehrengeschenke. Umgekehrt würde ein besserer Schuß daraus.

Eine neue Hundsteuerordnung tritt mit dem 1. April in Kraft. Die Neuordnung bezieht sich im wesentlichen auf den Zulauf von Hunden, Anmeldung und Besteuerung solcher. Neu ist vor allem, daß junge Hunde nur bis zu einem Alter von zwei Monaten — bisher drei — steuerfrei sind. Die Steuer bleibt unverändert, sie beträgt nach wie vor 20 M. jährlich.

Was gilt als Ausweis bei postlagernden Sendungen? Die Bestimmungen über die Auswägung von postlagernden Sendungen haben vom Reichspostamt eine neue Fassung erhalten. Einem Ausweiser bei gewöhnlichen Briefsendungen, heißt es darin, bedarf es in der Regel nicht. Doch sollen die Beamten mit der nötigen Vorsicht verfahren. Ist der Ausgabebeamte nicht sicher, richtig verhandelt zu haben, so sollen die Angaben niedergeschrieben oder durch eine Visitenkarte ersichtlich gemacht werden. Sonstige postlagernde Postsendungen werden nur verahndelt, wenn der Anforderer seine Berechtigung genügend nachweist. Der Nachweis kann durch das Zeugnis einer bekannten, vertrauenswürdigen Person oder durch Ausweisepapiere erbracht werden. Von Behörden für bestimmte Personen ausgestellte Ausweisepapiere, die eine Personalbeschreibung, eine beglaubigte Photographie oder die eigenhändige Unterschrift des Inhabers enthalten, wie Pässe, Fahrkarten, Gemeindegültigkeitskarten, Wandergewerbebescheinigungen, Kaufahrkarten und so weiter, sind als Ausweis anzusehen, wenn Person und Ausweis übereinstimmen und zu Zweifeln über den rechtmäßigen Besitz des Papiers kein Anlaß vorliegt. Ständesamtliche oder pfarramtliche Geburtszeugnisse usw. sind nicht für genügende Ausweisepapiere zu erachten. Inwiefern andere Papiere, namentlich solche ohne Personalbeschreibung, wie Patente, Bestellungen, Diplome, Zivilversorgungsscheine, Jagdscheine, genügen, ist in jedem einzelnen Falle zu entscheiden.

In der Säuglingsfürsorge I, Blumenstr. 78, findet im Monat April wöchentlich einmal Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Meldungen hierzu schriftlich oder mündlich an das Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 78, vorn links parterre, wochentäglich von 2-4 Uhr.

Die Eltern schwachbeschlagener Kinder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Stadt Berlin seit drei Jahren eine besondere Fortbildungsschule für schwachbeschlagene Jugendliche und junge Mädchen unterhält. Diese Schule wurde im vergangenen Winter von 200 Schülern und 100 Schülerinnen besucht. Darunter befanden sich föpferlich schwächliche, durch Krankheiten, Sprachstörungen und Schwerhörigkeit in den Reinnissen und Fertigkeiten aufgehaltene und darum etwas zurückgebliebene und seelisch eigentümliche Jünglinge und junge Mädchen, die früher die Nebenklassen oder die unteren Normalklassen der Gemeinde- und höheren Schulen besuchten. Alle diese Kinder erfahren hier eine Behandlung, die auf ihre langsame Entwicklung und ihre Eigenart sorgfältig Rücksicht nimmt. Unterricht wird erteilt in Deutsch und Rechnen, für Knaben außerdem in Schlosser-, Tischler-, Buchbinderarbeit und Fachzeichnen, für Mädchen in weiblicher Handarbeit (Stricken, Handnähen, Maschinennähen, Häkeln und Sticken) und Hauswirtschaft (Kochen, Waschen, Plätten usw.). Die Teilnahme an sämtlichen Fächern ist unentgeltlich. Das Schuljahr beginnt am 1. April. Der Unterricht findet in den Nachmittagsstunden statt. Anmeldungen werden täglich von 6-8 Uhr in dem Schulhaus Brunnenstr. 186, 2. Hof, angenommen.

Das verlorene Rehmarkstück. Am letzten Sonntag kommt zu einer Frau G. in Niederschöndorfen ein alter Bettler und bittet um ein Stück Brot. Frau G., die den Bettlern nicht recht grün ist, pflegt diesen sonst niemals etwas zu geben. Heute jedoch hat sie so etwas wie Mitleidsgefühl mit dem alten Mann und dieser bekommt — einen blauen Pfennig! Noch einiger Zeit bemerkt die Geberin, daß sie dem Bettler statt eines Pfennigs ein Rehmarkstück gegeben hat. Nun wurden die Nachbarn und das Portier-Gepaar mobil gemacht und vier Frauen, ein Mann und diverse Kinder begeben sich auf die Bettlerjagd. Ein des Weges kommender alter Mann wird als der Rehmark-Bettler angehalten. Nach einigen sehr erregten Auseinandersetzungen geht die Suche weiter, bis endlich in der Charlottenstraße der „Richtige“ gefunden wird. Dieser weiß noch gar nicht, weshalb er seinen großen Schatz verloren hat. Erstaunt holt er seine „Sparschnecke“ hervor und unter dieser befindet sich auch das ominöse Rehmarkstück. Woller Freude spendet Frau G. dem Alten für die Rückgabe der 10 Mark ein baren Nidel und zieht beruhigt von dannen. In ihrer Wohnung angekommen, will Frau G. den Ausreißer schleunigst in das sichere Verließ ihres Vertikals einschließen, aber o Schreck — das Rehmarkstück ist verschwunden. Die Frau hatte das Goldstück — kaum wiedergefunden — verloren. Übermüdete Suche unter Aufsicht mehrerer Frauen, der Portierleute usw. und — Frau G. ist ein Sonntagsgeld — das Geld wird auf der Straße gefunden. „Sowie morgen früh die Bäden aufgemacht sind“, so sagt Frau G., „werde ich ihn aber wechseln, denn wer weiß, wo ich ihn sonst morgen abend suchen muß!“

Ein Glendbild. Ein Kampf um das Nachtlager spielte sich gestern auf dem Laubengänge an der Brenzlauer Allee ab. Obdachlose, die vergeblich beim städtischen Obdach angelockt haben, suchen oft Lauben auf, um da zu nächtigen. Gestern hatte nun einer der Glenden ein gutes Lager in einer der Lauben entdeckt, und als er sich niederlegen wollte, erschienen andere Obdachlose und wollten ihn von seinem Ruheplatz herunterjagen. Der Angegriffene verteidigte sich jedoch, und nun entstand um das Nachtlager eine förmliche Schlägerei, bei der viel Blut floß. Dem Angegriffenen wurde das Gesicht übel zugerichtet. Blutüberströmte mußte er schließlich der Hebermacht weichen.

Das Treiben der Pfandloshändler hat in den letzten Wochen einen ganz außergewöhnlichen Umfang angenommen und die Mitglieder dieser ausgebeuteten Kunst scheuen sich nicht, auf offener Straße eine förmliche Börse zu betreiben. Sie vereinigen sich all- täglich vor der städtischen Pfandkammer, wo sie die Scheine austauschen, aber auch gleichzeitig ihre Opfer suchen und wohl auch finden. Erscheint ein Kriminalbeamter auf der Bildfläche, so verschwinden die „Junftgenossen“ teils in die Säle der Pfandkammer, zum Teil in die in der Nähe befindlichen Kaffeehäuser. Von den Anwohnern wird das Treiben um so unangenehmer empfunden, als die Leute meist in dichten Gruppen den Bürgersteig besetzt halten und die Straßenpassanten zwingen, den Fahrdamm aufzusuchen.

Ein Paletotmarder en gros. Nicht weniger als fünfzig Paletotdiebstähle in der Technischen Hochschule sind bis jetzt dem Studenten Georg Kaiser nachgewiesen worden, der vor einigen Tagen auf frischer Tat überführt und festgenommen wurde. A. hat aber nicht nur Paletots gestohlen, sondern auch andere wertvolle Gegenstände sich angeeignet. So kochte er sich aus der Bibliothek Lehrbücher zu verschaffen, aus denen er den Stempel entfernte, um sie dann zu veräußern. Außerdem aber entwanderte K. auch Instrumente, die er ebenso wie die Heberzieher verfertigt hat. Der Verhaftete ist geständig und erklärt sein diebstöliches Treiben damit, daß er nur einen Monatszuschuß von 50 M. bezog und seine Vermittlungen, sich zum Zwecke des Gelderwerbs Schüler zu verschaffen, erfolglos geblieben seien.

Beim Fußballspiel das Auge ausgestochen. Einen bösen Abschluß fand gestern nachmittags das Fußballspiel mehrerer junger Leute auf

dem Gesundbrunnen. Unter den Spielern war es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen, in deren Verlaufe auch Tätlichkeiten ausbrachen. Einer der Spieler stürzte plötzlich über den fünfzehnjährigen Wilhelm Stedelt, Briezener Str. 21 her und verfehlte ihm einen Messerstoß ins rechte Auge. Der Verwundete mußte sofort nach dem Birchow-Krankenhaus gebracht werden. Das Auge konnte jedoch nicht mehr gerettet werden.

Von einem traurigen Geschehnis ist die 42 Jahre alte Näherin Frida Neumann, Karlsruher Straße 5, betroffen worden. Im Laufe weniger Monate verlor die K. beide Eltern und ihre sämtlichen Geschwister. Sie wurde schließlich schwermütig und saß in ihrem Zustand den Entschluß, den Angehörigen in den Tod nachzufolgen. Abends vor dem Schlafengehen öffnete die Lebensmüde den Gashahn im Schlafzimmer und morgens wurde sie entseelt in ihrem Bett aufgefunden. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe übergeführt.

Bergweilungsstot infolge Arbeitslosigkeit. Durch einen Stich in die Brust verstarb gestern der 38jährige Arbeiter Gustav Weber aus der Luchstr. 41 in Rummelsburg das Leben zu nehmen. Infolge andauernder Arbeitslosigkeit waren in der W.schen Familie Nahrungsvorsorgen eingezogen, die von Tag zu Tag stärker wurden. In der Bergweilung griff W. zum Küchenmesser; er brachte sich einen tiefen Stich in die Brust bei und wurde von seiner Frau blutüberströmte aufgefunden. In recht bedenklichem Zustand, der durch starke Blutverluste um so gefährlicher ist, wurde der Lebensmüde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Ein Reger geriet gestern in seiner Wohnung, Auguststraße 70, mit seiner Braut in Streit, im Verlauf dessen er zum Revolver griff. Bevor er jedoch schießen konnte, sprang das Mädchen aus dem Fenster auf den Hof hinab und lief hilferufend auf die Straße und nach der Polizeiwache. Unterdessen schoß sich Müller, so heißt der Schwarze, eine Kugel in die rechte Schläfe. Hausgenossen eilten zu Hilfe, und ein Schuttmann vom 6. Revier ließ den Verwundeten nach dem Krankenhaus bringen.

Vermißt. Der Kellner Jakob Werner, am 23. Juli 1856 in Pernosoma in Ungarn geboren, Baruther Straße 13 wohnhaft gewesen, wird seit dem 26. Februar dieses Jahres vermißt. Er ist mittelgroß, von schlanker Gestalt, hat graumeliertes Haar und Glage, melierten Schnurrbart und blaue Gesichtsfarbe. Bei seinem Fortgang war er helleidet mit schwarzem kurzem Winterüberzieher, schwarzem Jacketanzug, schwarzem steifem Hut, schwarzer Krawatte. Werner war längere Zeit arbeitslos und es ist daher nicht ausgeschlossen, daß er sich aus diesem Grunde das Leben genommen hat. Nachrichten über den Verbleib des Vermißten werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3-8, zwei Treppen, Zimmer 334, zur Tegebuchnummer 950 IV 43 09 entgegengenommen.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr findet die Übungsstunde der 5. Abteilung in Rixdorf, in dem neuen Übungslokal bei Kauffold, Ecke der Erl- und Donaufstraße statt. — Die nächste Übungsstunde der 1. Abteilung findet nicht Montag, sondern Dienstag, den 6. April statt.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht wurde die Feuerwehr abermals zweimal böswilliger Weise alarmiert. Gleich nach Mitternacht nach dem Rathaus in der Alexanderbrunnstraße 110 und nach 1 Uhr nachts nach der Gitschiner Straße 12. In beiden Fällen ist es leider nicht gelungen, den Täter zu ermitteln. Um 2 Uhr nachts brannte in der Willdenowstr. 3 ein Seifengeschäft. Der 16. Zug unter Leitung des Brandinspektors Julius hatte kräftig zu löschen, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Am Weidenweg 35 brannten unter anderem Korbe, Kleider und der Fußboden in einer Wohnung und gleichzeitig Gneisenaustr. 74 der Inhalt eines Hängebodens. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Potsdamer Straße 115a, Französische Straße 49a, Elbinger Straße 34a, Köpenicker Straße 27, Prenslauer Straße 13 und Greifswalder Straße gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Ein blutiges Eifersuchtsdrama

rief vorgestern in der Selchower Str. 2 große Aufregung hervor. Dort verstarb der 22 Jahre alte, aus Salzbrunn gebürtige Gelegenheitsarbeiter Ferdinand Wendle seine 31 Jahre alte Geliebte Marie Barbar, eine frühere Schneberin, die unter Aufsicht der Sittenpolizei steht, zu erschießen. Er verwundete sie schwer, aber nicht lebensgefährlich und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die rechte Schläfe.

Wendle war seit drei Jahren der Geliebten und Beschützer der Barbar. Trozdem trieb er sich auch mit anderen Mädchen umher. Dieser Verkehr führte dazu, daß er vor acht Monaten seine Arbeit in einer Fabrik verlor. Seitdem hatte er keine Beschäftigung mehr und ließ sich von seiner Geliebten ernähren. Vor vierzehn Tagen verließ Wendle heimlich seine Wohnung in der Hermannstraße 230, weil er für zwei Monate die Miete schuldig war. Jetzt hielt er sich fast ständig bei seiner Geliebten auf. Diese erhielt oft Besuch von seinem Freunde, einem 26 Jahre alten Arbeiter Max Frisch, den er selbst vor längerer Zeit mit ihr bekannt gemacht hatte. Vorgestern abend war Frisch seit 7 Uhr wieder in der Wohnung der Barbar. Um 9 1/2 Uhr kam Wendle. Das Mädchen wollte ihn erst nicht einlassen, führte ihn dann aber in die Küche, die der Stube gegenüber liegt. Hier verlangte Wendle, daß sie seinen Freund, der sich in der Stube eingeriegelt hatte, hinausweise. Als sie sich weigerte, gab es wieder Streit. Wölich zog Wendle seinen Revolver, schoß zweimal auf das Mädchen und traf es über dem rechten Auge und am Arm. Während die Getroffene zusammenbrach, richtete Wendle die Waffe gegen sich selbst und schoß sich eine Kugel in die rechte Schläfe.

Frisch rief unterdessen ein Fenster auf und rief nach dem Hof hinaus um Hilfe. Als Hausgenossen hinzulamen, war Wendle bereits tot. Das Mädchen wurde nach dem Krankenhaus an der Cannerstraße gebracht.

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl im 17. Bezirk wurde unser Genosse Gewerkschaftsbeamter Emil Bloth mit 510 Stimmen gewählt. Von gegnerischer Seite hatte sich niemand gefunden, der als Durchfallskandidat fungieren wollte.

Auf Einladung des Oberbürgermeisters Kaiser fand gestern im Rathaus eine Sitzung derjenigen Grundstücksbesitzer statt, welche an der Erbauung eines Bahnhofs am Schnittpunkte der Kaiser-Friedrich-Straße interessiert sind. Der Oberbürgermeister machte Mitteilungen über die bezüglichen Verhandlungen mit dem preussischen Eisenbahnministerium. Dieses bringt der Anlegung neuer Haltestellen auf der Ringbahn wenig Interesse entgegen, da der Personenverkehr nichts einbringen soll. Es verlangt daher auch die Aufbringung der Kosten durch die beteiligten Gemeinden und Interessenten. Als einmalige Kosten für das Projekt kommen zunächst 550 000 M. für die Anlegung des Bahnhofs in Betracht, wozu noch die Grundbesitzerkosten hinzuzurechnen sind. Sodann sollen die Betriebskosten für die ersten fünf Jahre von der Gemeinde getragen werden, und zwar wird für das Halten jedes Zuges 70 Pf. in Anschlag gebracht; macht bei 188 Zügen täglich im Jahre 52 000 M. aus. Hierzu kommen noch 19 200 M. sonstige Betriebs-

unlosen im Jahre. Der Ankauf von 75 Pf. für jeden haltenden Zug involviert einen neuen Grundbesitz des Eisenbahnministeriums. Der Bahnhof soll übrigens nicht am Schnittpunkt der Kaiser-Friedrich-Straße, sondern an der etwa 100 Meter rechts gelegenen Brunsdorfer Straße hinlommen. Der Oberbürgermeister gab der Meinung Ausdruck, daß die anliegenden Grundbesitzer zu den Kosten mit beitragen müßten. Auch die Stadt Berlin läme als Anliegerin von Grundstücken in Frage.

Am allgemeinen erklärten sich die anwesenden Grundbesitzer mit den Ausführungen des Bürgermeisters einverstanden, die Kosten würden aber als außergewöhnlich hoch bezeichnet. Hierin müßte der Eisenbahnminister entgegenkommen zeigen. Es wurde ein Ausschuss von fünf Personen gewählt, der das Recht der Koalition hat und der sich angelegentlich um die Bereitwilligkeit der Grundbesitzer zu Beiträgen zur Verwirklichung des für die Entwicklung Higdors wichtigen Projekts bemühen soll.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit der Vorlage des Magistrats betreffs Uebernahme des Bestattungswesens in städtische Regie. Die Vorlage war von einem Ausschuss geprüft worden. Die sozialdemokratischen Anträge auf Einführung der völligen Unentgeltlichkeit und Abschaffung des Klassenstems sind in dem Ausschuss gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt worden. Der Berichterstatter des Ausschusses empfahl daher, der Vorlage des Magistrats mit einigen unwesentlichen Änderungen zuzustimmen. Stadtv. Hoffmann (Soz.) legte nochmals in kurzen Worten den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dar, die Mehrheit schloß sich jedoch den vorgebrachten Gründen nicht an, sondern stimmte den Anträgen des Ausschusses zu. Die Beratung des Vertrages mit einem Fuhrunternehmer wurde zurückgestellt.

Sodann nahm die Versammlung den Bericht des Ausschusses entgegen, der sich mit der Prüfung der Angelegenheit betr. unrentmähigen Abfahrrens von Sand vom Hauptplatz der Untergrundbahn zu beschäftigen hatte. Bekanntlich war die Abschaffung des sogenannten Mühlenerges einem Unternehmer gegen Bezahlung übertragen worden; derselbe hatte nun ohne irgend welche Denkschriftung der städtischen Verwaltung einen Teil des abgefahrenen Sandes auf seine Rechnung verkauft. Der Berichterstatter des Ausschusses erklärte, daß die Schuld hieran nicht dem Unternehmer treffe, sondern den Bauaufseher, in dessen Taschen die vereinnahmten Gelder geflossen sind. Immerhin ist aber der Unternehmer der Stadt gegenüber verantwortlich, daher empfehle der Ausschuss, vom Unternehmer für 288 nachgewiesene Kubikmeter Sand den Betrag von 665 M. zurückzufordern. Diefem Antrage des Ausschusses stimmte die Versammlung zu.

Ein Antrag des Magistrats, die Deputation zur Errichtung von Volkshausbädern aufzulösen und die Angelegenheit der Wohlfahrtsdeputation zu übertragen, wurde angenommen.

Ohne Debatte zugestimmt wurde auch der Vorlage des Magistrats: den Betrieb des Kinder-Erholungsheims in Goldbigum auf der Insel Bär dem Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose zu übertragen und zwar unter den folgenden Bedingungen: Der Verein beteiligt sich an den Kosten der inneren Einrichtung mit rund 30 000 M. und verpflichtet sich, die Verwaltung und Verpflegung nach den in den bekannten Seehospizen üblichen Grundfähn einzurichten; der Stadt wird das Recht der Kontrolle eingeräumt, sowie das Recht auf jederzeitige Uebernahme des Betriebes und der inneren Einrichtungen der Anstalt ohne Entschädigung an den Verein. Der tägliche Verpflegungssatz einschließlich der Kosten der Fahrt wird auf 2,50 M. pro Kind festgesetzt.

Der Mietung von Räumen für die im Berliner Ortsteil zu errichtende Volksbibliothek wird nach den Vorschlägen des Magistrats zugestimmt. Da es sich um Mietung von Räumen in dem Hause eines Stadtverordneten der liberalen Fraktion handelte, so gab die Angelegenheit Veranlassung zu langen, zum Teil auch persönlichen Auseinandersetzungen.

Angenommen wird auch die Vorlage des Magistrats betr. Bewilligung von 187 000 M. zur Errichtung der nötigen Laubhütten auf dem Kieselberge zum Betriebe einer eigenen Milchwirtschaft, nachdem ein Antrag des Stadtv. Salinger (lib. Fr.), von der Angelegenheit wegen seiner Unrentabilität Abstand zu nehmen, abgelehnt war.

Die Vereinigung der Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsvereinigungen in Schöneberg hat ihr Bureau nach dem Hause Apostel-Paulus-Straße 6, part. verlegt. Späherstunden finden täglich außer Sonnabends von 11—1 Uhr statt.

Zeitungsliedte in Schöneberg. Die Deutsche Niessgesellschaft, Berlin, hebt im Bezirk, ihren Zeitungs- und Zeitungsvertrieb auf Schöneberg auszuwehnen. In kürzester Zeit werden sich seine Pavillons am Kollendorf, Viktoria Luise-, Winterfeldt- und Kaiser Wilhelmplatz sowie an der Kreuzung der Hohenstaufen- und Martin Lutherstraße erheben. In weiterer Folge sind für die Verkaufsstellen die Eden der Brunnenwald- und Agazienstraße, der Wapensche Platz und der Platz R in Aussicht genommen, wo der Brachbau des neuen Rathauses geplant ist. Die aus Stein und Eisen aufzuführenden Pavillons, deren Entwürfe dem Magistrat zur Genehmigung vorgelegen sind, werden sich überall dem architektonischen Straßenbild anpassen und zu seiner Verschönerung beitragen. Sie werden eine Normalhöhe und eine abgeordnete Telephonhöhe enthalten und neben dem Zeitungsverkauf durch Abgabe von Briefmarken, Paketadressen, Postanweisungen und Telegrammformularen der Verkehrsvermittlung dienen. Auch wirtschaftliche und soziale Interessen sind bei dem Abkommen dadurch gewahrt, daß dem Magistrat ein gewisses Aufsichtsrecht über Anstellungen und Lohnverhältnisse zusteht und der spezifisch buchhändlerische Vertrieb, um den Ansehen eines Privilegs zu vermeiden, ausgeschlossen wird. Besonders dankenswert ist ein Passus des Vertrages, der den Unternehmer verpflichtet, die sogenannte Schundliteratur nicht zum Verkauf feilzubalten.

Treptow-Baumfchulentweg.

Aus der Gemeindevertretung. Die von der Demokratischen Vereinigung eingereichte Petition: „Bei Vergeltung von Lieferungen und Arbeiten für die Gemeinde nur solche Lieferanten und Unternehmer zu berücksichtigen, welche ihren Angestellten und Arbeitern volle Koalitionsfreiheit gewähren“, ist von der Petitionskommission abgelehnt worden. Desgleichen der größte Teil der hierzu gestellten Anträge des Genossen Gramenz, welcher Mitglied dieser Kommission ist. Nach der Geschäftsordnung gilt die Petition als abgelehnt, wenn nicht mindestens drei Mitglieder der Vertretung die Verhandlung derselben beantragen. Da Genosse Gerlich anderer Parteien halber an den Verhandlungen nicht teilnehmen konnte und unsere beiden anderen Genossen bei den bürgerlichen Vertretern keine Unterstützung fanden, erklärte sich die Vertretung mit der Ablehnung einverstanden. Hierzu bemerkte Genosse Gramenz, daß die Anträge in nächster Zeit formgerecht zur Verhandlung gestellt werden würden.

Ein Antrag des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes, ein Gewerbe- und Kaufmannsgericht einzurichten, wurde abgelehnt, weil bei der letzten Volkszählung noch keine 20 000 Einwohner vorhanden waren, es auch jetzt an geeigneten Räumlichkeiten fehle. Am 1. April 1911 sollen jedoch die Gerichte in Kraft treten. — Die Pflichtfortbildungsschule und das Gymnasium sind von der Aufsichtsbekörde genehmigt. Erhiere wird am 19. und letzteres am 20. April dieses Jahres eröffnet werden. — Ueber die Eröffnung der Volksschule im Ortsteil Treptow, wozu nur drei Kinder gemeldet sind, entspann sich ein keines Wortgespräch. Genosse Karow vertrat unseren Standpunkt, die Volksschulen zu verbessern, und beantragte, die Volksschule nicht zu eröffnen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. An das der Kirchengemeinde auf Kosten der Steuerzahler geschenkte Gelände zum Bau einer Kirche in Baumfchulentweg wurde feinerzeit die Bedingung geknüpft, daß die Kirchengemeinde für die Zukunft keinerlei derartige Ansprüche erheben dürfe. Hierauf ist das Konsistorium nicht eingegangen, es will diese Bedingung zur

für einen Bezirk, in welchem das geschenkte Gelände liegt, erfüllen. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß die Kirchenfürsorge überhaupt keine Ansprüche erheben könne, sie beantragte, die Schenkung wieder zurückzugeben. Auch dürften für die Zukunft keinerlei derartige Zuwendungen aus Gemeindemitteln gemacht werden. Das gestel natürlich den Bürgerlichen nicht; sie vertieten, daß auch für den Ortsteil Treptow der Bau einer Kirche geplant sei. Herr Obergeringier Proßels meinte sogar, die Sozialdemokraten müssen schon damit einverstanden sein, wenn aus Gemeindemitteln etwas für die Kirche getan wird, denn es könnte ja auch Leute geben, die gegen die Volksschule sind. Der Antrag, die Schenkung zurückzugeben, wurde abgelehnt, dagegen die gestellte Bedingung des Konsistoriums angenommen. Hierauf wurde die Aufstellung von vier Straßentrümmern mit Anfschluß an die Wasserleitung beschlossen. Die Brunnen sollen zugleich mit der Vorkichtung versehen sein, daß die Schläuche der Feuerweh angehängt werden können. — Die Legung der Regenrohrlleitung und die Pflasterung des westlichen Bürgersteiges in der Köpenicker Landstraße wurde genehmigt. — Die Uebernahme von Kreischauffeurstellen in das Eigentum der Gemeinde wurde auf Antrag des Genossen Gramenz einer Kommission, in welche auch Genosse Karow gewählt wurde, überwiesen. — Den durch Hochwasser Geschädigten wurde eine Unterstützung von 100 M. überwiesen.

Köpenick.

In der Stadtverordnetenversammlung gab der Vorsteher zunächst bekannt, daß der in der letzten Sitzung zum Stadtrat gewählte Stadtv. Gilow dieses Amt nicht angenommen hat. Eine Neuwahl ist auf den 16. April angesetzt. Der Bezirksverein der Dammvorstadt ersucht in einer Eingabe, den Neubau der Realschule zum 1. April 1910 und nicht, wie beabsichtigt, für 1911 fertig zu stellen. Begründet wird dieses unter anderem auch mit dem schlechten Arbeitsmarkt. Die Eingabe wird dem Magistrat zur Erledigung überwiesen. Dem Bericht der städtischen Sparkasse für 1908, die damit das 6. Geschäftsjahr vollendet hat, ist zu entnehmen, daß sich der Geschäftserfolg trotz der wirtschaftlichen Lage gehoben hat. An Spargeldern gingen im Rechnungsjahr 314 246,37 M. ein, abgehoben wurden 220 078 M. Infolge einer Kurssteigerung wurde ein Reingewinn von 6000 M. erzielt. Ohne Debatte wurde der Abschluß genehmigt. Zum Schiedsmann für den 3. Bezirk wurde Herr Burmann gewählt. Bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch ausgesprochen, die Bezüge in allen Vorstädten zu teilen, da auf die Schiedsmänner in einzelnen Fällen schon jetzt bis zu 180 Sachen kommen. Vom Magistrat wurden hierauf die Bestimmungen für den Arbeiterausfchuss für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter vorgelegt. In betracht kommen: Gaswerk, Straßenbahn, Elektrizität, Kanalisations- und Wasserwerk, Straßenbau und Verschönerungskommission. Bezüglich des Einwandes, ob es zulässig sei, Abänderungsanträge zu stellen, bemerkte Bürgermeister Dr. Rongerhans, daß es Aufgabe des Magistrats sei, die näheren Bestimmungen für den Ausschuss zu erlassen. Der Magistrat habe jedoch den Entwurf der Versammlung vorgelegt, um etwaige Wünsche und Abänderungsanträge zu hören. Stadtv. Jakob (lib.) beantragte die en bloc-Aknahme des Entwurfs (dem Herrn Speint der Entwurf zu weit zu gehen; in seinem Bereiche könnte die Einführung eines Arbeiterausfchusses eine wahre Wohltat sein. D. S.) Stadtv. Herbst (Soz.) ersucht um Ablehnung dieses Antrages, dem auch die Versammlung beitrifft. Zu § 2 beantragt Stadtv. Herbst (Soz.) den Satz: „Beschwerden über Vorgefetzte gehören nicht vor den Arbeiterausfchuss“ zu streichen. Zur Begründung weist Redner darauf hin, daß auch in anderen Betrieben, wo Arbeiterausfchüsse bestehen, diese Bestimmungen nicht enthalten sind. Auf eine Bemerkung des Stadtv. Koad (L. S.), daß doch nicht jeder Arbeiter das Recht haben könnte, beim Ausfchuss sich über seinen Vorgesetzten zu beschweren, erwidert Stadtv. Herbst, dieses sei dahin zu verstehen, daß der Gesamtheit der Arbeiter eines Werks dieses Recht zuzufehen sollte. Nach einer dreimaligen Abstimmung wurde der Antrag mit 17 gegen 17 Stimmen, wobei die Stimme des Vorsitzenden des Ausschuss lag, angenommen. Zu § 4 lautet der Magistratsentwurf: „Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, die großjährig, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte und mindestens ein Jahr ununterbrochen bei demselben städtischen Betrieb beschäftigt sind. Wählbar sind diejenigen Arbeiter, welche das 30. Lebensjahr überschritten haben usw. — und mindestens 3 Monate bei dem nämlichen städtischen Betrieb beschäftigt sind.“ Stadtv. Herbst (Soz.) beantragte: „Wahlberechtigt sind alle großjährigen beschäftigten Arbeiter, desgleichen wählbar, wer das 20. Lebensjahr vollendet und ein Jahr im Betriebe beschäftigt ist. Genosse Herbst führte aus, wenn man zum Reichstage mit 25 Jahren wahlberechtigt ist, so verhebe er nicht, wie man hier mit dem 30. Jahr kommen kann. Auch die Zeit von 2 Jahren der Tätigkeit sei entschieden zu hoch. Bezüglich der Wahlberechtigung ersuchte er ebenfalls um Annahme seines Antrages. Stadtv. Dr. Schulze (L. S.) rufte: „Dann sind also sämtliche Arbeiter Köpenicks wahlberechtigt! Gelächter bei den Sozialdemokraten.“ Stadtv. Wolf (Soz.): „Für wen ist denn der Arbeiterausfchuss? Bei der Abstimmung wird der Antrag Herbst: Herabsetzung des Wahlalters von 30 auf 25 Jahr, mit derselben Majorität wie bei der ersten Abstimmung angenommen. Die Mehrzahl der Herren der liberalen Fraktion stimmten in echt liberaler Weise wie immer gegen ihre eigenen Grundfäh. Mit unseren Genossen stimmten die Stadtv. Lucht, Meves, Bleslow und Köhred. Auch die übrigen Anträge des Genossen Herbst gelangten zur Annahme. Zu § 7, betreffend Entlassung, beantragte Stadtv. Herbst, daß Mitglieder des Ausschusses nur mit Genehmigung der zuständigen Kommission entlassen werden können. Er bezeichnete diesen Antrag als einen der wichtigsten, indem durch Annahme desselben dem Kaufmann der Räden gesteift werde. Nach der jetzigen Sachlage sei zu befürchten, daß Vorgesetzte, die sich durch Ausführungen eines Mitgliedes herabgesetzt fühlen, diesen einfach entlassen. Von den Bürgerlichen ergriff niemand das Wort; der Antrag wurde abgelehnt. Mit unseren Genossen stimmten nur die Stadtv. Lucht und Bleslow. Ein weiterer Antrag Herbst, daß der Ausfchuss mindestens vierjährlich einmal zusammenzutreten muß, anstatt wie vorgefchen halbjährlich, wird angenommen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung enthielten kleinere Vorlagen.

Teltow.

Mit der Festsetzung des Stadthausalters für 1909 beschäftigte sich neben anderen Dingen die letzte Stadtverordnetenversammlung. Die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben balanzieren auf 204 910 Mark, die der Betriebsverwaltung auf 9600 M. An Steuern sollen erhoben werden, soweit nicht durch andere Einnahmen Deckung vorhanden ist: 150 Proz. Gemeindesteuer von 240 M. aufwärts; der Zuschlag zur Gewerbesteuer beträgt 250 Proz. für die beiden ersten und 180 Proz. für die 3. und 4. Klasse. An Grund- und Gebäudesteuer gelangen zur Erhebung 2 1/2 Proz. des gemeinen Wertes der bebauten und 4 Proz. der unbebauten Grundstücke. Außerdem sollen erhoben werden 3,37 Proz. von denjenigen unbebauten Grundstücken bis 10 Hektar Fläche, welche vom Eigentümer selbst bewirtschaftet wird. Die Konalitionsgebühren werden auf 6 Proz. des Gebäudesteuerwertes der angeschlossenen Gebäude festgesetzt. Der Magistrat hatte beschlossen, dem § 3 des Ortstatuts des Feuerlöschdienstes folgenden Zusatz zu geben: „Vertretung der Magistratsmitglieder und Stadtverordneten sowie derjenigen Personen von der Dienstpflicht, welche jährlich einen Mindestbeitrag von 3 M. für das Feuerlöschwesen an die Rammereikasse zahlen.“ Dieser Passus wurde von unseren Genossen energisch bekämpft, worauf die Versammlung denselben auch ablehnte.

Oris.

Mit dem Haushaltungsplan 1909 beschäftigte sich die letzte Sitzung der Gemeindevertretung. Nach einem Bericht des Gemeindevorstehers sind im verfloffenen Rechnungsjahr wohl die direkten Steuern nach der Höhe des Voranschlages eingegangen, nicht aber die indirekten. So waren z. B. die Umsatzsteuer mit 35 000 M. veranschlagt, dieselbe habe aber obige Höhe nicht erreicht. Auch für Straßenunterhaltung und Schulen wurden die angelegten Summen erheblich überschritten. Unter diesen Umständen ist an eine Herab-

setzung der Zuschläge nicht zu denken. Es beträgt der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer 120 Proz., Gewerbesteuer für Klasse 3 und 4 180 Proz. und für Klasse 1 und 2 220 Proz. Die schlechte Finanzlage gestattet auch nicht, die Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter aufzubessern. Beim Titel Kirchhofverwaltung verlangte Genosse Kising, daß die Gemeinde Grabstellen nur zum Selbstkostenpreis abgeben solle, denn die Gemeindeangehörigen, welche in die traurige Lage kämen, eine Grabstelle erwerben zu müssen, seien ohnehin durch die Beeridigung schwer genug belastet; die Gemeinde dürfe aus dem Anstand anderer keinen Gewinn erzielen. Der Gemeindevorsteher stellte in Aussicht, daß er eine neue Kirchhofordnung ausarbeiten lassen und diese der Gemeindevertretung vorlegen wolle. Eine längere und lebhaftere Debatte entspann sich über die Müllabfuhr. Der Vorschlag des Genossen Kising, daß die Gemeinde die Müllabfuhr in eigene Regie übernehmen müsse, rief bei den Bürgerlichen großen Widerstand hervor. Sie meinten, wenn die Gemeinde alles in eigene Regie übernehme, bliebe ja für die Privatunternehmer nichts mehr übrig. Der Gemeindevorsteher bemerkte, daß die Grundbesitzer sich wohl daran gewöhnen werden müssen, daß das Müll, wie es in Tempelhof auch geschieht, nach dem Uriger Bahnhof gebracht und nach außerhalb befördert wird. Noch seien auf dem Uriger Gelände Gruben und Löcher vorhanden, die ausgefüllt werden können, er gebe aber zu bedenken, daß ein Teil dieser Gruben zu Baugrund verwendet werden solle. Wenig Gegenliebe fand auch Genosse Kising, als er für die Einführung der Wertzuwachssteuer plädierte. Der Gemeindevorsteher ist deshalb gegen diese Steuer, weil sie den Verkauf von Grundstücken in Ort ganz erheblich erschweren würde, zumal auch die Kaufbarorie eine Wertzuwachssteuer nicht eingeführt haben. Weiter regte Genosse Kising die Einstellung eines Vertrages zur Errichtung eines Kinderheims an. Von den Bürgerlichen wurde ihm erwidert, daß man in der Kommission beschließen hätte, in diesem Jahre davon Abstand zu nehmen. Der Gemeindevorsteher ist der Meinung, daß die Angelegenheit dem Ausschuss noch einmal vorgelegt werden könne. Er interessierte sich sehr dafür. Die dazu nötige Summe sei jederzeit vorhanden. Der Gesamtetat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1438 000 Mark ab. Im weiteren Verlauf der Sitzung erteilt die Gemeindevertretung dem Gemeindevorsteher die Ermächtigung, zwecks Ankauf von Grundstücken eine Anleihe von 248 000 M. zu 4 Prozent Zinsen sowie 1/2 Prozent Abschlaggebühren bei der Preussisch-Bessischen Eisenbahnkonfessionskasse aufzunehmen. Die Gemeinde Ort hat am 1. April 32 Morgen großes Grundstück an der Grodenstraße zu dem günstigen Preise von 20 000 M. pro Morgen angekauft. Wie verlautet, will die Große Berliner Straßenbahngesellschaft einen Teil dieses Grundstückes zur Errichtung eines Straßenbahnhofs benutzen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zur Weiterlegung der Wasserleitungsarbeiten in der Parufser Straße bis zu den Gärtneren soll eine Anleihe von 5000 M. von der Versicherungsanstalt Brandenburg mit 4 Proz. Verzinsung und 1 1/2 Proz. Amortisation aufgenommen werden. Die bisherige Pächterin, Frau Wolter, erklärt sich bereit, den Marktstand auf drei Jahre wieder zu pachten, bittet jedoch, da der Besuch der letzten Märkte gegen früher erheblich nachgelassen hat, um Ermäßigung des Pachtbetrages von 880 auf 760 M. Der Magistrat wie die Stadtverordnetenversammlung setzte den Pachtzins auf 780 M. fest. Genosse Schönske brachte alsdann Beschwerden gegen den Kreditrat zum letzten Viehmarkt zur Sprache, der seinen Dienst völlig vernachlässigt habe. Der Bürgermeister gab infolge eigener Beobachtungen dem Redner vollständig recht und machte die Mitteilung, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Vorkührung des Viehs an den Markttagen an der Mühlens- oder Lindenstraße aufgehoben werden soll. Das Ebelische Feld soll mit den feineren angekauften Grundstücken zu einer Parkanlage umgestaltet werden. Die Gesamtkosten sollen 8400 M. betragen. Nach langer, erregter Debatte, in welcher die Meinungen weit auseinander gingen, wurde die Beschlußfassung vertagt. Die über zehn Jahre währende Klage-sache der Gesehnen Geheute gegen die Stadtgemeinde ist zugunsten der Stadt entschieden.

Nowawes.

In der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrates gab Genosse Wend den Jahresbericht vom Auskunfts-Bureau. Demnach haben 131 Personen den Auskunftsabend besucht. Die Zahl der Auskünfte betrug 145. Diese verteilen sich folgendermaßen: Arbeiterversicherung 94, Arbeits- und Dienstvertrag 18, Bürgerliches Recht 22, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 11 und Strafrecht 6. Außerdem wurden 88 Schriftsätze angefertigt. Vertretungen waren beim Reichsversicherungsamt 22 und beim Schiedsgericht 10 notwendig. Es sind in fast allen Fällen die Auskunftsbesucher zu ihrem Recht gekommen. Auskunftsabende fanden jeden ersten und dritten Dienstag im Monat beim Genossen A. Gruhl, Pfisterstraße, statt. Hierauf wurde die Erhöhung des Kartellbeitrages von 5 auf 10 Pf. von den Delegierten mit 23 gegen 8 Stimmen angenommen. Am 24. April findet ein Kunstabend statt, worauf schon jetzt die Genossen hingewiesen werden.

Eine von den Vorständen der hiesigen Gewerkschaften stattgehabte Besprechung am Sonntag nahm Stellung zur Frage der Jugendorganisation. Nach einem Referat des Genossen Masche-Verlin wurde eine Resolution angenommen, nach welcher die Versammlungen die Notwendigkeit der Jugendorganisation anerkennen und für die Aufbringung der erforderlichen Mittel hierfür in ihren Gewerkschaften eintreten wollen. Die erste Jugendversammlung findet heute Mittwochabend im Lokal von Singer statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Correktur findet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dreiter Eingang, vier Treppen, am Freitag 10 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Correktur um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Couche und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bei der Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Raten trage man in der Correktur vor.

Richter, J. R. 82. Verlangen Sie Rückzahlung der einbehaltenen Beiträge. — W. N. 28. 1. Ausfchussliche Darstellung über die Steuerabgabe enthält der Artikel des „Bormaris“ im letzten Sonntagblatt. 2. Wenn Ihre Mutter erwerbsunfähig ist, hat sie einen Anspruch auf Invalidenrente, weil mehr als 200 Mark für sie gestellt sind. — G. W. 14. Eine gesetzliche Bestimmung, die die Arbeitszeit in Ihrem Werk beschränkt, befreit leider nicht. — J. W. 36. Die Herausgabe der Ration können Sie eventuell im Wege der Klage verlangen.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 29. 3.		am 30. 3.	
	cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾
Wemel, Mühl	316 ⁴⁾	+50	316 ⁴⁾	+50
Wemel, Unterburg	274 ⁴⁾	+14	274 ⁴⁾	+14
Wemel, Thon	580 ⁴⁾	-22	580 ⁴⁾	-22
Oder, Rathow	430	-29	430	-29
• Krossen	434	+29	434	+29
• Frankfurt	417	+90	417	+90
Wartje, Schimm	376	+24	376	+24
• Landsberg	172	+21	172	+21
Rege, Borsdamm	169	+6	169	+6
Gide, Reimert	250	-45	250	-45
• Dresden	298	+1	298	+1
• Barch	460	+1	460	+1
• Ragsburg	410	-4	410	-4
Wasserstand	am 29. 3.		am 30. 3.	
Saale, Großh	800		800	
Habel, Spandau ²⁾	114		114	
Havel, Potsdam ²⁾	120		120	
Spree, Spremberg ²⁾	95		95	
Bestow	182		182	
Weser, Mühl	98		98	
Weser, Mühl	901		901	
Weser, Mühl	412		412	
• Rahn	259		259	
• Rahn	374		374	
• Rahn	125		125	
• Rahn, Weidbrom	283		283	
• Rahn, Weidbrom	283		283	
• Rahn, Weidbrom	219		219	

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Niedr. — ²⁾ Unterpost. — ³⁾ Gistand. — ⁴⁾ oberhalb Gistand. ⁵⁾ fast eisfrei, am 29. um 12 Uhr mittags Wasserstand 568 cm.
Nach telegraphischen Meldungen von heute war die Weichsel bei Thorn morgens schon auf 520 cm gefallen. Die Elbe hatte heute morgen bei Dresden 145, bei Barby 453 cm Wasserstand und fällt an beiden Stellen weiter.

Emil Richter
Eise Richter
geb. Rupprecht
Vermählte.
Berlin, den 27. März 1909.

Auf diesem Wege unserem
Genossen und Kollegen
Wilhelm Jöchel
nebst Frau
zu ihrem heutigen 217/4
25jähr. Ehejubiläum
die herzlichsten Glückwünsche!
Der Vorstand
des soziald. Wahlvereins des
4. Berl. Reichstagswahlkreises

Unserem Abteilungsleiter!
Wir alle, die zu Deinen
Freunden zählen,
Wir rufen's zu den Rausch-
lichen Wärmestunden
Und gratulieren hier von dieser
Stelle 228/6
Dir, **Julius Wasser**, kein
spät — aber beste,
Du mögest lang noch die W-
teilung lenken
Und beim Geburtstag immer
an uns denken.
Die Freunde aus der 1. Ab-
teilung des so allgemein be-
liebten 5. Kreises.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Alt-Glienicke.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß der Gastwirt,
Genosse
Karl Witte
Röpenicker Straße 6
am Montag, den 29. März, ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 1. April, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause
aus statt. 202/9
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-
Radfahrer - Verein
„Vorwärts“
Alt-Glienicke.
(Mitgl. des Arbeiter-Radfahrer-
bundes „Solidarität“).
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß unser Genosse
Karl Witte
am Montag, den 29. März 1909
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 1. April, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauer-
hause Röpenickerstraße 6 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
10/9 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Reinickendorf-West.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Schlichter-
meister
Richard Tschirner
Berliner Straße 104,
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 31. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Rathhauses,
Dumboldstraße, aus statt. 238/9

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Hermann Seifert
am 28. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Rufschiedungs-Rathhauses in
Weihensee aus statt.
81/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß die Beerdigung des Kollegen
Vinzenz Neumann
nicht am 24. Uhr, sondern am
25. Uhr auf dem Zentral-Fried-
hofe in Friedrichsfelde stattfindet.
114/11 Die Ortsverwaltung

Todes-Anzeige.
Samstag, nachmittags 3 Uhr,
findet im Alter von 68 Jahren,
der Arbeiter,
Ernst Salomon.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von
der Halle des neuen Rigdorfer
Rathhauses am Mariendorfer Weg
aus statt. 15155
Witwe **Charlotte Salomon.**

Todes-Anzeige.
Am 28. März verschied nach
kurzem, schwerem Leiden mein
lieber Mann, Bruder, Schwager
und Onkel, der Maurer
Karl Goltz
im Alter von 63 Jahren.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 31. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Simon-Rathhauses,
Mariendorfer Weg, aus statt.
Die trauernde Witwe
Frau Louisa Goltz geb. Lieblich,
Heinrich Goltz
nebst Hulda Goltz geb. Poger.

Dauftagung.
Für die herzliche Teilnahme und
schöne Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes sage
ich allen Verwandten und Bekannten,
insbesondere allen Kollegen und Partei-
genossen meinen herzlichsten Dank.
Witwe Anna Wachter
nebst Kindern.
6852

Dauftagung.
Für die herzliche Teilnahme und
schönen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes,
Bruders und Schwagers sage die
Unterszeichneten insbesondere dem
Herrn Direktor Knoblauch, den
Lehrern und Arbeitern des Höl-
mischen Schauspiels, dem Vorstand
der Brauereiarbeiter und dem Ver-
band der Musikanten den innigsten
Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen,
Klara Hagedorn geb. Kulich
nebst Kindern.

Billigste Bezugsquelle
gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

J. Baer
Baustr. 26 Ecke
Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Einsegnungs-Anzüge
und Paletots. Großes
Lager in- und ausländ-
ischer Stoffe zur Anfertigung n. Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Goldblondchen
alkoholfreies Erfrischungsgetränk.
Fernor empfehlen wir unser vorzügliches
Caramel-Malzbier | ff. Lager-Biere
ERNST KRÜGER G. M. b. H.
BERLIN NO., Höchstestr. 28.

Möbel
ich bitte soliden Leuten
delegant, sich reelle Möbel
auch auf Teilzahlung
ohne Uebervorteilung anzuschaffen, da nur
eine minimale Zinsvergütung zum Kasso-
preis hinzugerechnet wird.
Siegmund Misch
Dresdenerstr. 16 (Hochbahn
Cottb. Tor)


Hüte Spezialhut 3.- u.
Haarhüte v. 5.50 an.
Schirme Regenschirme,
Sonnenschirme
größte Auswahl
von 1.50 an.
Krawatten täglich
Eingang
von
Neuheiten
Wäsche Oberhemden
Kragen, Rant-
schellen, Servet-
tücher in bester
Qualität
Handschuhe für
Herren
und
Damen
Gottmann
Frankfurter Allee 118a.
Große Frankfurter Str. 130.
Frankfurter Allee 162.
Landsberger Straße 73.
5% Rabatt
erhält jeder Käufer
bei Vorzeigen dieser
Anzeige! 6832

29
Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
Berlin
Baustr. 29
Hau-Eingang.
Drahtadresse: Gardinenhaus.
Gardinen, Stores,
Lüftbetteden, Rouleaux
Portieren etc.
Groß und Detail.
Reise
u. Reiseunter-
weit unter Preis.
 Haltbarkeit garantiert.
Feste Preise.
Umlauf gestaffelt.
Apparat für Selbstbedienung.

Ein neuer
Salamander
Badstr. 20.
erlaubt sich Ihnen vorzustellen
Salamander-Stiefel werden aus den
besten Rohstoffen hergestellt, sind
von tadelloser Arbeit und entspre-
chen der neuesten Mode.
Salamander-Stiefel kommen zum
Einheitspreis von M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50
für Damen u. Herren zum Verkauf
fordern Sie Musterbuch V
Salamander Schölg. Berlin
m. b. H. Berlin
W 8 Friedrichstr. 182
S.W. Friedrichstr. 221 C. Königstr. 47
C. Rosenthaler Tvor W. Potsdamerstr. 5
N.W. Wilanackerstr. N. W. Tauenzienstr. 15
Ecke Turmatr. 9 N. Badstr. 20.

Wanzen
tötet unschädlich mit West
Reichels vorverpacktes Wanzenpulver
fl. 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, Literfl. 5.-
Wird sofort wirksam, nicht feuergefährlich.
Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung
Schwaben
vernichtet mit West rabital u. sicher
Reichels Spezial-Schwabepulver
Poudre-Martin. Dose 50 Pf. 1.-, 2.-,
3.-, 4.-, Sprühpumpe von 50 Pf. an.
Einzig echt u. garantiert wirk-
sam nur i Original-
packungen **Lob u. Tadel**
in den Drogerien und bei **Otto**
Reichel, Berlin, Glienckebaustr. 4.
Fernspr. -Rufschlüssel IV 4751, 4752, 4753.

Möbel
Polsterwaren, komplette
Wohnungs- u. Küchen-Ein-
richtungen, Herren- und
Damen-Garderobe, Leib- und
Bettwäsche, Betten, Stepp-
decken, Teppiche, Portieren,
Gardinen, Bilder, Uhren,
Gas- und Petroleum-Kronen,
Sport- und Kinderwagen
auf Kredit
an jedermann eventl.
Ohne Anzahlung
bei
kleinster Abzahlung
Möbel- u. Waren-Kredit-Inaus
S. Dorn
Alte Schönhauser Str. 3
am Tor.

Möbelfabrik
Julius Apelt, Tischler-Meister
jetzt: **Adalbertstraße No. 6** Hochbahnhof
Kottbuser Tor
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: stehen zur Ansicht
bis zu den elegantesten
zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000-Meter umfassenden Geschäftsräumen.
Zurückgesetzte Möbel, auch einzelne Stücke, werden bedeutend billiger ausverkauft.

Sehen-staunen und nicht zögern, um die bedeutenden
Vorteile, die sich jetzt in
Westmanns Konfektionshaus
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115
kein Eckhaus, 2. Haus von
der Jerusalemstraße,
kein Eckhaus, 2. Haus von
der Androssstraße,
kurz vor dem Osterfeste bieten, vollständig auszumachen!
im Preise sind teilweise
die nach tausenden
sühlenden
Ueber die Hälfte
Bestände der diesjährigen Frühjahrs- und Sommersaison!
Hochmoderne Fassons! Gediegene Arbeit! Neueste Stoffe!
Reisemuster!! **Originalmodelle!!! Kopien!!!**
in jedem gewünschten Größenverhältnis.
Kostüme! Kleider! Röcke! Blusen! Mäntel! Jacketts!
Kimonos! Capes! Kinderkonfektion!
Wert bis M. 18 bis M. 20 bis M. 35 bis M. 50 bis M. 70 bis M. 100 usw. bis M. 500
jetzt nur noch M. 8 M. 9 M. 15 M. 20 M. 30 M. 45 " " " 200
Das Neueste finden
Sie bei Westmann!
bei einem Einkauf schon
von M. 20.- an!
Vormittags gratis an ein elegantes Reisecape



JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

sind das Ergebnis langjähriger Bemühungen, die bezweckten, Cigaretten herzustellen, die alle guten Eigenschaften des besten türkischen Tabaks voll zur Geltung bringen und trotz Verwendung erstklassiger Rohstoffe dem Raucher doch zu einem aussergewöhnlich billigen Preis angeboten werden können. Dies Resultat ist bei Josetti-Junocigaretten vollkommen erreicht worden, denn sie werden weder in Qualität noch im Preis von irgend einer anderen Marke übertroffen.

Josetti-Junocigaretten m. u. o. Mundstück
10 Stk. 20 Pf.

Joseff Cigarettes · Joseff Cigarettes

Unser neues Credit-System



Die neue Idee!:

der **Credit** nicht nach Schema, sondern nach den Verhältnissen des Käufers, eine **Sensation für Berlin**

Beim Einkauf von Waren aller Art der **Möbel-Confection** Damen-, Herren- und Kinder-Branchen überzeugen Sie sich bitte „ohne Kaufzwang“ von den Vorteilen, die wir Ihnen bieten.

KAUFHAUS „UNIVERSUM“
Julius Ittmann G. m. b. H.
Linkstrasse 2
an der Potsdamerstrasse.

Geestl. gesch.

ALLE TAGE ANDERS

Grösstes Haus am Nettelbeck-Platz

Pank-, Gerichts- u. Reinikendorfer Strassen-Ecke

Komm' her! Sieh Dir mein **Möbiliar** für meine neue Wohnung an! Meinest Du, ich zahle Alles bar? Ich denk' nicht im entferntesten dran!

Komm' her! Da müsste der **Kredit** nicht sein Am **Nettelbeckplatz** im **grössten Haus!** Hochnobel richtet man sich ein — Und gleich's in Wochenraten aus!

Möbel

auf Kredit

Wöchentliche Teilzahlung von **1 Mk. an, 10 bis 20 Mk.**

1 Kleiderspind	1 Bettstelle	1 Kleiderspind	1 Bettstelle
1 Spiegel	1 Tisch	1 Wäschespind	1 Kleiderspind
2 Stühle	1 Küchenschrank	1 Spiegelspind	1 Wäschespind
1 Küchentisch	1 Küchentisch	1 Sofa	1 Tisch
1 Küchenstuhl	1 Küchenstuhl	1 Tisch	2 Stühle
		1 Küchenspind	1 Küchentisch
		1 Küchentisch	1 Küchenstuhl
		1 Küchenstuhl	

Einzelne Möbelstücke Anzahlung von **3 Mk. an.**

Herren-Garderobe Gratis: Hut oder Stock.

Damen-Garderobe Gratis: Feine Lederwaren.

Wöchentliche Teilzahlung **1 Mk.**

Einziges Abzahlungs-Geschäft, das allein zur Verabfolgung der Sparmarken des **Rabatt-Sparvereins „NORDEN“** berechtigt ist.

ALLE TAGE ANDERS

Grösstes Haus am Nettelbeck-Platz

Pank-, Gerichts- u. Reinikendorfer Strassen-Ecke
Part erre, I, II, III, IV. Etage.



Frühjahrs-Neuheiten

Herren-Frühj.-Paletots aus einfarbigen u. mod. gemusterten Cheviot- und Covercoat-Stoffen. Enorme Auswahl.
M. 12, 14, 17, 20, 23, 26, 30, 33, 38, 43

Herren-Frühj.-Ulsters aus den neuesten Fantasiestoffen u. englischen Dessins. Moderne Form. Reichhaltige Auswahl.
M. 17, 20, 23, 26, 30, 33, 38, 43, 48

Herren-Jackett-Anzüge aus Cheviot- und Kammgarn-Stoffen in nur bewährten halbbaren Qualitäten. Unübertroffene Auswahl in allen mod. Farbentönen. Karlierte u. gestr. Dessins.
M. 12, 15, 18, 24, 27, 30, 34, 39, 44, 49, 54, 59, 64

Elegante Mass-Anfertigung
Enorme Auswahl in englischen und deutschen Stoffen. Weitgehendste Garantie für tadellosen Sitz und Verarbeitung.

Jackett-Anzug nach Mass M. 36, 39, 44, 49, 51, 59, 64, 69

Paletot nach Mass M. 34, 38, 42, 46, 50, 55, 60, 65

D. PERLEBERG

Chausseestr. 63, Ecke Liesenstrasse

Reizende Neuheiten in Knaben-Anzügen

Aus der Frauenbewegung.

Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands beginnt, gemäß den Beschlüssen der Berliner Dienstbotenkonferenz vom 17. Januar d. J., am 1. April seine Tätigkeit. Der Sitz des Verbandes ist Berlin, hier wird auch die Verbandszeitung, das „Zentralorgan der Hausangestellten Deutschlands“ herausgegeben, dessen erste Nummer soeben erschienen ist. In einem Leitartikel wird Ziel und Zweck der Zentralisation dargelegt. Es heißt darin, daß die Bewegung unter den Dienstboten als Reflex der großen allgemeinen Arbeiterbewegung in Erscheinung trete. Es gelte den Kampf zu führen gegen die ausnahmsgefehligen Bestimmungen, welche die Dienstboten bedrückten. Aus der Dienenden müsse die freie häusliche Arbeiterin werden. Die beanspruche, daß für sie der gesellschaftliche Arbeiterschutz gelte, daß die Kranken- und Unfallversicherung und der Fortbildungsschulunterricht auf sie ausgedehnt, daß sie überhaupt der gewerblichen Arbeiterin gleichgestellt werde. Natürlich ist der Verband bestrebt, für seine Mitglieder schon heute direkt von den Herrschaften Zugeständnisse zu verlangen. Der Ver-

band genährt Rechtschutz, Krankenunterstützung und ist stetig bemüht, die geistige Weiterentwicklung der Hausangestellten zu fördern. Bekämpft wird die Ausbeutung durch die privaten Stellenvermittler und sollen in den einzelnen Orten entweder eigene Stellenvermittlung eingerichtet oder die städtischen Arbeitsnachweise unterstützt werden.

In den Kreisen der Arbeiter kann viel zur Förderung des Verbandes getan werden. Zahlreich gehen Löhner der Arbeiter in den Dienst, vielfach sind es Arbeiterfrauen, die Aufwarte-, Wasch- und Reinmachestellen übernehmen. Sie alle sollten sich der Organisation anschließen, die dazu gegründet ist, die Interessen dieser Frauen und Mädchen wahrzunehmen. Der Zentralverband erstreckt sich gegenwärtig über folgende Städte: Berlin, Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Heidelberg, Jena, Kiel, Königsberg, Leipzig, Lübeck, Mannheim, München, Nürnberg, Rastatt, Stuttgart, Wiesbaden und als jüngster Sproß Neucende in Oldenburg.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Ge-

schäft flau, Preise wenig verändert. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich belebt, Preise wenig verändert, für lebende Fische nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse: Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise fast unverändert.

Witterungsüberblick vom 30. März 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometrischer Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C, Stationen, Barometrischer Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C. Rows include Stettin, Danzig, Königsberg, etc.

Weiterprognose für Mittwoch, den 31. März 1909. Etwas kühler, zeitweise heiler, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Bitte aufbewahren!

Apotheker A. W. Kumbier's

Jede Sendung frisch hergestellt. - Unbegrenzte Zeit haltbar. - Gesetzlich geschützt.

Aerztlich empfohlen. Garantiert unschädlich, auch für Schwerkranken.

„Berliner Stahlbrunnen“

mit dauernd gelbstem, leicht verdaulichem Eisengehalt - bewährt sich seit 23 Jahren bei allen Leiden, welche auf mangelhafter Blutbildung, schlechter Verdauung oder Stoffwechselförderung beruhen, besonders bei Blutarmut, Bleichsucht, Nervenleiden, Kopfschmerz, Appetitlosigkeit, Erbrechen, Magen-, Leber-, Gallenstein-, Nieren-, Darm- u. Blasenleiden, Hals- und Luftröhren-Verschleimung, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Skrofeln, Lungenkatarrh, Atembeschwerden (Asthma), Schlaflosigkeit, unreinem Blut, Flechten, Herzleiden, Unterleibsleiden, Leiden der Wechseljahre, Epilepsie, Menstruationsstörung, Schlagaderverhärtung, Zuckerkrankheit.

Haustrinkkur ohne Berufsstörung, ohne strenge Diät; Misserfolg bei regelmässiger Kur ausgeschlossen.

Analyse: Natriumsulfat 2,000, Natriumsulfat 2,000, Kaliumsulfat 0,172, Magnesiumsulfat 1,100, Mangansulfat 0,14 Eisenkarbonat 2,197 in 10,000 Teilen.

Preise für Berlin: Füllung von 3 Litern 1.10 pränt. 60 Gl. M. 17 pränt. 120 Gl. M. 30 pränt. Anschließende Fortsetzung: 30 Gl. M. 8; 60 Gl. M. 15. Aufstellung der Flaschen in Berlin (Stadthaus) einzeln frei Haus, volle Flasche hin, leere zurück, ohne Pfand. Lieferung für Berlin (Stadthaus) und die näheren Bezirke (Groß-Berlin) zu denselben Preise frei Haus 30 Gl. zusammen, zuzüglich 10 Pf. Pfand pro Flasche. Nach auswärts: Riste mit 30 Gl. frei zur Bahn, M. 15, 2 Risten zugleich M. 27. Anschließende Fortsetzung: 1 Riste M. 13. Für frankiert zurückgeschickte Risten mit Flaschen werden 4 M. vergütet.

A. W. Kumbier, Mineralbrunnenfabrik, Berlin NW, Marienstr. 30.

Gegründet 1885. Geschäftszett: 9-1, 4-7 Uhr, Sonntags geschlossen. Fernsprecher: Amt III, Nr. 5681.

Erfolgbestätigungen.

Seit Juli v. J. litt ich an Rheumatismus im rechten Bein und an furchtbaren Kopfschmerzen. Nachdem ich 60 Flaschen Ihres Stahlbrunnens getrunken, bin ich von Rheumatismus und auch von den Kopfschmerzen vollständig befreit und fühle mich wieder recht wohl. Geben ich Ihnen meinen besten Dank aus! Joh. Dux, Berlin NO, Randsberger Allee 158, 19. Februar 1909.

Ich stelle Ihnen hierdurch mit, dass ich Ihren Berliner Stahlbrunnen gegen Rheumatismus mit gutem Erfolge getrunken habe. Bei der zweiten Flasche wurde ich der Erfolg bemerkbar und verbesserte sich täglich so, daß ich auch den Gebrauch von 45 Flaschen von meinem Leiden vollständig befreit war, daß das Bein auch bis heute nicht wieder erkrankt hat. Gegenwärtig trinke ich meine Flasche Berliner Stahlbrunnen gegen die Wechseljahre ebenfalls mit gutem Erfolge. Ich habe den Berliner Stahlbrunnen in meinem Stuben- und Befandentrefe gegen denartige Leiden weiter empfohlen und ist er auch da stets von Erfolg gewesen. Berlin, Bernstr. 4, 1. Februar 1909. Otto Gensch.

Der Stahlbrunnen ist von meiner Schwiegermutter - Frau Emilie Martin, hier - auf Empfehlung einer hiesigen Familie gegen ein hartnäckiges, seit schon 2 Jahre quälendes Nervenleiden im September 1908 in Gebrauch genommen worden. Die Krankheit der hiesigen Frau äußerte sich erst als Schlämme, dann entstand Gürtelrose, mit viel Ausschlag verbunden, mit so heftigen Schmerzen unter dem rechten Schulterblatt, dass die Patientin weder sitzen oder liegen noch schlafen konnte. Zu letzt wurde Neuralgie konstatiert. Alle Mittel versagten, Genannte war so hilflos geworden, daß sie an Heilung nicht mehr glaubte. - Ihr Stahlbrunnen brachte einig und allein nach Gebrauch einiger Flaschen Schlaf und Linderung der schmerzhaften Schmerzen. Bei weiterer Kur stellte sich ein Appetit ein, wie sie ihn seit Jahren nicht gehabt, und die Schmerzen wurden unendlich geringer, der Erfolg wurde ein dauernder. Jetzt nach 1/2 Jahren nur - nur mit Ihrem Stahlbrunnen - hat sich der körperliche Zustand meiner Schwiegermutter so gebessert, dass sie wieder Freude am Leben hat. Hermann Schulz, Hauptstr. 1, 20. Dezember 1908.

Im Frühjahr d. J. litt ich infolge Geburt eines Lötchens an großer Nervenheit und Schlaflosigkeit. Durch die große Anstrengung beim Säugen des Kindes stellte sich mein früheres Magenleiden wieder ein. Nach Verbrauch von 60 Flaschen Berliner Stahlbrunnen kam ich Ihnen nun noch und ganz bellig, daß meine Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind: Meine Nervenheit ist fast ganz verschwunden, ich habe einen prächtigen Schlaf, und von meinem Magenleiden ist auch nichts mehr zu spüren; ja ich möchte sogar behaupten, daß ich von Beginn der Brunnenkur an mehr Nahrung für mein Kind hatte und so der Weltteil auch diesem zugute kam. Ich danke Ihnen noch bestens für Ihre Güte. Frieda Herrmann, Berlin W, Offener Str. 18, 10. November 1908.

Stelle Ihnen hierdurch mit, daß ich dank Ihrem Berliner Stahlbrunnen von meinem Blasenleiden sowie von Blasenentzündung, der sich ständig abwechselte, gänzlich befreit bin. In der zuverlässigen Hoffnung, daß das Leiden nicht wiederkehrt, werde ich nicht ermangeln, Ihren Stahlbrunnen ähnlich Leidenden bestens zu empfehlen. G. Schulz, Schöneberg a. G., Wilhelmstr. 33, 4. November 1908.

Da ich Ihren Stahlbrunnen nun schon zum drittenmale gebraucht habe und mir derselbe immer sehr gute Dienste getan hat, sage ich Ihnen meinen besten Dank dafür. Damit auch anderen kranken Menschen geholfen werde, teile ich Ihnen näheres mit. Seit 35 Jahren - ich bin jetzt 67 Jahre alt - leide ich an einem sehr schweren Bronchialkatarrh. Ein deshalb schon in vielen Jahren und mehrere Winter in Italien gewesen. Später hörte ich durch mehrere Freunde, denen Ihr Brunnen geholfen hatte, von diesem. Ich versuchte den Brunnen und fand, daß er mir große Dienste leistete. Er löste meinen Schleim, ich konnte viel leichter atmen und bekam mehr Appetit; es war mir, als wenn ich neues Blut bekäme, ich fühlte mich viel wohler und kräftiger. ... nochmals besten Dank. Wittenberg, Hubertstr. 1, 23. Oktober 1908. Wilhelm Alex, Wassermeister und Eigentümer.

Selbst teile ich Ihnen mit, daß ich Ihren Brunnen (den seit 3 Jahren gegen Gallensteine und Asthma angewendet habe). Vor 3 Jahren war ich in Karlsruhe, und seitdem trinke ich nur noch im Frühjahr und Herbst Ihren Brunnen und bin von den schmerzhaften Gallenkoliken bis jetzt, dank Gott und Ihrem Brunnen, verschont geblieben. Auch gegen die Atembeschwerden hat er mir sehr gute Dienste getan, mochten ich denselben jetzt wieder trinke. Ich habe Ihren Brunnen schon vielen ebenso Leidenden empfohlen und ist derselbe stets mit grossem Erfolg gebraucht worden. Gern zu weiteren Empfehlungen bereit gelohnt. Frau Hedwig Schauwecker, Schöneberg, Schenstr. 34, 27. September 1908.

Auf Ihre Erlaubnis teile ich Ihnen gern mit, daß meine Frau wie ich Ihren Stahlbrunnen mit Erfolg gebraucht haben. Meine Frau ist durch den Gebrauch des Brunnen von Gallensteinleiden, welche je länger, je heftiger auftraten, befreit worden, nachdem andere Mittel entweder gar keine oder nur vorübergehende Besserung bewirkt hatten. Mir hat die Stahlbrunnenkur wesentliche Besserung gegen Verdauungsstörungen und Leberanschwellungen gebracht. Meine Frau mit ich werden nicht unterlassen, die Stahlbrunnenkur im kommenden Frühjahr zu wiederholen. A. ... Herrst, S. ... a. G., 25. Januar 1909. (Kreuz für Fortsetzung.)

Ich litt seit 3 Jahren an Zuckerkrankheit - hatte 7% Prozent Zucker - seit einem Jahre an schwerer Nierenentzündung. Als ich 14 Tage den Brunnen getrunken hatte, war alles gehoben und fühle ich mich kräftig und gesund. Ich habe vielen Leuten, welche denselben Leiden haben, Ihren Brunnen warm empfohlen; denselben hat er ebenfalls gute Dienste geleistet. Meine Frau litt seit Jahren an nervösen Kopfschmerzen, auch an Rheumatismus. ... Nun hat meine Frau zwei Monate Ihren Brunnen getrunken und ist wieder froh und munter und hat keine Schmerzen mehr. Martin Spors und Frau, Berlin SW, Großbrennstr. 44, 29. Oktober 1907.

Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich durch Ihren Stahlbrunnen wieder arbeitsfähig geworden bin. Ich bin herz- und lungenleidend, und die Verdauung lag bei mir vollständig darnieder. Appetit hatte ich gar nicht mehr. Ich habe des Nachts oft nur eine Stunde geschlafen, und bei der geringsten Arbeit hatte ich Bluthusten, es war also ausgeschlossen, dass ich auch nur leichte Arbeit verrichten konnte. ... Ich verlor Ihre Stahlbrunnen, den ich vor Jahren schon einmal wegen meines Herzleidens getrunken hatte. Ich hatte ungefähr 14 Tage jeden Tag eine halbe Flasche getrunken, da merkte ich, wie der lästige Nachtschweiß nachließ und ich wieder Appetit zum Essen bekam; und so allmählich stellte sich auch regelmäßiger Stuhlgang ein. Ihren Stahlbrunnen verdanke ich es, dass ich jetzt wieder meiner Beschäftigung nachgehen kann ohne große Beschwerden. Der Bluthusten ist gänzlich verschwunden. ... Ich gestatte Ihnen, sehr beschränkt Herr, von meinem Schreiben weitgehenden Gebrauch zu machen, damit allen ähnlich Leidenden Ihr Brunnen die Gesundheit zurückbringen kann. Berlin N, Schulstr. 6, IV, 25. Juni 1909. Marg. Werchnitzke.

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß mir Ihr Berliner Stahlbrunnen sehr gut bekommt. Ich bin 47 Jahre alt und leide schon seit 5 Jahren an nervösen Rückenschmerzen. Derselben waren so unerbäglich, daß ich ganz verpörrisch war und schon alle Hoffnung auf Heilung aufgegeben hatte. Des Nachts konnte ich nicht im Bett liegen vor Schmerzen und am Tage war es nicht viel besser. Gabe viel verlor, aber immer mehr. ... Auf Empfehlung desselben ich mir nun Ihren Berliner Stahlbrunnen und bekommen tut er mir vorzüglich, fühle mich wie neugeboren und die quälenden Schmerzen sind alle wie fortgefegt. Frau Marie Nickel, Berlin N, Coloniestr. 129, den 5. Oktober 1908.

Seitdem ich Anfang dieses Jahres nach Berlin übergesiedelt war, litt ich infolge Erkältung an heftigen rheumatischen Schmerzen, die sich zeitweise so steigerten, daß ich nicht mehr oder nur mit großer Anstrengung imstande war zu gehen. Daneben traten dann erträgliche Verdauungsbeschwerden auf; in der Regel war ich dort verstopft, dass ich nur jeden zweiten oder dritten Tag Stuhlgang erzielte. Selbe Leiden

bedrängte mich trotz kräftiger Konstitution in kurzer Zeit überdies so heftig, daß ich von Mattigkeit nur mit größter Mühe noch mein Geschäft versehen konnte. Nachdem ich 60 Flaschen von Ihrem mir von Ihrer Seite empfohlenen Berliner Stahlbrunnen getrunken habe, ist mein Rheumatismus vollständig verschwunden, mein Stuhlgang ist so regelmässig geworden, wie er niemals vorher war. Ausserdem fühle ich mich wieder so kräftig, daß ich mit Leichtigkeit meinen Beruf erfüllen kann. ... Ich zeichne mit bestem Dank als Ihr ergebener Franz Kiebig, Bismarckstr. Berlin N, Schöndorfer Str. 30, September 1908.

Nachdem ich 120 Flaschen Ihres Berliner Stahlbrunnens getrunken, teile ich Ihnen mit, daß mein Asthmaleiden, an welchem ich seit circa zehn Jahren litt, mir so gut wie gar keine Beschwerden mehr verursacht. Beim geringsten Witterungswechsel traten diese so schmerzhaften Atembeschwerden von Jahr zu Jahr immer heftiger auf, ich hatte stets kalte Hände und Füße, konnte nie beim Schlafen liegen. Zum Offen hatte ich nie Appetit. Ich qualte mich nur so hin, wurde wortkarg, aber auch ebenso aufgeregter nervös. ... Doch nun ist es anders, die Witterung tut mir nichts mehr an, Hände und Füße besitzen diese eisige Kälte nicht mehr, auch kann ich wie jeder ganz gesunde Mensch beim Schlafen beliebig liegen. Obgleich ich mein Temperament ein besseres geworden, ich besitze eine ständige Ruhe; denn habe ich sehr guten Appetit und kann auch solche Speisen essen, die ich vormals nicht vertragen konnte. Auch die Ausübung meines Dienstes fällt mir in dieser Weise nicht mehr schwer. ... Mit herzlichem Dank Berlin N 28, Behnhstr. 33, 20. Mai 1908. F. Gerlach, Oberpostkammer.

Mein Leiden hatte ich mir durch eine sehr schwere Operation des Magens vor etwa 8 bis 10 Jahren geholt. Während ich vorher bei über Magen- und Verdauungsbeschwerden zu liegen hatte, stellten sich kurze Zeit danach allerlei Verdauungsbeschwerden ein. ... Ich habe die Kur mit Ihrem Brunnen begann, war die Verdauung bei mir vollständig auf den alten Punkt angelangt, so daß ich, wenn ich den Magen auch nur die allergeringsten Mengen von Nahrung anbot, mit den entsetzlichsten Schmerzen zu kämpfen hatte, dazu war ich so nervös geworden, daß ich meinem Dienst als Briefträger kaum noch vorleben konnte. ... Auf zufällige Empfehlung eines Mannes, der mit Ihrem Brunnen bei einem ähnlichen Leiden wie das mirrige so außerordentlich günstige Erfolge zu verzeichnen gehabt hatte, versuchte ich auch damit. Schon kurze Zeit, nachdem ich mit dem Trinken begann, änderte sich mein Zustand auffällig, ich konnte wieder Nahrung zu mir nehmen, ohne die entsetzlichen Schmerzen sowie das Würgen zum Erbrechen zu verurteilen. Auch hörten die periodisch eintretenden Magenblutungen auf. Nach längerem Gebrauch wurde es auch mit meinen Nerven erträglicher. Der Stuhlgang bekam nach und nach seinen normalen Zustand wieder. August Krüger, Briefträger, Berlin W 30, Barbarastr. 7, IV, 28. September 1908.

Ich setze von der Kur mit Berliner Stahlbrunnen gute Resultate bei beginnender Arterienverhärtung des Herzens und daraus resultierender Herzmuskelerkrankung. Berlin 30, November 1908. Dr. med. S. ... prof. Kriz.

Auf Ihre Anfrage vom 9. März d. J. teile ich Ihnen mit, daß ich Ihren Berliner Stahlbrunnen, welchen ich seit sechs Monaten infolge meines nervösen Magen- und Darmleidens trinke, sehr gut bekomme und sich mein Leiden bedeutend gebessert hat, was ich dem regelmässigen Trinken des Brunnen zuschreibe. ... Hochachtungsvoll Frau Lania, Rosenpöcherer Str. 18, IV, den 1. Mai 1909.

Stelle Ihnen hierdurch mit, daß mir der Berliner Stahlbrunnen gut getan hat. Ich konnte vormem nicht schlafen, auch hatte ich dauernd unter Verstopfung gelitten, hatte auch keinen Appetit; jedes Essen widerte mich an. Jetzt schmeckt es mir wieder sehr gut. Frau Craemer, Berlin, Tiedstr. 29 part., den 16. September 1908.

Indem ich Sie bitte, die leeren Flaschen abholen zu lassen, kann ich Ihnen mitteilen, daß Ihr Berliner Stahlbrunnen mein Allgemeinbefinden bedeutend gebessert hat, und ich spreche dafür meinen besten Dank aus. Rudolf, Lomaustr. 7, 15. Oktober 1908. Klara Borchert.

